VERFASSUNGS SCHUTZ BERICHT 1997



Bayerisches
Staatsministerium
des Innern

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern, Odeonsplatz 3, 80539 München

Druck: Color-Offset GmbH, Geretsrieder Straße 10, 81379 München

Stand: März 1998

Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100% Altpapier

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Freistaats Bayern haben eine wertgebundene demokratische Staatsordnung geschaffen. Sie stellt ausdrücklich die Freiheit des Bürgers in den Mittelpunkt. Nie zuvor in der deutschen Geschichte und auf deutschem Boden war die Freiheit des einzelnen in so großem Maße garantiert. Damit diese Freiheit nicht von ihren Gegnern wie in der Vergangenheit mißbraucht und letztlich beseitigt werden kann, wurde die Staatsordnung streitbar und abwehrbereit ausgestaltet.

Einen wichtigen Beitrag zum Schutz unserer Demokratie vor ihren Feinden leistet hierbei der jährlich erscheinende Verfassungsschutzbericht. Die geistig-politische Auseinandersetzung mit extremistischem Gedankengut kann nur dann mit Aussicht auf Erfolg geführt werden, wenn Klarheit über die wirklichen Ziele und Absichten derer besteht, die Grundprinzipien der Verfassung bekämpfen. Mit dem Verfassungsschutzbericht informiert das Bayerische Staatsministerium des Innern die Öffentlichkeit darüber, von welchen Gruppierungen und in welchem Umfang der freiheitliche demokratische Rechtsstaat aktuell bedroht ist. Da extremistische Organisationen ihre Zielsetzung und Tätigkeit oftmals hinter unverfänglich klingenden Namen und Aktionsbündnissen tarnen, kann dieser Bericht insbesondere auch politisch engagierten Bürgerinnen und Bürgern helfen, nicht ungewollt Verfassungsfeinde in ihren Bestrebungen zu unterstützen.

Der Bericht gibt einen Überblick über die Ergebnisse der Arbeit des Verfassungsschutzes bei der Beobachtung des politischen Extremismus, der Spionageabwehr, der Beobachtung von Bestrebungen der Organisierten Kriminalität und auch der Scientology-Organisation in Bayern im Jahr 1997. Er zeigt wiederum, daß Extremisten nicht in der Lage waren, unsere Staatsordnung ernsthaft zu gefährden. Allerdings haben im Vergleich zum Vorjahr die politisch motivierten Gewalttaten wieder zugenommen. Sorge bereitet vor allem auch der Anstieg rechtsextremistischer Aktivitäten. Die aktuellen Zahlen geben Anlaß zu größter Wachsamkeit.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz danken wir für ihre engagierte Arbeit. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung unserer freien Ordnung.

München, im März 1998

Dr. Günther Beckstein
Staatsminister

Hermann Regensburger
Staatssekretär

Verfassungsschutz in Bayern

Einführung

1. Gesetzliche Grundlagen ... 13
2. Aufgaben des Verfassungsschutzes ... 13
3. Informationsbeschaffung ... 14
4. Kontrolle ... 15
5. Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes ... 16

1. Abschnitt

Rechtsextremismus

1. Allgemeines ... 19
1.1 Merkmale des Rechtsextremismus ... 19
1.2 Entwicklung ... 20
2. Die Republikaner (REP) ... 23
2.1 Ideologisch-politischer Standort ... 23
2.2 Verstöße gegen den offiziellen Abgrenzungskurs ... 24
2.3 Organisation ... 26
2.4 Teilnahme an Wahlen ... 27
2.5 Aktivitäten in Bayern ... 27
2.6 Verwaltungsgerichtsverfahren ... 29
3. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ... 29
3.1 Ideologisch-politischer Standort ... 29
3.2 Organisation ... 32
3.3 Teilnahme an Wahlen ... 34
3.4 Sonstige Aktivitäten ... 34
3.5 Strafverfahren ... 37
3.6 Junge Nationaldemokraten (JN) ... 37
4. Deutsche Volksunion (DVU) ... 40
4.1 Ideologisch-politischer Standort ... 40
4.2 Organisation ... 45
4.3 Bündnispolitik ... 46
4.4 Teilnahme an Wahlen ... 46
4.5 Sonstige Aktivitäten ... 47
5. Neonazismus ... 48

5.1	Allgemeines	48
5.2	Freiheitlicher Volks Block (FVB)	50
5.3	Deutscher Bund e.V. (DB)	51
5.4	Neonazistisches Potential bei Skinheads	51
5.5	Aktionen zum 10. Todestag von Rudolf Heß (17. August)	54
5.6	Aktivitäten ehemaliger FAP-Funktionäre	55
5.7	Rechtsextremistisch motivierte Straftaten	56
6.	Sonstige rechtsextremistische Organisationen	57
6.1	Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	57
6.1.1	Ideologisch-politischer Standort	57
6.1.2	Organisation	58
6.1.3	Aktivitäten	59
6.2	Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP)	60
6.3	Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.	61
6.4	Deutsches Kolleg (DK)	61
6.5	Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung (Artgemeinschaft)	62
7.	Revisionismus-Kampagne	63
7.1	Ziele und Methoden	63
7.2	Entwicklung	63
7.3	Träger der Revisionismus-Kampagne	64
8.	Organisationsunabhängige Publizistik	67
8.1	Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)	67
8.2	Nation Europa Verlag GmbH	68
9.	Einfluß des ausländischen Rechtsextremismus	69
9.1	NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)	69
9.2	Verlag Samisdat Publishers Ltd.	71
9.3	Kontakte zur französischen Front National (FN)	72
10.	Nutzung moderner Informationstechnologien durch Rechtsextremisten	72
10.1	Internet	72
10.2	Mailboxen	74
10.3	Nationale Info-Telefone (NIT)	76
10.4	Strafverfahren	77
10.5	Ausblick	77
11.	Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	78

2. Abschnitt

Linksextremismus

1.	Allgemeines	80
1.1	Merkmale des Linksextremismus	80
1.2	Entwicklung in Bayern	81
2.	Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	83
2.1	Überblick	83
2.2	Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	83
2.2.1	Ideologische Ausrichtung	83
2.2.2	Organisation	92
2.2.2.1	Bundesweite Gliederung	92
2.2.2.2	Landesverband Bayern	94
2.2.3	Plattformen und Arbeitsgemeinschaften	96
2.2.3.1	Kommunistische Plattform (KPF)	97
2.2.3.2	Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS	100
2.2.3.3	Marxistisches Forum	102
2.2.4	Teilnahme an Wahlen	103
2.2.5	Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Linksextremisten	103
2.2.5.1	Kommunistischer Internationalismus	103
2.2.5.2	Inländische Zusammenarbeit	107
2.2.5.3	Erfurter Erklärung	109
2.3	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	110
2.3.1	Ideologische Ausrichtung	110
2.3.2	Organisation	114
2.3.3	Teilnahme an Wahlen	115
2.3.4	Umfeld der DKP	115
2.4	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	117
2.5	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	118
2.6	Marxistische Gruppe (MG)	119
3.	Münchner Bündnis gegen Rassismus	120
4.	Autonome	121
4.1	Überblick	121
4.2	Ideologische Ausrichtung und Agitationsschwerpunkte	121

4.3	Autonome Strukturen	124
4.3.1	Autonome in Bayern	124
4.3.2	Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO)	126
4.3.3	Bemühen um Jugendliche und Heranwachsende	127
4.3.4	Informationelle Vernetzung	131
4.3.5	Internationale Verbindungen	131
4.4	Autonome Publikationen	132
4.5	Aktivitäten autonomer Gruppen in Bayern	135
4.5.1	Autonome München	135
4.5.2	Autonome Nürnberg	137
4.5.3	Autonome Passau	139
4.6	Autonome Bündnisse	141
4.7	Entwicklungstendenzen	142
5.	Linksextremistischer Einfluß auf die Antikernkraftbewegung	143
5.1	Entwicklung im Bundesgebiet	143
5.2	Entwicklung in Bayern	145
5.3	Ausblick	147
6.	Nutzung moderner Kommunikationsmittel durch Linksextremisten	148
7.	Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflußte Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse	151

3. Abschnitt

Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

1.	Allgemeines	154
2.	Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	156
2.1	Ideologie und Organisation	156
2.2	Unterstützer und Strategie	160
2.3	Aktivitäten	163
2.4	Exekutivmaßnahmen und Strafverfahren	165
3.	Türkische Gruppen	167
3.1	Linksextremisten	167

3.1.1 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) ... 167
3.1.2 Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) ... 168
3.1.3 Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) 170
3.2 Extreme Nationalisten ... 171
3.3 Islamische Extremisten ... 172
3.3.1 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) ... 172
3.3.2 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB) ... 175
4. Algerische Gruppen ... 177
5. Iranische Gruppen ... 178
6. Volksbewegung von Kosovo (LPK) ... 181
7. Nutzung des Internets durch extremistische Ausländerorganisationen ... 182
7.1 Linksextremisten ... 182
7.2 Extreme Nationalisten ... 183
7.3 Islamische Extremisten ... 183
8. Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse ... 184

4. Abschnitt

Scientology-Organisation (SO)

1. Zur Geschichte der SO ... 188
2. Scientology - eine verfassungsfeindliche Bestrebung ... 191
2.1 Aussteigerberichte ... 191
2.2 SO-Schriften und Aktivitäten ... 192
2.2.1 Die Errichtung einer scientologischen Gesellschaft ... 192
2.2.2 Die Lenkung der Regierung durch Scientology ... 193
2.2.3 Die Einführung eines scientologischen Rechtssystems .. 195
2.2.4 Abwehr von Kritik an Lehre und Praxis ... 196
3. Die Organisations- und Kommandostruktur der SO 198
3.1 Die Struktur der SO ... 198
3.2 Organisationen der SO in Deutschland ... 200
3.2.1 Scientology-Sektor ... 202
3.2.1.1 „Scientology Kirchen" ... 202

3.2.1.2 „Missionen" der „Scientology Kirche" 203
3.2.1.3 Celebrity Centres der „Scientology Kirche" 203
3.2.2 WISE-Sektor 203
3.2.3 ABLE-Sektor 204
3.3 Die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte (KVPM) 204
3.4 Office of Special Affairs (OSA) in Deutschland 205
4. Mitgliederstand der SO 205
5. Mitgliederwerbung der SO 205
6. Veranstaltungen in Bayern 206
7. Reaktionen der SO auf die Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden 207
8. Propaganda-Aktivitäten von Scientology 207
8.1 Demonstration der SO in Frankfurt am Main am 21. Juli 208
8.2 Beschwerdeschreiben der SO an Justiz und Legislative 208
8.3 Demonstration der SO in Berlin am 27. Oktober 209
9. Vertrauliches Telefon 209

5. Abschnitt

Terror und sonstige politisch motivierte Gewalt

1. Entwicklung im Bundesgebiet 211
1.1 Rechtsextremistische Gewalt 213
1.2 Linksextremistische Gewalt 216
1.3 Gewalt zwischen Links- und Rechtsextremisten 218
1.4 Gewalttaten ausländischer Extremisten und Strafverfahren 219
2. Politisch motivierte Gewalt in Bayern 225
2.1 Rechtsextremistische Gewalt 226
2.1.1 Brandanschläge 227
2.1.2 Sonstige Gewalttaten 228
2.2 Linksextremistische Gewalt 230
2.2.1 Brandanschläge 231
2.2.2 Sonstige Straftaten 231
2.3 Gewalt zwischen Links- und Rechtsextremisten 234

2.4 Gewalttaten durch ausländische Extremisten 236
2.4.1 Tötungsdelikte und Brandanschläge 236
2.4.2 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 237
2.4.2.1 Straftaten der PKK 237
2.4.2.2 Festnahmen und Strafverfahren 239
2.4.3 Sonstige Gewalttaten und Exekutivmaßnahmen 239
3. Die Rote Armee Fraktion (RAF) und ihr ideologisch nahestehende Terrorgruppen 240
3.1 Terrorgruppe Rote Armee Fraktion (RAF) 240
3.1.1 Entwicklung der RAF 240
3.1.2 Aufarbeitung der „RAF-Geschichte" unter dem Motto „20 Jahre Deutscher Herbst" 241
3.1.3 Mutmaßliche Mitglieder der RAF stellen sich 242
3.1.4 Inhaftierte terroristische Gewalttäter 242
3.2 Antiimperialistischer Widerstand (AIW) 243
3.2.1 Antiimperialistische Zelle (AIZ) 243
3.2.2 Internationale Zusammenhänge im antiimperialistischen Widerstand 244
3.2.3 Solidaritätsveranstaltungen zum „Tag der politischen Gefangenen" 247
3.3 Revolutionäre Zellen (RZ) und Frauengruppe Rote Zora 247
3.4 Ausblick 248

6. Abschnitt

Spionageabwehr

1. Ausgangslage 250
2. Rußlands Spionageaktivitäten 251
3. Proliferation und illegaler Technologietransfer durch Krisen- und Schwellenländer 251
4. Aufklärung ausländischer, zu ihrer Heimat in Opposition stehender Personen und Gruppen in Deutschland durch Nachrichtendienste totalitärer Staaten 253
5. Entwicklung auf dem Balkan 254
6. Stetige Anpassung der angewandten Spionagemethoden 254
7. Ausblick 256

7. Abschnitt

Organisierte Kriminalität

1. Aufgabe des Verfassungsschutzes 257
2. Besondere Eignung des Verfassungsschutzes 257
3. Erfolge der bisherigen Arbeit 261
4. Ausblick 261

Anhang

Entwicklung der Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen 262

Bayerisches Verfassungsschutzgesetz (BayVSG) 263

Sachwortregister 271

Einführung

Wehrhafte Demokratie

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach ihrer Verfassung eine wertgebundene, wachsame und wehrhafte Demokratie. Der Staat kann gegen Bestrebungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen, die in der Verfassung vorgesehenen Abwehrmittel einsetzen, sei es durch ein Partei- oder Vereinsverbot, sei es durch die Aberkennung demokratischer Grundrechte. Dies setzt voraus, daß er solche Bestrebungen oder Aktivitäten, die als „extremistisch" oder als „verfassungsfeindlich" bezeichnet werden - diese Begriffe sind gleichbedeutend -, erkennen kann. Hier setzt die Aufgabe des Verfassungsschutzes ein. Er dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie dem Schutz des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes.

Freiheitliche demokratische Grundordnung

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist unter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eine Ordnung zu verstehen, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt.

Zu den grundlegenden Prinzipien dieser freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehören mindestens:

- die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung,
- die Volkssouveränität,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip,
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

1. Gesetzliche Grundlagen

Rechtliche Grundlagen

Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind gesetzlich genau festgelegt. Das Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz beschreibt die von Bund und Ländern auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes gemeinsam zu erfüllenden Aufgaben. Es ist zugleich Rechtsgrundlage für die Arbeit des Bundesamts für Verfassungsschutz. Neben diesem Bundesgesetz bestehen in allen Ländern eigene Verfassungsschutzgesetze. In Bayern regelt das im **Anhang** abgedruckte Bayerische Verfassungsschutzgesetz die Aufgaben und Befugnisse des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz, das seinen Sitz in München hat und dem Bayerischen Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnet ist. Für das Landesamt wurden im Haushaltsplan 1997 insgesamt 421 Stellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter ausgewiesen; das Haushaltsvolumen 1997 betrug 38,1 Millionen DM.

2. Aufgaben des Verfassungsschutzes

Beobachtungsauftrag

Nach dem Bayerischen Verfassungsschutzgesetz hat das Landesamt für Verfassungsschutz im wesentlichen den Auftrag,

- Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht (Sabotage und Spionage),
- Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden und
- Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität

zu beobachten.

Darüber hinaus wirkt das Landesamt für Verfassungsschutz u.a. bei Sicherheitsüberprüfungen mit. Rechtsgrundlage hierfür ist seit dem 1. April 1997 das Bayerische Sicherheitsüberprüfungsgesetz.

Im Mittelpunkt der Beobachtung stehen Aktivitäten von extremistischen Organisationen. Dabei müssen zwangsläufig auch die handelnden Personen, die Mitglieder dieser Organisationen sind oder die

deren Aktivitäten unterstützen, erfaßt werden. Aber auch die Beobachtung von Einzelpersonen ist zulässig.

Der Verfassungsschutz beobachtet verfassungsfeindliche Bestrebungen im Inland. Er informiert die politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Beobachtung, vor allem über mögliche Gefahren. Er versetzt die zuständigen staatlichen Stellen des Bundes und der Länder in die Lage, verfassungsfeindlichen Kräften rechtzeitig und angemessen zu begegnen. Die Erkenntnisse bilden die Grundlage für Exekutivmaßnahmen wie beispielsweise Verbote von Vereinen, Verbotsanträge gegen Parteien, Verbote von Versammlungen, Verhinderung finanzieller oder sonstiger Förderung, Verweigerung erforderlicher Erlaubnisse (z.B. für Sammlungen, Info-Stände).

Abgrenzung zu BND und MAD

Im Gegensatz zum Verfassungsschutz beschafft der Bundesnachrichtendienst (BND) Informationen über das Ausland, die für die Bundesrepublik Deutschland außen- und sicherheitspolitisch von Interesse sind. Der Militärische Abschirmdienst (MAD) nimmt Verfassungsschutzaufgaben im Bereich der Bundeswehr wahr.

3. Informationsbeschaffung

Zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags ist der Verfassungsschutz verpflichtet, Informationen zu beschaffen, auszuwerten und zu speichern. Diese Nachrichten werden zum weit überwiegenden Teil aus offenen Quellen gewonnen (z.B. aus Zeitungen, Zeitschriften, Flugblättern, Programmen, Broschüren und sonstigem Material extremistischer Organisationen sowie bei deren öffentlichen Veranstaltungen). Nur etwa 20% der Informationen erhält der Verfassungsschutz durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel. Zu diesen Mitteln gehören im wesentlichen:

Nachrichtendienstliche Mittel

- der Einsatz von verdeckt arbeitenden V-Leuten („V" steht für „Vertrauen") in extremistischen Organisationen,
- das Beobachten verdächtiger Personen (Observation) sowie
- verdeckte Bild- und Tonaufzeichnungen.

Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Öffnen von Briefen, Abhören von Telefongesprächen) sind besonders strengen rechtsstaatlichen Anforderungen unterworfen. Sie sind in einem

eigenen Gesetz geregelt, das nach dem Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses „Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz" (G 10) genannt wird. Ein Verfahren mit mehreren voneinander unabhängigen Kontrollinstanzen stellt sicher, daß in dieses Grundrecht nur eingegriffen wird, wenn die im Gesetz genannten besonderen Gründe vorliegen. Rechtsstaatliche Sicherungen gelten auch für den Einsatz besonderer technischer Mittel im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes, also für den Einsatz von Abhörgeräten oder versteckten Kameras in Wohnungen und Büros.

Brief- und Telefonkontrolle

Dem Verfassungsschutz stehen keine polizeilichen Befugnisse zu. Polizeibehörden und Verfassungsschutz sind voneinander getrennt. Deshalb dürfen die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes keinerlei Zwangsmaßnahmen, wie z.B. Festnahmen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen usw., durchführen. Verfassungsschutzbehörden dürfen auch keiner polizeilichen Dienststelle angegliedert werden. Dies steht aber einer Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung in Form der Amtshilfe nicht entgegen.

Keine polizeilichen Befugnisse

Erscheint aufgrund der dem Verfassungsschutz vorliegenden Informationen ein sicherheitsrechtliches Eingreifen erforderlich, so wird die zuständige Sicherheitsbehörde unterrichtet. Diese entscheidet dann selbständig, ob und welche Maßnahmen zu treffen sind.

4. **Kontrolle**

Die Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörden unterliegt einer vielfältigen Kontrolle. Dazu gehört die allgemeine parlamentarische Kontrolle, die durch die Berichtspflicht des verantwortlichen Ministers gegenüber dem Landtag im Rahmen von aktuellen Stunden, Anfragen von Abgeordneten, Petitionen usw. ausgeübt wird. Eine besondere Kommission des Bayerischen Landtags, die Parlamentarische Kontrollkommission, überwacht die Arbeit des Verfassungsschutzes. Die G 10-Kommission überprüft die Maßnahmen zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Die Verwaltungskontrolle obliegt dem Innenminister im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht, ferner dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und dem Bayerischen Obersten Rechnungshof. Diese Kontrollen werden ergänzt durch eine mögliche gerichtliche Nachprüfung belastender Einzelmaßnahmen sowie durch die Öffentlichkeit in Form von Presse, Funk und Fernsehen.

Vielfältige Kontrollen

5. Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes

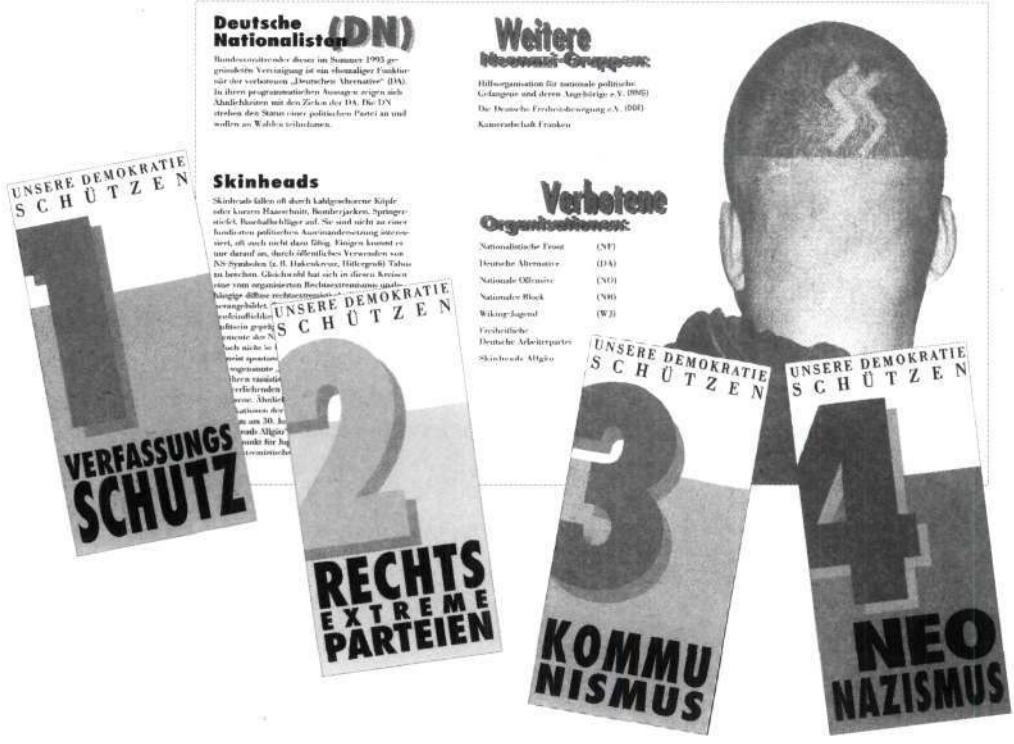
Aufklärungstätigkeit

Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann dauerhaft nicht ohne die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus gesichert werden. Die Tätigkeit des Verfassungsschutzes gewährleistet, daß Regierung und Parlament, aber auch die Bürger über Aktivitäten und Absichten verfassungsfeindlicher Organisationen informiert werden.

In Bayern werden die Aufgaben des „Verfassungsschutzes durch Aufklärung" vom Bayerischen Staatsministerium des Innern mit Unterstützung des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz wahrgenommen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden kostenlos der Verfassungsschutzbericht sowie weitere Informationsmaterialien zur Verfügung gestellt.

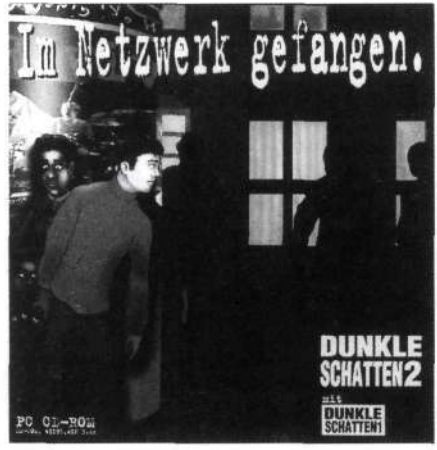
Aufklärungskampagne

Vor dem Hintergrund der Zunahme überwiegend politisch motivierter Gewalttaten gegen Ausländer und ihre Unterkünfte beschlossen die Innenminister des Bundes und der Länder 1992 eine bundesweite Aufklärungskampagne gegen Extremismus und Fremdenfeindlich-



keit. Ziel dieser im März 1993 mit dem Logo „FAIRSTÄNDNIS - Menschenwürde achten - Gegen Fremdenhaß" eingeleiteten und auch im Jahr 1997 fortgeführten Kampagne ist die Aufklärung der Bevölkerung über den Extremismus und seine Gefahren, über Fremdenfeindlichkeit, über Rassismus und Antisemitismus als Elemente rechtsextremistischer Ideologie und Propaganda. Im Rahmen dieser Aufklärungskampagne wurden in Bayern im Jahr 1997 u.a. 11.000 CD-ROM-Computerspiele „Im Netzwerk gefangen - DUNKLE SCHATTEN 2" kostenlos abgegeben.





Das Bayerische Staatsministerium des Innern stellte zur Aufklärung über extremistische Bestrebungen und über die Arbeit des Verfassungsschutzes darüber hinaus eigene Publikationen vor: Die Broschüren der seit 1995 bestehenden Reihe „DER VERFASSUNGSSCHUTZ



INFORMIERT" mit den Themen „Kurdischer Extremismus", „Islamischer Extremismus" und „Revisionismus" wurden in unveränderter dritter Auflage mit jeweils 5.500 Heften nachgedruckt. Ergänzt wurde diese Reihe um die Publikation „SCIENTOLOGY - eine verfassungsfeindliche Bestrebung" mit einer Auflage von 23.500 Exemplaren. Von der erstmals 1995 vorgestellten Broschüre „Portrait eines Nachrichtendienstes" wurden 1997 weitere 6.000 Exemplare kostenlos verteilt. Eine Faltblattreihe informiert in knapper und übersichtlicher Form über wesentliche Erscheinungsformen des Extremismus. Teil der Öffentlichkeitsarbeit ist auch dieser Verfassungsschutzbericht.

Das Informationsmaterial erhalten Sie kostenlos beim Bayerischen Staatsministerium des Innern - Sachgebiet Verfassungsschutz -, Odeonsplatz 3, 80539 München (Telefax: 0 89 / 2 19 21 28 42).



1. Abschnitt

Rechtsextremismus

1. Allgemeines

1.1 Merkmale des Rechtsextremismus

Ablehnung der Grundlagen der Demokratie

Der Rechtsextremismus weist keine gefestigte einheitliche Ideologie auf, ganz im Gegensatz zum Linksextremismus, der mit dem Marxismus-Leninismus bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Machtblocks über ein weitgehend geschlossenes ideologisches Weltbild verfügte. Die Bestrebungen rechtsextremistischer Organisationen in Deutschland sind im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß sie die Grundlagen der Demokratie ablehnen und - aus taktischen Gründen meist nicht offen erklärt - statt dessen eine totalitäre Regierungsform unter Einschluß des Führerprinzips anstreben, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren ist. Bestimmende Merkmale des organisierten Rechtsextremismus sind vor allem

- die pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft" zu Lasten der Interessen und Rechte des einzelnen, die eine Aushöhlung der Grundrechte bedeutet (völkischer Kollektivismus), *Kollektivismus*
- ein den Gedanken der Völkerverständigung mißachtender Nationalismus, *Nationalismus*
- die offene oder verdeckte Wiederbelebung des Antisemitismus und anderer rassistischer Thesen, die mit dem Schutz der Menschenwürde und dem Gleichheitsprinzip nicht vereinbar sind, *Rassismus*
- immer wiederkehrende Versuche, die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unter Herausstellung angeblich positiver Leistungen des Dritten Reiches zu rechtfertigen, die Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime zu diffamieren und die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu verschweigen, zu verharmlosen oder sogar zu leugnen. *Verharmlosung des NS-Unrechts*

Verunglimpfung der Demokratie

Hinzu kommt die allen Extremisten gemeinsame planmäßige Verunglimpfung der bestehenden Staatsform und ihrer Repräsentanten.

Ziel dieser Angriffe ist es, die eigene Organisation und ihre Repräsentanten als die alleinigen Wahrer der Interessen von Staat und Bürgern darzustellen, was im Ergebnis auf die Ablehnung des Mehrparteienprinzips und des Rechts auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition hinausläuft.

Diese Merkmale sind nicht gleichmäßig bei allen Rechtsextremisten zu beobachten. Manchmal sind nur Teilaspekte bestimmend; auch die Intensität und die Mittel des Kampfes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind unterschiedlich.

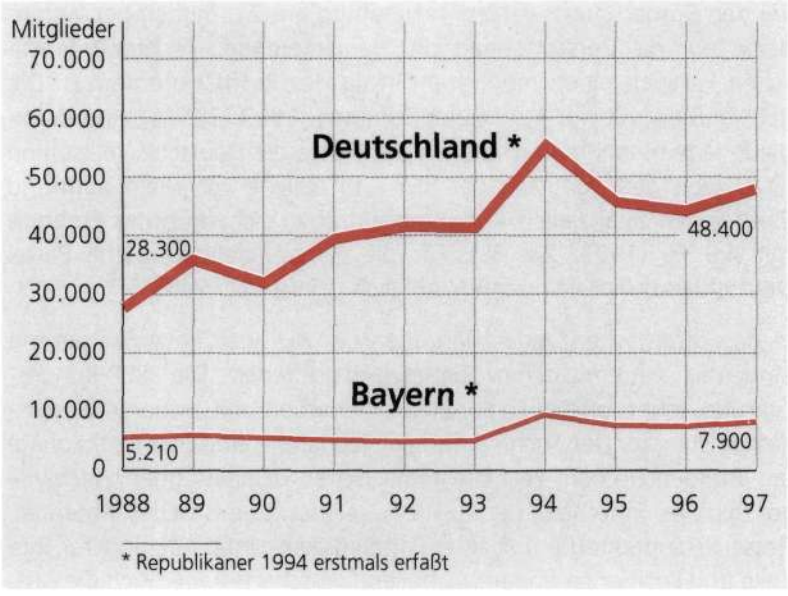
1.2 **Entwicklung**

Die Entwicklung der Zahl rechtsextremistischer Organisationen in Bayern und ihrer Mitgliederstärken ist aus der folgenden Übersicht zu ersehen. Bei erkannten Mehrfachmitgliedschaften wurde die Person nur bei einer Organisation mitgezählt.

Zahl und Mitgliederstärke rechtsextremistischer Organisationen

	1995	1996	1997
Anzahl der Organisationen	23	26	25
Mitgliederstärken			
Die Republikaner (REP)	4.000	4.000	4.300
NPD mit JN und NHB	790	715	740
DVU*	2.000	1.800	1.800
Neonazistische Organisationen	65	85	130
Sonstige Organisationen	360	300	250
	7.215	6.900	7.220
Neonazistische Einzelaktivisten	45	75	80
Rechtsextremistische Skinheads	325	360	600
Rechtsextremisten insgesamt	7.585	7.335	7.900

* Die Zahlen umfassen die Mitglieder der Partei und des gleichnamigen Vereins.



Wie bisher stellte die Partei „Die Republikaner" (REP) in Bayern mehr als die Hälfte des gesamten rechtsextremistischen Potentials. Ihre Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Insgesamt ist nahezu durchgängig ein Mitgliederzuwachs bei den rechtsextremistischen Organisationen und Parteien zu verzeichnen.

Ideologische Neuorientierung

Während in früheren Jahren das Thema „Überfremdung" und die rassistisch motivierte Hetze gegen Ausländer und Asylanten dominierende Bestandteile rechtsextremistischer Propaganda waren, greifen Rechtsextremisten seit 1996 zunehmend sozial- und wirtschaftspolitische Fragen auf. Diese Neuorientierung bedeutet zwar nicht den völligen Verzicht auf bekannte Argumentationsmuster wie Nationalismus und NS-Apologie, aber eine neue Gewichtung. Durch Verknüpfung sozialer Problemfelder mit rechtsextremistischen Theorieelementen hoffen Rechtsextremisten, aus der derzeitigen wirtschaftlichen Situation, der hohen Arbeitslosigkeit und den Sorgen der Bevölkerung um die Sicherheit der Renten Kapital schlagen zu können und in der allgemeinen politischen Auseinandersetzung akzeptiert zu werden. So rufen sie zum Widerstand gegen die „kapitalistische Ausbeutungspolitik" und die „Zerstörung des Sozialstaates" auf. Dabei sehen sie vor dem Hintergrund einer von ihnen erwarteten Zunahme sozialer Spannungen eine Chance, sich als politische Alternative zu präsentieren.

Teilnahme an Wahlen

Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 21. September verhinderte nur die Zerstrittenheit der kandidierenden rechtsextremistischen Parteien einen möglichen Erfolg des Rechtsextremismus. Die REP mußten mit nur 1,9 % der Stimmen (1993: 2,9 %) eine Wahlniederlage hinnehmen. Dagegen profitierte die Deutsche Volksunion (DVU) von den Verlusten der REP und erzielte vor allem aufgrund ihres hohen finanziellen Aufwands ein überraschend gutes Ergebnis mit 4,9 % (1993: 2,8 %). Für die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) stimmten lediglich 0,1 % der Wähler.

Unverändertes extremistisches Potential

In den öffentlichen Verlautbarungen der REP werden Aussagen mit eindeutig extremistischer Zielsetzung seltener. Die REP-Bundesführung lehnt offiziell eine Zusammenarbeit mit anderen Rechtsextremisten ab. Dennoch kam es zur Teilnahme einzelner Funktionäre an „Runden Tischen" rechtsextremistischer Gruppierungen. Nach wie vor gibt es innerhalb der REP ein rechtsextremistisches Potential, dessen Hauptakteure auf allen Parteiebenen Unterstützung für ihre Ziele und Positionen finden. Auffallend verschärft haben sich die Aussagen der NPD. Das Engagement von Neonazis bei ihrer Jugendorganisation ist weiter gestiegen.

Erfolglose Bündnisbemühungen

Das rechtsextremistische Lager ist nach wie vor zersplittert. Versuche einer Bündelung der „rechten" Kräfte blieben ohne nennenswerten Erfolg, zumal der DVU-Vorsitzende Dr. Gerhard Frey nach wie vor kein ernstzunehmendes Interesse an einer rechtsextremistischen Allianz hat. Außerdem sind durch den offiziellen Abgrenzungskurs der REP die Chancen für eine Einigung des rechtsextremistischen Spektrums erheblich gesunken.

Neonazismus

Die Anzahl der neonazistischen Aktivisten ist gestiegen. Die festgestellte höhere Personenzahl beruht aber auch auf einer verbesserten Erkenntnislage. Die organisierten Aktivitäten sind weiter rückläufig; eine Ausnahme bildet lediglich der „Freiheitliche Volks Block" (FVB). Bisher ist es dem neonazistischen Spektrum in Bayern nicht gelungen, durch Bildung strukturloser Zusammenschlüsse auf regionaler Ebene („Kameradschaften") neue schlagkräftige Organisationsformen zu finden. Die „Kameradschaften" leiden unter Inaktivität.

Informationelle Vernetzung

Fortlaufende Verbesserungen in der Informationstechnik mit immer höheren Übertragungsgeschwindigkeiten zu relativ niedrigen Kosten haben die informelle Vernetzung auch im rechtsextremistischen Bereich erheblich gefördert. Info-Telefone, Mailboxverbundsysteme und das Internet als die wichtigsten modernen Kommunikations-

systeme erlauben es, schnell und ohne größeren technischen Aufwand weltweit Informationen auszutauschen. In der rechtsextremistischen Szene werden militante Verhaltensweisen weiterhin diskutiert. Es gibt aber nach wie vor keine Hinweise auf terroristische Strukturen; insbesondere fehlt ein entsprechendes Sympathisantenumfeld.

Zunahme der Gewalttaten

Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten, insbesondere der fremdenfeindlichen Gewalttaten war ansteigend. Obwohl der Rechtsextremismus für unseren Staat derzeit keine akute Bedrohung bedeutet, gefährdet er oftmals die öffentliche Ordnung und das internationale Ansehen Deutschlands. Er ist Brutstätte menschenverachtender Gewalt und Nährboden für Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und nationalistische Exzesse. Rechtsextremistisch motivierte Gewalt gefährdet zwar nicht die Verfassungsordnung; sie stellt aber unverändert eine Herausforderung für die Innere Sicherheit dar.

2. Die Republikaner (REP)

2.1 Ideologisch-politischer Standort

Nationalismus

In Äußerungen aus der Partei ist ein übersteigerter Nationalismus, verbunden mit Feindschaft gegen fremde Staaten und Minderheiten zu erkennen. Fremdenfeindliche Tendenzen kamen z.B. in der Rede des stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg Christian Käs auf dem „Republikanertag 1997" am 3. Oktober in Stuttgart deutlich zum Ausdruck:

Fremdenfeindlichkeit

> *„Heute stellt sich die Frage, ob es den Umvolkern schon gelungen ist, all das Deutsche zu zerstören, in das das Fremde zu integrieren wäre. (...) Wir schulden unserem Volk Arbeit, den Ausländern aber schulden wir nichts! (...) Trachten sind nur fein, wenn es türkische sind und die sind fast so schön wie die der Neger, die man gestern im Amt gesehen hat, als Beamte selbstverständlich. (...) Ausländer, die angeblich am deutschen Wohlstand mitgearbeitet haben, wo waren sie denn, als es Deutschland dreckig ging? (...) Sie wollen einfach nur schön leben. Dafür haben wir Verständnis, aber nicht bei uns und nicht auf unsere Kosten. Wir sagen: die Zeit ist abgelaufen. Sie müssen raus!"*

Diffamierung demokratischer Institutionen

Der REP-Funktionär Dr. Rudolf Krause wandte sich auf dem Jahreskongreß der Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP) in Gera/Thüringen in seiner Rede zum Thema „Wir wollten die Freiheit und keine andere Diktatur" gegen den angeblich weiter steigenden

staatlichen „Terror gegen die Forschungs-, Informations- und Meinungsfreiheit und die Aushöhlung des Rechtsstaats in der BRD Helmut Kohls":

> *„Die heutige Kohl-Administration muß ihre politische Rechtsbeugung mit den Zuständen im Stalinismus und im real existierenden preußischen Nationalsozialismus Erich Honeckers vergleichen lassen und ist in manchem ersterer wesensverwandter als der schon ausgeleierten Diktatur der letzten DDR-Jahre."*

Im Parteiorgan (Der Republikaner 11/1997, Seite 3) hieß es:

> *„Wir wollen keine Altparteiendiktatur. Wir stellen vielmehr eines an den Pranger, nämlich den Mißbrauch der Demokratie durch die Altparteien."*

Diese Diffamierung demokratisch legitimierter Institutionen und Personen sowie der Vergleich der Bundesregierung mit dem System der ehemaligen DDR offenbaren eine Tendenz zur Ablehnung des Mehrparteienprinzips und des Grundsatzes der Chancengleichheit der Parteien.

Rückgang extremistischer Äußerungen

Der Parteivorsitzende und der Landesverband Bayern waren weiterhin darauf bedacht, keine Angriffsflächen zu bieten und die REP gegenüber potentiellen Interessenten und Sympathisanten als demokratische Partei darzustellen. Sie bemühten sich um den Ausschluß extremistischer Strömungen. Dieser Kurs war nur zum Teil erfolgreich. Auch 1997 kam es an der Basis zur Zusammenarbeit mit Vertretern anderer rechtsextremistischer Organisationen. Insbesondere nach der Niederlage der REP bei der Hamburger Bürgerschaftswahl wurden in der Partei wieder Forderungen nach „rechten" Bündnissen erhoben, was den Parteivorsitzenden Dr. Rolf Schlierer zu einer vorsichtigen Kurskorrektur veranlaßte. Offensichtlich ist der interne Druck für ein Ende des Abgrenzungskurses gewachsen. Dr. Schlierers Stellung innerhalb der REP ist nicht mehr unangefochten. Allerdings fehlt der innerparteilichen Opposition eine Führungsalternative.


DER Neue
REPUBLIKANER
REP
Wie zerstöre ich ein Land?

2.2 Verstöße gegen den offiziellen Abgrenzungskurs

Nach wie vor kann der Bundesvorsitzende seinen Abgrenzungskurs nicht in allen Teilen der Partei durchsetzen. Er hat zwar die Mehrheit

Interne Gegner des Parteivorsitzenden

der Mitglieder hinter sich und ist weiterhin bemüht, Befürworter einer „Vereinigten Rechten" zurückzudrängen. Es gibt aber nach wie vor ein rechtsextremistisches Potential, dessen Hauptakteure - wie z.B. Dr. Rudolf Krause und der mittlerweile aus der Partei ausgeschiedene bayerische REP-Funktionär Otmar Wallner - weiterhin auf allen Parteiebenen Unterstützung für ihre Ziele und Positionen fanden. Dies wurde u.a. beim Parteitag des Landesverbands Sachsen-Anhalt deutlich, wo sich Dr. Schlierers Gegner erneut durchsetzten und den ehemaligen Parteivorsitzenden Franz Schönhuber - einen Vordenker der „Vereinigten Rechten" - zum Ehrenmitglied ernannten. Diese Entscheidung bestätigte die bündnispolitische Orientierung des Landesverbands.

Kontakte zu anderen Rechtsextremisten

Trotz der von Dr. Schlierer offiziell vertretenen Abgrenzungspolitik sind auf allen Ebenen der Partei Verbindungen zu anderen Rechtsextremisten feststellbar. So nahm der REP-Kreisvorsitzende des Wartburgkreises in Thüringen im April an einer Gesprächsrunde des „Eisenacher Signals" (Runder Tisch der Nationalen) teil. Nach seinem Ausschluß wechselten viele Mitglieder aus Solidarität zur NPD. In Baden-Württemberg initiierte ein örtlicher REP-Funktionär am 3. Mai in Rottweil eine Veranstaltung mit dem „Franz Schönhuber Freundeskreis", dem er auch als Sprecherrat vorsteht.

Kritiker des Abgrenzungskurses im Schiedsgericht

Der Vorsitzende des REP-Bundesschiedsgerichts Hartmut Koch, der sich zunehmend als Kritiker des Parteivorsitzenden Dr. Schlierer exponierte, erklärte in einer „Betrachtung zur Lage" vom 8. Juni, die „völlig verfehlte Extremismusabgrenzung" habe die Partei weithin gelähmt und gespalten. Erforderlich sei eine „umfassende Aussöhnung zwischen den internen Fronten und mit den ausgeschiedenen oder ausgeschlossenen Parteifreunden". Er schlug vor, alle bisherigen Abgrenzungsbeschlüsse aufzuheben, erforderlichenfalls durch eine Mitgliederabstimmung, um durch dieses „Signal für Einheit und Versöhnung" die Partei allen „national gesinnten Deutschen" wieder zu öffnen. Koch gab den Vorsitz im Bundesschiedsgericht im August an seinen Stellvertreter ab. Danach wurde er aus der Partei ausgeschlossen, weil er eine Zusammenarbeit mit NPD und DVU befürwortet habe.

Mitte September äußerte Dr. Schlierer als Gast der extrem nationalistischen französischen Front National (FN) und des belgischen Vlaams Blok (VB) im Europäischen Parlament in Straßburg überraschend die Absicht, im Falle eines Erfolgs der REP bei der Europawahl 1999 eine

Geplantes Bündnis mit ausländischen Rechtsextremisten

Fraktionsgemeinschaft mit FN und VB eingehen zu wollen. Er bekräftigte diese Haltung auf dem Bundesparteitag am 18. Oktober. Diese Absicht verstößt eindeutig gegen die Intention - wenn auch nicht gegen den Wortlaut - der innerparteilichen Abgrenzungsbeschlüsse und belegt die Zugehörigkeit der REP zum rechtsextremistischen Spektrum. Noch im Juni hatte Dr. Schlierer in einem Rundschreiben Bemühungen kritisiert, die FN im Hinblick auf eine „nationale Allianz" als leuchtendes Beispiel zu präsentieren.

Beiträge von REP-Funktionären in der NE

Die Monatsschrift „Nation & Europa - Deutsche Monatshefte" enthielt in der November/Dezember-Ausgabe einen Beitrag des Vorsitzenden des „Republikanischen Hochschulverbands" (RHV) Eike Erdel. Der Verfasser polemisierte darin gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944". In derselben Ausgabe versuchte der stellvertretende Bundesvorsitzende Christian Käs in einem Interview, die bündnispolitischen Positionen der REP einem breiteren rechtsextremistischen Spektrum zu erläutern. Bemerkenswert ist, daß sich hier offizielle Vertreter der REP entgegen den Abgrenzungsbeschlüssen der Partei in einem der wichtigsten rechtsextremistischen Theorieorgane äußerten.

2.3 **Organisation**

Bundespartei

Mitgliederzahl und Finanzsituation der Partei haben sich stabilisiert. Die Partei zählte Ende 1997 bundesweit rund 15.500 (1996: 15.000) Mitglieder in 16 Landesverbänden. Die Schwerpunkte liegen in Süddeutschland und in Nordrhein-Westfalen. Bundesvorsitzender ist seit Dezember 1994 Dr. Rolf Schlierer. Seine Stellvertreter sind Bernd Bernhard, Ursula Winkelsett, Christian Käs, Johann Gärtner und Hans Hirzel.

Landesverband Bayern

Der Landesverband Bayern gliedert sich weiterhin in acht Bezirksverbände, die in rund 85 Kreis- und etwa 290 Ortsverbände mit insgesamt rund 4.300 (1996: 4.000) Mitgliedern unterteilt sind. Der Landesvorsitzende Johann Gärtner ist ein enger Vertrauter Dr. Schlierers. Auch die Funktionäre auf Bezirksebene sind in Bayern durchwegs dem gemäßigten Flügel der Partei zuzurechnen.

Austritt Wallners

Der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende Otmar Wallner erklärte Ende August seinen Parteiaustritt, obwohl er erst im März 1997 zum Vorsitzenden des Bezirksverbands Niederbayern gewählt worden war. Damit verlor der rechtsextremistische Flügel der Partei in

Bayern seinen exponiertesten Vertreter. Weitere Gegner der Abgrenzungsbeschlüsse folgten Wallners Beispiel. Das rechtsextremistische Potential im Bereich des Landesverbands Bayern hat sich dadurch reduziert.

2.4 **Teilnahme an Wahlen**

Bürgerschaftswahl in Hamburg

Bei der Bürgerschaftswahl am 21. September in Hamburg erreichte die Partei nur einen Stimmenanteil von 1,9 % (1993: 4,8 %). In einer Pressemitteilung bezeichnete der Bundesvorsitzende das Wahlergebnis als herbe Niederlage. Man habe das Wahlziel deutlich verfehlt. Der Partei hätten insbesondere die notwendigen finanziellen Mittel gefehlt, um die Protestwähler zu mobilisieren.

Im Hinblick auf die Landtagswahl 1998 in Niedersachsen kündigte Dr. Schlierer eine schonungslose Analyse der Wahlkampfführung an. Notwendige Konsequenz sei eine akzentuiertere Außendarstellung der Partei, die sich auf den Feldern Innere Sicherheit und Ausländerpolitik nicht beiseite schieben lasse: Man brauche keine Einwanderungs-, sondern Rückführungsquoten; statt eines Einwanderungsgesetzes oder einer doppelten Staatsbürgerschaft müsse der Ausländeranteil in Deutschland deutlich gesenkt werden. Eine „irgendwie geartete Zusammenarbeit mit rechten Phantomparteien wie der DVU" schloß er auch in Zukunft aus. Eine solche Kooperation würde nicht zur Addition der Stimmenanteile führen. Vor allem aber wäre die Umsetzung etwaiger Wahlerfolge solcher Allianzen unmöglich.

2.5 **Aktivitäten in Bayern**

Landesparteitag

Der REP-Landesverband Bayern hielt am 1. März in Lauben, Landkreis Oberallgäu, seinen Parteitag ab. Bei den Neuwahlen bestätigten die Delegierten den Landesvorsitzenden Johann Gärtner in seiner Funktion. Sein unterlegener Gegenkandidat Otmar Wallner, ein bekannter Vertreter rechtsextremistischer Positionen und exponierter Kritiker des Bundesvorsitzenden, wurde anschließend von rund 38 % der Delegierten zu einem der vier stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Das Bundesschiedsgericht hatte zuvor das gegen Wallner eingeleitete Parteiausschlußverfahren wegen eines Formfehlers gestoppt.

Auf dem Parteitag des REP-Bezirksverbands Niederbayern am 23. März in Deggendorf-Fischerdorf konnte sich Wallner bei der Wahl des Bezirksvorsitzenden mit 29 von 57 Stimmen gegen seinen Mitbewerber durchsetzen. Wallners Wahlergebnisse zeigen, daß rechtsextremistisches Gedankengut in Teilen der Partei breite Unterstützung findet.

Bundesparteitag

Am 18. Oktober hielten die REP in Dietmannsried, Landkreis Oberallgäu, ihren Bundesparteitag ab. Vor rund 400 Delegierten sprachen als Gäste u.a. der mit großem Beifall empfangene Europa-Abgeordnete der extrem nationalistischen Front National (FN) Yvan Blot und der Politologe Alfred Mechtersheimer. Blot überbrachte die Grüße des FN-Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen. Er beschwor eine deutsch-französische Zusammenarbeit, zumal die Probleme der „nationalen Rechten" in Deutschland wie in Frankreich identisch seien. Mechtersheimer rief in seinem Grußwort zur Bewahrung der nationalen Identität durch die REP auf: Nicht ein Zusammenschluß, sondern die Konzentration der Wähler auf die aussichtsreichste Partei sei das Gebot der Stunde. Der Bundesvorsitzende Dr. Schlierer erteilte in seiner Grundsatzrede einer Zusammenarbeit mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der Deutschen Volksunion (DVU) erneut eine klare Absage. Dagegen werde - so Schlierer - Mechtersheimers „Deutschland-Bewegung" weiterhin mit allen Kräften unterstützt; auch sei beabsichtigt, die Zusammenarbeit mit der FN künftig auszubauen. Für Unruhe sorgte die Anwesenheit des ehemaligen Vorsitzenden des Bundesschiedsgerichts Hartmut Koch, gegen den die Partei zuvor wegen seines Eintretens für eine Zusammenarbeit mit anderen Rechtsextremisten Ordnungsmaßnahmen verhängt hatte. Als er mit Hilfe der Polizei des Saales verwiesen wurde, stieß dies bei einem Teil der Delegierten, insbesondere aus den neuen Bundesländern, auf scharfe Kritik. Der Schatzmeister des REP-Landesverbands Sachsen-Anhalt Dr. Rudolf Krause lehnte deswegen eine Nominierung zur Wahl als Tagungspräsident ab und sprach von „stalinistischen" Methoden.

Kampagne gegen die europäische Einigung

Im Rahmen einer Kampagne gegen die europäische Einigung warb der REP-Landesverband Bayern im Herbst 1997 verstärkt für ein Volksbegehren gegen die „Einführung der Europäischen Einheitswährung Euro". Hierzu verteilte die Partei in der Öffentlichkeit Flugblätter, Broschüren und Informationsschriften. Verstärkt fanden auch Kundgebungen und Informationsstände zu diesem Thema statt, das für die REP „höchste Priorität" besitzt. Die Partei sah in ihrer Initiative zudem ein geeignetes Mittel der Wahlwerbung. Die Sammlung der

dem Zulassungsantrag beizufügenden Unterschriften stellte damit für die REP in Bayern zugleich den Auftakt des Landtagswahlkampfs 1998 dar. Bisher liegen keine Hinweise vor, daß die REP mit ihrer Aktion nennenswerte Resonanz gefunden hätten.

2.6 **Verwaltungsgerichtsverfahren**

Die Partei hat - wie berichtet - in der Vergangenheit mehrmals erfolglos versucht, gegen ihre Bewertung als rechtsextremistisch auf dem Rechtsweg vorzugehen. Die letzten von den REP in Bayern angestrengten Eilverfahren, die sich gegen die Bewertung der Partei im Verfassungsschutzbericht wandten, wurden im Herbst 1997 endgültig abgewiesen. Die Verfahren in der Hauptsache hat die Partei bisher nicht weiterbetrieben.

3. **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)**

3.1 **Ideologisch-politischer Standort**

Die NPD versucht, eine Führungsrolle im rechtsextremistischen Lager zu erlangen. Das auf einem außerordentlichen Bundesparteitag am 7./8. Dezember 1996 bei Bremen verabschiedete neue Parteiprogramm läßt keine Abkehr von extremistischen Positionen erkennen. Nach wie vor lehnt die NPD wesentliche Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab und erstrebt einen Staat mit einer von völkisch-kollektivistischen Strukturen bestimmten „Volksgemeinschaft":

Völkischer Kollektivismus

> *„Volksherrschaft setzt die Volksgemeinschaft voraus. (...) Der Staat hat dabei über den Egoismen einzelner Gruppen zu stehen und die Gesamtverantwortung wahrzunehmen."*
> (Parteiprogramm, Abschnitt 3)

> *„Nicht das Volk dient der Wirtschaft, vielmehr muß die Wirtschaft dem Volke dienen."*
> (Parteiprogramm, Abschnitt 4)

> *„Aus sozialer Gerechtigkeit wächst die nationale Volksgemeinschaft. Sozialpolitik ... muß die Geborgenheit des Einzelnen in der Gemeinschaft sichern. (...) Wir ... setzen uns ... für eine neue Gemeinschaftsordnung ein, die in nationaler Solidarität vorhandene Gruppenegoismen überwindet und zu sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit führt."*
> (Parteiprogramm, Abschnitt 7)

Im Parteiorgan (Deutsche Stimme Ausgabe 6/97, Seite 7) propagierte die NPD „das Einläuten einer neuen geschichtlichen Epoche, die dann jedoch unter völkischem Primat stehen wird". Die Partei knüpft damit an ein Leitbild an, das wesentlicher Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie war. Der von ihr vertretene völkische Kollektivismus ordnet die Interessen und Rechte des Individuums generell denen des Staats und der „Volksgemeinschaft" unter. Diese Betrachtungsweise läuft dem Rang der in Art. 1 des Grundgesetzes normierten Menschenwürde, insbesondere dem daraus resultierenden Vorrang des einzelnen vor dem Staat, zuwider. Die Absicht, Interessengegensätze innerhalb der Gesellschaft durch die Unterordnung des einzelnen unter nicht näher definierte Gemeinschaftsinteressen aufzuheben, steht außerdem im Gegensatz zur Verbindlichkeit der Grundrechte gegenüber der staatlichen Gewalt.



Rassismus und Nationalismus

Ferner lassen Veröffentlichungen der Partei nach wie vor rassistische und nationalistische Zielsetzungen und Denkweisen erkennen. Die NPD versucht, ihre für Rechtsextremisten charakteristische Ablehnung alles Andersartigen unter Berufung auf die „Vielfalt des Lebens und seiner Erscheinungen" zu rechtfertigen. Ihre Überzeugung von der Höherwertigkeit der eigenen Rasse und Nation verbirgt sie nur unvollkommen unter dem Deckmantel eines rechtsintellektuellen Ethnopluralismus. Sie propagiert die „Grundsätze des lebensrichtigen Menschenbildes" (Deutsche Stimme Ausgabe 11/97, Seite 12) und präsentiert sich dabei als Gegnerin des „Dogmas der angeblichen Gleichheit aller Menschen". Diese Grundeinstellung läuft auf eine mit Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes unvereinbare Rassendiskriminierung hinaus. Dementsprechend behandelt die Partei das Ausländer- und Asylantenproblem vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der „Überfremdung".

> *„Im Zusammenspiel von Großkapital, Regierung und Gewerkschaften wurden Millionen von Ausländern wie Sklaven der Neuzeit nach Deutschland geholt. Diese Politik wird durch eine menschen- und völkerverachtende Integration fortgesetzt. (...) Ein grundlegender politischer Wandel muß die menschenfeindliche Integrationspolitik beenden sowie die deutsche Volkssubstanz erhalten."*
> (Parteiprogramm, Abschnitt 8)

Agitation gegen die EU

Nationalistische Bestrebungen kamen in Forderungen wie „Deutsches Geld für deutsche Aufgaben!" und „Arbeitsplätze zuerst für

Deutsche!", insbesondere aber in der Agitation gegen die europäische Einigung zum Ausdruck:

„Die Euro-Diktatur zielt geradewegs auf die „Vernichtung der deutschen Währungsvorherrschaft". (...) Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne vorausgegangenen Krieg!"
(Deutsche Stimme Ausgabe 3/97, Seite 6)

„Die etablierten Politiker in Bonn spielen russisches Roulette mit dem ersparten Vermögen der Bürger. (...) Wirtschaftlich wird Deutschland durch die EU vernichtet. (...) Maastricht ist ein Versailles mit anderen Mitteln ... und der Untergang des heutigen Systems. (...) Der Nationalismus wird der letzte Ausweg für viele sein. Die, die durch Maastricht Deutschland vernichten wollten, werden dann einer neu geschaffenen Volksgemeinschaft gegenüberstehen."
(Deutsche Stimme Ausgabe 5/97, Seiten 2 und 6)

„Die Deutschen müssen arbeiten und zahlen, damit andere auf unsere Kosten leben können. Das darf nicht sein!"
(Deutsche Stimme Ausgabe 9/97, Seite 13)

NS-Apologie

Das demokratische Verfassungsleben nach 1945 wird als Ergebnis einer verfälschten Geschichtsschreibung und einer „Umerziehung" zum Schlechten herabgesetzt.

„Wir wehren uns gegen die moralische Selbstvernichtung unserer Nation durch die einseitige Schuldzuweisung zu Lasten Deutschlands, die Aufwertung des Landesverrats und die Verherrlichung alliierter Kriegsverbrecher."
(Parteiprogramm, Abschnitt 6)

Nach Ansicht der NPD läßt sich das „1945 aufgezwungene Besatzungsdiktat der westalliierten Siegermächte" nur „über die Knochen der herrschenden imperialistischen Systeme und deren Eliten" überwinden (Deutsche Stimme Ausgabe 5/97, Seite 7).

Diffamierung demokratischer Institutionen

Zu den Hauptangriffszielen der Partei gehören nach wie vor die demokratischen Institutionen der Bundesrepublik Deutschland und ihre Repräsentanten. Dabei tritt an die Stelle konstruktiver Kritik an einzelnen Mißständen eine bewußt entstellende und überspitzt verallgemeinernde Form der Darstellung. So diffamierte die NPD die „Lizenzparteien" als „Kollaborateure der Siegermächte" (Deutsche Stimme Ausgabe 6/97, Seite 10) und behauptete, die „etablierten Versagerparteien" betrieben immer intensiver die „Überfremdung Deutschlands" (Deutsche Stimme Ausgabe 9/97, Seiten 2 und 6).

„Jeder Tag, an dem das gegenwärtige System weiterexistiert, mindert die Chancen erheblich, daß das deutsche Volk es noch überleben wird!"
(Deutsche Stimme Ausgabe 6/97, Seite 7)

„Für die Abgeordneten der Systemparteien gilt: Sparen heißt, sich die Taschen füllen."
(Deutsche Stimme Ausgabe 10/97, Seite 2)

Ferner bezeichnete die NPD die Bundesregierung als „Bonner Machtkartell" und warf ihr gravierende Grundrechtsverstöße im Zusammenhang mit einer politischen „Säuberungswelle" bei der Bundeswehr vor. Diese diffamierende Polemik läßt darauf schließen, daß die NPD die Prinzipien des Mehrparteiensystems und der Chancengleichheit der Parteien trotz ihres formalen Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablehnt.

Öffnung gegenüber Neonazis

Die schwindende Abgrenzung gegenüber Neonazis zeigt sich nicht nur in der Tolerierung der Kontakte von Mitgliedern der Jungen Nationaldemokraten (JN) zum neonazistischen Spektrum, sondern auch in der Aufnahme von Neonazis aus verbotenen Vereinigungen, die immer mehr in Führungspositionen drängen. Diese Entwicklung wird von den Vorsitzenden der NPD und JN geduldet bzw. sogar unterstützt. Nach Ansicht der NPD darf es bei der Massenmobilisierung keine Tabus geben. Mobilisierbar seien nicht „vernünftige Bürger", sondern in erster Linie junge Menschen, die um ihre berufliche Zukunft und ihr nationales Selbstwertgefühl betrogen würden, wie z.B. Skinheads. Mit diesem Kurs verfolgt der Parteivorsitzende offensichtlich eine Doppelstrategie: Einerseits will er mit der NPD traditionelle rechtsextremistische Positionen besetzen, deren Vertreter deutliche Vorbehalte gegen neonazistische Bestrebungen haben, andererseits über die JN als der „Speerspitze der Partei" Einfluß auf das neonazistische Spektrum nehmen. Die Parteiführung war bisher bestrebt, ehemals führenden Exponenten verbotener Gruppierungen den Eintritt zu erschweren, um das Erscheinungsbild der NPD nicht übermäßig zu beeinträchtigen. Mit der Wahl von Jens Pühse, eines ehemaligen Anhängers der verbotenen Nationalistischen Front (NF), zum Vorsitzenden des NPD-Kreisverbands Freising unterstrich sie ihre zunehmende Öffnung gegenüber Neonazis.

3.2 **Organisation**

Die am 28. November 1964 in Hannover von Funktionären der ehemaligen Deutschen Reichspartei (DRP) gegründete NPD gliedert sich

derzeit in 15 Landesverbände, die wiederum in Bezirks- und Kreisverbände unterteilt sind. Die Partei zählte Ende 1997 bundesweit rund 4.300 (1996: 3.500) Mitglieder. Ursachen dieses vor allem in den neuen Ländern zu verzeichnenden Aufwärtstrends sind zum einen die zunehmende Öffnung gegenüber dem Lager der Neonazis und Skinheads, zum anderen der intensivierte Gebrauch populistischer Agitationstechniken. Dies zeigt sich vor allem im Aufgreifen sozial- und wirtschaftspolitischer Probleme (Sozialabbau, Euro-Debatte) und der Abkehr von vergangenheitsbezogenen Themen (z.B. Revisionismus). *Aufwärtstrend*

Parteivorsitzender ist seit März 1996 der Diplom-Politologe Udo Voigt aus Moosburg a.d. Isar. Seine Stellvertreter sind der Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen Udo Holtmann und der bisherige Beisitzer im Bundesvorstand Jürgen Schön aus Sachsen. Der bisherige stellvertretende Parteivorsitzende Günter Deckert aus Weinheim wurde auf einer Sitzung des Parteivorstands am 17. August wegen fortwährender und schwerwiegender Verletzung der Treuepflicht gegenüber der Partei mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben. Ihm wurden finanzielle Manipulationen und Veruntreuungen vorgeworfen. Außerdem betrachtete die NPD-Führung die Veröffentlichung von Parteiinternas in der Publikation „Deckert-Stimme" sowie Deckerts ständige Hetze gegen Vorstandsmitglieder als parteischädigend. *Bundespartei*

Der Landesverband Bayern mit Sitz in München zählt rund 680 (1996: 650) Mitglieder (ohne JN und NHB). Er gliedert sich in sieben Bezirks- und rund 50 Kreisverbände, von denen aber mehr als die Hälfte nicht aktiv ist. *Landesverband Bayern*

Nach einer Erhebung der Bundesgeschäftsstelle sind 23,8 % der Mitglieder zwischen 1964 und 1970 der Partei beigetreten, 7,4 % zwischen 1971 und 1980, 29,6 % zwischen 1981 und 1990 sowie 13,8 % zwischen 1991 und 1995. 25,4 % der Mitglieder haben sich seit Anfang 1996 der NPD angeschlossen. *Mitgliederstruktur*

Mit einer Initiative „Aktion 1.000 - hinein in die NPD" hoffte die Partei, im Laufe des Jahres rund 1.000 neue Mitglieder zu gewinnen. Nach eigenen Angaben konnte sie seit Anfang 1997 einen Zuwachs von 1.305 Mitgliedern verzeichnen. Die Zahl der Austritte ist dabei nicht berücksichtigt. Der stärkste Anstieg war in Sachsen festzustellen. In Bayern gab es nur eine geringe Zunahme. *Mitgliederwerbung*

Das Parteiorgan „Deutsche Stimme" erscheint seit einigen Monaten mit deutlich verändertem Layout. Es berichtet über unterschiedliche

rechtextremistische Strömungen und versucht so, dem strategischen Anspruch der Partei, eine neue nationale Sammlung zu initiieren, gerecht zu werden. Die Auflage betrug zuletzt ca. 40.000 Exemplare.

3.3 **Teilnahme an Wahlen**

Bürgerschaftswahl in Hamburg

Bei der Bürgerschaftswahl am 21. September in Hamburg erreichte die NPD lediglich einen Stimmenanteil von 0,1 %; 1993 hatte sie nicht kandidiert. Die NPD blieb damit als Wahlpartei bedeutungslos. Insbesondere gelang es ihr nicht, ein nach dem Parteiengesetz für den Anspruch auf staatliche Mittel notwendiges Ergebnis zu erzielen. Im Vorfeld der Bürgerschaftswahl hatte sie den REP und der DVU vergeblich ein Wahlbündnis angeboten. Das desolate Wahlergebnis bedeutet für die NPD nicht nur im Hinblick auf kommende Wahlen, sondern auch für die weitere Entwicklung der Partei insgesamt einen schweren Rückschlag. Nicht zuletzt dürfte auch die Doppelstrategie des Bundesvorsitzenden zu einer Verunsicherung potentieller Wähler geführt haben. Gesellschaftlich ist die Partei ohnehin zu sehr als extremistisch stigmatisiert, um sich als „rechte Alternative" etablieren zu können.

1998 will sich die NPD sowohl an der Bundestagswahl als auch an der Landtagswahl in Bayern beteiligen. Als Spitzenkandidaten der Landeswahlliste für die Bundestagswahl wurden der bayerische Landesvorsitzende Udo Voigt sowie seine beiden Stellvertreter Franz Salzberger und Klaus Beier nominiert.

3.4 **Sonstige Aktivitäten**

Wehrmachtsdemonstration in München

Unter dem Motto „Unsere Großväter waren keine Verbrecher" veranstaltete die NPD am 1. März in München eine Protestkundgebung gegen die umstrittene Ausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Schon Wochen zuvor hatten die Partei und ihre Jugendorganisation u.a. im Internet für diese „Demonstration des nationalen Widerstands" geworben und nach eigenen Angaben etwa 50.000 Flugblätter verteilt. Auch in nationalen Info-Telefonen und im Thule-Netz wurde zur Teilnahme aufgerufen. Neonazistische Gruppen hatten ebenfalls für den 1. März mobilisiert, darunter Skinheads und „Kameradschaften" aus mehreren Bundesländern. Hingegen hatten die REP und die DVU eine Beteiligung abgelehnt. An dem Aufzug beteiligten sich rund 4.300 Personen. Damit war die Kundgebung die größte von der NPD organisierte Demon-

stration seit dem Jahre 1970. Die Teilnehmerzahl übertraf selbst die eigenen optimistischen Erwartungen erheblich.

Etwa 2.000 Personen aus dem linksextremistischen Lager versuchten, den Aufmarsch des rechtsextremistischen Spektrums zu stoppen. Um beide Lager voneinander getrennt zu halten, wurden der Weg des Aufzugs und die Schlußkundgebung verlegt, da Gegendemonstranten den Marienplatz besetzt hatten. Die Polizei trennte die Kontrahenten durch einen Korridor und verhinderte eine mögliche Gewalteskalation. Die Rechtsextremisten verhielten sich trotz der Angriffe und Störungen von Gegendemonstranten weitgehend friedlich. Insgesamt nahm die Polizei 76 Personen vorläufig fest, davon 43 Rechtsextremisten u.a. wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, und 33 dem linksextremistischen Lager zuzurechnende Personen wegen Landfriedensbruchs, Widerstands, Sachbeschädigung und Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Fünf Polizeibeamte erlitten leichte Verletzungen.

Die rechtsextremistische Szene, insbesondere die NPD und ihre Jugendorganisation, wertete die weitgehend friedlich verlaufene Demonstration als vollen Erfolg. In einer Pressemitteilung bezeichnete die NPD die Kundgebung als „die größte nationale Demonstration", die es in Deutschland seit 20 Jahren gegeben habe. Der 1. März sei somit „der Startschuß für eine bundesweite NPD-Demonstrationsoffensive, die in Zukunft zehntausende Teilnehmer auf die Straßen bringen" werde. Die Nationaldemokraten ließen es nicht zu, daß die Deutschen als ein Volk von Verbrechern diffamiert würden. Mehr als 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg beginne sich das „anständige Deutschland" zu wehren.

NPD und JN ist es damit gelungen, ein weit über ihre Anhängerschaft hinausgehendes breites rechtsextremistisches Spektrum bis hin zu Neonazis und Skinheads zu mobilisieren. Eine Teilnehmerzahl von rund 4.300 konnten sie in den vergangenen Jahren auch nicht annähernd erreichen. Erstmals ließ sich auch das Skinheadpotential in größerer Breite für eine politische Aktion gewinnen. Auffallend waren die relativ hohe Disziplin der Skinheads, ihr Verzicht auf Alkohol und ihre Unterordnung unter die Leitung der JN. Die von NPD und JN bereits im Vorfeld ausgesprochenen internen Auflagen (absolutes Alkoholverbot, Verbot des Mitführens von Waffen, der Reichskriegsflagge sowie von Uniformen) wurden im allgemeinen befolgt. Zwar entsprach der Verlauf der Kundgebung nicht der ursprünglichen Planung; auch für eine vorgesehene Saalveranstaltung wurde kein

geeigneter Raum gefunden. Insgesamt haben NPD und JN jedoch - auch durch die ausführliche Berichterstattung in den Medien und die bis in den parlamentarischen Raum hineingehende Reaktion auf die Veranstaltung - im rechtsextremistischen Lager an Ansehen gewonnen und einen stimulierenden Motivationsschub erfahren.

Versammlungsverbot in Leipzig

Mit hohem Aufwand warb die NPD auch für eine Kundgebung des „nationalen Widerstandes", die unter dem Motto „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" am 1. Mai in Leipzig stattfinden sollte. Nach eigenen Angaben versandte die Partei rund 70.000 Einladungen und organisierte etwa 40 Busfahrten. Neben NPD und JN mobilisierten auch militante Neonazis und Skinheads für die Veranstaltung. Aus Sicht der NPD ließ die enorme Resonanz der rechtsextremistischen Szene eine Wiederholung des „Erfolgs von München" erhoffen. Nach einer gerichtlich bestätigten Verbotsverfügung der Versammlungsbehörde gelang es dem rechtsextremistischen Lager jedoch nicht mehr, das für die Kundgebung in Leipzig auf mehrere tausend Personen geschätzte Potential an einem anderen Ort zu einer vergleichbaren Großdemonstration zusammenzuführen. Ein Teil der anreisenden Demonstranten - vorwiegend Neonazis und JN-Anhänger - hielt dezentrale Spontankundgebungen ab, so in Burgdorf/Niedersachsen, Grimma/Sachsen und Hannoversch Münden/Niedersachsen. Ein massiver Polizeieinsatz verhinderte eine in Aschaffenburg geplante Ersatzveranstaltung, zu der sich etwa 120 Personen eingefunden hatten.



Versammlungsverbot in München

Eine am 8. November vor der SPD-Zentrale in München geplante Demonstration der NPD/JN wurde von der Landeshauptstadt München verboten. Nachdem eingelegte Rechtsbehelfe erfolglos blieben, verzichtete die NPD auf die Durchführung der Kundgebung, um sich als „verfassungstreu" darstellen zu können. Dazu erklärte der Parteivorsitzende in einer Pressemitteilung:

> *„Recht haben und Recht bekommen ist immer eine Frage der Macht. Noch nie hat man mit Verboten den Erfolg einer politischen Bewegung verhindern, allenfalls für eine bestimmte Zeit von eigenen Problemen ablenken können."*

Ein Teil der NPD-Anhänger trat die Fahrt nach München nicht an, andere kehrten um. Offenbar wollte es die Parteiführung vermeiden, ihre Anhänger „staatlicher Repression" auszusetzen.

3.5 **Strafverfahren**

Das Landgericht Mannheim verhängte gegen den stellvertretenden NPD-Vorsitzenden Günter Deckert am 11. April u.a. wegen Volksverhetzung eine inzwischen rechtskräftige Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren und drei Monaten. Einbezogen wurde ein Urteil des Landgerichts Stuttgart vom 26. November 1996, das Deckert wegen eines gleichen Delikts zu sieben Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt hatte. Daraufhin hob das Oberlandesgericht Karlsruhe eine Entscheidung des Landgerichts Karlsruhe auf, das eine 1995 gegen Deckert verhängte zweijährige Freiheitsstrafe nach Verbüßung von zwei Dritteln zur Bewährung ausgesetzt hatte.

3.6 **Junge Nationaldemokraten (JN)**

Zunehmende neonazistische Ausrichtung

Die JN als Jugendorganisation der NPD bekennen sich in Ideologie und Zielsetzung zum Programm der Mutterpartei. Sie sehen sich als organisatorisches Zentrum verschiedener revolutionär-nationalistischer Strömungen des „nationalen Widerstandes" an und verstehen sich auch als Scharnier zwischen NPD, anderen rechtsextremistischen Organisationen und Neonazis. Nach wie vor unterhalten die JN Kontakte zur neonazistischen Szene mit dem Ziel einer engen Zusammenarbeit. Sie versuchen, dort Interessenten zu werben und auch „politikfähige" ehemalige Angehörige verbotener Organisationen für die JN zu gewinnen. Der Beitritt solcher Personen und ihr Aufstieg in Führungspositionen verstärkte die neonazistische Ausrichtung der JN und machte deutlich, daß die JN dem Erstarken neonazistischer Kräfte in den eigenen Reihen keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen. Offenbar bestehen auch keine Berührungsängste gegenüber Skinheads. Diese Entwicklung wird von den Vorsitzenden der NPD und JN geduldet bzw. sogar unterstützt.

Seit dem Scheitern der am 1. Mai in Leipzig geplanten Großkundgebung gab es keine längerfristige Zusammenarbeit zwischen den JN und führenden Aktivisten der Neonaziszene mehr. Die Weigerung der JN, sich offiziell an der Vorbereitung und Durchführung der Aktivitäten zum 10. Todestag von Rudolf Heß zu beteiligen, hat vorübergehend zu einer Abkühlung der Beziehungen zu den neonazistischen „Kameradschaften" geführt. Aus Sicht der JN-Führung war die Heß-Thematik zu sehr vergangenheitsbezogen. Der Bundesvorstand will sich auf zugkräftigere, dem Bürger eher vermittelbare Themen (z.B. „Euro") konzentrieren.

Zeitweise war die JN-Führung bemüht, den zunehmenden neonazistischen Einfluß auf die Organisation zu begrenzen. Symptomatisch hierfür war der Austritt des Chefredakteurs der JN-Zeitschrift „Einheit und Kampf" (EuK) Markus Privenau aus der JN. Der Bundesvorstand hatte ihm vorgeworfen, sich nicht an die „JN-Linie" gehalten zu haben, da eine EuK-Ausgabe eine Reihe neonazistischer Beiträge und ein Portrait von Rudolf Heß enthielt. Diese Auseinandersetzung belegt den Wankelmut der JN in strategisch-taktischen Fragen.

Bundesweiter Aufwärtstrend

Obwohl die JN derzeit der größte und aktivste Zusammenschluß jüngerer Rechtsextremisten sind, konnten sie die angestrebte Meinungsführerschaft im „Nationalen Widerstand" nur teilweise erringen. Die geplante Umwandlung in eine Kaderorganisation ist bisher nicht gelungen. Ende 1997 zählten die JN bundesweit rund 400* (1996: 200) Mitglieder, davon etwa 60 (1996: 55) in Bayern. Der Landesverband Bayern gliedert sich nach wie vor in die beiden „Regionalen Arbeitsgruppen" (RAG) Franken und München/Oberbayern mit jeweils vier örtlichen Stützpunkten. Bemerkenswert ist der im bundesweiten Vergleich deutlich höhere Anteil von rund 40 % Skinheads und Neonazis, der insbesondere auf einen Zulauf aus dem im Vorjahr verbotenen Verein „Skinheads Allgäu" zurückzuführen ist.

Landeskongreß

Bei der Neuwahl des JN-Landesvorstands am 9. März in Augsburg wurde Sascha Roßmüller, ein ehemaliger Funktionär des verbotenen neonazistischen „Nationalen Blocks" (NB), zum Landesvorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende Rainer Hatz hatte nicht mehr kandidiert. Die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Jürgen Distler und Klaus Beier wurden in ihren Ämtern bestätigt. Nach dem Kongreß versammelten sich 16 JN-Anhänger auf dem Rathausplatz in Augsburg. Sie zeigten ein Transparent mit der Aufschrift „Jugend für Deutschland - Junge Nationaldemokraten". Die Polizei löste das Treffen auf, stellte das Transparent sicher und leitete ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ein.

Bundeskongreß

Am 10. Mai fand in Roding bei Cham der JN-Bundeskongreß mit Neuwahlen des Bundesvorstandes statt. An der Veranstaltung, zu der auch der NPD-Vorsitzende Udo Voigt und der Vorsitzende der neonazistischen Gruppierung „Die Nationalen e.V." Frank Schwerdt

* Mitgliedsanwärter sind hier 1997 erstmals mit eingerechnet, da die JN intern zwischen Mitgliedern und Mitgliedsanwärtern nicht unterscheiden.

erschienen waren, nahmen über 100 Personen teil. Der JN-Bundesvorsitzende Holger Apfel wurde wiedergewählt. Zu den Beisitzern im Bundesvorstand gehören der Landesbeauftragte für Sachsen-Anhalt Steffen Hupka und der JN-Bundesorganisationsleiter Jens Pühse, zwei ehemalige Mitglieder verbotener neonazistischer Organisationen. Mit dem bisherigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Andreas Storr und dem ehemaligen Landesvorsitzenden von Hamburg Jan Zobel wurden zwei bekannte Befürworter des „progressiven Nationalismus" nicht mehr in den JN-Bundesvorstand berufen. Nachfolger von Storr wurde der bayerische Landesvorsitzende Sascha Roßmüller. Die Wahl Roßmüllers zum stellvertretenden JN-Bundesvorsitzenden und das Herausdrängen der „progressiven Nationalisten" aus den JN verdeutlichen die neonazistische Ausrichtung der NPD-Jugendorganisation.

Die „progressiven Nationalisten" befürworten eine Abkehr von klassischen rechtsextremistischen Agitationsfeldern; statt dessen soll mittels volksnaher, zukunftsorientierter Themen der wirkliche Gegner, das „System", bekämpft werden.

4. Europäischer Kongreß der Jugend

Unter dem Motto „Zerschlagt die EU-Diktatur des internationalen Großkapitals" hielten die JN am 18. Oktober ihren kurzfristig von Hessen nach Furth im Wald verlegten „4. Europäischen Kongreß der Jugend" ab. Damit wollten sie „in Zeiten harter Repression und Verfolgung der nationalen Gesinnung" ein Zeichen „gelebter europäischer Solidarität" setzen. Tagungsleiter war das JN-Bundesvorstandsmitglied Jens Pühse. Unter den über 400 Teilnehmern befanden sich auch Gäste aus Dänemark, Frankreich, Griechenland, der Schweiz, Spanien, Südafrika und den USA. In einem Grußwort rief der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt dazu auf, sich den „Totengräbern der europäischen Nationen" mutig entgegenzustellen. Als Redner trat u.a. der ehemalige stellvertretende REP-Landesvorsitzende Otmar Wallner auf. Auf den offiziellen Teil folgte ein Kameradschaftsabend, den die rechtsextremistischen Liedermacher Jörg Hähnel und Frank Rennicke mitgestalteten. Zum musikalischen Abschluß spielte die Skinheadband „Zensur".

Der Kongreß kann von den JN vor allem schon wegen der hohen Teilnehmerzahl als Erfolg gewertet werden. Insbesondere war gegenüber dem Vorjahr ein deutlich stärkeres Zusammenrücken der „europäischen Rechten" feststellbar. Bemerkenswert ist auch die organisatorische Leistung der JN, die Teilnehmer kurzfristig zu einem

neuen Veranstaltungsort umzudirigieren. Die hohe Zahl von Vertretern ausländischer rechtsextremistischer Parteien und Organisationen unterstreicht signifikant, welche Bedeutung die JN den Verbindungen vor allem ins europäische Ausland beimessen. Offenbar ist es den JN innerhalb der vergangenen Jahre gelungen, ihre Auslandsverbindungen zu intensivieren.

4. Deutsche Volksunion (DVU)

4.1 Ideologisch-politischer Standort

Das Parteiprogramm aus dem Jahr 1993 läßt das Bestreben erkennen, problematische Aussagen zu vermeiden oder zumindest zu entschärfen, um die verfassungsfeindliche Zielsetzung der Partei besser zu tarnen. Die DVU warnt vor einer angeblich von Politikern geplanten Auflösung Deutschlands in einen „Vielvölkerstaat" und tritt mit Parolen wie „Bewahrung der deutschen Identität" und „Gleichberechtigung für Deutschland" dafür ein, den Ausländeranteil zu begrenzen, den „zunehmenden Ausländerzustrom" in das Bundesgebiet zu stoppen und die „Zuweisung von Kollektivschuld oder Kollektivverantwortung" an die Deutschen einzustellen. Sie bekennt sich zwar zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, reduziert jedoch die für alle geltenden Menschenrechte zu Bürgerrechten , die nur Deutschen zustehen.

Extremistische Grundhaltung

Die am Programm nicht ohne weiteres erkennbare rechtsextremistische Grundhaltung der Partei wird vor allem an den ihr zurechenbaren Äußerungen führender Funktionäre sowie am Inhalt ihrer publizistischen Sprachrohre deutlich, die im Verlag des Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey erscheinen. Diese greifen regelmäßig aktuelle Probleme auf, für die sie ihre langjährig entwickelten Feindbilder wie etwa die „unverschämten" Polen, die „erpresserischen" Juden oder die „kriminellen" Ausländer verantwortlich machen. Dabei bedient sich die Partei einer taktischen „Ja - aber"- Methodik, die darauf angelegt ist, brisante Aussagen sofort wieder zu relativieren in der Hoffnung, die extremistische Botschaft bleibe beim Adressaten dennoch haften.





NS-Apologie

Wie im Vorjahr konzentrierte sich die DVU verstärkt auf Kritik an der „extrem einseitigen Vergangenheitsbewältigung". Dabei versuchte die Partei, die deutsche Schuld an der massenhaften Ermordung der europäischen Juden zu relativieren, um damit den Nationalsozialismus zu rehabilitieren. Als Anknüpfungspunkte dienten aktuelle Ereignisse, z.B. der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus:

„Unfaßbar ist die auch an diesem 27. Januar wieder offenbar gewordene Gier etablierter bundesdeutscher Medien und Politiker, dem deutschen Volk zusätzliche Tonnengewichte an Kollektivschuld, -verantwortung, -haftung usw. aufzuladen."
(DNZ vom 31. Januar)

„Eine seit Kriegsende sich von Jahr zu Jahr steigernde antideutsche ‚Vergangenheitsbewältigung' sowie eine Flut von Mahnmalen in der ganzen Bundesrepublik, die einseitig nur deutsche Schuld beschwören, haben offenbar ihre Wirkung nicht verfehlt."
(DWZ vom 21. März)

„Die wissenschaftliche Forschung wird enorm durch das auf Kohls Initiative weiter verschärfte politische Gesinnungsstrafrecht erschwert. Zwar ist zu Lasten Deutschlands jedwede Lüge, Erfindung und Fälschung erlaubt. Wer aber Zweifel am Ausmaß der NS-Untaten vorbringt, muß mit Haft bis zu fünf Jahren rechnen."
(DNZ vom 28. März)

„Geschützt sind Minderheiten, hauptsächlich also die Judenheit, nicht aber das Mehrheitsvolk in Deutschland. Gegen die deutsche Seite sind Lügen und Fälschungen jeder Art und in jedem Ausmaß zulässig und straffrei."
(DNZ/DWZ vom 27. Juni)

„Je länger der Zweite Weltkrieg zurückliegt, desto heftiger werden die Anklagen gegen Deutschland, unterstützt oder vorgetragen von maßgeblichen deutschen Politikern, ... Wird dieser Nationalmasochismus, wie ihn kein anderes Volk dieser Erde jemals kannte oder kennt, nie ein Ende nehmen?"
(DNZ/DWZ vom 16. Mai)

Diese ständige Relativierung dient nicht der historischen Wahrheitsfindung, sondern ergibt in der Gesamtschau eine systematische Verharmlosung der menschenverachtenden Politik des NS-Unrechtsstaats.

Rassismus



Zur Bekräftigung ihrer Warnungen vor der Ausländerkriminalität berief sich die DVU in der DWZ vom 25. April auf einen SPD-Reichstagsabgeordneten jüdischer Abstammung, der 1927 erklärt habe, auch seine Fraktion habe „kein Interesse daran, ausländisches Gesindel in Deutschland zu dulden". Im Lande gebe es bereits „genug einheimisches Ungeziefer, das man sehr gut entbehren" könne - um so weniger bestehe Anlaß, „den Zuzug und Aufenthalt ausländischer gemeingefährlicher Elemente zu unterstützen". Die rassistisch unterlegte Agitation der DVU erweckt den Eindruck, ausländische Zuwanderer seien - mit Ausnahme der Aus- und Übersiedler - durchwegs Asylbetrüger, Kriminelle und Schmarotzer:

> *„Von in diesem Jahr erheblich über 100.000 Asylbewerbern werden nach den Entscheidungen von Behörden und Gerichten etwa 5 Prozent als tatsächlich politisch oder anderweit Verfolgte anerkannt. Bei den übrigen annähernd 100.000 Personen handelt es sich um Scheinasylanten, also Asylbetrüger, von denen ein großer Teil zur Vortäuschung einer anderen Identität und nicht vorhandener Verfolgung Pässe und sonstige Personalunterlagen vernichtet hat."*
> (DNZ/DWZ vom 22. August)

> *„Darüber hinaus registrieren wir eine nie dagewesene Überfremdung und eine Explosion der Kriminalität, allen voran der Ausländerkriminalität."*
> (DWZ vom 19. September)

Die Warnung vor einer „Entdeutschung des deutschen Volkes" und die pauschale Abwertung fremdländischer Personen als Kriminelle zeugen von einer diskriminierenden, rassistisch motivierten fremdenfeindlichen Haltung, die mit Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes unvereinbar ist.

Nationalismus

Kennzeichnend für die nationalistische Einstellung der DVU ist ihre Ablehnung supranationaler Institutionen. Seit vielen Jahren agitiert die DVU gegen die europäische Einigung. Anfang 1997 wurde diese Kampagne insbesondere gegen den Euro intensiviert.

> *„Wenn jemand ... seine Familie vollständig zu ruinieren droht, kann er entmündigt werden. Bundeskanzler Kohl aber darf munter weiterregieren, obgleich sein Euro-Wahn gleich das gesamte deutsche Volk an den Bettelstab bringt."*
> (DWZ vom 27. Juni)

„In der irrwitzigsten Währungsreform der Weltgeschichte will Kohl die stabile Deutsche Mark ... gegen einen zwangsläufig wachsweichen Euro ungeachtet immer stärkerer Widerstände auswechseln."
(DNZ vom 27. Juni)

„Die Wahnsinns-Politik wird quasi gekrönt durch eine ‚Europa'-Politik, die auf die Abschaffung der D-Mark und letztlich gar auf die Auflösung der Bundesrepublik in der EU hinausläuft."
(DWZ vom 19. September)

„Deutschland soll sich politisch entmannen sowie wirtschaftlich und finanziell ruinieren, damit seine Nachbarn ihre diffusen Ängste verlieren!"
(DWZ vom 30. Mai)

Latenter Antisemitismus

Die zunehmend subtiler gewordene Agitationsmethodik der DVU vermeidet offenen Antisemitismus. Gleichwohl sind ihre Aussagen zu den Themen „Juden" und „Israel" vielfach tendenziös:

„Israels Premier ... hat den Friedensprozeß gegenüber den Palästinensern durch schwerwiegende Serien von Völkerrechts- und Vertragsbrüchen und immer neue Provokationen zusammenbrechen lassen."
(DNZ vom 11. April)

„Der Frankfurter Anwalt und Stadtverordnete Michel Friedman (41) aber wird von den bundesdeutschen Massenmedien derart hofiert und bejubelt, daß man glauben könnte, er sei der unumschränkte Alleinherrscher von ganz Deutschland. (...) Das Mitglied des Präsidiums des Zentralrats der Juden in Deutschland beherrscht virtuos das Vokabular antideutscher Kollektivanklagen, nach dem ein Großteil der Meinungsindustrie geradezu lechzt und von dem sie lebt."
(DWZ vom 11. Juli)

„In unvergleichlicher Arroganz geriert sich Friedman als Morallehrer der Deutschen."
(DWZ vom 21. März)

Diffamierung demokratischer Institutionen

Ständige diffamierende Äußerungen über demokratische Parteien und deren Repräsentanten lassen das vom Mehrparteienprinzip und dem Prinzip der Chancengleichheit der Parteien geforderte Mindestmaß an Toleranz gegenüber politischen Konkurrenten vermissen. Hierbei geht es der DVU nicht um eine durch Art. 5 des Grundgesetzes gedeckte politische Auseinandersetzung. Vielmehr werden die demokratischen Parteien durch Polemik auf vielfältige Weise verächtlich gemacht. Dadurch soll das Vertrauen in die Wertordnung des Grundgesetzes erschüttert und insgesamt das Staatswertbewußtsein geschmälert werden.

Hinter solchen Diffamierungen steht die Absicht, auf diesem Weg die freiheitliche demokratische Grundordnung zu treffen. Diese soll als Ganzes fragwürdig erscheinen, indem der Eindruck entstehen soll, die kritisierten „Mißstände" hätten letztlich ihre Ursache in der Grundordnung selbst.

„SPD-Lafontaine und Konsorten schlagen in dieselbe ‚Euro'-Kerbe wie Kohl und Waigel. Das etablierte Polit-Gesöff in Bonn: Inhalt derselbe, nur die Flaschen ändern sich."
(DNZ vom 2. Mai)

„Dreistigkeit im etablierten Polit-Kartell kennt keine Grenzen. Je mehr Normalbürger infolge herrschender Politik in Arbeitslosigkeit und soziale Not stürzen, desto weicher betten sich auf Kosten der Allgemeinheit politisch Verantwortliche."
(DWZ vom 25. Juli)

„Kohls Polit-Rezepte zeichnen sich aus durch Korruption, Selbstbereicherung, Diätenwahn, eine geradezu tödliche Sparpolitik und Entfremdung der ‚Volksvertreter' vom Bürgerwillen."
(DWZ vom 19. September)

„In dem Wahn, als Einiger Europas in die Geschichte einzugehen, strebt Kohl neben der Aufgabe der deutschen Währungssouveränität gar die Auflösung der Bundesrepublik Deutschland in einem europäischen Vielvölkerstaat an."
(DWZ vom 24. Oktober)

Relativierung rechtsextremistischer Gewalt

Nach wie vor ist die Partei bestrebt, das Ausmaß rechtsextremistisch motivierter Militanz zu relativieren. Dabei knüpft sie vielfach an Straftaten mit rechtsextremistischem Anfangsverdacht an, der sich nachträglich als unzutreffend herausstellte. Täter aus dem rechtsextremistischen Spektrum werden dagegen als Außenseiter bezeichnet.

„Nicht auszuschließen ist übrigens, daß interessierte Kreise, die an der Lüge vom ‚rechten Terror' festhalten wollen, weitere Anschläge inszenieren werden. (...) Der sogenannte Rechtsterror ist in Wahrheit eine Propagandalüge antideutscher Kräfte!"
(DNZ vom 7. November)

„Die Drahtzieher der Desinformationen gegen die Rechte nehmen es dabei billigend in Kauf, daß ihre Sensationsberichterstattung über solche Vorfälle immer wieder Nachahmungstäter heranzüchtet, ...4 Aber offenbar ist das sogar ein gewünschter Nebeneffekt, der garantiert, daß die Hetze immer wieder neue Nahrung erhält."
(DNZ vom 13. Juni)

4.2 **Organisation**

Stagnierende Mitgliederzahl

Die DVU zählte Ende 1997 nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes wie im Vorjahr bundesweit knapp über 15.000 Mitglieder, davon etwa 1.800 in Bayern. Mit eingerechnet sind dabei die Angehörigen des bereits seit 1971 bestehenden gleichnamigen Vereins, die nach Vollendung des 16. Lebensjahres auch der Partei angehören, sofern sie nicht widersprechen. Mittelfristig ist mit einem Rückgang zu rechnen, da die Partei keine Jugendarbeit betreibt, obwohl die Mitgliedschaft überaltert ist. Bundesvorsitzender ist der auf dem Bundesparteitag am 15. März in München wiedergewählte Verleger Dr. Gerhard Frey aus München. Ende 1997 verfügte die Partei in allen Bundesländern nominell über Landesverbände, die jedoch teilweise völlig inaktiv waren. Insbesondere ist es der DVU bisher nicht gelungen, in den neuen Ländern Fuß zu fassen. In Bayern bestehen die Bezirksverbände Oberbayern, Niederbayern, Mittelfranken, Oberpfalz und Schwaben sowie 16 Kreisverbände und vier Ortsverbände, die kaum Aktivitäten zeigen. Vorsitzender des Landesverbands Bayern ist Bruno Wetzel.

Im Verlag des Parteivorsitzenden erscheinen die „Deutsche National-Zeitung" (DNZ) und die teilweise inhaltsgleiche „Deutsche Wochen-Zeitung" (DWZ). Beide fungieren als Werbeträger und publizistische Sprachrohre sowohl der Partei als auch des gleichnamigen eingetragenen Vereins.

Die Partei ist nach wie vor bei Dr. Frey hoch verschuldet. Nach dem Rechenschaftsbericht beträgt das Defizit der DVU rund 7,5 Millionen DM. Das Spendenaufkommen ist rückläufig. Die Abhängigkeit der DVU von den Finanzmitteln des Parteivorsitzenden ermöglicht es Dr. Frey, den Kurs der Partei nicht nur inhaltlich, sondern auch personell zu bestimmen.



4.3 **Bündnispolitik**

Die DVU bekennt sich formell zur „Einheit der Rechten". So schlug Dr. Frey dem REP-Vorsitzenden Dr. Schlierer in den Jahren 1995, 1996 und 1997 Wahlabsprachen vor. Diese Initiativen dürften indes kaum ernst gemeint gewesen sein, da Dr. Schlierer wie seinerzeit Schönhuber durch eine derartige Absprache seine politische Existenz riskiert hätte. Dr. Frey mußte also nicht damit rechnen, beim Wort genommen zu werden. Eine von der NPD angebotene gemeinsame Kandidatur bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg lehnte die DVU zwar nicht offiziell ab. Wegen der hinhaltenden Taktik des Dr. Frey sah sich die NPD jedoch veranlaßt, eigene Wahlvorbereitungen fortzuführen. Nach wie vor ist Dr. Frey ein entschiedener Gegner der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), die sich seit Jahren für die Zusammenarbeit des „rechten Lagers" einsetzt. Er scheint lediglich Interesse an einer Vereinigung der Rechten unter seiner Leitung zu haben. Dafür spricht auch, daß die DVU weder die NPD-Kundgebung am 1. März noch die Vorbereitungen auf die schließlich verbotene NPD-Demonstration am 1. Mai unterstützte. Auf dem Bundesparteitag am 15. März erteilte der Parteivorsitzende Bündnisbestrebungen eine Absage und warf anderen Organisationen gleichzeitig mangelnde Kooperationsbereitschaft vor.

Desinteresse an Einigungsbestrebungen

Die Kontakte zum Vorsitzenden der Liberaldemokratischen Partei Rußlands (LDPR) Wladimir Schirinowskij spielten 1997 keine Rolle mehr. Der DVU-Vorsitzende hatte gehofft, durch Verbindungen zur LDPR seine nationale Isolierung überspielen zu können. Das Verhältnis hat sich nach erneuten antideutschen Äußerungen des LDPR-Vorsitzenden in Zusammenhang mit der Diskussion um die Frage der Rückgabe deutscher Kunstschätze durch die Sowjetunion erkennbar abgekühlt. Zudem hat Dr. Frey für seine Großkundgebungen inzwischen Redner aus Europa und den USA gefunden, die ebenfalls seine „Internationalität" belegen, aber nicht durch deutschfeindliche Aussagen belastet sind.

4.4 **Teilnahme an Wahlen**

Knappe Niederlage in Hamburg

Bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 21. September verfehlte die DVU mit einem Stimmenanteil von 4,97% nur knapp den Einzug in das Landesparlament. Die DVU spricht in diesem Zusammenhang von Wahlfälschung und hat das Wahlergebnis angefochten.

Dennoch sieht sich die DVU im Aufwind, da sie die REP deutlich distanzieren und damit ihre Position im „rechten Lager" wieder festigen konnte. Das Ergebnis der DVU überraschte, da sie ihren finanziell aufwendigen Wahlkampf nahezu ausschließlich mittels Postwurfsendungen, Plakaten und Stelltafeln geführt hatte und in Hamburg kaum über funktionierende Strukturen verfügt.

Im April 1998 will die Partei an den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt teilnehmen.

4.5 **Sonstige Aktivitäten**

Abgesehen von der jährlichen Großkundgebung in Passau ist die DVU in Bayern kaum aktiv. Nach wie vor fehlt ein organisiertes Eigenleben. Die Partei tritt im allgemeinen nur durch die von ihrem Vorsitzenden herausgegebenen Wochenzeitungen öffentlich in Erscheinung, in denen sie die gewohnte Feindbildpflege und Gruppenstigmatisierung betreibt.

Jährliche Großkundgebung in Passau

Die diesjährige Großkundgebung der DVU am 27. September in der Passauer Nibelungenhalle stand unter dem Motto „Deutsche Zukunft - unsere Chance". An der Veranstaltung nahmen knapp 3.000 Personen teil. Als Hauptredner trat wie in den Vorjahren der DVU-Bundesvorsitzende Dr. Frey auf. Er bezeichnete das Ergebnis der DVU bei der Hamburger Bürgerschaftswahl als Erfolg und betonte, daß die DVU aus dieser Wahl als viertstärkste Kraft hervorgegangen sei. Des weiteren griff er Standardthemen wie „Scheinasylanten", „kriminelle Ausländer" sowie die umstrittene „Wehrmachtsausstellung" auf. Insbesondere kritisierte er die Bundesregierung wegen ihres Eintretens für die Verträge von Maastricht und ihres Festhaltens an der Einführung des Euro. Als Gastredner waren Vertreter von Schwarzen- und Indianerbewegungen aus den USA erschienen. Delegationen aus Schlesien (Polen) und Südtirol (Italien) sollten unterstreichen, daß die DVU sich auch als Partei der Auslandsdeutschen versteht. Den Andreas-Hofer Preis der Deutschen Wochen-Zeitung (DWZ) erhielt der Flame Hubert Verhelst. Er ist Abgeordneter und Vorsitzender der belgischen „Freiheitsbewegung Flandern". Der Freiheitspreis der Deutschen National-Zeitung (DNZ) ging an den ehemaligen österreichischen Nationalrat der FPÖ Dr. Otto Scrinzi, der als „Vorkämpfer für die Deutscherhaltung Österreichs und Südtirols" gewürdigt wurde.

Gegen die DVU-Veranstaltung demonstrierten rund 400 Personen. Die Polizei nahm 39 Personen fest bzw. in Gewahrsam, davon neun aus dem rechtsextremistischen Spektrum.

5. Neonazismus

5.1 Allgemeines

Eine besonders prägnante Erscheinungsform des Rechtsextremismus ist nach wie vor der Neonazismus (neuer Nationalsozialismus). Er umfaßt alle Aktivitäten und Bestrebungen, die ein offenes Bekenntnis zur Ideologie des Nationalsozialismus darstellen und auf die Errichtung eines vom Führerprinzip bestimmten autoritären bzw. totalitären Staats gerichtet sind.

Agitationsschwerpunkte

Die Agitation der Neonazis richtet sich insbesondere gegen die vom Grundgesetz (Art. 1, 3 und 20) garantierte Menschenwürde, den Gleichheitsgrundsatz und das Demokratieprinzip. Sie umfaßt vor allem Bestrebungen zur Wiedereinführung des NS-Systems, unverhohlenen Antisemitismus und sonstigen Rassismus, Verharmlosung und Leugnung der NS-Verbrechen sowie Verherrlichung von Institutionen und Personen der Hitler-Diktatur.

Seit dem Vorjahr verknüpfen Neonazis zunehmend wirtschafts- und sozialpolitische Problemfelder mit völkischen Theorieelementen und nutzen sie im Sinn ihrer ausländerfeindlichen Argumentation. Mit gegenwartsbezogenen Themen wie z.B. der „Anti-Maastricht-Kampagne" versuchen sie, Aufmerksamkeit in der Bevölkerung zu erringen und in der allgemeinen politischen Auseinandersetzung Akzeptanz zu gewinnen.

Neue Organisations- und Aktionskonzepte

Aufgrund der staatlichen Maßnahmen gegen rechtsextremistische Aktivitäten (Vereins- und Versammlungsverbote, Strafverfahren u.a.) betreiben führende Neonazis den Aufbau neuer Strukturen. Um den staatlichen Verfolgungsdruck möglichst zu unterlaufen und die eigene Aktionsfähigkeit zu erhalten oder noch zu steigern, entwickelten sie unterschiedliche Organisations- und Handlungskonzepte. Ein Teil von ihnen tritt für eine enge Kooperation mit den Jungen Nationaldemokraten (JN) ein, infiltriert sie und baut seinen Einfluß gezielt bis in die Führungskader aus, um sich damit eine legale Aktionsplattform unter dem Deckmantel einer nicht verbotenen Partei zu schaffen. Andere Neonazis forcieren mit regional unterschiedlichem Erfolg den Aufbau „autonomer" Kameradschaften. Die Anlehnung an Aktions- und

Strukturmodelle der Linksextremisten ist unverkennbar, obwohl der Begriff „autonom" für Neonazis lediglich das Fehlen überkommener Organisationsformen bedeutet. Dabei sollen statt fester Organisationen lose Strukturen geschaffen und der Aufbau eines Netzwerks regionaler Gruppierungen betrieben werden, die völlig selbständig agieren. Ihr Zusammenhalt soll durch regionale und bundesweite Führungstreffen und eine informationelle Vernetzung, also die Nutzung moderner Kommunikationsmittel (vgl. Nummer 10 dieses Abschnitts), gewährleistet sein. Auch in Bayern haben diese neuen Organisationsformen noch nicht zu einer Steigerung der Aktionsfähigkeit der Neonazis geführt; die einzelnen Gruppen sind weitgehend isoliert.

Mißlungene Aktionen

Lediglich zu der von der NPD organisierten Demonstration am 1. März in München ließ sich unter der Aktionsbezeichnung „Nationaler Widerstand" eine größere Anzahl von Neonazis und Skinheads gleichzeitig mobilisieren. Eine Erneuerung dieses Bündnisses mißlang bereits anläßlich einer geplanten NPD-Demonstration am 1. Mai in Leipzig. Danach verharrte das neonazistische Spektrum in abgekapselten Positionen und ignorierte bzw. bekämpfte Einigungsbemühungen. Als Fehlschlag erwiesen sich auch die „Rudolf-Heß-Aktionswochen" im August, nachdem die JN eine Beteiligung offiziell abgelehnt hatten.

Einigungsbestrebungen

Führende Vertreter des neonazistischen Spektrums haben sich inzwischen in Diskussionszirkeln sogenannter „Freier Nationalisten" bzw. „Freier Strukturen" zusammengefunden. Initiatoren einer in einem Flugblatt, im Internet und in Nationalen Info-Telefonen (NIT) angekündigten neuen Zeitschrift mit dem Titel „Zentralorgan" sind die Herausgeber der Schriften „Freie Stimme", „Widerstand" und „Moonstomp". Sie wollen damit ein Zeichen gegen die Zersplitterung der Kräfte - auch im publizistischen Bereich - setzen, die finanziellen Kräfte bündeln und durch überregionale Zusammenarbeit stärken. Zielgruppe sind zunächst wohl in erster Linie die Skinheads, darüber hinaus aber auch am „rechten Rand" angesiedelte Bürger und insbesondere Jugendliche. Ob das Projekt einer weiteren Zersplitterung entgegenwirkt, ist derzeit nicht abzusehen.

Zunahme der Neonazis in Bayern

Die Zahl der Neonazis in Bayern betrug Ende 1997 rund 210 (1996: 160); davon gehören etwa 130 (1996: 85) neonazistischen Organisationen an. Die Zunahme beruht wie im Vorjahr u.a. auf einem verbesserten Erkenntnisstand. Insgesamt sind die Aktivitäten neonazistischer Gruppen in Bayern nicht gestiegen. Eine Ausnahme bildet der „Freiheitliche Volks Block" (FVB). An dieser Vereinigung wird deutlich, daß

es trotz der zahlreichen in der Vergangenheit verfügten Vereinsverbote noch immer aktionsfähige und organisationswillige Neonazis gibt.

Aufmerksamer Beobachtung bedarf ein im Umfeld von Neonazis und Skinheads entstandenes Potential von Jugendlichen, die durch Schmierereien wie „Rechts ist geil" Sympathien mit neonazistischem Gedankengut offenbaren, ohne sich organisatorisch zu binden.

Die zur Ausspähung und Abwehr politischer Gegner geschaffene Anti-Antifa-Bewegung, die insbesondere als Initiative einzelner führender Aktivisten zur Bildung von Aktionsbündnissen und zur Integration der Szene beitragen sollte, wird nur noch von Einzelpersonen repräsentiert und spielt in Bayern keine nennenswerte Rolle.

5.2 **Freiheitlicher Volks Block (FVB)**

Der 1994 nach dem Verbot der neonazistischen Heimattreuen Vereinigung Deutschlands (HVD) gegründete FVB stellt einen Sonderfall im ansonsten weitgehend inaktiven Spektrum der organisierten Neonazis dar. Dem Führungskader gehören ehemalige HVD-Funktionäre an.

Bis etwa Mitte 1996 lag der Schwerpunkt des FVB in Baden-Württemberg, obwohl bereits ein Landesverband Bayern bestand. Inzwischen verlagerte sich das Hauptbetätigungsfeld nach Bayern und darüber hinaus auch in andere Bundesländer. Neben weiteren Landes- und Kreisverbänden entstanden auch eine FVB-Frauenfront und eine FVB-Burschenschaft. Im Landesverband Bayern bestehen drei Stützpunkte in Augsburg, Neu-Ulm und Nürnberg.

Mit Veranstaltungen, Konzerten und dem Verteilen von Flugblättern und Broschüren versucht der FVB, sich insbesondere ein Potential junger Leute auch aus dem bürgerlichen Spektrum zu erschließen. Daneben intensiviert er seine Verbindungen in die Skinheadszene, einem Rekrutierungsbereich der Neonazis. Bei öffentlichen Versammlungen tritt der FVB zumeist als sogenannter „Schwarzer Block" auf, da die Teilnehmer überwiegend schwarz gekleidet sind und schwarze Fahnen mit dem Emblem des FVB mitführen. Dabei kann er ein über die eigenen Mitglieder hinausreichendes Potential mobilisieren. So marschierten bei der NPD-Kundgebung am 1. März in München im Block des FVB rund 80 Demonstranten mit.

Der FVB grenzt sich von anderen Gruppierungen des Nationalen Lagers weitgehend ab, was zu einer zunehmenden Isolierung zu führen

scheint. Beim Internationalen Falangistentreffen in Madrid/Spanien vom 21. bis 23. November kam es sogar zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des FVB und der NPD/JN.

5.3 **Deutscher Bund e.V. (DB)**

Der 1993 von Rechtsextremisten in Coburg gegründete DB erstrebt den Wiederaufbau des Deutschen Reiches und versteht sich nach seiner inneren Ausrichtung als ein „Orden" in der Tradition der deutschen Ritterorden:

> *„Die Aufgabe des Ordens ist das Reich und seine Zukunft. Germanisches Bürger-, Staats- und Strafrecht ist in anwendbare Gesetze zu gießen."*

Vorsitzender des Vereins ist Günther Leyk. Je nach Zugehörigkeitsdauer, ideologischer Festigung und Zuverlässigkeit gibt es mehrere Stufen der Mitgliedschaft. Im Publikationsorgan „Burgpost" wurden die Bundesrepublik Deutschland und ihre Vertreter verunglimpft, das NS-Regime verherrlicht, NS-Verbrechen relativiert und rassistisches Gedankengut vertreten:

> *„Rassenvermischung ergibt nicht schlechthin untüchtigere Menschen, aber charakterlich unsichere (labile), schwankende Persönlichkeiten."*

Der Verein, dem auch Rechtextremisten aus Bayern angehören, veranstaltete bundesweit konspirative Treffen.

5.4 **Neonazistisches Potential bei Skinheads**

Die in Großbritannien entstandene, Ende der 70er Jahre erstmals auch im Bundesgebiet in Erscheinung getretene Skinhead-Bewegung war ursprünglich eine jugendliche Subkultur. Ihr Auftreten (kahlrasierte Köpfe, Uniformjacken) signalisierte eine extreme Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft. Inzwischen passen sich Skinheads in ihrem äußeren Erscheinungsbild oft der bürgerlichen Umgebung an und sind damit von anderen militanten Rechtsextremisten kaum noch zu unterscheiden. Obwohl sie zu einer rational bestimmten politischen Meinungsbildung häufig nicht fähig und deshalb an einer fundierten politischen Auseinandersetzung kaum interessiert sind, hat sich in diesen Kreisen inzwischen eine vom organisierten Rechtsextremismus unabhängige diffuse rechtsextremistische Weltanschauung herangebildet. Sie ist vielfach von rassistischer Ausländerfeind-

Weltanschauung und Politikverständnis

lichkeit und übersteigertem Nationalbewußtsein geprägt. Diese Einstellung, die vor allem wegen ihrer rassistischen Grundhaltung an wesentliche Elemente des Nationalsozialismus anknüpft, ist nicht verstandesmäßig begründet und spiegelt sich daher nicht in programmatisch-ideologischen Aussagen, sondern meist in spontanen Aktionen wider. Besonders ausgeprägt ist der Hang zur Gewalt (vgl. auch Nummer 2.1.2 des 5. Abschnitts).

Mögliche Einstiegsmotive für Jugendliche

Die Hinwendung Jugendlicher zum Skinheadspektrum ist häufig die Folge von Sozialisationsdefiziten bzw. einer Lebensfehlentwicklung des einzelnen, die unterschiedliche Ursachen (z.B. familiäre Probleme) haben kann. Ein möglicher Grund ist ferner ein Statusverfall, bedingt durch das Scheitern in Schule oder Lehre und damit verbundene Arbeitslosigkeit. Jugendliche suchen und finden sowohl in neonazistischen Zusammenschlüssen als auch bei Skinheads „soziale Wärme" in Form von Kameradschaft, Zusammenhalt, Selbstwertgefühl, Identität und Stärke. Auch für unpolitische Jugendliche aus intakten Familien kann die Skinheadszene attraktiv sein, weil die Skinheadmusik als eine Stilrichtung der Rockmusik Interesse weckt, der in dieser Szene übliche exzessive Lebensgenuß einschließlich des enormen Alkoholkonsums Spaß macht und diese Subkultur sich absichtlich und deutlich sichtbar von der „spießbürgerlichen" Gesellschaft abgrenzt. Außerdem finden „rechte" Meinungen und skinheadtypische Kleidung (Lederjacke, Doc-Martens-Boots) als Ausdruck eines derzeitigen Modetrends auch bei unpolitischen Jugendlichen (z.B. bei Fußballfans) Anklang; die Grenzen zur rechtsextremistischen Skinheadszene sind vielfach fließend.

Die Skinheadszene unterliegt einer starken Fluktuation und kennt in der Regel weder feste Organisationsstrukturen noch formelle Mitgliedschaften. Die Bindungen zur Gruppe reichen von losen gelegentlichen Kontakten über regelmäßige Beteiligung an Aktionen bis zur Wahrnehmung von Führungsfunktionen. In Bayern haben sich seit Jahresbeginn mehrere neue Zusammenschlüsse gebildet, in denen rechtsextremistisches Gedankengut vertreten wird, insbesondere in Oberbayern und Schwaben. Umgekehrt sind in anderen Bereichen keine oder nur noch geringe Aktivitäten feststellbar. Insgesamt sind derzeit in Bayern aufgrund eines verbesserten Erkenntnisstands rund 600 (1996: 360) Skinheads mit rechtsextremistischem Hintergrund bekannt.

Neue Gruppen in Bayern

Teilweise Einbindung in die NPD/JN

Obwohl sich Skinheads nur selten für eine längerfristige politische Mitarbeit gewinnen lassen, ist in Teilbereichen eine zunehmende Einbindung von Skinheads in das rechtsextremistische Parteienspektrum

festzustellen. So kann ein NPD-Funktionär, der an der Spitze einer Gruppierung von rund 30 Skinheads im Raum Herzogenaurach eine Art Scharnierfunktion ausübt, für NPD-Veranstaltungen bis zu 50 Skinheads mobilisieren. Rechtsextremistische Skinheads sind intern akzeptierter, fester Bestandteil der JN-Stützpunkte Augsburg, Freising und München, wobei der JN-Stützpunkt Augsburg sogar von einem Skinhead geleitet wird. Inzwischen rekrutieren sich etwa 40 % der JN-Sympathisanten in Bayern aus der rechtsextremistischen Skinheadszene.

Einfluß der Skinhead-Bands und „Fanzines"

Die von Skinhead-Bands vorgetragene sogenannte Oi-Musik ist das wichtigste Medium der Szene und übt einen anhaltenden rechtsextremistischen Einfluß aus. In den Texten dieser Musik kommt die gewalttätige und menschenverachtende Einstellung rechtsextremistischer Skinheads zum Ausdruck. Die Lieder propagieren Antisemitismus und Nationalismus und glorifizieren den Nationalsozialismus. Sie rufen zum Kampf für die eigene „weiße Rasse" auf und verunglimpfen Ausländer, Juden sowie politische Gegner. Auch die intern verbreiteten szenetypischen Skinhead-Publikationen („Fanzines") weisen vielfach rechtsextremistische Bezüge auf. Sie nennen Treffpunkte und Termine, stellen Tonträger von Skinhead-Bands vor und geben diesen ein Forum zur Selbstdarstellung.

Zunahme der Skinhead-Konzerte

Innerhalb der ansonsten strukturarmen Skinheadszene bilden der Besuch von Skinhead-Konzerten sowie die Fanzines wichtige Elemente der Kommunikation und des Zusammenhalts. Hier werden Kontakte zu Gleichgesinnten aus anderen Regionen geknüpft und Neuigkeiten aus der Szene ausgetauscht. Während die Zahl solcher Konzerte bundesweit deutlich zunahm, war sie in Bayern mit drei (1996: sechs) Veranstaltungen am 5. April in Herzogenaurach, Landkreis Erlangen-Höchstadt, am 12. April in Stockheim, Landkreis Kronach, und am 19. Juli in Putzbrunn, Landkreis München, rückläufig. Auch die übrigen Aktivitäten wiesen in der zweiten Jahreshälfte 1997 aufgrund des konsequenten polizeilichen Einschreitens eine sinkende Tendenz auf. Die im Januar, Juni und Juli in Erlangen, Nürnberg und Zirndorf vor Skinhead-Publikum veranstalteten Liederabende mit neonazistischen Interpreten unterstreichen die Bedeutung des nordbayerischen Raums für die rechtsextremistische Musikszene. Die sieben (1996: sechs) bayerischen Skinhead-Bands haben im Laufe des Jahres ihre Liedtexte zunehmend von strafbaren Inhalten bereinigt. Der Inhalt ihrer CDs beschränkt sich im allgemeinen auf nationalistische, heroische Aussagen sowie Kritik an der Gesellschaft und den Skinhead-Feindbildern.

Rund 30 in Deutschland ansässige Skinhead-Vertriebe sowie weitere Firmen im Ausland, insbesondere in Skandinavien, Großbritannien und den USA bieten zum Teil auch über Internet Tonträger rechtsextremistischer Skinhead-Bands und Liedermacher an. Die Tonträger werden direkt oder über Zwischenhändler vertrieben und finden in der deutschen Szene über den Postvertrieb und über den Direktverkauf bei Veranstaltungen Verbreitung. In dem hart umkämpften Markt rechtsextremistischer Skinhead-Musik sind aggressive Lieder besonders gewinnbringend. Die Produktion verlagert sich zunehmend ins Ausland, da Produzenten und Vertreiber in Deutschland die konsequente Strafverfolgung befürchten müssen. Um dem zunehmenden Angebot von Tonträgern mit rechtsextremistischen und volksverhetzenden Inhalten zu begegnen, wurden im Juli und August im Rahmen bundesweiter Exekutivmaßnahmen („Aktion Notenschlüssel II") die Geschäftsräume mehrerer Versandfirmen durchsucht. Dabei konnte die Polizei neben rechtsextremistischem Propagandamaterial und Waffen insgesamt rund 45.000 CDs mit strafrechtlich relevantem Inhalt beschlagnahmen. Die Sicherstellung von PCs und Geschäftsunterlagen hatte außerdem für eine Reihe von Firmen eine empfindliche Beeinträchtigung des Geschäftsbetriebs zur Folge. In Bayern waren am 6. August der „Tonträgervertrieb Jens Pühse" in Freising und die Firma „Di-Al Records" in Nürnberg von der Maßnahme betroffen.

Exekutivmaßnahmen

5.5 **Aktionen zum 10. Todestag von Rudolf Heß (17. August)**

Auch 1997 wurde der gesamte „Nationale Widerstand" zu Gedenkaktionen für den „Stellvertreter des Führers" aufgerufen. Die diesjährigen Planungen lagen wie im Vorjahr bei einem neonazistisch orientierten „Aktionskomitee Rudolf Heß 1997", das den 10. Todestag seines Idols in besonders eindrucksvoller und öffentlichkeitswirksamer Weise begehen wollte. Bereits seit Mai wurde das rechtsextremistische Spektrum mit Aufklebern, Plakaten, diversen Publikationen, in Nationalen Info-Telefonen (NIT), im Internet und im rechtsextremistischen Thule-Netz mobilisiert. Im Gegensatz zum Vorjahr gelang es dem Aktionskomitee allerdings nicht, die Jungen Nationaldemokraten (JN) in die Planung und Durchführung der angekündigten „Aktionswochen" und des zentralen „Rudolf-Heß-Marsches" am 16. August mit einzubeziehen. Damit entfiel ein wesentliches Mobilisierungspotential.

Bundesweit wurden alle öffentlichen Aktionen mit Rudolf-Heß-Bezug verboten, darunter auch mehrere in Norddeutschland geplante Autokorsos und eine von dem Rechtsextremisten Jürgen Rieger für den 17. August angemeldete Kundgebung in Wunsiedel. Die Polizei unterband die meisten Veranstaltungen bereits im Ansatz, insbesondere einen am 16. August von rund 100 Neonazis versuchten „Zentralen Rudolf-Heß-Marsch" in Wolfenbüttel/Niedersachsen. Eine danach in Königslutter/Niedersachsen vorgesehene Demonstration konnte ebenfalls verhindert werden. Dabei kam es zu erheblichen Auseinandersetzungen mit angereisten Linksextremisten und zur Konfrontation mit der Polizei, die 80 Rechts- und 15 Linksextremisten vorläufig festnahm. In Dänemark fanden sich zu einer von der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB) in Koege bei Kopenhagen durchgeführten Heß-Kundgebung 130 Personen ein, darunter zehn Teilnehmer aus Deutschland. In Bayern waren lediglich etwa 20 kleinere Einzelaktionen (z.B. Kranzniederlegungen, verdeckte Verbreitung von Flugblättern und Aufklebern) zu verzeichnen.

Obwohl sich an den „Rudolf-Heß-Aktionen" bundesweit insgesamt rund 800 Personen (1996: 500) des „Nationalen Lagers", hauptsächlich aus dem neonazistischen Bereich, beteiligten, bedeutete das Scheitern öffentlichkeitswirksamer Aktionen und insbesondere der fehlgeschlagene Versuch einer zentralen Veranstaltung für die Initiatoren eine empfindliche Niederlage. Gerade dem zehnten Todestag von Heß hatte die Szene eine besondere Bedeutung beigemessen. Auch die vorherige Absage der JN hat die Neonazis sichtlich getroffen. Führende neonazistische Aktivisten versuchten gleichwohl, den Fehlschlag ihrer Bemühungen in einen propagandistischen Erfolg umzumünzen. Sie behaupteten, die Aktionswochen hätten trotz „wachsender staatlicher Repression" ein weltweites Medienecho gefunden, obwohl über 15.000 Polizeibeamte zur Verhinderung der im Grundgesetz garantierten Rechte eingesetzt gewesen seien. In einem Klima kaum zu beschreibender Hysterie sei es gelungen, die amtliche Legende vom „Selbstmord" des „Friedensfliegers" vor breitem Publikum in Frage zu stellen.

5.6 **Aktivitäten ehemaliger FAP-Funktionäre**

Obwohl keine Anzeichen für die Fortführung der 1995 verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) oder den Aufbau von Nachfolgeorganisationen vorliegen, sind ehemalige FAP-Funktionäre

extremistisch aktiv. So trat der ehemalige FAP-Vorsitzende Friedhelm Busse auch 1997 wieder als Teilnehmer und Redner bei etlichen Veranstaltungen auf, u.a. bei einer Zusammenkunft von Neonazis am 15. März in Baden-Württemberg. Am 19. Juli wollte er mit einer Gruppe von Rechtsextremisten das „Führerhauptquartier" auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden besichtigen. Als die Polizei bei einer Kontrolle die Weiterfahrt verhinderte, sprach er in Putzbrunn, Landkreis München, auf einem Skinhead-Treffen. Busse veranstaltete außerdem unter der Bezeichnung „Katakomben-Akademie" Kameradschaftsabende in München; es gelang ihm aber nicht, das Interesse seines insbesondere aus Skinheads bestehenden Umfeldes auf Dauer zu erhalten.

Nachdem sich Busse im Vorjahr noch an dem bundesweiten Zeitungsprojekt „Berlin-Brandenburger Zeitung" aktiv beteiligt hatte, ist er seit Anfang 1997 Herausgeber der Publikation „Nachrichten-Informationen-Meinungen" (NIM). Die Schrift erscheint nach eigenen Angaben zweimonatlich mit einer Auflage von 250 Exemplaren im Eigendruck. Sie kommentiert aktuelle politische Ereignisse, gibt einzelne Presseartikel wieder oder berichtet über besondere Ereignisse oder Persönlichkeiten des Dritten Reiches.

Auch 1997 nahm der ehemalige FAP-Vorsitzende wieder Kontakte zu ausländischen Gesinnungsgenossen auf, so beim Internationalen Falangistentreffen im November in Spanien.

5.7 Rechtsextremistisch motivierte Straftaten

Straftaten mit neonazistischen, antisemitischen und rassistischen Motiven

Die Gesamtzahl der bekanntgewordenen neonazistischen, antisemitischen und rassistischen Straftaten ist in Bayern auf 1.143 (1996: 811) gestiegen. Dabei handelte es sich vielfach um Sachbeschädigung, Nötigung, Bedrohung, Volksverhetzung und Verbreiten von Propagandamitteln bzw. Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Insbesondere bei Schmier- und Klebeaktionen wurden Hakenkreuze und SS-Runen gesprüht oder Parolen wie „Heil Hitler", „Sieg Heil" und „Ausländer raus" verbreitet.

Aktionen zu Hitlers Geburtstag

Eine Häufung solcher Aktionen war wie in den Vorjahren zu Hitlers Geburtstag (20. April) zu verzeichnen. Bei Veranstaltungen im privaten Rahmen wurden vor allem der „Hitler-Gruß" entboten und rechtsextremistische Parolen skandiert.

So versammelten sich rund 100 Skinheads am 19. April bei Leipheim, Landkreis Günzburg, in einem Zelt, um Hitlers 108. Geburtstag zu feiern. Die Teilnehmer riefen „Sieg Heil" und sangen NS-Lieder. Die Polizei löste das Treffen auf und nahm 73 Teilnehmer in Gewahrsam. Ferner beschlagnahmte sie zahlreiche Schlagwerkzeuge und Gegenstände mit NS-Symbolen.

Antisemitismus

Ein unbekannter Täter versandte seit Mitte Januar aus München unter dem Pseudonym „Richard Wahnfried Eichmann" volksverhetzende Schreiben, die mit „Heil Hitler" unterzeichnet waren. Darin diffamierte ein „NSDAP & OSTORIA-Geheimbund" deutsche Politiker als „Landeshochverräter" sowie „Gralshüter der jüdischen Unterjochungs- und Zersetzungsgier" und behauptete, die Juden wollten aus Deutschland „wieder" einen „Juden-Saustaat" machen. Seit 1991 sind bereits über 180 Fälle bekanntgeworden, bei denen der unbekannte Verfasser antisemitische Pamphlete verschickte.

Neonazismus

Bei der von der NPD initiierten Kundgebung am 1. März in München trugen Teilnehmer aus den neuen Ländern Gauabzeichen der ehemaligen Hitlerjugend (HJ) mit der Aufschrift „Sachsen" bzw. „Schlesien". Derartige Delikte häufen sich seit Anfang 1997. Die seinerzeit vom „Deutschen Jungvolk" der HJ verwendeten Kennzeichen (Armdreiecke) dienen insbesondere Neonazis als Zeichen ihrer Verbundenheit zur NS-Ideologie.

Rassismus

Ein 68jähriger Rentner aus Rosenheim verbreitete seit Mitte 1997 bundesweit zahlreiche Broschüren mit dem Titel „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung". Darin polemisierte der Verfasser gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung und den damit angeblich geplanten Völkermord am deutschen Volk. Der Text des Pamphlets wurde außerdem mittels Disketten verbreitet. Bei einer Hausdurchsuchung am 19. November stellte die Polizei einen PC mit Scanner und weiteres Beweismaterial sicher.

6. Sonstige rechtsextremistische Organisationen

6.1 Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

6.1.1 Ideologisch-politischer Standort

Die DLVH hatte im Herbst 1996 die Umwandlung der Partei in einen Verein beschlossen. Sie versteht sich seitdem als eine „überparteiliche und unabhängige Gemeinschaft demokratischer Patrioten". Ein neues

„Manifest", in dem sich die Vereinigung formal zur Wertordnung des Grundgesetzes bekennt, ist noch zurückhaltender formuliert als das einstige Parteiprogramm. Die nationalistische, rassistische und völkisch-kollektivistische Grundhaltung, die den Vorrang der in den Grundrechten konkretisierten Menschenrechte (Art. 1 Abs. 3 des Grundgesetzes) und das verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbot (Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes) in Frage stellt, ist gleichwohl unverkennbar:

Nationalismus

> *„Die DEUTSCHE LIGA wendet sich entschieden gegen maßlose und unkontrollierte Einwanderung, gegen Asylmißbrauch und Überfremdung. Deutschland darf nicht zum Vielvölkerstaat werden, ... Die DEUTSCHE LIGA bekennt sich zu einer Wirtschafts- und Sozialordnung der nationalen Präferenz. Arbeitsplätze, Wohnraum und soziale Versorgung müssen vorrangig den Einheimischen zur Verfügung gestellt werden. (...) Ihr Ziel ist eine sozialpatriotische Solidargemeinschaft des Volksganzen."*

Revisionismus

Unverändert sind auch die revisionistischen Tendenzen:

> *„Die DEUTSCHE LIGA verlangt die Wiederherstellung der Meinungs-, Informations- und Wissenschaftsfreiheit in Deutschland. Gesetze ... dürfen nicht dazu mißbraucht werden, mißliebige Auffassungen und unerwünschte Forschungsergebnisse zu unterdrücken. Strafrechtliche Gruppenprivilegierung hat zu unterbleiben."*

Die extremistische Zielsetzung des Vereins wird durch die personelle Zusammensetzung der Führungsspitze bestätigt. Dem Bundesvorstand gehören - ebenso wie dem bayerischen Landesvorstand - mehrere Personen mit rechtsextremistischer Vergangenheit an, die bisher nicht erkennen ließen, daß sie ihre frühere politische Überzeugung geändert haben und nunmehr demokratische Positionen anstreben. Die frühere Abgrenzung gegenüber Neonazis wurde erheblich gelockert.

6.1.2 **Organisation**

Bundesvorstand

Die DLVH zählte Ende 1997 bundesweit knapp 700 Mitglieder, davon wie im Vorjahr etwa 120 in Bayern. An der Spitze des Vereins stehen nach wie vor als gleichberechtigte Vorsitzende Jürgen Schützinger (früher: NPD) und der ehemalige DVU-Funktionär Ingo Stawitz, der nunmehr der NPD angehört. Bei der Mitgliederversammlung am 12. Oktober in Höchstadt a.d. Aisch kandidierte der damalige Vor-

standssprecher Harald Neubauer nicht mehr; er wurde durch den DLVH-Beisitzer Andre Beiersdorf abgelöst.

Die DLVH hat kein eigenes Presseorgan; die im Nation Europa Verlag in Coburg erscheinende Monatsschrift „Nation & Europa - Deutsche Monatshefte" kann - mit Einschränkung - als Sprachrohr der DLVH betrachtet werden.

Landesverbände

Landesverbände bestehen mittlerweile in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Vorsitzender des Landesverbands Bayern ist Werner Eichinger.

6.1.3 **Aktivitäten**

Die bisherigen Bündnisbemühungen waren regelmäßig daran gescheitert, daß insbesondere die Spitzenfunktionäre der DLVH im übrigen rechtsextremistischen Lager durchwegs auf entschiedene Ablehnung stoßen. Auch nach der Umwandlung in einen Verein gingen von der DLVH kaum noch eigenständige Aktivitäten aus. So fanden im Gegensatz zu 1996 keine „Runden Tische" mehr statt, bei denen Mitglieder anderer Rechtsparteien für eine Zusammenarbeit mit der DLVH gewonnen werden sollten.

Bündnisbemühungen

Über 700 Anhänger rechtsextremistischer Organisationen folgten am 2. November dem Aufruf der DLVH und der ihr nahestehenden Vereinigung „Nation-Europa-Freunde e.V." zu einer Kundgebung unter dem Motto „Patrioten aller Länder, vereinigt Euch" in Kösching, Landkreis Eichstätt. Mit diesem Treffen sollte ein parteiübergreifendes Signal zur Neuformierung der deutschen Rechten gesetzt werden. Als Redner traten neben rechtsextremistischen Verlegern u.a. der frühere REP-Vorsitzende Franz Schönhuber, der DLVH-Beisitzer Harald Neubauer sowie der Europa-Abgeordnete der Front National (FN) Yvan Blot und der Vorsitzende des belgischen Vlaams Blok (VB) Frank Vanhecke auf. In Kösching sprach auch der Gründer des „Friedenskomitees 2000" Alfred Mechtersheimer. In einer Resolution wandten sich die Teilnehmer gegen die europäische Integration und riefen die „demokratische Rechte in Deutschland" zur Einigung nach dem Beispiel von FN und VB auf. Vor dem Tagungslokal protestierten etwa 140 Demonstranten gegen die Veranstaltung. Die Polizei nahm 13 Personen, darunter sieben Rechtsextremisten, vorübergehend fest und beschlagnahmte u.a. Baseballschläger, Springmesser und Sturmhauben.

Mit dieser Veranstaltung setzte die DLVH ihre Bemühungen um ein Bündnis des rechtsextremistischen Lagers fort. Angesichts der hohen Teilnehmerzahl bezeichnete sie das Treffen als „wegweisenden Erfolg".

6.2 Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP)

Die von ehemaligen SS- und NSDAP-Angehörigen gegründete GFP stellt vor allem ein Podium für Publizisten dar, die rechtsextremistisches Gedankengut vertreten. Sie will in einer angeblich „durch Siegerrechte und Besiegtenpflichten beschränkten Öffentlichkeit" eine „Freistatt für den deutschen Gedanken und das deutsche Wort" schaffen und erhalten. So wendet sie sich gegen die „Entstellungen in der deutschen Geschichtsbetrachtung" und die „unwahren Darstellungen der Ursachen und Hintergründe beider Weltkriege". Ihre verfassungsfeindliche Zielsetzung ergibt sich u.a. aus der Mitgliedschaft führender Aktivisten rechtsextremistischer Organisationen, insbesondere der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), und der Verbreitung deren Gedankenguts bei Vorträgen.

Zielsetzung

Die Vereinigung, die ihren Sitz in München hat, zählt im Bundesgebiet rund 450 (1996: 400) Mitglieder, davon etwa 40 in Bayern. Vorsitzender ist seit Mai 1992 der frühere „Chefideologe" der NPD Dr. Rolf Kosiek.

Jahreskongreß

Unter dem Motto „Sind wir noch zu retten? Deutschland zwischen Systemkrise und Systemwechsel" hielt die GFP in der Zeit vom 25. bis 27. April in Gera/Thüringen ihren Jahreskongreß ab. Daran beteiligten sich über 350 Personen. Verschiedene Redner äußerten, daß bei ausbleibenden Erfolgen der etablierten Rechtsparteien spätestens bis zur Europawahl die Gründung neuer Organisationen bzw. Parteien erforderlich sei. Ein Mitarbeiter der REP-Bundesgeschäftsstelle erhob den Vorwurf, die deutsch-tschechische Erklärung habe „die Entmachtung der Vertriebenen durch ihre Verhöhnung gekrönt". Die Wahrung deutscher Interessen werde auch künftig eine der vornehmsten Aufgaben der Verbände und Organisationen der deutschen Heimatvertriebenen sein.

> *„Gegenüber einer Bundesregierung, die das Völkerrecht im Zweifelsfalle bedenkenlos ignoriert oder für nicht zuständig erklärt, wenn es um deutsche Interessen geht, genügt das Festhalten an Rechtspositionen jedoch nicht mehr. (...) Man wird sich auf quasi-totalitäre Methoden der Gesin-*

nungskontrolle gefaßt machen müssen, vertritt man weiterhin konsequent deutschlandpolitische Positionen."

Die GFP war ferner Mitinitiatorin der Großveranstaltung deutscher Rechtsextremisten am 2. November in Kösching.

6.3 **Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.**

Der von Rechtsextremisten gegründete Freundeskreis Ulrich von Hutten vertritt rechtsextremistische, insbesondere rassistische Thesen und verbreitet Äußerungen, die das NS-Regime verharmlosen und die Bundesrepublik Deutschland verunglimpfen. Die Vereinigung zählt wie im Vorjahr bundesweit rund 280 Mitglieder, davon etwa 30 in Bayern. Vorsitzende ist die Präsidentin der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG) in Österreich Lisbeth Grolitsch.

Huttenbriefe

Der Freundeskreis trat vorwiegend mit der Herausgabe und Verbreitung der Schrift „Huttenbriefe - für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht" in Erscheinung. Darin hieß es, die „Bonner Erfüllungsgehilfen der Siegermächte" hätten absichtlich mißachtet, daß „der geistige Zusammenhalt und die seelische Übereinstimmung seiner Gemeinschaft das höchste Gut eines Volkes" sei. Zahlreiche Kritiken am „durch und durch korrupten Parteiensystem der Bundesrepublik" hätten „gerade in letzter Zeit dessen verantwortungslosen Charakter entlarvt". Ferner war der Freundeskreis an der Gästewoche der DKG vom 30. August bis 6. September in Altenberg/Sachsen beteiligt.

6.4 **Deutsches Kolleg (DK)**

Schulungseinrichtung

Das seit Ende 1994 bestehende Deutsche Kolleg (DK) mit Sitz in Berlin versteht sich als Schulungseinrichtung der „nationalen Intelligenz". Sein „Chefideologe" Dr. Reinhold Oberlercher, der seine politische Laufbahn beim Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) begann, orientiert sich an den Agitationsmustern der 68er Bewegung. Er bezeichnet sich als „völkisch-germanischen Nationalmarxisten" und versucht, nationalistische und sozialistische Ideologieelemente zu vereinen. Da er dem parteipolitisch organisierten Rechtsextremismus keine Chance einräumt, tritt er für ein Zusammenwirken von Rechts- und Linksextremisten ein, um als gemeinsames Ziel die Beseitigung des demokratischen Systems zu erreichen.

Das DK kommt mit seinem Programm einer in der rechtsextremistischen Szene vorhandenen Überzeugung entgegen, es sei notwendig, die politischen Kader sorgfältig zu schulen. Seine Veranstaltungen werden von Rechtsextremisten, insbesondere Neonazis, besucht und stellen damit einen Treffpunkt verschiedener bisher nebeneinander wirkender Teile des Rechtsextremismus dar. Dr. Oberlercher bietet auf diese Weise ein Forum für Aktivitäten, die scheinbar zwingend in Richtung einer nationalen Revolution weisen. Allerdings sind viele Schulungsteilnehmer nicht fähig, Dr. Oberlerchers intellektueller Diktion geistig zu folgen.

6.5 Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung (Artgemeinschaft)

Neugermanisch-heidnische Ausrichtung

Die 1951 gegründete Artgemeinschaft ist eine der neugermanisch-heidnischen Gruppen, die unter Berufung auf den alten nordisch-germanischen Götterglauben auch völkisch-rassistisches und antisemitisches Gedankengut pflegen und zu verbreiten versuchen. Seit 1988 wird sie von dem Hamburger Rechtsanwalt und Neonazi Jürgen Rieger geleitet, über den sie auch mit anderen Gruppierungen verbunden ist. Ihre Mitgliederzahl wird bundesweit auf rund 150 Personen geschätzt. Sie gibt vierteljährlich die Publikation „Nordische Zeitung" (NZ) heraus, die auch im Internet abgerufen werden kann.

In der Öffentlichkeit wird die Artgemeinschaft insbesondere durch die von ihr mitgetragenen jährlichen „Hetendorfer Tagungswochen" in Niedersachsen bekannt, die regelmäßig von politischen Gegnern zum Teil gewalttätig gestört werden. Diese Tagungswochen fanden in Räumen des ebenfalls von Rieger geführten und am 11. Februar 1998 verbotenen Vereins „Heide-Heim e.V." statt.

Veranstaltungen in Bayern

In Nordbayern organisiert die Artgemeinschaft meist jährlich einmal eine bundesweite Veranstaltung, die von rund 200 Personen (darunter auch Familienangehörige und Kinder) besucht wird. Daneben finden in Oberbayern unregelmäßig regionale Ernte- und Sonnwendfeiern, Vorträge und andere Treffen mit bis zu 60 Teilnehmern statt, so z.B. ein „Baumpflanztag" am 15. März auf dem Grundstück des Rechtsextremisten Anton Pfahler in Sinning. Die Veranstaltungen in Bayern verliefen bisher ohne jegliche Außenwirkung. Strafrechtlich relevante Handlungen wurden nicht bekannt.

7. Revisionismus-Kampagne

7.1 Ziele und Methoden

Versuch einer Rehabilitierung des Nationalsozialismus

Das rechtsextremistische Lager ist sich weitgehend darin einig, daß das deutsche Volk in wesentlichen Fragen seiner jüngeren Geschichte rehabilitiert werden müsse. Der Revisionismus, der die Geschichtsschreibung über die Zeit des Dritten Reichs ändern will, ist daher zu einem Bindeglied zwischen den unterschiedlichsten rechtsextremistischen Strömungen geworden. Seinen Repräsentanten geht es allerdings nicht um die Gewinnung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern gezielt um die Rechtfertigung bzw. Aufwertung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Im Mittelpunkt der revisionistischen Agitation steht die Leugnung des nationalsozialistischen Massenmords an europäischen Juden in Gaskammern deutscher Konzentrationslager während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust).

Geschichtsverfälschung

Im Bestreben, das nationalsozialistische Unrechtsregime zu verteidigen, müssen die rechtsextremistischen Revisionisten freilich Regeln der kritischen Geschichtswissenschaft mißachten und Forschungsergebnisse negieren, die nicht ihrem vorgefaßten Geschichtsbild entsprechen. Ihre Behauptungen zielen darauf ab, das auf seriöser Forschung beruhende Geschichtsbild propagandistisch zu unterminieren, um sich von einem vermeintlich aufgezwungenen „Schuldkomplex" zu befreien. Die Revisionisten hoffen, mit Hilfe ihres angeblichen Wissenschaftlichkeitsanspruchs zunehmend aus der „braunen Ecke" heraustreten zu können und größere Publizität und Zustimmung zu finden. Dabei machen sie sich zunutze, daß das Wissen über den Nationalsozialismus vielfach nur noch bruchstückhaft vorhanden ist. Vor allem Jugendliche laufen Gefahr, der in wissenschaftlichem Gewand daherkommenden Vielzahl von unbewiesenen Behauptungen, Verdrehungen und absurden Thesen zu erliegen. Nationalismus und Antisemitismus bilden die Wurzeln dieses Revisionismus, der letztlich die Opfer zu Tätern und die Täter zu Opfern einer angeblich falschen Geschichtsschreibung machen will.

7.2 Entwicklung

Ursprung des Schlagworts „Auschwitzlüge"

Revisionismus war von Anfang an keine deutsche, sondern eine internationale Erscheinung, wobei der Anstoß zunächst aus Frankreich und den USA kam. Seit Beginn der 50er Jahre erschien eine große Anzahl von Büchern, die unter dem Schlagwort „Auschwitzlüge" den

„historischen" Nachweis führen wollten, daß es keine Tötung von Juden in Gaskammern gegeben habe. Es fällt auf, daß die maßgeblichen Autoren keine Historiker waren, sondern andere Berufe hatten.

„Leuchter-Bericht"

Größere Publizität erlangte der Revisionismus durch ein 1989 veröffentlichtes technisches „Gutachten" des Amerikaners Fred A. Leuchter, wonach es in Auschwitz und einigen anderen Konzentrationslagern aufgrund der technischen Gegebenheiten nicht möglich gewesen sei, Menschen in Gaskammern zu töten. Die Fehler und Widersprüche dieses als „Leuchter-Bericht" bekanntgewordenen „Gutachtens" sind in verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen ausführlich nachgewiesen worden. Dies hinderte Revisionisten beiderseits des Atlantiks indes nicht, Leuchters Machwerk als überzeugenden Beweis ihrer Thesen anzusehen und als „Sieg für Deutschland" sowie als „Anfang vom Ende des Auschwitz-Mythos" zu feiern. Weiteren Auftrieb erhielt die Revisionismus-Kampagne durch das 1994 verbreitete „Rudolf-Gutachten", das sich u.a. auf den „Leuchter-Bericht" bezieht. Verfasser ist der Diplomchemiker Germar Scheerer geb. Rudolf, ein ehemaliges Mitglied der Partei „Die Republikaner" (REP). In seinem „Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Zyanidverbindungen in den ‚Gaskammern' von Auschwitz" kam er zu dem Schluß, daß die „behaupteten Menschentötungs-Gaskammern in Auschwitz niemals mit Zyklon B in Berührung gekommen sind". Dabei verkannte er - wie Leuchter -, daß die beim Freisetzen von Blausäure entstehenden chemischen Verbindungen unter dem Einfluß der Witterung innerhalb kurzer Zeit zerfallen und dann nicht mehr nachweisbar sind.

„Rudolf-Gutachten"

7.3 Träger der Revisionismus-Kampagne

Wegen behördlicher Gegenmaßnahmen und strafrechtlicher Verfolgung meiden die international aktivsten Revisionisten Deutschland als Betätigungsfeld. Sie weichen zunehmend in Länder aus, in denen Strafbestimmungen gegen das Verbreiten revisionistischen Gedankenguts fehlen. Entsprechendes gilt für die Veröffentlichung revisionistischer Publikationen. So setzte sich der deutsche Revisionist Germar Scheerer im Frühjahr 1996 ins Ausland ab, nachdem ihn das Landgericht Stuttgart am 23. Juni 1995 u.a. wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von 14 Monaten ohne Bewährung verurteilt hatte. Aufgrund der bisher bekannten internationalen Verbindungen

Germar Scheerer

der Revisionisten verschiedener westeuropäischer Länder kommen insbesondere Spanien oder Belgien als mögliche Aufenthalte Scheerers in Betracht. Scheerer setzte im Ausland seine revisionistische Agitation fort. Er veröffentlichte u.a. unter dem Pseudonym Ernst Gauss die revisionistischen Schriften „Vorlesungen über Zeitgeschichte" und „Grundlagen zur Zeitgeschichte". Als weitere Pseudonyme benutzt er die Namen Dr. Werner Kretschmer, Dr. Christian Konrad, Manfred Köhler, Dr. Dr. Rainer Scholz, Jakob Sprenger, Tuisco (Stammvater der Germanen) und Wilhelm Schlesinger. Des weiteren bediente er sich gemeinsam mit dem Revisionisten Karl Philipp der Alias-Namen Heiko Schwind und Gerhard Körner.

David Irving

Der wohl bekannteste Vertreter des Revisionismus ist der international agierende britische Schriftsteller David Irving. Seine Aktivitäten in Deutschland wurden durch die 1993 von der Landeshauptstadt München verfügte Ausweisung unterbunden. Die dagegen erhobene Klage blieb erfolglos.

Ernst Zündel

Einer der aktivsten Exponenten des Revisionismus ist der deutsche Staatsangehörige Ernst C.F. Zündel, der 1958 nach Kanada übersiedelte. Seit 1976 tritt er als Inhaber des Verlags Samisdat Publishers Ltd. in Toronto in Erscheinung. Er verfaßt und verschickt in erster Linie den „Germania"-Rundbrief, der neonazistische und antijüdische Thesen enthält (vgl. Nummer 9.2 dieses Abschnitts). Nach jahrelangen Bemühungen ist es Zündel gelungen, für sein in deutscher und englischer Sprache ausgestrahltes Programm „Stimme der Freiheit" einen Radiosender in Stockholm zu finden. Dabei wurde er nach eigenen Angaben von einem „Mohammedaner" unterstützt. Hierbei dürfte es sich um den marokkanischen Revisionisten Ahmed Rami handeln, der im Internet unter der Website „Radio Islam" vertreten ist und Kontakte zu David Irving unterhält. Das Programm war nur im Umkreis von Stockholm gut zu empfangen.

Für seine Agitation nutzt Zündel bereits seit mehreren Jahren erfolgreich das weltumspannende Internet. Darin erscheinen täglich neue Beiträge mit dem Titel „Good morning from the Zündelsite". Zündel behauptet, diese Artikel würden monatlich von jeweils mehr als 10.000 Interessenten eingesehen. Ferner berichtete er im „Germania"-Rundbrief seit Mai über die damals beginnenden Sitzungen des „Menschenrechts-Tribunals" in Toronto/Kanada. Dabei sollte entschieden werden, ob Zündel der Zugang zum Internet verwehrt werden kann.

Institute for Historical Review (IHR)

Das 1979 unter rechtsextremistischer Beteiligung gegründete Institute for Historical Review (IHR) mit Sitz in Kalifornien/USA trägt durch Veranstaltungen und Publikationen antisemitische und neonazistische Positionen an die amerikanische und internationale Öffentlichkeit. Es unterhält Verbindungen zu Rechtsextremisten in allen Kontinenten. Seit geraumer Zeit ist es auch im Internet vertreten. Mit seiner Zeitschrift „Journal of Historical Review" und vor allem mit seinen jährlichen Kongressen bietet es revisionistischen Amateur-Historikern aus aller Welt eine Plattform, um gegen die Ergebnisse der seriösen zeitgeschichtlichen Forschung zu polemisieren. Auf diesen Tagungen traten nahezu alle bekannten Vertreter des Revisionismus auf.

„National Journal"

Das monatlich im Verlag des britischen Rechtsextremisten Antony Hancock in Uckfield erscheinende „National Journal" weist in Umfang, Aufmachung und Themenwahl Übereinstimmung mit dem ehemaligen „Deutschland Report" auf. Die Schrift betreibt massive Hetze gegen Ausländer und Juden und leugnet oder bagatellisiert den Holocaust. Der Herausgeberkreis führt die Bezeichnung „Die Freunde im Ausland" (DFiA). Da das „National Journal" inzwischen mit einer eigenen „homepage" im Internet vertreten ist, können deutsche Rechtsextremisten nunmehr auf einfachem Weg Zugriff auf die Zeitschrift nehmen.

Vrij Historisch Onderzoek (V.H.O.)

Die in Berchem/Belgien ansässige Organisation „Vrij Historisch Onderzoek" (V.H.O.) verbreitet seit März eine neue Zeitschrift mit dem Titel „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung" (VffG). Unter den Autoren befinden sich mit dem Engländer David Irving, dem Franzosen Robert Faurisson und dem Deutschen Germar Scheerer drei der bedeutendsten Revisionisten. Die Schrift rechtfertigt die Politik des Dritten Reiches und leugnet den Völkermord an den europäischen Juden. Ferner polemisiert sie gegen die angeblich ungerechtfertigte Verfolgung der Revisionisten. Ihr Erscheinen eröffnet deutschen Rechtsextremisten die Möglichkeit, revisionistisches Propagandamaterial zu beziehen, dessen Herstellung und Verbreitung in Deutschland strafbar ist.

Die 1985 in Antwerpen gegründete V.H.O. verfügt über weltweite Kontakte zu führenden Revisionisten und bietet nahezu alle wichtigen revisionistischen Schriften u.a. auch in deutscher Sprache an. Während in den ersten beiden Ausgaben der VffG lediglich Holocaust-Leugner im klassischen Sinn zu Wort kamen, enthielt die Ausgabe Nummer 3/97 auch Beiträge von Historikern wie Dr. Alfred

Schickel und Dr. Joachim Hoffmann, die als Revisionisten im weiteren Sinn anzusehen sind. Aufgrund der internationalen Ausrichtung, des umfangreichen Kontakt- und Literaturangebots und der pseudowissenschaftlichen Aufmachung könnte sich die VffG bei regelmäßigem Erscheinen als zentrales revisionistisches Organ etablieren.

8. Organisationsunabhängige Publizistik

Die sieben Verlage, Vertriebs- und Buchdienste in Bayern, die Publikationen mit rechtsextremistischem Inhalt herausgeben bzw. verbreiten, entwickelten wiederum eine beachtliche Tätigkeit. Die Auflage der periodisch herausgegebenen einschlägigen Druckschriften, die im Vorjahr um rund 17 % zurückgegangen war, blieb mit monatlich 250.000 (1995: 248.000) Exemplaren annähernd konstant, wobei erhöhte Auflagen zu besonderen Anlässen nicht eingerechnet sind. Das Angebot umfaßte außerdem Bücher und sonstige Druckschriften sowie Tonkassetten und Videofilme mit rechtsextremistischem Inhalt.

8.1 Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag)

DSZ-Verlag Schwerpunkt der rechtsextremistischen Publizistik

Wirkungsvollstes Propagandainstrument des Rechtsextremismus in Deutschland ist weiterhin der DSZ-Verlag in München unter der Leitung von Dr. Gerhard Frey. Im Verlag erscheinen die „Deutsche National-Zeitung" (DNZ) mit einer Wochenauflage von etwa 35.000 und die „Deutsche Wochen-Zeitung" (DWZ) mit wöchentlich rund 20.000 (1996: 21.000) Exemplaren. Allerdings wird ein erheblicher Teil der Auflage nicht verkauft.



Die Wochenzeitungen Dr. Freys verbreiteten als Sprachrohre der DVU deren nationalistische, rassistische und revisionistische Grundhaltung:

> *„Wenn es um Zahlungen von Unsummen an Ausländer und ans Ausland geht, ist Bonn ganz, ganz weit vorn dabei. (...) Deutschland ist offensichtlich Zahlmeister der ganzen Welt."*
> (DWZ vom 28. März)

„Dabei ist es ein unglaublicher Skandal, daß in Bundesdeutschland mit Nachwuchs im Übermaß gesegnete Ausländerfamilien Unsummen an Kindergeld kassieren, während gleichzeitig junge deutsche Familien mangels finanzieller Grundlagen sich Nachwuchs nicht leisten können oder wollen."
(DNZ/DWZ vom 20. Juni)

„Hunderttausend Scheinasylanten kosten den deutschen Steuerzahler im Jahr etwa vier Milliarden Mark, die besser für das Millionenheer notleidender Deutscher ausgegeben würden."
(DNZ/DWZ vom 22. August)

„Die Entdeutschung des deutschen Volkes durch Einwanderung von Fremden aus oft fernen Kulturkreisen vollzieht sich vor unser aller Augen."
(DNZ vom 20. Juni)

„Nie in der deutschen Geschichte gab es eine derartige Überfremdung wie heute."
(DNZ vom 27 Juni)

„Nach dem derzeitigen politischen Gesinnungsstrafrecht geschützt sind Minderheiten, konkret also Juden und Zigeuner. Straffrei hingegen sind Lügen und Fälschungen jeglichen Ausmaßes gegen Deutschland, das deutsche Volk, seine Geschichte, seine Soldaten und sogar seine Gefallenen. Jedes Dreckssubjekt kann hier nach Belieben seine Niedertracht austoben."
(DNZ/DWZ vom 3. Januar)

„Der Bonner Regierungschef beschwört bei Tag und bei Nacht deutsche Schuld und fordert, das deutsche Volk für alle Zeit in ‚Kollektivverantwortung' und ‚Kollektivhaftung' zu nehmen. Unvorstellbar ist es, daß Kohl irgendeiner Behauptung über deutsche Untaten entgegentritt. Forderungen bald jeder Art erfüllt er, während die deutsche Wirtschaft zusammenbricht."
(DNZ/DWZ vom 29. August)

Beiden Zeitungen ist nicht an Differenzierung und Aufklärung, sondern an Vereinfachung, Schematisierung und Schwarz-Weiß-Malerei bis zum Aufbau von Freund-Feind-Bildern gelegen. Unterschiedliche Ansichten zu manchen Themen werden - wenn überhaupt - höchstens in Leserbriefen wiedergegeben.

8.2 **Nation Europa Verlag GmbH**

Sprachrohr der DLVH

Die im Nation Europa Verlag in Coburg erscheinende Monatsschrift „Nation & Europa - Deutsche Monatshefte" wird von den DLVH-Funk-

tionären Peter Dehoust und Harald Neubauer herausgegeben. Mit dem Verlag eng liiert ist der 1954 gegründete Verein „Nation-Europa-Freunde e.V.", ein Förderkreis aus der Leserschaft der Publikation, der auch die Arbeit des Verlags und die Bündnisbemühungen der DLVH unterstützt.

Die Schrift bietet insbesondere Rechtsextremisten eine publizistische Plattform, so z.B. dem früheren REP-Vorsitzenden Franz Schönhuber, der inzwischen regelmäßig mit einer eigenen Kolumne vertreten ist. Sie gehört zu den einflußreichsten rechtsextremistischen Theorieorganen und propagiert neben revisionistischen vor allem rassistische Thesen.

Die Septemberausgabe zeigte offen Sympathie für die volksverhetzende Musik von Skinhead-Bands, die auf „hemmungslosen Tabubruch" setzten:

„Die deutsche Politik aber ist auf dem linken Auge blind und schürt damit die Erbitterung junger Leute, die sich durch Asylmißbrauch, Überfremdung und roten Terror bedroht fühlen. Fans der ‚Zillertaler Türkenjäger' weisen immer wieder darauf hin, daß man sie und ihre Sorgen im Politik- und Medienbereich ignoriere, so daß man gezwungen sei, mit schrillen Parolen die Schweigespirale zu durchbrechen."

In der Rubrik „Aktuelles aus Multikultopia" (Ausgabe November/Dezember) hieß es:

„Die multikulturelle Zeitbombe tickt ohne Unterlaß. In Duisburg wurde dieser Tage das erste Ausländer-Altenheim des Roten Kreuzes in Betrieb genommen - Symptom für die veränderte demographische Lage in diesem Land. Zur gleichen Zeit geben Islamisten die Losung aus, verstärkt deutsche Frauen zu heiraten, um mit der deutschen Staatsbürgerschaft auch zu islamischem Nachwuchs zu kommen.
So setzt sich der Prozeß der ethnischen Aufweichung an vielen Stellen unserer Gesellschaft schleichend fort, trägt zur Destabilisierung und Enthomogenisierung dieses Gemeinwesens bei."

9. Einfluß des ausländischen Rechtsextremismus

9.1 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)

NS-Staat als Ziel

Die neonazistische NSDAP-AO in den USA fordert die „Ausschaltung des jüdischen Einflusses", die Überwindung des „Materialismus" durch den Nationalsozialismus und die „Neugründung der NSDAP als legale Partei". Endziel ist die „Schaffung eines nationalsozialistischen

Staats" in einem „neuvereinigten Großdeutschen Reich" und die „Errichtung einer Neuen Ordnung auf einer rassischen Grundlage in der gesamten arischen Welt". Das von der NSDAP-AO in großen Mengen herausgegebene NS-Propagandamaterial geht von der „Auslandszentrale" in Lincoln/Nebraska den oft nur aus einer Person bestehenden Stützpunkten der NSDAP-AO im Bundesgebiet zu, denen die Weiterverbreitung im Inland obliegt. Die NSDAP-AO ist seit Mitte 1996 im Internet mit einer eigenen „homepage" vertreten, bisher allerdings nur mit englischen Texten. Das Angebot umfaßt u.a. NS-Kennzeichen und Textdokumente sowie Fotografien von führenden Persönlichkeiten des Dritten Reichs. Mit der Erweiterung des Angebots auf mehrere Sprachen soll künftig eine wesentlich größere Zahl von Interessenten weltweit angesprochen werden.



Strafverfahren

In einer am 14. März veröffentlichten Entscheidung verwarf der Bundesgerichtshof die Revision des „Propagandaleiters" der NSDAP-AO Gary Rex Lauck. Das Landgericht Hamburg hatte ihn am 22. August 1996 zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß sowie Verbreitens von Propagandamitteln und Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verurteilt.

Rückläufige Aktivitäten

Die Propagandaflut der NSDAP-AO ist seit der Inhaftierung Laucks rückläufig. Zuvor war das wichtigste Publikationsorgan der NSDAP-AO „NS Kampfruf" zweimonatlich erschienen. 1997 wurden lediglich drei Ausgaben des „NS Kampfruf" bekannt. Die Schrift soll künftig vierteljährlich und mit erhöhtem Bezugspreis erscheinen. Die Ende März nach siebenmonatiger Unterbrechung verbreitete Ausgabe Nummer 117 wandte sich unter der Überschrift „Der Kampf geht weiter" vor allem gegen das „Bonner und Wiener Judensystem und seine Lakaien". In einem „Strategiepapier der NSDAP-AO" wies der Autor darauf hin, daß eine demokratische Machtübernahme bzw. die Beseitigung des bestehenden Systems aufgrund des polizeistaatlichen Charakters des westlichen kapitalistischen Systems nahezu ausgeschlossen sei. Aber es bestehe die Hoffnung, daß sich der Kapitalismus selbst zugrunde richte. Dann könne das bestehende System, zumindest in Deutschland, von den Nationalsozialisten abgelöst werden. Dem stürzenden System müßten die Kameraden noch den letzten Stoß versetzen. „Alles was dem System schadet, arbeitet für uns, und alles was dem System nutzt, schadet der NS-Bewegung."

Der 10. Todestag von Rudolf Heß bildete den Themenschwerpunkt der Ausgabe Nummer 118 vom August, die dazu aufrief, in den Augustwochen auf den „Mord an Heß" und die hierüber von den „Judenknechten der BRD" verbreitete Vertuschungs- und Lügenpropaganda aufmerksam zu machen. Im zweiten Teil des „Strategiepapiers" wurden Verhaltensmaßregeln für die endgültige Beseitigung der „Demokraturen in Bonn und Wien" aufgestellt:

> *„Um am Tag X nicht mit leeren Händen dazustehen und die revolutionären Veränderungen für uns kalkulierbarer zu machen, sollte eine massive Unterwanderung durch nationalsozialistische Kräfte bei der jeweils hoffnungsvollsten nationalistischen oder konservativen Partei erfolgen und entsprechend Schlüsselpositionen besetzt werden."*

Des weiteren kündigte die Publikation an, die „Dänische Nationalsozialistische Bewegung" (DNSB), die sich als Teil der NSDAP-AO verstehe, werde eine europäische Verteilerkartei schaffen. Wer darin erfaßt sei, werde mit Informationen wie Demonstrationsaufrufen, aktuellen Bewegungsnachrichten usw. versorgt. Damit solle der durch das unregelmäßige Erscheinen des „NS Kampfrufs" verursachte Aktualitätsverlust ausgeglichen werden.

Die Anfang Dezember erschienene Ausgabe Nummer 119 veröffentlichte erstmals Beiträge aus der ebenfalls von der NSDAP-AO herausgegebenen Publikation „The New Order" in deutscher Übersetzung. Auch die große Zahl von Fotos der Heß-Kundgebung in Koege/Dänemark deutet darauf hin, daß ein Mangel an qualifizierten Textbeiträgen besteht und die Schriftleitung überfordert ist.



9.2 **Verlag Samisdat Publishers Ltd.**

Inhaber des in Toronto/Kanada ansässigen Verlags ist der deutsche Staatsangehörige Ernst C. F. Zündel. Er hat internationale Kontakte und verbreitet zahlreiche Publikationen, darunter den „Germania"-Rundbrief in einer geschätzten Auflage von 50.000 Exemplaren. Die Schrift, die auch über das Internet abgerufen werden kann, enthält hauptsächlich antisemitische und revisionistische Propaganda (vgl. Nummer 7.3 dieses Abschnitts).

9.3 Kontakte zur französischen Front National (FN)

Die REP, die DLVH und ihr nahestehende Publizisten, z.B. des Nation Europa Verlags (NE-Verlag), pflegen Kontakte zur FN. Anknüpfungspunkt ist die Forderung nach partei- und gruppenübergreifender Zusammenarbeit der „Rechten" nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Der FN-Vorsitzende Le Pen wirbt dafür mit der Parole: „Patrioten aller Länder, vereinigt Euch!".

So sprach der FN-Funktionär und „Deutschland-Referent" Yvan Blot auf dem Bundesparteitag der REP am 18. Oktober in Dietmannsried. Auch bei der „überparteilichen Europakundgebung" am 2. November in Kösching trat er als Redner auf. Veranstalter waren die „Nation-Europa-Freunde e.V.", die organisatorisch dem NE-Verlag zuzuordnen sind und der DLVH nahestehen. Auch Frank Vanhecke, Vorsitzender des belgischen Vlaams Blok, sprach bei dieser Veranstaltung. Blot und Vanhecke sind Abgeordnete des Europäischen Parlaments.

Blot hatte schon 1996 ein Treffen von hohen Funktionären der FN, der DLVH und ihr nahestehender Publizisten, darunter Franz Schönhuber, in Paris organisiert. 1997 nahmen Publizisten aus Deutschland an den Feiern der FN zum 1. Mai in Paris teil.

10. Nutzung moderner Informationstechnologien durch Rechtsextremisten

Die Entwicklung der Informationstechnik bietet auch Rechtsextremisten neue Möglichkeiten der Strukturierung und internationalen Vernetzung. Dabei kommen ihren propagandistischen Aktivitäten die weltweite Datenfreiheit und die in einzelnen Staaten jeweils unterschiedlichen Rechtsvorschriften zustatten. Die zunehmende Nutzung der für einen überregionalen Informationsaustausch geeigneten Kommunikationswege durch rechtsextremistische Gruppen zeigt, daß dieses Spektrum darin offenbar eine Chance sieht, aus seinem Ghetto an das Licht der Öffentlichkeit zu gelangen.

Internationale Vernetzung

10.1 Internet

Das Internet ist mit derzeit rund 95 Millionen Teilnehmern das weltweit größte Kommunikationssystem. Im Bundesgebiet gibt es etwa 6,2 Millionen Anwender; Deutschland steht damit an zweiter Stelle in

der Welt. Das Internet verzeichnet eine jährliche Wachstumsrate von 80 bis 100 %. Es gliedert sich in die Bereiche „world wide web" (www), Electronic Mail (E-Mail), News-Dienst (Newsgroups), Mailing Lists und File Transfer Protocol (FTP). Der Zugang ist jedermann über sogenannte Service-Provider (gegen Gebühr tätige kommerzielle Unternehmen) möglich. Das Computernetz verfügt über keine zentrale Verwaltung und ist nicht hierarchisch konzipiert.

Da das Verbreiten extremistischen Gedankenguts über das Internet aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nur schwer eingedämmt werden kann, übt dieser Verbund auf deutsche Rechtsextremisten eine besondere Anziehungskraft aus. Vor allem eröffnet er ihnen ungehinderten Zugang auch zu Beiträgen mit strafbarem Inhalt, die vielfach von ausländischen Gesinnungsgenossen eingespeichert werden.

Anstieg des Angebots

Die Nutzung des Internet ist fest in die rechtsextremistische Strategie eingebunden. Entsprechend dieser Zielsetzung ist das Angebot in jüngster Zeit stark angestiegen. Schwerpunkte bilden einschlägige Literatur, Propagandamaterial aus dem In- und Ausland, Informationen über rechtsextremistische Organisationen sowie Verzeichnisse weiterer Internet-Angebote mit rechtsextremistischen Bezügen. Daneben wird das Internet auch zur Mobilisierung der Szene genutzt, z.B. anläßlich der Demonstration am 1. März in München gegen die Wehrmachtsausstellung. Der zunehmende Einsatz dieses Mediums für die Interessen rechtsextremistischer Personenzusammenschlüsse und Organisationen wird u.a. an der „Patria-Versand GmbH - Spezialversand für nationale Aktivisten" in Landshut deutlich. Neben Bundeswehrartikeln sind dort CDs einschlägiger Musikgruppen und Fahnen wie beispielsweise die Reichskriegsflagge „online" beziehbar.

Nutzung durch deutsche Rechtsextremisten

Nachdem sich seit Mitte des Jahres auch die DVU im Internet präsentiert, sind in diesem Medium nunmehr alle bedeutenden Parteien und Gruppierungen des rechtsextremistischen Spektrums vertreten. Die NPD tritt seit April sogar als Anbieter von Dienstleistungen auf. Zusätzlich ist die NPD mit ihrer Jugendorganisation über eine eigene Domain* im Internet erreichbar. Auch einige Thule-Mailboxen (vgl. Nummer 10.2 dieses Abschnitts), die wiederum „links" (automatisierte Datenverbindungen) zu weiteren Mailboxen des Thule-Netzes

* Bei einer Domain handelt es sich um eine Namensadresse im Internet, unter der mehrere „homepages", d.h. „private Seiten" von Teilnehmern im Internet-Bereich „world wide web" (www), betrieben werden können.

aufweisen, richteten eigene „homepages" ein. Diese Einstellungen in das Internet sind ein weiterer Schritt zur informationellen Vernetzung der rechtsextremistischen Szene in Deutschland. Gleichzeitig wird damit auch die internationale Vernetzung ausgebaut.

Angebote ausländischer Rechtsextremisten

Das überwiegend aus den USA stammende ausländische Angebot hat weiter zugenommen. Zu den bekanntesten Anbietern gehören die NSDAP-AO und die Stormfront. Im Bereich des Revisionismus offeriert der in Kanada ansässige Neonazi Ernst C. F. Zündel nach wie vor umfangreiches Material, darunter auch die in Deutschland der Beschlagnahme unterliegenden Bücher „Der Holocaust auf dem Prüfstand" und „Todesursache Zeitgeschichte". Im Skinhead-Bereich stammen die Angebote überwiegend aus Nordamerika.



Sein Internet-Angebot erheblich gesteigert hat der von Schweden aus agierende Revisionist Ahmed Rami. In mehreren Sprachen, darunter auch in deutsch, französisch, arabisch und englisch, bietet er umfangreiches revisionistisches Material an, so das in Deutschland der Beschlagnahme unterliegende Buch von Germar Scheerer „Grundlagen der Zeitgeschichte". Einen Schwerpunkt im Angebot von Ahmed Rami bildete der Tod des Revisionisten Otto Ernst Remer am 4. Oktober in Spanien.

10.2 **Mailboxen**

Eine Mailbox ist ein Computer, der über ein Modem oder einen ISDN-Anschluß mit der Telefonleitung verbunden ist, von anderen Computern angerufen werden kann und dem Anrufer Kommunikationsdienste anbietet. In der Mailbox können Informationen (Texte, Graphiken, Flugblätter etc.) abgelegt und abgerufen werden. Dies geschieht in Foren, sogenannten „Brettern", die aus Gründen der Übersichtlichkeit nach Themenbereichen gegliedert sind.

Bei den Nutzern einer Mailbox unterscheidet man zwischen Gast und User. Als Gast kann prinzipiell jeder, der über einen eigenen PC, ein Modem und eine entsprechende Software verfügt, Verbindung zu einer Mailbox aufnehmen. Der Interessent erhält jedoch, insbesondere bei politischen Mailboxen, nur eine sehr begrenzte Auswahl der vorhandenen Dateien zur Einsicht. Der Umfang dieses „Gastbereichs"

wird vom jeweiligen Mailbox-Betreiber (Systemoperator bzw. Sysop) festgelegt. Der User verfügt nach seiner Registrierung durch den Mailbox-Betreiber, die durch Zuteilung eines Paßwortes und einer persönlichen Userkennung erfolgt, über eine benutzerbezogene dauernde Zugriffsberechtigung auf dessen Mailbox.

In einem Mailboxverbund können beliebig viele Informationen zwischen den einzelnen Boxen ausgetauscht werden. Für den User bedeutet dies, daß er Zugriff auf die Informationen aller Mailboxen des Netzes hat.

Thule-Netz

Das auch im Internet präsente Thule-Netz wurde im Frühjahr 1993 von den Betreibern der Mailbox „Widerstand BBS" und der heute nicht mehr existierenden „Phantom BBS" ins Leben gerufen. Ziel der Mailboxbetreiber war die „flächendeckende Verteilung" der angeschlossenen Mailboxen im Bundesgebiet. Im Thule-Netz gibt es unterschiedliche Kommunikationsebenen, die den Teilnehmern verschiedene Sicherheitsstufen bieten. Ein einheitliches Verschlüsselungsverfahren soll die Sicherheit von privaten Nachrichten gewährleisten. Bislang gehörten dem Netzverbund etwa 35 Boxen im In- und Ausland in wechselnder Besetzung an, wobei einige aus unterschiedlichen Gründen (z.B. Strafverfahren, Exekutivmaßnahmen, persönliche Differenzen) wieder ausgeschieden sind.

Die Betreiberin der „Asgard BBS", die sich mit der Anti-Antifa-Arbeit befaßte, wurde der Ausspähung von Thule-Netz-Teilnehmern verdächtigt. Nach internen Diskussionen erfolgte im März der Ausschluß der Mailboxen „Elias BBS" und „Asgard BBS" aus dem Thule-Netz. Deren Betreiber gründeten im Juni das „Nordland-Netz". Die Mailbox „Elias BBS" hat sich im Dezember wieder dem Thule-Netz angeschlossen.

Nachdem im September den Mailbox-Betreibern der „Kraftwerk BBS" und der „Janus BBS" bei einer Exekutivmaßnahme die gesamte Hardware beschlagnahmt wurde, sind die Aktivitäten im Thule-Netz sehr stark zurückgegangen. Nachrichten werden derzeit nur mehr von wenigen eingestellt. Die Beiträge sind von Unlust und Frustration gekennzeichnet. In Bayern war Ende 1997 nur mehr die Mailbox „Widerstand BBS" aktiv; auch sie stellte inzwischen den Betrieb ein.

Nordland-Netz

Dem aus den Mailboxen „Asgard BBS" und „Elias BBS" gebildeten Nordland-Netz schloß sich auch der Betreiber der Mailbox „Störte-

becker BBS" in Stavenhagen/Neubrandenburg an. Während das Thule-Netz stagnierende Teilnehmerzahlen aufwies, waren beim „Nordland-Netz" Zuwächse zu verzeichnen. Bei den Usernamen handelt es sich meistens um Pseudonyme. Die Klarnamen sind nur dem Sysop bekannt.

10.3 **Nationale Info-Telefone (NIT)**

Nationale Info-Telefone sind Anrufbeantworter mit Ansagetexten, die in der Regel wöchentlich wechseln. Während im linksextremistischen autonomen Spektrum Info-Telefone nur kurzzeitig zu besonderen Anlässen eingerichtet werden, stellen sie in der rechtsextremistischen Szene einen festen Bestandteil zur Informationsbündelung und Koordination von Veranstaltungen dar.

Die aktivsten Nationalen Info-Telefone in Deutschland sind das NIT Rheinland, das NIT Preussen, das NIT Berlin-Brandenburg , das NIT Schleswig-Holstein und das NIT Hamburg, wobei letzteres unter der Leitung des Neonazi Andre Goertz eine führende Rolle einnimmt und auch im Internet mit einer eigenen „homepage" und mehreren „links" zu anderen rechtsextremistischen Einrichtungen vertreten ist. Zu besonderen Anlässen, wie beispielsweise den alljährlichen „Rudolf-Heß-Aktionen", werden zusätzliche Nationale Info-Telefone eingerichtet.

Das NIT Franken in Pommersfelden bei Bamberg hat seit April seinen Betrieb eingestellt. Ein neuer Hauptanschluß wurde seither nicht beantragt.

Während der „Rudolf-Heß-Aktionswochen 1997" wurden die „aktionswilligen nationalen Bürger" aufgerufen, das NIT Rheinland, das NIT Mitteldeutschland und das Sonder-NIT Sauerland abzuhören, die wöchentlich mehrfach die neuesten Informationen zum „Aufmarsch" bekanntgaben.

NIT Bayern

Das in verschiedenen rechtsextremistischen Publikationen angekündigte NIT Bayern hat am 19. Dezember in München seinen Betrieb aufgenommen. Ob es trotz finanzieller Schwierigkeiten länger existieren wird, ist derzeit nicht absehbar. Es ist das elfte im Verlauf des Jahres 1997 zumindest zeitweise aktive Nationale Info-Telefon. Die Ansage ist in weiten Teilen identisch mit dem NIT Hamburg und dem NIT Schleswig-Holstein.

10.4 **Strafverfahren**

Im Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I wegen Volksverhetzung u.a. fand im September beim Sysop des Thule-Netzes eine Durchsuchung statt. Dabei wurde umfangreiches Beweismaterial, insbesondere 1.000 Computerdisketten sowie mehrere vernetzte PCs, darunter die Mailbox „Janus BBS", beschlagnahmt. Der Beschuldigte hatte im Dezember 1995 in der Mailbox „Janus BBS" Zündels revisionistische „Power-Letters" veröffentlicht, in denen das Vernichtungsschicksal der europäischen Juden während der NS-Zeit geleugnet wird.

Exekutivmaßnahmen

Gleichzeitig führte das Bundeskriminalamt im Auftrag des Generalbundesanwalts aufgrund eines Ermittlungsverfahrens u.a. wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung beim Sysop der „Kraftwerk BBS" und vier weiteren Rechtsextremisten Wohnungsdurchsuchungen durch. Anlaß war die öffentliche Aufforderung zu Straftaten gegen politische Gegner, Polizei- und Justizbeamte im Thule-Netz.

10.5 **Ausblick**

Seit Oktober gibt es innerhalb der Thule-Netz- und Nordland-Netz-Betreiber Überlegungen, welche Möglichkeiten für eine Verbesserung der Kommunikation bestehen. Als erster Schritt wurde der wechselseitige Transport von Informationen (Brett-Routen) in den Netzen vereinbart. Federführend bei Bestrebungen zur Wiedervereinigung der Mailboxverbundsysteme ist die Redaktion der Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ), die in beiden Netzwerken publiziert. Die Bretter „Aktuell/Diskussionen" enthielten nachstehende Schlagzeilen:

> *„Der Wiederaufbau eines geeinten und schlagkräftigen Netzwerkes muß im Interesse der gesamten nationalen Opposition liegen. Eine schlagkräftige Kommunikations-Struktur ist das Gebot der Stunde. Unsere beste Waffe ist das veröffentlichte Wort, dazu ist ein schneller und funktionierender Informations-Weg unabdingbar; davor hat der politische Gegner am meisten Angst."*

Zur Verwirklichung der Ziele wurde in Berlin der „Arbeitskreis vernetzte Medien" gegründet, der auf seiner Sitzung am 31. Oktober zu folgendem Schluß kam:

> *„In Zeiten zunehmender Verfolgung ist der Aufbau eigener Medien für die nationale Opposition unverzichtbar."*

11. Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 1997 Bayern	Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
1. Parteien einschließlich integrierter Vereinigungen			
Die Republikaner (REP) 26.11.1983, Berlin	4.300	15.500	Der Republikaner monatlich, 20.000
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 28.11.1964, Stuttgart	680	4.300	Deutsche Stimme (DS) monatlich, 40.000 Bayern-Stimme unregelmäßig, 1.000
Junge Nationaldemokraten (JN) 1969, Stade	60	400	Einheit und Kampf (EuK) unregelmäßig, 2.000 Der Aktivist unregelmäßig, 900
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) 1967, Nürnberg	Funktionärsgruppe		
Deutsche Volksunion (DVU) 05.03.1987, München	1.800	15.000	(Publizistische Sprachrohre: siehe DSZ-Verlag)
Deutsche Volksunion e.V. einschließlich Aktionsgemeinschaften 16.01.1971, München			
2. Neonazistische Organisationen			
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) 02.07.1979, Frankfurt am Main	90	400	Nachrichten der HNG monatlich, 500
Freiheitlicher Volks Block (FVB)	20	60	
Deutscher Bund (DB) 22.05.1993, Bodenkirchen		30	Burgpost monatlich
Kameradschaft Franken Nürnberg	20		
Bund Frankenland Dezember 1991, Würzburg	Funktionärsgruppe		
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) 1972, Lincoln/USA			NS Kampfruf unregelmäßig, 1.000

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 1997 Bayern	Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
3. Sonstige Organisationen			
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) 03.10.1991, Berlin	120	700	(Publizistisches Sprachrohr: siehe Nation Europa Verlag GmbH)
Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP) 1960, München	40	450	Das Freie Forum vierteljährlich, 1.500
Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V. Februar 1982, Starnberg	30	280	Huttenbriefe - für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht zweimonatlich, 4.000
Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung (Artgemeinschaft)		150	Nordische Zeitung (NZ) vierteljährlich
Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV) September 1981, München		200	
Deutsches Kolleg (DK) 1994, Berlin	Funktionärsgruppe		
4. Verlage			
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) München			Deutsche National-Zeitung (DNZ), wöchentlich, 35.000 Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ), wöchentlich, 20.000
Nation Europa Verlag GmbH 1953, Coburg			Nation & Europa - Deutsche Monatshefte monatlich, 16.000
Verlag Hohe Warte - Franz von Bebenburg KG 1949, Pähl			Mensch und Maß zweimal monatlich, 2.000
Denk mit!-Verlag Nürnberg			Denk mit! unregelmäßig, 1.000
Odal-Verlag Rodach b. Coburg			Der Scheinwerfer monatlich, 7.000
VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH Berg			Deutsche Geschichte zweimonatlich, 10.000
Castel del Monte Verlag München			Staatsbriefe monatlich, 1.000

2. Abschnitt

Linksextremismus

1. Allgemeines

1.1 Merkmale des Linksextremismus

Ideologisches Spektrum

Das ideologische Spektrum der Linksextremisten reicht von Anhängern des „wissenschaftlichen Sozialismus/Kommunismus" in seiner klassischen Form über Sozialrevolutionäre mit unterschiedlichen diffusen Konzeptionen bis hin zu Anarchisten. Theoretische Grundlagen bilden im wesentlichen die Werke von Marx und Lenin, aber auch von Trotzki, Stalin, Mao Tse-tung und anderen. Die Bestrebungen der Linksextremisten sind darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen und durch eine ihren ideologischen Vorstellungen entsprechende kommunistische Ordnung zu ersetzen. Diese Bestrebungen sind verfassungsfeindlich, weil die Ziele und oft auch die Mittel, mit denen sie erreicht werden sollen, gegen die grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstoßen.

Ziele der Linksextremisten

So erstreben Linksextremisten, auch wenn sie es häufig nicht offen aussprechen,

- die „sozialistische" Revolution,
- Klassenkampf und Klassenherrschaft,
- die Diktatur des Proletariats.

Diese Ziele verstoßen vor allem gegen das Mehrheits- und das Freiheitsprinzip sowie gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Anwendung von Gewalt

Eine Reihe von linksextremistischen Gruppierungen bekennt offen, daß ihre Ziele nur unter Anwendung von Gewalt zu erreichen sind. Teilweise verüben sie Gewalttaten oder arbeiten zur Erreichung ihrer Ziele mit Gewalttätern zusammen. Dies verstößt gegen den Grundsatz des Ausschlusses jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft und verletzt, wenn sich die Gewalt gegen Personen richtet, das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Die wahren Ziele werden oftmals in Aktionsfelder und Themen eingebunden, die selbst nicht extremistisch sind. Beispiele hierfür sind der sogenannte Antifaschismus und die Antikernkraftbewegung. Durch gewandte Agitation gelingt es Linksextremisten teilweise, den bisherigen Konsens aller Demokraten in der Ablehnung jedweden politischen Extremismus zu durchbrechen. Indizien für eine Aufweichung dieser klaren Grenzziehung sind öffentliche Diskussionen über eine mögliche Beteiligung von Linksextremisten an Koalitionsregierungen und das Zusammenwirken demokratischer Gruppierungen mit Linksextremisten bei einzelnen Protestthemen wie z.B. in der Antikernkraftbewegung. Linksextremistische Positionen werden dadurch nicht als solche erkannt. Dies schwächt die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie gegenüber linksextremistischen Entwicklungen.

Schwächung der Abwehrbereitschaft unserer Demokratie gegenüber Linksextremisten

Für ihre Agitation nutzen Linksextremisten seit mehreren Jahren zunehmend die Vorteile der modernen Kommunikationsmöglichkeiten. Mailboxen und Mailbox-Systeme wie „Spinnennetz" werden mehr und mehr durch das Internet ergänzt.

Mailboxen und Internet

1.2 **Entwicklung in Bayern**

Die Zahl der linksextremistischen und linksextremistisch beeinflußten Parteien und Gruppierungen sowie ihre Mitgliederzahlen sind konstant geblieben. In Bayern ist lediglich die Zahl der beitragspflichtigen PDS-Mitglieder leicht zurückgegangen. Waren es Ende 1996 noch rund 230 Mitglieder, so bewegt sich die aktuelle Mitgliederzahl bei 200. Dagegen ist die Zahl der Sympathisanten, denen laut Statut Mitgliederrechte übertragen werden können, von etwa 220 auf rund 250 gestiegen. Die PDS-Anhängerschaft in Bayern blieb damit im vergangenen Jahr unverändert. Die Mitgliederzahl der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) blieb gleich.

Konstante Mitgliederzahlen

Die Zahl der Anhänger autonomer Gruppen, die eine der bedeutendsten und gewalttätigsten Strömungen des Linksextremismus darstellen, blieb unverändert. Sie werden von anderen linksextremistischen Gruppen wie der PDS zunehmend als Partner für Aktionen akzeptiert.

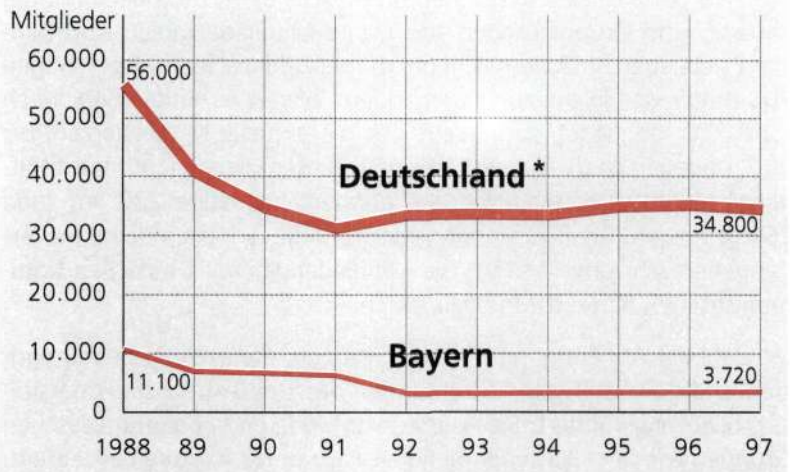
Zentrale Agitationsthemen der Linksextremisten waren Neonazismus/Faschismus, Rassismus, Asyl- und Abschiebeproblematik, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Transport von abgebrannten Brennelementen aus Kernkraftwerken in Castor-Behältern sowie Abrüstung und Abschaffung der Wehrpflicht.

Agitationsthemen

Die Entwicklung der Zahl linksextremistischer und linksextremistisch beeinflußter Organisationen in Bayern und ihrer Mitgliederstärken ist aus der folgenden Übersicht zu ersehen. Erkannte Mehrfachmitgliedschaften werden jeweils nur bei einer Organisation erfaßt.

Zahl und Mitgliederstärke linksextremistischer Organisationen

	1995	1996	1997
Anzahl der Organisationen	42	42	42
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten			
Kernorganisationen	2.150	2.150	2.230
Nebenorganisationen	110	110	70
beeinflußte Organisationen	830	920	920
Anarchisten und sonstige Sozialrevolutionäre	550	520	500
Linksextremisten insgesamt	3.640	3.700	3.720



* Die Kurve für die bundesweite Entwicklung beruht auf Zahlen des Bundesamts für Verfassungsschutz, das von den Mitgliedern der PDS nur die der Kommunistischen Plattform (KPF) erfaßt.

Die PDS Deutschland hatte 1997 insgesamt 104.000 Mitglieder, davon unter 2.500 in der KPF.

Die Bemühungen der Autonomen um Einfluß in der Antikernkraftbewegung halten an. Der Kampf gegen die vermeintlichen Gefahren der friedlichen Nutzung der Kernenergie dient den Autonomen als Vorwand für ihren Kampf gegen den Staat und für ihre Gewaltaktionen. Auch die Antifa-Kampagne ist letztlich gegen den Staat gerichtet, denn sie unterstellt, der Staat würde den Rechtsextremismus schützen.

2. Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten

2.1 Überblick

Versuch der Bündelung extremistischer Kräfte

Marxistisch-leninistisch ausgerichtete Organisationen und andere revolutionäre Marxisten bemühen sich weiterhin, durch massive Kritik an den „herrschenden Verhältnissen" und Forderung nach „Fundamentalopposition" ihren sozialistischen und kommunistischen Zielen näherzukommen. Dabei gelang es nur begrenzt, die unterschiedlichen Ideologien und Strömungen zu bündeln. Die PDS, die nach dem Zusammenbruch des SED-Unrechtsregimes einen neuen Weg des „demokratischen Sozialismus" beschreiten will, versucht, Linksextremisten sämtlicher Couleur von Radikalsozialisten bis zu sogenannten Basisdemokraten aus dem ökologischen Bereich zu integrieren.

2.2 Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

Umbenannte SED

Die ehemals in der DDR herrschende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hat sich nach der friedlichen Revolution und dem Zusammenbruch ihres Unrechtsregimes nicht aufgelöst. Sie beschloß auf ihrem Sonderparteitag am 16./17. Dezember 1989 in Berlin-Weißensee, sich in „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands - Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS)" umzubenennen. Auf einer Tagung des Parteivorstands der SED-PDS am 4. Februar 1990 wurde der Parteiname endgültig in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) geändert. Der 1. Parteitag der PDS am 24./25. Februar 1990 bestätigte die Namensänderung.

2.2.1 Ideologische Ausrichtung

Die PDS versteht sich als linke „Strömungspartei" für sozialistische Gruppen und Personen, denen Kritik und Ablehnung der bestehen-

den politischen und ökonomischen Verhältnisse gemein sind. Das auf der 1. Tagung des 3. Parteitags der PDS vom 29. bis 31. Januar 1993 in Berlin beschlossene und bis heute gültige Parteiprogramm erklärt hierzu, die PDS sei ein Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte, die - bei allen Meinungsverschiedenheiten - darin übereinstimmten, daß die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden müsse.

Gegen Kapitalismus

Die Beseitigung des Kapitalismus, die Überwindung des mit ihm verbundenen politischen Systems und damit der Demokratie im Sinn unseres Grundgesetzes sowie die Errichtung einer neuen „sozialistischen Gesellschaft" gehören somit, auch wenn die Revolutionsrhetorik des Marxismus-Leninismus vermieden wird, zu den Zielen der Partei, die vor allem außerparlamentarisch erreicht werden müßten. Im Parteiprogramm erklärt die PDS:

> *„Die Existenzkrise der Zivilisation macht die Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu einer Frage menschlichen Überlebens."*

Das Bekenntnis der Partei zum außerparlamentarischen Kampf und zum Widerstand gegen die „Herrschenden" und „gegebenen Verhältnisse" ist mit der Grundidee der parlamentarischen repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes unvereinbar.

Bekenntnis zu Marx und Engels

Die PDS vertritt einen konsequenten Internationalismus und ist dem Erbe von Marx und Engels, den vielfältigen Strömungen der revolutionären und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderen revolutionären und „demokratischen" Bewegungen kritisch verbunden und dem Antifaschismus verpflichtet.

Die Berufung auf Marx und Engels, die historische Entwicklung der Partei sowie die politische Herkunft ihrer Mitglieder aus kommunistischen Organisationen, insbesondere der SED, müssen auch bei der Auslegung ihrer programmatischen Äußerungen berücksichtigt werden. Die PDS verwendet Begriffe wie Demokratie und Menschenrechte, die sie auch schon als SED gebraucht hat. Die Realität der DDR bewies jedoch, daß diese Begriffe dort anders, nämlich freiheits- und demokratiefeindlich, definiert waren. Ursache für die andere Interpretation politischer Begriffe ist deren bewußte Umwidmung im Lehrgebäude des Marxismus-Leninismus, in dessen Denkschule die Masse der Mitglieder der PDS erzogen wurde. Deshalb besitzen die in ihrer Programmatik verwendeten Begriffe für den unvoreingenommenen Beobachter eine schwer einschätzbare Doppeldeutigkeit.

Umwidmung von Begriffen

In den programmatischen Äußerungen der PDS fällt die Kritik an den früheren kommunistischen Zwangssystemen Mittel- und Osteuropas sowie der DDR zurückhaltend aus. Die bolschewistische Oktoberrevolution von 1917 und die mit ihr verbundenen globalen politischen Umwälzungen bewertet das Parteiprogramm positiv:

> *„Dem welthistorischen Ereignis der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 verdankt die Menschheit grundlegende günstige Entwicklungen im 20. Jahrhundert."*

Die Kritik am „realen Sozialismus" reduziert sich auf eine Verurteilung stalinistischer Herrschaftspraktiken. Entsprechend milde wird auch die Errichtung der SED-Diktatur in der ehemaligen DDR beurteilt. Das Parteiprogramm führt dazu aus:

> *„Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war. Zum Sozialismusversuch in der DDR gehören wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der werktätigen Bevölkerung, um ein solidarisches und friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden. Es gab jedoch auch Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen."*

Rechtfertigung des DDR-Regimes

Das Parteiprogramm widmet der Rechtfertigung des „Sozialismusversuchs" in der DDR und den übrigen osteuropäischen Staaten breiten Raum. Folgende Passagen sprechen für sich:

> *„Millionen Menschen setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes ein. Das bedarf keiner Entschuldigung."*

> *„Der Sozialismus in Osteuropa und in der DDR war nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt. Sein Zusammenbruch war eine notwendige Folge seiner zunehmenden Unfähigkeit, das Eigentum an den Produktionsmitteln in einer für die Produzenten spürbaren Weise zu vergesellschaften."*

„10 Thesen"

Zur weiteren programmatischen Orientierung verabschiedete der Parteivorstand der PDS am 28. November 1994 „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS", die eine noch anhaltende Ideologiedebatte entfacht haben. Auf der 1. Tagung des 4. Parteitags der PDS vom 27. bis

29. Januar 1995 in Berlin wurden diese Thesen zur weiteren Diskussion an die Basisorganisationen der Partei überwiesen. Anstelle dieser Thesen verabschiedete der Parteitag, der die ablehnende Haltung gegenüber der Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland bestätigte, das von Prof. Dr. Lothar Bisky (Parteivorsitzender), Dr. Gregor Gysi (Vorsitzender der Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag) und Dr. Hans Modrow (PDS-Ehrenvorsitzender) verfaßte Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel".

Fünf-Punkte-Papier

Das Fünf-Punkte-Papier steht in Kontinuität zum Parteiprogramm und hält am Anspruch grundlegender Veränderung der Staats- und Gesellschaftsordnung fest. Der „sozialistische Charakter der PDS" wird hervorgehoben:

> *„Er resultiert aus unserer Überzeugung, daß die kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen die großen Menschheitsfragen nicht nur nicht gerecht, sondern gar nicht lösen können."*

Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Das Papier dokumentiert auch die ablehnende Haltung der PDS gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wenn festgestellt wird

> *„(...), daß die PDS in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland steht."*

Weiter heißt es im beschlossenen Fünf-Punkte-Papier:

> *„Einig sind wir uns dahingehend, daß die PDS unabhängig von der konkreten parlamentarischen Rolle das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen sieht und ihr gesellschaftliches Oppositionsverständnis von der jeweiligen Rolle in einem Parlament nicht berührt wird."*

Festhalten am Kommunismus

> *„Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht antikommunistisch sein. Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten."*

Die Begriffe „Demokratie" und „Kommunismus" schließen sich gegenseitig aus. Deshalb ist die Verwendung des Begriffspaars „demokratisch-kommunistisch" ein Beispiel dafür, daß die PDS Demokratie nicht im Sinn des Grundgesetzes versteht.

Am 9. Januar wurde im Berliner Karl-Liebknecht-Haus das im parteieigenen Dietz-Verlag Berlin (von 1946 bis 1989 Hausverlag der SED)

Programmkommentar

erschienene, von der PDS-nahen Bundesstiftung „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung" herausgegebene Buch „Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar" vorgestellt. Der von sieben Mitgliedern der PDS (u.a. von dem Mitglied der Grundsatzkommission der PDS Prof. Dr. Michael Brie sowie den Mitgliedern des PDS-Bundesvorstands Dr. André Brie, Prof. Dr. Michael Schumann, Dr. Judith Dellheim und Dieter Klein) geschriebene Programmkommentar stellt eine Revision alter Marxismus-Leninismus-Lehrbücher dar. Die PDS wird als eine Partei neuen Typs klassifiziert, die mit den Traditionen der Staatspartei gebrochen habe. Nach Auffassung der Autoren sei die Publikation ein Buch, „geschrieben für eine Wende nach der Wende". Sie sehen den Marxismus als wichtigsten ideengeschichtlichen Bezugspunkt. In einer Antwort auf eine veröffentlichte Kritik des Sprechers des Marxistischen Forums der PDS Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer an dem Kommentarbuch führte der Mitverfasser Prof. Dr. Michael Brie in der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 28./29. Juni aus:

> *„Für uns* (die Autoren) *ist der grundlegende, der im Kern revolutionäre Wandel der Eigentums- und Machtverhältnisse zentral (...). Nur im gleichen Maße können auch die modernen Vergesellschaftungsformen in Einheit mit neuen Eigentums- und Machtverhältnissen das bilden, was wir ‚sozialistische Moderne' nennen."*

Schweriner Parteitag

Die 1. Tagung des 5. Parteitags der PDS vom 17. bis 19. Januar in Schwerin mit dem Motto „Sozial, solidarisch, alternativ" hat weder eine Änderung in der ideologischen Ausrichtung der Partei noch eine Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Partei erbracht. Auch der Medieninszenierung im Vorfeld des Parteitags - mit offenen und versteckten Rückzugsdrohungen der Parteispitze - ist es zuzuschreiben, daß erneut größere innerparteiliche Konflikte vermieden wurden. Der Kurs der Parteiführung wurde im wesentlichen bestätigt. Ziel der Parteiführung ist, mittels der - auch selber initiierten - Debatte um Regierungsbeteiligungen aus der Isolation auszubrechen und gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. Die Durchsetzung der politischen Strategie der Parteiführung bedeutet keine Aufgabe der systemüberwindenden Ziele der Partei. Der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 20. Januar zufolge macht sich die PDS „fit für eine eventuelle Zusammenarbeit mit SPD und Bündnisgrünen".

An der Tagung nahmen 524 Delegierte (von 538 gewählten) und etwa 250 Gäste teil. Der PDS Landesverband Bayern war mit vier

Delegierten (darunter die umweltpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe Eva-Maria Bulling-Schröter aus Ingolstadt) sowie einigen Gastdelegierten vertreten. Im Mittelpunkt des Parteitags stand neben der Neuwahl des Parteivorstands die Verabschiedung der im Vorfeld heftig diskutierten Leitanträge, insbesondere des Antrags zu den Grundsätzen und Zielen der PDS bei den Wahlen 1998/99 und des Antrags zur Veränderung des Statuts der PDS.

Leitanträge



In dem vom Parteivorstand der PDS bereits am 10. Juni 1996 beschlossenen und auf dem Parteitag mit großer Mehrheit der Delegierten als Leitantrag angenommenen Papier „Grundsätze und Ziele der PDS bei den Wahlen 1998/99" wird eine Regierungsbeteiligung unter bestimmten Bedingungen für realisierbar gehalten. In dem in der PDS-Mitgliederzeitschrift „DISPUT" Nummer 1/1997 auf den Seiten 16 bis 18 wiedergegebenen Beschluß der 1. Tagung des 5. Parteitags heißt es hierzu:

Außerparlamentarischer Kampf

„Die PDS bleibt zugleich außerparlamentarische Kraft. Sie ist offen für Ideen, Mitwirkung und Einflußnahme gesellschaftlicher Bewegungen und einzelner, die den außerparlamentarischen Kampf mit uns gemeinsam führen wollen. Ohne gesellschaftliche Bewegung, ohne Bewegung von unten wird es keine dauerhaften und keine radikalen Wandlungen geben.

Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation des Tolerierens einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, wird von der PDS - soweit es von ihr abhängt - je nach Zeit und Situation danach entschieden, wie ein Höchstmaß an gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne der politischen Zielstellung der PDS erreicht werden kann. Die Frage einer Regierungsbeteiligung stellt sich für die PDS deshalb unter gesamtpolitischen Rahmenbedingungen und Kräfteverhältnissen dann, wenn diese die Schaffung oder Bewahrung von Voraussetzungen für einen sozialen, ökologischen und demokratischen Wandel der Bundesrepublik ermöglichen.

(...) Die PDS will auch 1998 ohne Parteiegoismus und ohne sektiererische Einengung mit offenen Listen zu den Wahlen antreten. Die PDS wird zur

Wahrung ihres Profils keine direkten oder indirekten Parteienbündnisse eingehen. Für die offenen Listen will die PDS in erster Linie qualifizierte eigene Mitglieder und darüber hinaus parteilose Persönlichkeiten aus sozialen, politischen und kulturellen Bewegungen des linken demokratischen antifaschistischen Spektrums gewinnen, um die gesellschaftliche Basis und öffentliche Wirksamkeit sozialistischer Politik zu stärken."

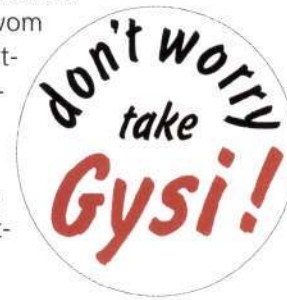
Der Parteitag beschloß auch den Leitantrag „PDS-Positionen für eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben". In ihrer Rede zur Begründung dieses Leitantrags - abgedruckt in der PDS-Mitgliederzeitschrift „DISPUT" Nummer 1/1997, Seiten 38 bis 41 - erklärte die PDS-Bundestagsabgeordnete und letzte DDR-Wirtschaftsminsterin Prof. Dr. Christa Luft,

„(...), daß ich nicht einer Politik des Alles oder Nichts anhänge, sondern dort (im Wahlkreis) *verlangt man von mir, daß ich mich einsetze für das, was jetzt und heute machbar ist, ohne das große Ziel aus dem Auge zu verlieren."*

„Das große Ziel"

Bei der Wahl des Parteivorstands setzten sich die Kandidaten durch, die zu den „Reformern" oder „Realpolitikern" gerechnet werden. Insgesamt zehn der 18 Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt, darunter auch der Parteivorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky sowie die beiden Stellvertreter Wolfgang Gehrcke und Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann. Als neue Stellvertreterin anstelle von Angela Marquardt (AG Junge GenossInnen), die eine erneute Kandidatur für den Parteivorstand ablehnte, wurde das bisherige Vorstandsmitglied Gabriele Zimmer - sie ist auch Landesvorsitzende der PDS in Thüringen - gewählt. Prof. Dr. Christa Luft wurde erstmals in den Parteivorstand gewählt; sie erhielt mit 88,88 % die mit Abstand meisten Delegiertenstimmen. Der bisherige Schatzmeister Dr. Dietmar Bartsch wurde zum Bundesgeschäftsführer, zu seinem Nachfolger wurde Uwe Hobler vom Landesverband Brandenburg gewählt. Unter den weiteren Mitgliedern des Parteivorstands befindet sich auch der wiedergewählte „ideologische Vordenker" der Partei, Dr. André Brie. Mit Halina Wawzyniak bleibt die AG Junge GenossInnen im Parteivorstand vertreten. Auf den freigewordenen Platz von Dr. Gregor Gysi rückte der Redakteur der Hamburger Zeitschrift „Sozialismus", Dr. Joachim Bischoff, nach.

Neuwahl des Parteivorstands



Die Kommunistische Plattform der PDS (KPF) konnte wiederum keinen Vertreter in den Parteivorstand entsenden. Zwar erhielt ihr Kandidat Prof. Dr. Michael Benjamin 37,63 % der Delegiertenstim-

men, ihm fehlten aber sechs Stimmen für einen Sitz im Parteivorstand. Damit gehört bereits seit Januar 1995 kein Vertreter der KPF mehr dem Parteivorstand an. Allerdings bezeichnet die Tageszeitung „junge Welt" vom 21. Januar eine der Neugewählten, Dorothée Menzner aus Hannover, als KPF-nah.

Zur Position der PDS, der „außerparlamentarische Kampf" sei entscheidend, hatte der Parteivorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky in einem Gespräch des Magazins „Der Spiegel" vom 20. Januar u.a. ausgeführt:

Außerparlamentarischer Widerstand

„Das Volk steht nun einmal außerhalb der Parlamente. Also läßt sich zwischen den verschiedenen politischen Artikulationsformen nicht so klar trennen, ... Die verfassungsmäßig verbürgte Demonstrationsfreiheit schließt für mich das Recht auf außerparlamentarischen Widerstand sehr wohl ein."

Wahlstrategie-Papiere

Unter der Überschrift „Die PDS ist die einzige konsequente Opposition zur Regierungspolitik" druckt die PDS-nahe Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 22. April den Entwurf der Wahlstrategie der PDS für die Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen in den Jahren 1998 und 1999 ab. Der vom zentralen Wahlbüro der PDS vorgelegte Entwurf knüpft inhaltlich an den Beschluß des Schweriner Parteitags vom Januar „Grundsätze und Ziele der PDS bei den Wahlen 1998/99" an. Das Papier enthält jedoch konkretere Überlegungen, beispielsweise die Absicht, einen bundesweiten Medienwahlkampf und vor allem im Osten einen Basiswahlkampf zu führen.

Der PDS-Pressedienst Nummer 24 vom 13. Juni dokumentiert die durch eine Arbeitsgruppe „Wahlstrategie" überarbeitete und vom Parteivorstand am 9. Juni beschlossene Fassung des Gesamtentwurfs des Papiers unter dem Titel „Wahlstrategie der PDS 1998/99 Oder: Warum es noch nie so wirkungsvoll war, PDS zu wählen" sowie die dazu beschlossene Anlage „Wahlkampf gezielt auf eigene Arbeit der vergangenen Jahre stützen!". In dem beschlossenen Papier heißt es u.a.:

„Es ist höchste Zeit für Alternativen, für eine gesellschaftliche und politische Reformwende, die diesen Namen verdient und die sozialstaatlichen Reformen der Vergangenheit bewahrt und erneuert. Es geht um einen Regierungswechsel als Schritt zum dringend notwendigen Politikwechsel. Die PDS wird gebraucht - als Partnerin für außerparlamentarische Aktivitäten, für bundesweite konkrete Alternativen, soziale Kompetenz, selbstbewußte ostdeutsche Interessenvertretung, gesellschaftliche Solida-

rität, demokratische, antikapitalistische Positionen in einem Parteiensystem, in dem ansonsten der Wettbewerb um die Gunst der Konzernzentralen und Unternehmerverbände dominiert. Ziel der PDS ist es, eine andere Politik, eine Politik gesellschaftlicher Erneuerung, des sozialen, ökologischen und emanzipatorischen Umbaus durchzusetzen. (...) Die PDS versteht sich als bundesweite sozialistische Partei. Als solche, nicht als ostdeutsche Regionalpartei und schon gar nicht mit einem ‚antiwestdeutschen' oder ‚antiwestlichen' Tenor, ... (...) Der Gefährdung von Sozialstaat, Demokratie und zivilgesellschaftlicher Gestaltungsfähigkeit durch Neoliberalismus und Stammtischdenken wollen wir die Demokratisierung der Demokratie, die entschiedene Stärkung direkter Demokratieformen und die umfassende Realisierung der politischen und sozialen Menschenrechte entgegensetzen. (...) Die Wahlstrategie der PDS 1998/99 ist daher eine Strategie für eine andere Bundesrepublik ..."

Erneuerung der Gesellschaft

Für eine andere Bundesrepublik

Als Auftakt für die bevorstehenden Wahlkämpfe veranstaltete die PDS am 23. August in Berlin eine zentrale Wahlkonferenz mit etwa 250 Teilnehmern. Den Entwurf eines Wahlprogramms zur Bundestagswahl im September 1998 stellte der Parteivorstand der PDS am 15. Dezember vor. Der im PDS-Pressedienst Nummern 51/52 vom 19. Dezember dokumentierte 20seitige Text des Entwurfs „Für den politischen Richtungswechsel! Für eine gerechte Republik!" soll nach Diskussion in der PDS auf der 2. Tagung des 5. Parteitags in Rostock vom 3. bis 5. April 1998 beschlossen werden.


Pressedienst PDS
Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998
51
52

Für den politischen „Richtungswechsel"

Im Vorfeld des geplanten Castor-Transports nach Gorleben rief die PDS bundesweit zum Widerstand auf. In einem vom Bundesvorstand der PDS unterstützten Aufruf - veröffentlicht in der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 24. Februar - heißt es dazu:

Aufruf zum Widerstand

„Hiermit rufen wir alle Aktivistinnen und Aktivisten der Partei des Demokratischen Sozialismus dazu auf, sich in der Woche ab Montag den 3. März im Landkreis Lüchow-Dannenberg zu versammeln. Wir werden uns friedlich und ohne Waffen dem kommenden Castor-Transport in den Weg stellen. Die Verantwortlichen in Industrie und Politik sollen erfahren, daß für den Betrieb von Atomanlagen gegen den erklärten Willen der Bevölkerung ein hoher Preis zu zahlen ist."

Bei der Auseinandersetzung um die Castor-Transporte zeigt sich das Verhältnis der PDS zur Gewalt. Während die Partei noch Ende Februar

in der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" dazu aufforderte, sich friedlich und ohne Waffen dem Castor-Transport in den Weg zu stellen, rechtfertigte der PDS-Landesvorsitzende von Sachsen, Reinhard Lauter, in einem Beitrag in der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 3. März das Zerstören eines für Atommülltransporte genutzten Bahngleises als zivilen Ungehorsam. Er führte darin aus:

Rechtfertigung von Gewalt

> *„Der Widerstand der Betroffenen zum Beispiel im Wendland ist also nicht nur legitim, sondern ein Gebot der Vernunft; ... Daß die Herrschenden dagegen alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, ist zu erwarten. Daß friedlich Protestierende - und das Zerlegen eines nur noch für Atommülltransporte genutzten Gleises ist friedlicher Protest und Widerstand - aus den eigenen Reihen als Chaoten beschimpft und in einen Topf mit denen, die Nachbars Auto anzünden, geworfen werden, ist bitter und Ausdruck eines merkwürdig eingeschränkten Politikverständnisses."*


Neues Deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG · GEGRÜNDET 1946
Montag, 3. März 1997
● Global-Widerstand
● Recht auf Arbeit?
● Zuschuß-Plädoyer
● Verräter Faustus
● Morgen

Zur Unterstützung des Widerstands gegen den Castor-Transport hatte die PDS nach einem weiteren Bericht in der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 3. März ein „kommissarisches Anti-Atom-Büro" eingerichtet. Dieses Büro habe dem Bericht zufolge den Zweck, „praktische Koordinierungshilfe zu leisten sowie Informationen um den kommenden Castor-Transport zu sammeln und zu verbreiten".

Die bayerische PDS-Bundestagsabgeordnete Eva-Maria Bulling-Schröter, die ihre Unterschrift unter einen Aufruf zu gewaltsamen Protestformen am Kernkraftwerk Gundremmingen in einer aktuellen Stunde des Deutschen Bundestags am 17. April 1996 verteidigt hatte und deren Immunität im Anschluß daran vom Deutschen Bundestag aufgehoben worden war, verbreitete am 22. August über Internet die Meldung, daß das Amtsgericht Tiergarten in Berlin gegen sie wegen des öffentlichen Verbreitens von Flugblättern und Aufrufen einen Strafbefehl in Höhe von 18.000 DM verhängt habe.

Strafbefehl wegen Aufrufs zu gewaltsamen Protestformen

2.2.2 Organisation

2.2.2.1 Bundesweite Gliederung

Die PDS ist eine auf Bundesebene organisierte Partei mit Sitz in Berlin. Sie gliedert sich in 16 Landesverbände, deren Gebiete mit den

Ländern identisch sind, mit Kreisverbänden und Basisorganisationen. Sie verfügt über etwa 104.000 (Ende 1996: 105.029) Mitglieder, davon rund 2.400 in den alten Bundesländern. Die Mitgliederentwicklung ist weiterhin rückläufig. Ursache für den Rückgang der Mitgliederzahl ist weniger der Austritt als vielmehr der Tod älterer Mitglieder. Angesichts der Altersstruktur kann dies nicht verwundern: 67 % der Parteimitglieder in Ostdeutschland sind 60 Jahre und älter und nur 2 % jünger als 30 Jahre.

Bundesweit rückläufige Mitgliederzahl

Laut PDS-Pressedienst Nummer 23 vom 6. Juni fand am 24. Mai ein zentraler Auftaktworkshop zum Projekt „Mitgliedergewinnung PDS 2000" statt, das auf der Sitzung des Parteivorstands am 12. Mai beschlossen wurde. Von einer Koordinierungsgruppe, in der unter der Leitung des Bundesgeschäftsführers Dr. Dietmar Bartsch auch Dr. André Brie als Verantwortlicher für Öffentlichkeitsarbeit und zugleich Leiter des zentralen Wahlbüros mitarbeitet, wurde in der Folgezeit eine Werbekonzeption und eine Kommunikationsstrategie erarbeitet. Hintergrund der Aktion sind der Mitgliederschwund sowie die Überalterung der Partei. Der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 21. Oktober zufolge will die PDS mit dem tags zuvor offiziell gestarteten Werbeprojekt „junge Leute, Frauen sowie sonstige einstige Mitglieder von SED und DDR-Blockparteien gewinnen".

Mitgliederwerbung

Dem seit Januar amtierenden Parteivorstand gehören wie bisher 18 Personen an (wegen der Zusammensetzung siehe Nummer 2.2.1 dieses Abschnitts). Der ehemalige Ministerpräsident der DDR, Dr. Hans Modrow, ist Ehrenvorsitzender der PDS.

An bundesweiten Zusammenschlüssen sind bedeutsam:

- Kommunistische Plattform (KPF)
- Arbeitsgemeinschaft (AG) Junge GenossInnen in und bei der PDS
- AG Cuba Sí
- AG Antifaschismus und Antirassismus
- AG Autonome Gruppen in und bei der PDS
- Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften [Umbenennung der „AG Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) in der PDS" seit April]

- Libertäres Forum bei der PDS
- Marxistisches Forum.

Parteifinanzen

Die Partei kann es sich leisten, ihren Apparat mit hohem Aufwand weiter zu unterhalten und aufwendige Wahlkampagnen zu führen. Trotz gesunkener Mitgliederzahl hat die PDS im Jahr 1996 mit mehr als 16,9 Millionen DM das höchste Aufkommen an Mitgliedsbeiträgen seit 1990 erzielt.

Nutzung des Internets

Seit Anfang des Jahres 1996 nutzt die PDS die Kommunikationsmöglichkeiten im Internet. Verschiedene Gliederungen der Partei, wie der Bundesvorstand, die Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag, mehrere PDS-Basisorganisationen und die Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS, sowie Einzelpersonen der PDS sind neben einer sogenannten Startseite der PDS bereits mit eigenen „homepages" vertreten.

2.2.2.2 **Landesverband Bayern**

Organisation in Bayern

Die in Bayern seit September 1990 bestehende PDS setzt sich aus dem Landesverband, acht Kreisverbänden und etwa 22 Basisorganisationen zusammen. Der Sitz des PDS Landesverbands Bayern befindet sich in München. Für eine Reihe von örtlichen Strukturen, die noch keine Basisorganisationen sind, bestehen Kontakt- und Anlaufadressen. Im März waren der Kreisverband Nordost-Oberfranken und im Mai eine Basisorganisation in Germering gegründet worden. Neu errichtet wurde als eine weitere Basisorganisation im Mai in Erlangen das „Büro für direkte Einmischung". Neben diesen Organisationseinheiten bestehen noch die „Erfurter Gruppe München" und der „Nürnberger Initiativkreis der Erfurter Erklärung". Im Juli wurde die Gründung einer „Kommunistischen Plattform Regionalgruppe Nürnberg/Erlangen/Fürth" bekannt, der etwa 15 Mitglieder und Sympathisanten des PDS-Kreisverbands Nürnberg angehören. Örtliche Gruppierungen der bundesweit agierenden AG Junge GenossInnen in und bei der PDS existieren in München und Nürnberg. Seit 25. Oktober gibt es die AG Kommunistisches Forum in und bei der PDS München, deren Ziel es der Gründungserklärung zufolge ist, „marxistische Theorie und kommunistische Politik in populärer Weise in der PDS und der Öffentlichkeit zu vermitteln und umzusetzen".

In Bayern ist die Zahl der beitragspflichtigen Mitglieder weiter leicht zurückgegangen. Waren es Ende 1996 noch rund 230 Mitglieder, so

bewegt sich die aktuelle Mitgliederzahl bei 200. Dagegen ist die Zahl der Sympathisanten - laut PDS-Statut können den Sympathisanten Mitgliederrechte übertragen werden - von etwa 220 auf rund 250 gestiegen. Die PDS-Anhängerschaft in Bayern blieb damit konstant. Von den beitragspflichtigen Mitgliedern des Landesverbands sind etwa 50 bereits früher als Linksextremisten aufgetreten bzw. zum Teil als solche noch aktiv tätig. Rund 30 Personen sind der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und ihren Nebenorganisationen zuzurechnen bzw. standen hiermit in Verbindung. Der Rest verteilt sich auf VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten), VSP (Vereinigung für Sozialistische Politik) und andere Organisationen.

Sammelbecken von Linksextremisten


Neues Bayern

Weiß Blau Rot

PDS

Bis hierher –

Kohl muß weg!

Wir brauchen eine andere Politik!

Bis hierher und nicht weiter

und wie weiter?

Der PDS Landesverband Bayern hielt am 2. März in Augsburg seinen 1. Landesparteitag 1997 ab. Es beteiligten sich daran rund 30 Personen, darunter auch einige PDS-Aktivisten aus Thüringen sowie der Bundesschatzmeister Uwe Hobler. Auf den bisher noch offenen Posten des zweiten PDS-Landessprechers wurde der PDS-Aktivist Günter Grimme-Ruhland gewählt, der bereits früher diese Funktion innehatte.

Landesparteitage

In Ingolstadt trafen sich am 14. Juni etwa 30 Delegierte zum 2. Landesparteitag 1997. Der PDS-Ehrenvorsitzende Dr. Hans Modrow referierte zu den Themen „Friedenspolitik und Deutsche Einheit". Die NATO-Osterweiterung sei abzulehnen, weil sie zu einer einseitigen Machtverteilung führe, die bei künftigen Konflikten den Frieden gefährde. Die bayerische PDS-Bundestagsabgeordnete Eva-Maria Bulling-Schröter, die die Veranstaltung leitete, erklärte, außer in Niederbayern gebe es in allen Regierungsbezirken Basisorganisationen. Die stärksten Verbände existierten in München, Nürnberg, Augsburg und Weiden. Bayern nehme unter den alten Bundesländern einen „sozialistischen Mittelplatz" ein. Nordrhein-Westfalen sei deutlich stärker, das Saarland sei das Schlußlicht. Trotzdem beteilige sich die Partei nicht an der bayerischen Landtagswahl 1998, denn hierfür fehlten doch noch die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen.

Neuwahl des Landesvorstands

An dem 3. Landesparteitag 1997 am 27. September in Nürnberg nahmen etwa 50 Personen teil. Nach den dort durchgeführten Neuwahlen zum Landesvorstand - seine Amtsdauer beträgt ein Jahr - gehören diesem Gremium derzeit acht Personen an, von denen fünf in anderen linksextremistischen Gruppierungen tätig waren bzw. aktiv sind. In ihrem Amt als Sprecherin des Landesvorstands und damit als geschäftsführendes Vorstandsmitglied wurde Sima Sorayya bestätigt. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Stephan Straub löste Günter Grimme-Ruhland in der Funktion des zweiten Landessprechers ab. Unter den weiteren Vorstandsmitgliedern befindet sich auch die bayerische PDS-Bundestagsabgeordnete Eva-Maria Bulling-Schröter (früher DKP).

Der 4. Landesparteitag 1997 des PDS Landesverbands Bayern fand am 7. Dezember in München statt; es waren etwa 70 Personen erschienen. Im Mittelpunkt stand dabei die Aufstellung der Kandidaten für die Landesliste zur Bundestagswahl 1998. Die schon 1994 als Spitzenkandidatin angetretene Bundestagsabgeordnete Eva-Maria Bulling-Schröter konnte ihren Spitzenplatz behaupten und führt die acht Personen umfassende Landesliste an. Für die PDS in Bayern sieht die Spitzenkandidatin ihr Ziel bei 100.000 Wählerstimmen.


TITEL PDS
Informationsforum der PDS Bayern · Nummer 15 · November 1997
AUFRUF
Aktionsbündnis gegen den Naziaufmarsch am 8.11.97
MÜNCHEN

Zur Unterrichtung der Mitglieder gibt der Landesverband in unregelmäßigen Abständen die Publikation „TITEL - Informationsforum der PDS Bayern" heraus.

2.2.3 Plattformen und Arbeitsgemeinschaften

Integrale Bestandteile der PDS

Plattformen und Arbeitsgemeinschaften sind wesentlich für die Bündnis- und Integrationspolitik der PDS. Sie wirken im Rahmen des Statuts in der Partei und können sich eigene Satzungen geben. Sie sind damit integrale Bestandteile der PDS. Diese Strukturen können gemäß den statuarischen Bestimmungen der PDS ihre politischen Ziele in der Partei offen vertreten. Die PDS muß sich deshalb die Tätigkeit der Plattformen und Arbeitsgemeinschaften sowie die Äußerungen ihrer Mitglieder als Gesamtpartei zurechnen lassen. Plattformen sind in der Regel Zusammenschlüsse mit gemeinsamer Ideologie, wohingegen Arbeitsgemeinschaften themenbezogen auf wichtigen

Aktionsfeldern tätig werden. Arbeitsgemeinschaften dienen der PDS auch dazu, Potentiale außerhalb der Partei zu gewinnen und zu binden. Zur Kontrolle und Steuerung dieser Zusammenschlüsse sind Mitglieder des Parteivorstands in Plattformen und Arbeitsgemeinschaften vertreten.

Gewaltbereite Gruppen in der PDS

Die Arbeitsgemeinschaften Junge GenossInnen in und bei der PDS, Autonome Gruppen in und bei der PDS sowie das Libertäre Forum bei der PDS zeigen, daß die PDS auch mit gewaltbereiten Gruppen zusammenarbeitet und diese sogar in den eigenen Reihen duldet und agieren läßt.

2.2.3.1 **Kommunistische Plattform (KPF)**

Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus

Die am 30. Dezember 1989 gegründete Kommunistische Plattform (KPF) der PDS - ihr sind unter 2.500 Mitglieder zuzurechnen - ist eine marxistisch-leninistische Organisation. Sie betrachtet die DKP als natürliche Verbündete und arbeitet auch mit der noch in der DDR gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zusammen. Innerhalb der PDS ist die KPF die Gruppierung, die sich am deutlichsten zum Kommunismus bekennt. Sie strebt die Fortsetzung marxistischer und leninistischer Politik, also die Diktatur des Proletariats, an. In ihren Thesen zur Gründung betonte sie:

> *„Die revolutionäre Arbeiterbewegung mit dem wissenschaftlichen Kommunismus, mit dem Marxismus-Leninismus, zu verbinden, aufgrund der marxistisch-leninistischen Analyse der realen Gesellschaftsentwicklung Strategie und Taktik zu bestimmen und Politik zu organisieren - ist vornehmste Aufgabe der Kommunisten und sie bleibt es."*

Klassenlose Gesellschaft als Ziel

Nach einer programmatischen Erklärung vom Februar 1994, verfaßt von drei Sprechern der KPF, bildet der Wissenschaftliche Kommunismus, wie er durch Lenin, Luxemburg, Gramsci, Trotzki, Bucharin oder Mao Tse-tung weiterentwickelt worden sei, die Grundlage für die Politik der KPF. Ziel der KPF sei die revolutionäre Transformation der alten, der Klassengesellschaft, in eine neue, klassenlose Gesellschaft. In der Erklärung heißt es:

> *„Der politische Übergang zur klassenlosen Gesellschaft, der nunmehr dritte revolutionäre Versuch, den Kapitalismus zu überwinden, kann vielfältige Formen annehmen. Er muß sich nicht unbedingt gewaltsam vollziehen. (...) Der Übergang zu dieser neuen Zivilisationsstufe, die revolutionäre*

Transformation der alten, der Klassengesellschaft, in eine neue, klassenlose Gesellschaft, dieser Übergang wird ein komplizierter, langwieriger, mehrere Phasen umfassender historischer Prozeß des erbitterten Klassenkampfes sein, ..."

Die PDS-nahe Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 11. März 1996 veröffentlichte auszugsweise Beiträge eines Streitgesprächs von Ende Februar zum Thema „Kommunistische Plattform - Fluch oder Segen der PDS?". Podiumsteilnehmer waren die Mitglieder des Bundeskoordinierungsrats der KPF, Prof. Dr. Michael Benjamin und Ellen Brombacher - sie ist auch Sprecherin der KPF -, sowie der PDS-Bundestagsabgeordnete Gerhard Zwerenz. Zur Strategie der PDS und zur Rolle der KPF in der Partei führte Prof. Dr. Benjamin aus:

Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat

„Notwendig scheint zu sein, daß wir den antikapitalistischen Charakter unserer Partei, der ja in Programm und Statut niedergelegt ist, konsequent durchhalten und deutlich zum Ausdruck bringen. Entscheidend ist, alles zu tun, was den Menschen nützen kann. Das bedeutet aber auch, daß wir die juristischen und finanziellen Grenzen dieses Systems ausloten, daß wir bis an die Grenzen gehen, sie deutlich machen und versuchen, sie zu durchbrechen, zu verschieben. Dazu ist parlamentarischer und außerparlamentarischer Kampf notwendig."

Aufrechterhaltung kommunistischer Traditionen

„Wir sind Mitglieder der PDS. Wir haben kein Programm, das nicht das Programm der PDS wäre. Allerdings meinen wir, daß wir zu den entschiedeneren, linkeren, radikaleren Kräften in dieser Partei gehören. Darauf sind wir einigermaßen stolz. (...) Für die PDS behaupte ich, ein sehr großer Teil der Mitglieder fühlt sich in der einen oder anderen Weise dem Kommunismus verbunden. Damit sind sie keineswegs alle Anhänger der Plattform. Aber kommunistische Traditionen werden in dieser Partei von vielen geschätzt. Daß es in der PDS eine Kommunistische Plattform gibt, wissen die Leute. Trotzdem haben sie in Berlin 30 Prozent und mehr PDS gewählt."

KPF-Mitglieder gehören zu den politisch aktivsten Personen in der Partei. Die Parteiführung bekennt sich zur KPF. Auf der 2. Tagung des 4. Parteitags im Januar 1996 erklärte der Parteivorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky, die Diskussionsangebote der KPF gehörten zum Meinungsbildungsprozeß der Partei. In einem im DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit" vom 5. September veröffentlichten Interview äußerte der Parteivorsitzende u.a. zur Position der KPF in seiner Partei:

„Die Kommunistische Plattform in unseren eigenen Reihen ist ein wichtiger Bestandteil der PDS. Und kein Mensch, am allerwenigsten ich, denkt

daran, diese Plattform zu verteufeln oder gar aus der Partei entfernen zu wollen. Es ist doch normal, wenn es um den Weg zu einer gerechten Gesellschaft, in der Einschätzung der bestehenden Gesellschaft und in der Analyse unterschiedliche Ansätze gibt. Der eine setzt eben da mehr auf Klassenkampf, teilweise noch auf Weltrevolution, und ein Großteil der PDS und ihrer Mitglieder will (auf) *diese Gesellschaft nicht vom Rande aus einwirken, sondern sich mitten in sie hinein begeben und sozialistisch und demokratisch wirken."*

Keine Abgrenzung der PDS gegenüber anderen Kommunisten

Das Mitglied des Bundeskoordinierungsrats der KPF, Sahra Wagenknecht, hat in einem Interview der Tageszeitung „Stuttgarter Nachrichten" vom 22. Januar die Anwendung von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung nicht ausgeschlossen. Auf die Frage, ob „gegen den Sozialabbau Druck von unten" außerparlamentarisch und nicht mit demokratischen Mitteln erfolgen solle, führte sie aus:

„Es kommt darauf an, was man unter demokratischen Mitteln versteht."

Auf die Frage, ob die Kommunistische Plattform auch „revolutionäre Gewalt" befürworte, erklärte sie:

„Da wir schon vom Grundgesetz sprechen: Das Grundgesetz selbst fordert zum Widerstand auf, wenn die herrschende Politik dazu zwingt. Wir bevorzugen gewaltfreie Methoden. Aber es kommt immer darauf an, wie der Staat auf diesen Widerstand reagiert."

Gewalt als Mittel der Politik

Die „Bunte Liste Lindau" organisierte am 3. März mit Sahra Wagenknecht und dem PDS-Bundestagsabgeordneten Dr. Winfried Wolf eine Podiumsdiskussion. Sahra Wagenknecht stufte die Auffassung, bloße Regierungswechsel könnten Grundsätzliches an den Machtverhältnissen ändern, als weltfremd ein. Kräftekonstellationen seien änderbar durch inner- und vor allem außerparlamentarischen Widerstand.

Vorrang des außerparlamentarischen Widerstands


Mitteilungen
der Kommunistischen Plattform der PDS
Standpunkte
Analysen
Diskussionen
Informationen
Heft 3/1997

Dr. Heinz Marohn, einer der Sprecher der KPF und verantwortlich für die „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS", spricht sich in Heft 3 vom März ebenfalls für Widerstand gegen das bestehende Gesellschaftssystem aus. Die Lage in Deutschland sei bekannt, jeder erlebe sie selbst tagtäglich vor Ort. Sie zu erkennen sei das eine, sie zu ertragen oder gegen sie zu kämpfen sei das andere, das Wichtige. Selbst Wissenschaftler stellten fest, das bestehende System sei nicht reformierbar.

Abschaffung des parlamentarisch-demokratischen Systems

Die KPF wisse dies auch, aber wohl noch nicht alle in der Partei. Das System, mit dem es keinen Frieden geben könne, müsse geändert werden, nicht nur Kohl müsse weg. Weiter führt er aus:

> *„Jede Kraft, die über Reformen hinaus konsequent eine neue Gesellschaftsordnung anstrebt, wird den Herrschenden ein Gegner sein. Die zentrale Frage ist und bleibt: WIDERSTAND!"*

Ständiger Rat marxistischer Parteien

Über die KPF ist die PDS nach wie vor im „Ständigen Rat marxistischer Parteien" vertreten. Diesem 1991 in Berlin gegründeten Gremium gehören neben der PDS auch die Anfang 1990 in den fünf neuen Ländern gegründete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD/DDR) sowie der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) an. Ziel des Ständigen Rats ist die Kommunikation und Koordination der Marxisten Deutschlands in Theorie und Praxis.

2.2.3.2 Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS

Die Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS (AG Junge GenossInnen) ist ein bundesweiter Zusammenschluß, der innerhalb der PDS unter eigenem Namen agiert. Diese Gruppierung, die sich rund 500 Mitglieder und 1.000 Sympathisanten zurechnet - ein Drittel der Mitglieder gehöre auch der PDS an; die Hälfte stamme aus den westlichen Ländern -, dient als Bindeglied der PDS zu jugendlichen undogmatischen Linksextremisten, besonders Autonomen. In einem auf dem Bundeskongreß der AG Junge GenossInnen

Grundsatzpapier

am 16. und 17. März 1996 in Bielefeld vorgelegten Grundsatzpapier - veröffentlicht im PDS-Pressedienst Nummer 13 vom 29. März 1996 und Nummer 14 vom 4. April 1996 - heißt es:

> *„Die AG Junge GenossInnen sammelt Menschen um sich, die zum einen als linkes Korrektiv innerhalb der PDS mit vorwiegend außerparlamentarischen Bezugspartnern wirken wollen, einen antietatistischen Ansatz vertreten, und ... (...) Auf die PDS beziehen wir uns, da sie als einzige politisch relevante Kraft den Anspruch hat, sozialistische Partei zu sein. (...) Linksradikale Forderungen können in Parteien nicht unbeschränkt diskutiert werden, da sie zu einem Verbot führen könnten. (...) Auf die außerparlamentarische und undogmatische Linke wollen wir uns beziehen, da wir viele ihrer Ansätze und Diskussionen interessant finden, mit ihnen zusammenarbeiten wollen, gerade weil ihre Forderungen weiter gehen als die der Partei, sie nicht in parlamentarische Zwängen stecken."*

Bundeskongreß in Magdeburg

Bei dem vom 9. bis 11. Mai in Magdeburg abgehaltenen Bundeskongreß der AG Junge GenossInnen wurde Angela Marquardt (bis Januar amtierende stellvertretende Parteivorsitzende der PDS) mit überwältigender Mehrheit in den SprecherInnenrat der Organisation wiedergewählt. Hauptthema des Bundeskongresses, an dem rund 70 Personen teilnahmen, war die Erarbeitung eines Positionspapiers mit dem Titel „Radikal in die Zukunft! Anstatt auf der Stelle zu treten". Berichten in der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 12. Mai und einem Beitrag im PDS-Pressedienst Nummer 21 vom 22. Mai zufolge will die AG die innerparteiliche Lethargie der PDS vor den Wahlkämpfen aufbrechen und helfen, den eigenen kritischen Anspruch zu verwirklichen. In dem Positionspapier, das sich zu Themen wie Schul- und Hochschulpolitik, Arbeitswelt, Antifaschismus und Drogenpolitik äußert, wird die Mutterpartei hart kritisiert. In der Partei verselbständige sich zunehmend eine Kaste von Pragmatikern, die eine gesellschaftliche Alternative nicht mehr anstrebe. Weiter heißt es:

Kritik an Pragmatikern in der Partei

> *„Der mangelnde Wille und die teilweise Unfähigkeit, eine notwendige Verbindung zwischen Theorie und Praxis, zwischen Vision und Realität, zwischen systemüberwindender Strategie und konkretem Eingreifen in die Tagespolitik herzustellen, ist das zentrale Dilemma der PDS.*

Angela Marquardt äußerte sich zum Positionspapier in einem in der Tageszeitung „junge Welt" vom 12. Mai abgedruckten Interview wie folgt:



> *„Wir könnten ja alle den lieben langen Tag Forderungen aufstellen, die einfach nur mit einem Systemwechsel verbunden sind. Da wir aber nicht in der Situation sind, daß der Systemwechsel morgen kommt: Warum sollen da nicht auch Forderungen gestellt werden, die innerhalb des Systems bleiben?"*

Der Bundeskongreß spiegelt die Probleme der AG wider: Einerseits attackiert sie den „Anpassungskurs" der Partei, andererseits ist sie gewillt, die PDS im Wahlkampf zu unterstützen und bei der Mitgliedergewinnung zu helfen. Zugleich muß sie sich auch gegen Kritik aus den eigenen Reihen zur Wehr setzen.

Außerparlamentarische Initiativen

Die AG Junge GenossInnen plädiert für außerparlamentarische Initiativen zur Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft und zur Abschaffung der parlamentarischen Demokratie. Mit ihrem Bekenntnis zu „unkonventionellen Methoden zivilen Ungehorsams" und zu „Normübertretungen" propagiert sie die Anwendung von Gewalt als

Mittel der politischen Auseinandersetzung. Die AG unterhält Verbindungen zu gewaltbereiten Autonomen außerhalb der Partei und sympathisiert mit ausländischen extremistischen Gruppen. Außerdem plädiert die AG für eine Zusammenarbeit mit militanten Antifa-Gruppen.

Zusammenarbeit mit Autonomen

Angela Marquardt bekundete im Vorfeld der Ende Januar 1995 durchgeführten 1. Tagung des 4. Parteitags - auf dem sie dann zur stellvertretenden Parteivorsitzenden der PDS gewählt worden war -, daß die AG mit Autonomen zusammenarbeite. Sie selbst versuche, „außerparlamentarische Gruppen wie die Antifa" in eine Diskussion mit der PDS zu bringen. Ihre Einstellung zum demokratischen Rechtsstaat faßte sie wie folgt zusammen:

> *„... Ich lebe jetzt und heute in dieser BRD. Sie will mich nicht und ich will sie auch nicht."*

2.2.3.3 **Marxistisches Forum**

Am 6. Juni 1995 konstituierte sich in Berlin das orthodox-kommunistisch ausgerichtete „Marxistische Forum" (MF). In der vom PDS-Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer - einer der fünf Sprecher des MF - moderierten Gründungsveranstaltung wurden Standort und Aufgaben des Forums erörtert. Es will die soziale, ökonomische und politische Situation mit den Mitteln des Marxismus analysieren, die marxistische Theorie weiterentwickeln und zur theoretischen Fundierung der Politik der PDS beitragen. Dazu gehöre neben der marxistischen Aufarbeitung der Geschichte der DDR und des Sozialismus auch die Untersuchung der Dialektik von systemimmanenten und systemüberwindenden Reformen. Außerdem solle auf die notwendige Verstärkung des antimilitaristischen Kampfes aufmerksam gemacht werden.

Weiterentwicklung der marxistischen Theorie

In der Generaldebatte zur Frage möglicher Regierungsbeteiligungen anläßlich der 1. Tagung des 5. Parteitags der PDS vom 17. bis 19. Januar in Schwerin forderte der rechtspolitische Sprecher der PDS-Bundestagsgruppe und Sprecher des MF, Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer, eine gründlichere (marxistische) Analyse aktueller Entwicklungen und Kräfteverhältnisse. Die PDS-Mitgliederzeitschrift „DISPUT" Nummer 1/1997, Seiten 13 und 14, dokumentiert seine Ausführungen wie folgt:

> *„Fazit seiner dialektischen Überlegungen: Im Kern geht es um eine Widerstandsstrategie, verbunden mit einem Reformprojekt. (...) Notwendig sei aber eine konkrete Entscheidung, ob eine Regierungsbeteiligung der PDS*

gesellschaftlichen Widerstand und linke Reformmöglichkeiten stärke oder schwäche."

Prof. Dr. Heuers Plädoyer, entsprechende Bedingungen für etwaige Regierungsbündnisse der PDS per Beschluß festzuschreiben und zu gegebener Zeit einen Bundesparteitag einzuberufen, fand jedoch ebensowenig Mehrheiten wie ähnlich lautende Anträge der KPF.

2.2.4 Teilnahme an Wahlen

Kommunalwahlen in Hessen

Bei den hessischen Kommunalwahlen am 2. März konnte die PDS in der Stadt Marburg 2.085 Stimmen (= 6,2 %) erzielen. Damit hat sie erstmals bei Wahlen in einem westlichen Bundesland in einer größeren Stadt die 5 %-Hürde überwunden. Die Partei hatte mit der Liste „PDS/Marburger Linke" kandidiert; auf sie entfielen vier Sitze in der Stadtverordnetenversammlung. Unter ihren Mandatsträgern befindet sich die Studentin Pia Maier, Mitglied des neugewählten PDS-Bundesvorstands. Abgesehen von dieser Ausnahme blieb die PDS auf Landesebene mit 9.572 Stimmen (= 0,3 %) eine Splitterpartei.

Wahl zur Hamburger Bürgerschaft

Die PDS/Linke Liste erhielt bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 21. September 5.350 Stimmen (= 0,7 %). Der PDS-Parteivorstand hatte sich bereits im Vorfeld gegen eine Beteiligung an der Wahl ausgesprochen und den PDS-Landesverband weder personell noch materiell unterstützt. Er sah offensichtlich durch einen Mißerfolg seine wahltaktische Gesamtplanung gefährdet.

2.2.5 Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Linksextremisten

2.2.5.1 Kommunistischer Internationalismus

Proletarischer Internationalismus

Die PDS unterhält im Rahmen der sogenannten internationalen Solidarität vielfältige Verbindungen und Kontakte zu ausländischen kommunistischen Parteien und anderen ausländischen Linksextremisten. Das Parteiprogramm der PDS nennt dies „Internationalismus" und orientiert sich damit an der Idee des Weltkommunismus. Diese Praxis knüpft an das marxistisch-leninistische Prinzip des „Proletarischen Internationalismus" - der Lehre von der „welthistorischen Mission der Arbeiterklasse" - an. Die stellvertretende PDS-Vorsitzende Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann - verantwortlich für die internationalen Beziehungen der

PDS - bekräftigte in einem Beitrag in der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 24. Juli 1995 den „internationalistischen Charakter" der Partei und die Zusammenarbeit mit linkssozialistischen und kommunistischen Parteien in Europa. Auch zu den Nachfolgeorganisationen der ehemaligen kommunistischen Staatsparteien des Ostblocks unterhält die PDS kontinuierliche freundschaftliche Beziehungen. Sie entsendet Delegationen zu Parteitagen sowie sonstigen wichtigen Parteiveranstaltungen und pflegt regelmäßige Gesprächskontakte. In Europa sind die „Französische Kommunistische Partei", die „Kommunistische Partei Österreichs", die „Kommunistische Partei Böhmens und Mährens", die kommunistisch dominierte „Vereinigte Linke" in Spanien, die italienische „Kommunistische Neugründung" und die „Kommunistische Partei der Russischen Föderation" die bevorzugten Adressaten dieser Politik.

Beziehungen zu Parteien in Europa

Seit Mitte 1995 gehört die PDS auch dem auf Initiative der spanischen „Vereinigten Linken" gegründeten Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF) an, einer - so die Partei - „Struktur links neben der Sozialdemokratie", in der überwiegend Linkssozialisten und Kommunisten zusammenarbeiten. Zur NELF gehören 16 linkssozialistische, grün-linke und kommunistische Parteien aus 14 Ländern. Vom 18. bis 20. April fand in Berlin die 12. Tagung des NELF unter dem Motto „Laßt die Völker über die Zukunft Europas selbst entscheiden" statt. Die PDS war erstmals seit der Gründung des Forums im Jahre 1991 Gastgeber. Die Ausrichtung der Tagung des NELF kann als Erfolg für die Bemühungen der PDS gewertet werden, im internationalen linken und linksextremistischen Spektrum „hoffähig" zu werden, zumal die Partei erst 1995 Vollmitglied des NELF geworden war. Zuvor hatte sie über mehrere Jahre lediglich einen Beobachterstatus innegehabt.

12. Tagung des NELF in Berlin

Die Kommunistische Partei Portugals veranstaltete am 24. Mai in Lissabon unter dem Motto „Für ein Europa des sozialen Fortschritts, des Friedens und der Zusammenarbeit" eine Konferenz kommunistischer und linkssozialistischer Parteien. Etwa 15.000 teilnehmende Linke aus zehn Staaten der EU protestierten gegen die angeblich unsoziale und neoliberale Politik der EU-Mitgliedstaaten und demonstrierten gleichzeitig für ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, des Friedens und des Fortschritts. 14 führende Linkspolitiker Westeuropas ergriffen zu den Themen Massenarbeitslosigkeit, Maastrichter Vertrag und Währungsunion das Wort. Sie erklärten einem Bericht der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 26. Mai zufolge, die europäische Lin-

Protest gegen Politik der EU-Mitgliedstaaten

ke müsse den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit entschiedener führen und sich Maastricht II widersetzen. Die PDS war in Lissabon mit einer Delegation unter Führung des Parteivorsitzenden Prof. Dr. Lothar Bisky vertreten. Nach einem Bericht der Tageszeitung „junge Welt" vom 30. Mai warnte der PDS-Vorsitzende in seiner Rede vor einem „abenteuerlichen Marsch zu einer Union des Geldes und des Kapitals" und vor einem Europa der „Macht, der Diktatur der Ökonomie, des Geldes, der Banken und des Kapitals".

Solidarität mit Kuba

In Berlin trafen sich am 29. und 30. Januar Vertreter der „Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí beim Parteivorstand der PDS" (AG Cuba Sí) und der Vereinigung „Cuba Sí - France" aus Paris zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch. Themen dieses Treffens waren praktizierte Formen der Solidaritätsarbeit und die Einschätzung der aktuellen Situation in Kuba. Der PDS-Pressedienst Nummer 7 vom 14. Februar berichtete dazu:

> *„Während des Arbeitstreffens wurden eine Reihe weiterer politischer Gemeinsamkeiten festgestellt. (...) Eine engere Zusammenarbeit wurde im kulturellen Bereich sowie bei verschiedensten Formen der praktischen Solidarität mit Kuba festgestellt. (...) Wichtiger Bestandteil der Gespräche war das anspruchsvolle Vorhaben einer stärkeren Vernetzung von europäischen Gruppen und Organisationen mit dem Ziel, die Solidarität mit Kuba, insbesondere für die Erhaltung der Errungenschaften der kubanischen Revolution, wirksamer zu organisieren."*

XIV. Weltfestspiele in Havanna

Die PDS unterstützte aufgrund eines entsprechenden Beschlusses des Parteivorstands vom 17. Februar auch die Vorbereitung und Durchführung der XIV. Weltfestspiele der Jugend und Studenten unter der Losung „Für antiimperialistische Solidarität, Frieden und Freundschaft" vom 28. Juli bis 5. August in Havanna/Kuba. Im Gegensatz dazu hatte die AG Junge GenossInnen schon auf ihrer Bundeskonferenz in Berlin am 19. und 20. Oktober 1996 beschlossen, sich nicht an den XIV. Weltfestspielen zu beteiligen. Die AG Junge GenossInnen ist der Meinung, daß die Weltfestspiele sich in der Vergangenheit immer mehr zu einer reinen legitimatorischen Angelegenheit staatssozialistischer Systeme entwickelt hätten. Sie seien als „Jubelfeiern" zu beschreiben; man wolle sich nicht mehr vor einen solchen Karren spannen lassen. Nach seiner Rückkehr von den XIV. Weltfestspielen, an denen 12.326 Delegierte aus 132 Ländern - das sechststärkste Kontingent bildeten die 461 Delegierten aus Deutschland - teilnahmen, erklärte der Ehrenvorsitzende der PDS, Dr. Hans Modrow, in

einem in der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 15. August veröffentlichten Beitrag:

„Die Weltfestspiele, schon tot geglaubt oder totgeredet, erlebten einen neuen Höhepunkt. Sie offenbarten: Unter der Asche ist noch Glut. (...) Politische Aussage, Wille zum Kampf für die Interessen der Jugend, für Frieden und Freundschaft waren nicht zu überhören. Sichtbar wurde die Suche nach neuen Ideen und Visionen für eine Zukunft, in der andere gesellschaftliche Verhältnisse herrschen als jene, die der reale Kapitalismus heute für die Jugend bereithält. Und Che erschien so nicht als eine Kultgestalt von gestern, sondern als jemand, der für den heute notwendigen Wandel auf dieser Erde steht, wenn es um die Zukunft der Jugend, um das Leben und Überleben der Menschheit auf unserem Planeten geht."

Che Guevara als Kultfigur

Die stellvertretende PDS-Vorsitzende Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann gratulierte der Nationalen Befreiungsbewegung Farabundo Marti (FMLN) El Salvadors zum Erfolg bei den Parlaments- und Kommunalwahlen am 16. März. Die FMLN hatte bei den Parlamentswahlen ihren Stimmenanteil von 25 % auf 34 % ausbauen können. In der ehemaligen Guerilla-Bewegung FMLN sind die „Kommunistische Partei El Salvadors" (PCS), die „Volksbefreiungskräfte" (FPL) und die „Revolutionäre Partei der Arbeiter Zentralamerikas" (PRTC) zusammengeschlossen.

Solidarität mit Terroristen in Peru

Der Bundeskoordinierungsrat der KPF hat in der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 7. Mai eine Traueranzeige für die bei der Befreiung der Geiseln in der Residenz des japanischen Botschafters in Lima ums Leben gekommenen Terroristen der „Revolutionären Bewegung Tupac Amaru" (MRTA) veröffentlicht. Darin heißt es:

„Wir trauern um die ermordeten jungen Genossinnen und Genossen der MRTA - hingerichtet von der Terror-Soldateska des peruanischen Regimes."

Unterstützung für militante Kurden

Im Rahmen der Unterstützung sogenannter Befreiungsbewegungen unterhalten PDS-Funktionäre und PDS-Mitglieder seit längerem Kontakte zur marxistisch-leninistischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Der PDS Landesverband Bayern bemüht sich seit Anfang 1994, das Thema „Kurdistan" in die Agitation und Propaganda einzubinden. Seit Januar 1995 übt die bayerische PDS-Bundestagsabgeordnete Eva-Maria Bulling-Schröter heftige Kritik am Verbot der PKK, dem Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen PKK-Straftäter und der Abschiebepraxis. Die Abgeordnete war Mitglied von Vereinen in Ingolstadt, die als Tarnorganisationen der PKK verboten wurden.

PDS-Mitglieder stellten sich wiederholt als versammlungsrechtliche Anmelder von PKK-Demonstrationen und sogenannten Kulturfesten zur Verfügung oder traten als Redner auf Veranstaltungen der PKK auf. 14 Mitglieder der Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag - unter ihnen Eva-Maria Bulling-Schröter aus Ingolstadt und Heinrich Graf von Einsiedel aus München - unterstützten ferner eine Protestaktion gegen das Betätigungsverbot der PKK mit einer Buskampagne vom 3. bis 26. November durch 22 Städte im Bundesgebiet (vgl. auch Nummer 2.1.3 des 3. Abschnitts).

Führende PDS-Funktionäre betonen die Solidarität der Partei mit dem sogenannten Befreiungskampf des kurdischen Volkes und zeigen Sympathie und Verständnis für die PKK. Die PDS lehnt zwar öffentlich die terroristischen Aktivitäten der PKK ab, unterstützt jedoch propagandistisch die strategischen Ziele, die die PKK u.a. mit ihren gewalttätigen Aktionen zu erreichen sucht, wie Aufhebung der Vereins- und Betätigungsverbote, Abschiebestopp für Kurden, Einstellung der Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an die Türkei, Druck der Bundesregierung auf die Türkei zur Lösung des „Kurdenproblems", Anerkennung der PKK als Verhandlungspartner.

Für Anerkennung der PKK als Verhandlungspartner

2.2.5.1 **Inländische Zusammenarbeit**

Im Inland hält die PDS Kontakte zu fast allen anderen linksextremistischen Gruppierungen, aber auch zu gewaltbereiten Autonomen. Die vielfältigen Verbindungen der PDS zu linksextremistischen Organisationen außerhalb der Partei bis hin zu Autonomen kommen u.a. in Freundschaftsbekundungen, gemeinsamen Veranstaltungen und Demonstrationen zum Ausdruck. Art und Intensität dieses Umgangs lassen eine politisch-ideologische Verbundenheit zu diesen erkennen.

Das Verhältnis der PDS zur DKP ist von kritischer Solidarität geprägt. Intensive Kontakte unterhält die PDS zur DKP vor allem auf regionaler und örtlicher Ebene. In einem im DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit" vom 5. September veröffentlichten Interview äußerte der Parteivorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky zu einer Zusammenarbeit mit der DKP:

Verhältnis zur DKP

> *„Die DKP und die PDS sind zwei unterschiedliche Parteien. Die PDS ist keine kommunistische Partei. Ich habe oft gesagt, daß sie nie eine antikommunistische Partei sein darf und habe mich, wenn Kommunisten in der PDS angegriffen wurden, stets schützend vor sie gestellt. Ich denke aber auch, daß sich eine linkssozialistische Partei, die in der Gesellschaft*

verändern will, die aus dem Osten kommt, aus einer ehemaligen allmächtigen Staatspartei hervorgegangen ist, an deren Tropf die DKP bis 1989 gehangen hat, eine andere Entwicklung nehmen muß als die DKP der Bundesrepublik Deutschland, die 1968 nach schweren Verbotsjahren wiedererstanden ist. Wechselseitige Beziehungen sind möglich, und es gibt sie übrigens vielerorts, nicht nur von der Kommunistischen Plattform, sondern auch von vielen Basisorganisationen und z.B. auch zwischen Heinz Stehr (DKP-Vorsitzender) *und mir. Und wie sie sich entwickeln, dazu können beide Parteien beitragen. Eine Unterstützung von DKP-Genossen und -Wählern in den Wahlen zum 14. Deutschen Bundestag - ich denke an die Zweitstimme - wäre eine kluge Entscheidung der DKP. Und der Beschluß des Schweriner Parteitags der PDS, zu den nächsten Wahlen mit einer offenen Liste anzutreten, heißt eben, daß die PDS antritt und keine Parteienkoalition* (bei) *dieser Wahl eingehen will und eingehen kann. Ich denke, wenn das akzeptiert wird, kann es zu einer guten fruchtbaren Zusammenarbeit kommen."*

Zusammenarbeit mit anderen Linksextremisten

Weiterhin pflegt die PDS Kontakte zum Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) und zur trotzkistischen Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP). Ein führender Funktionär der VSP (Dr. Winfried Wolf) gehört zur Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag. Die KPF der PDS unterhält darüber hinaus auch Kontakte zur Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD).

Entsprechend dem zweideutigen Verhältnis zur Gewalt arbeitet die PDS auch mit gewaltbereiten Linksextremisten (z.B. Autonomen) zusammen. Der sich laut Tageszeitung „junge Welt" vom 4. September 1995 den Autonomen und Hausbesetzern zurechnende Frederik Over wurde am 22. Oktober 1995 für die PDS in das Berliner Abgeordnetenhaus gewählt.

Insbesondere im Rahmen der „Antifaschismus"- und auch „Antimilitarismus"-Arbeit tritt die Partei als Veranstalter und Anmelder von Demonstrationen und Kundgebungen von Bündnissen auf, an denen auch Autonome beteiligt sind. Die Partei ist durch ihre Gliederungen in Vorbereitung und Planung solcher Veranstaltungen eingebunden und leistet logistische Unterstützung.

2.2.5.3 **Erfurter Erklärung**

Aufrufinszenierung

„Bis hierher und nicht weiter. Verantwortung für die soziale Demokratie" lautet der Titel einer „Erfurter Erklärung" von Gewerkschaf-

tern, Theologen, Wissenschaftlern und Künstlern, die am 9. Januar zeitgleich in Erfurt und Berlin vorgestellt wurde. Die 27 Erstunterzeichner des sieben Ziffern umfassenden Aufrufs - dokumentiert in der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 10. Januar - fordern einen Machtwechsel in Bonn, einen außerparlamentarischen Aufbruch, eine Abkehr von der auf „radikale Umverteilung zugunsten der Einfluß-Reichen" ausgerichteten Sozialpolitik der Bundesregierung und ein Linksbündnis für soziale Demokratie. In der Erklärung heißt es:

„Die regierende Politik in unserem formal vereinten Land ist in einem Zustand von gnadenloser Ungerechtigkeit, Sozialverschleiß und fehlenden Perspektiven versunken. (...) Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Sie muß auf die Opposition in den Parlamenten überspringen. Die Erfahrung von 1968 und der Geist von 1989 sind für 1998 aufgerufen, den Machtwechsel herbeizuführen. (...) Gebraucht wird eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will. Sie kann nur aus den bisher getrennten Oppositionskräften entstehen. Kein Nichtberührungsgebot darf sie schrecken, ... (...) Von der PDS fordern wir: Ihre Positionen zum historisch gescheiterten Sozialismusmodell weiter zu klären. Es geht nicht um Demutsgesten und den Verzicht auf antikapitalistische Strömungen. Es geht um demokratische Zuverlässigkeit bei aller Entschiedenheit, eine demokratisch-sozialistische Kraft im Spektrum der Parteien zu sein."

Aufforderung zum politischen Wandel

Die „Erfurter Erklärung" ist von Funktionären der PDS und DKP begrüßt worden. In der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 11. Januar äußerte der Parteivorsitzende der PDS, Prof. Dr. Lothar Bisky, die „Erfurter Erklärung" sei so etwas wie eine Reaktion auf die Beschwörung einer Bolschewistengefahr durch die CDU. Dr. André Brie, Mitglied des PDS-Parteivorstands und Wahlkampfleiter, bezeichnete in einem Kommentar derselben Ausgabe der Tageszeitung „Neues Deutschland" die Ausführungen in der Erklärung als „realistisch". Der stellvertretende DKP-Vorsitzende Rolf Priemer hob im DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit" vom 17. Januar hervor, die „Erfurter Erklärung" sei „ein Signal für eine andere, für eine neue Politik, deren oberstes Ziel die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ist".

Versammlung in Erfurt

Unter dem Motto „Einheit verpflichtet - sie soll dem Wohl des Volkes dienen" fand am 3. und 4. Oktober in Erfurt eine Versammlung zur „Erfurter Erklärung" statt. Einem Bericht in dem DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit" vom 10. Oktober zufolge verabschiedeten die rund

1.000 Teilnehmer einstimmig den Appell „Aus der Zuschauerdemokratie heraustreten! Mut für eine andere Politik!". In diesem Appell heißt es u.a.:

Notwendigkeit einer außerparlamentarischen Bewegung

„Wir wollen unsere Interessen nicht länger an die Parteien delegieren. Wir brauchen eine außerparlamentarische Bewegung. Eine Bewegung, die deutlich macht: Soziale Gerechtigkeit und Verantwortung für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen sind keine Utopien. Aber sie müssen gewollt und erkämpft werden und zwar gegen die regierende Politik, die uns vorgaukelt, es gäbe keine Alternativen, weil überall der Sachzwang herrsche."

Einem Bericht der PDS-nahen Tageszeitung „Neues Deutschland" vom 8. Januar 1998 zufolge haben die „Erfurter Erklärung", die von 230 Initiativgruppen unterstützt werde, bislang bundesweit 50.000 Personen unterschrieben.

2.3 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

2.3.1 Ideologische Ausrichtung

Bis zur Wende nahm die DKP - von der SED der DDR materiell und ideologisch abhängig - die Führung der Marxisten-Leninisten in Westdeutschland für sich in Anspruch. Seit 1990 unterstützt sie die PDS.

Bekenntnis zu Sozialismus und Klassenkampf

In den auf dem 12. Parteitag am 16./17. Januar 1993 in Mannheim gegen heftige Kritik aus der oppositionellen „Hardliner-Gruppe" beschlossenen „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP" unterstrich die DKP ihre gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Zielsetzung. In der Einleitung zu den „Thesen" heißt es, die DKP kämpfe für eine Politik, die im Sozialismus die Zukunft, im Klassenkampf die zentrale Triebkraft der Geschichte und in der Arbeiterklasse die entscheidende soziale Kraft für den gesellschaftlichen Fortschritt sehe. Sie stütze sich auf die materialistische Wissenschaft, die von Marx und Engels begründet und von Lenin weiterentwickelt worden sei. In einer bereits 1993 aufgelegten Broschüre „Über den dritten sozialistischen Anlauf in Europa" erläuterte ein DKP-Funktionär, die revolutionären Kräfte müßten sich auf Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871, des „Großen Anlaufs 1917 - 1989" und auf Kenntnisse über Entwicklungen des Kapitalismus nach 1990 stützen. Eine revolutionäre Bewegung müsse letztlich die Entschlossenheit aufbringen, den bürgerlichen Staatsapparat zu

zerschlagen. Als revolutionäres Instrument habe sich die Partei leninistischer Konzeption bewährt, die bereit sei, Widerstände auch mit Gewalt zu brechen.

Bekenntnis zur Gewalt

Zur politischen Ausrichtung erklärte - zitiert nach „DKP-Informationen" Nummer 7 vom 24. Oktober 1994 - Rolf Priemer, einer der seinerzeitigen Sprecher der DKP, auf der 8. Parteivorstandstagung:

„Die Mehrheit unserer Mitglieder ist nach vielen Diskussionen über Politik und Praxis, über Thesen zur programmatischen Erneuerung und DKP-Statut zu der Erkenntnis gelangt, daß eine kommunistische Partei in Deutschland notwendig ist. Nämlich eine Partei, die festhält am sozialistischen Ziel im Sinne der im Manifest der Kommunistischen Partei von Marx und Engels formulierten Grundaussagen; die den grundlegenden Bruch mit den kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen anstrebt; die sich auf die moderne Arbeiterklasse als entscheidende gesellschaftsverändernde Kraft orientiert; die ihr theoretisches Fundament in der schöpferischen Anwendung und Weiterentwicklung der Theorie von Marx, Engels und Lenin für unsere heutigen Kampfbedingungen hat."

Festhalten am Marxismus-Leninismus

Die orthodox-kommunistische DKP hat in ihrem Zentralorgan „Unsere Zeit" (UZ) Nummer 35 vom 29. August ihre Sozialismusvorstellungen in einer von der Programmkommission der Partei überarbeiteten Fassung des Papiers „Sozialismus - die historische Alternative zum Kapitalismus" veröffentlicht; einen ersten Entwurf hatte das DKP-Zentralorgan UZ in seiner Ausgabe vom 3. Januar vorgestellt. Die in acht Abschnitte gegliederte Neufassung des Papiers soll in der DKP weiter diskutiert und dem 14. Parteitag im Mai 1998 zur Verabschiedung vorgelegt werden. Es soll die angebliche Notwendigkeit des Sozialismus begründen, Leistungen und Fehlentwicklungen des realen Sozialismus benennen und die Wesensmerkmale des künftigen Sozialismus umreißen. Folgende Passagen sprechen für sich:

„Sozialismusvorstellungen"



„Der Kapitalismus ist Produktion nicht um des Menschen willen, sondern um des Profits willen. Nicht der Mensch beherrscht seine Produktion, sondern diese beherrscht die Gesellschaft und stellt sich in Form von Sachzwängen dar, Sachzwängen des Kapitalismus, der kapitalistischen Konkurrenz, der Profitmaximierung. (...) Ziel der Kommunistinnen und Kommunisten ist es, diese Ursache von Ausbeutung und Entfremdung, von Krieg und Hunger, von Armut und Obdachlosigkeit, von Arbeitshetze

Marxismus als unverzichtbare Grundlage

und Arbeitslosigkeit, von Umweltzerstörung, Diskriminierung, Rassismus, Nationalismus und Unterdrückung zu beseitigen. (...) Unverzichtbare weltanschauliche Grundlage für uns Kommunisten ist der Marxismus, sind die wissenschaftliche Analyse und die sich daraus ergebenden Perspektiven. (...) Der Sozialismus führt einen grundlegenden Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise herbei, die auf die Erzielung maximalen Profits durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft und den verschwenderischen Umgang mit den Naturressourcen gerichtet ist. (...) Um gegen die geballte Macht des Kapitals einen anderen Entwicklungsweg durchzusetzen, bedarf es umfassender Massenkämpfe. Der Beginn des sozialistischen Weges ist nicht als Putsch denkbar, sondern nur als Ergebnis des Handelns von Millionen - also als Ausdruck tiefer Demokratie. (...) Die DKP will dazu beitragen, daß immer größere Teile des arbeitenden Volkes sowie der durch Arbeitslosigkeit Ausgegrenzten, der Lernenden und Studierenden zur Erkenntnis der Notwendigkeit des Sozialismus und des Kampfes um seine Durchsetzung gelangen. (...) Das hauptsächliche Hindernis für den gesellschaftlichen Fortschritt stellt die ökonomische und politische Macht der Monopolbourgeoisie dar. Die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Herrschaft dieses mächtigsten Teils der Bourgeoisie ist deshalb die entscheidende Voraussetzung für die Öffnung des Weges zum Sozialismus. (...) Im gemeinsamen Handeln für punktuelle Ziele können sich die Kräfte für weitergehende Bündnisse formieren, die auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen gerichtet sind. Die DKP hält es für möglich und erstrebenswert, daß im Ergebnis des antimonopolistischen Kampfes grundlegende antimonopolistisch-demokratische Umgestaltungen durchgesetzt werden können, die den Weg zum Sozialismus frei machen."

Notwendigkeit einer „Systemüberwindung"



Die „Sozialismusvorstellungen" haben kein Abrücken der DKP von ihren linksextremistischen Ansichten gebracht. Ebenso wie die PDS betont die DKP angebliche Leistungen des realen Sozialismus, stellt aber als Erklärung für dessen Scheitern nicht so sehr innere Ursachen als vielmehr die „Konterrevolution" heraus. Die Vorstellungen der DKP im Abschnitt „Der Weg zum Sozialismus" über Etappenziele und „antimonopolistische" Bündnisse entsprechen klassischen kommunistischen Konzeptionen, wie sie seit den 30er Jahren entwickelt wurden.

Verhälnis zur PDS

In einem im DKP-Zentralorgan UZ vom 7. Februar veröffentlichten Interview mit dem DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr äußerte sich dieser nach dem Parteitag der PDS zum Verhältnis PDS/DKP wie folgt:

> *„Es wird geschätzt, daß sich 60 % der PDS-Mitglieder als Kommunistinnen und Kommunisten betrachten. (...) Allerdings ist die PDS in ihrer Abgrenzung gegen die DKP nun einen Schritt weitergegangen. Auf ihren offenen Wahllisten können DKP-Mitglieder nicht mehr kandidieren. Das wirft Fragen für unser eigenständiges Eingreifen in den Bundestagswahlkampf 1998 auf, mit dem wir, was in unseren Kräften steht, beitragen wollen und müssen, die Ära Kohl und die ganze sozialreaktionäre Kahlschlagspolitik zu beenden."*

Gemeinsame Erklärung

Die in Deutschland tätigen kommunistischen Parteien Spaniens, Portugals, Italiens, Griechenlands, Chiles, Kurdistans, der Türkei und des Iran haben sich nach Angaben des DKP-Zentralorgans UZ vom 28. Februar auf eine „Gemeinsame Erklärung" verständigt. Die Hauptforderungen, für deren Durchsetzung „gemeinsam mit allen anderen demokratischen, fortschrittlichen und linken Kräften in Deutschland" der Kampf geführt werden soll, sind in zwölf Punkten zusammengefaßt. Die die Erklärung unterstützenden Parteien fordern danach insbesondere das Verbot und die Auflösung aller neonazistischen und rassistischen Organisationen, die Aufhebung des KPD-Verbots und die Einstellung aller politischen Ermittlungs- und Strafverfahren gegen ehemalige Funktionsträger der DDR.


RECHTSENTWICKLUNG UND SOZIALABBAU STOPPEN!
GEGEN RASSISMUS UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT!

Euro-Debatte

Auf der 6. Tagung des Parteivorstands der DKP am 7. und 8. Juni in Essen wurde über das Eingreifen der Kommunistinnen und Kommunisten in die Debatte um den Euro diskutiert. Im Beschluß zur Europapolitik heißt es:

> *„Als internationalistische Partei tritt die DKP für ein vereinigtes Europa ein. Dieses Europa muß solidarisch, demokratisch, sozial und friedlich sein. Deshalb leistet die DKP Widerstand gegen eine Politik, die das Europa der Konzerne und Banken festigt, eine Festung Europa errichtet und auf ein Europa unter Hegemonie des deutschen Imperialismus hinausläuft."*

Als Alternative zum Maastricht-Europa fordert die DKP eine Volksabstimmung über die Teilnahme der Bundesrepublik an der Europäischen Währungsunion und die Ergebnisse der Regierungskonferenz in Amsterdam.

Positionspapier zur Bundestagswahl 1998

Auf der 7. Tagung des Parteivorstands der DKP am 20. und 21. September in Essen wurde das im DKP-Zentralorgan UZ vom 26. September abgedruckte Positionspapier „Die DKP und die Bundestagswahl 1998" verabschiedet, das in der Partei weiter diskutiert und auf der Parteivorstandstagung Anfang 1998 beschlossen werden soll. In dem Positionspapier wird die Bedeutung des außerparlamentarischen Kampfes hervorgehoben. Auch in Deutschland gebe es eine wachsende Bereitschaft zum Widerstand. Er sei jedoch noch unzureichend und noch zu wenig vernetzt. Für Veränderungen genüge es nicht, daß die Herrschenden für alle wesentlichen Veränderungen keine Antworten hätten. Veränderungen gebe es nur, wenn die Betroffenen selbst handeln und es zu einem gesellschaftlichen Aufbruch aller Fortschrittskräfte komme. Ein Ausdruck dieser Entwicklung sei die von der DKP unterstützte „Erfurter Erklärung" (vgl. auch Nummer 2.2.5.3 dieses Abschnitts), die ein „wichtiges Signal zur Bündelung aller Kräfte gegen Rechts" darstelle. Es sei richtig, auch im Jahr der Bundestagswahl über den Sozialismus zu reden; ein revolutionärer Bruch mit dem Kapitalismus sei notwendig. Zu bündnispolitischen Überlegungen wird in dem Papier ausgeführt, daß die Politik der PDS nicht frei von Widersprüchen sei. Gleichwohl werde die DKP dazu aufrufen, mit der Zweitstimme PDS zu wählen, ohne eine Wählerinitiative der PDS zu werden. Zudem wolle die DKP einen eigenständigen Wahlkampf mit eigenen Aussagen, Aktionen und Kandidaten führen. Mitglieder der DKP seien bereit, auf offenen Listen der PDS zu kandidieren oder sich in Absprache mit örtlichen Gliederungen der PDS als Direktkandidaten für die PDS zu bewerben.

Offensichtlich hofft die DKP, daß einzelne Landesverbände der PDS sich nicht an den Schweriner Parteitagsbeschluß halten werden, wonach Mitglieder anderer Parteien nicht auf PDS-Listen kandidieren dürfen.

2.3.2 **Organisation**

Organisationsstrukturen

Die DKP ist eine bundesweit organisierte Partei mit Sitz in Essen. Sie ist in 13 Bezirksorganisationen - zwölf in den westlichen Bundesländern und eine in Berlin, die die Mitglieder in den fünf neuen Ländern betreut - gegliedert, die in 109 Kreis- und in 205 Grundorganisationen unterteilt sind. Die Zahl der Mitglieder liegt derzeit bei 6.200, davon etwa 300 in Ostdeutschland. Die DKP ist damit in Westdeutschland weit stärker vertreten als die PDS. Eine Verbesserung der Alters-

struktur wurde nicht erreicht; nach wie vor sind mehr als zwei Drittel der Parteimitglieder älter als 60 Jahre.

Konstante Mitgliederzahl in Bayern

In Bayern bestehen zwei Bezirksorganisationen (Nord- und Südbayern) und zehn Kreisverbände sowie zwei Betriebsgruppen. Die Mitgliederzahl in Bayern stagnierte bei rund 600. Die DKP wird überwiegend von Altkommunisten repräsentiert.

Parteivorstand

Vorsitzender der DKP ist seit der Neuwahl des Parteivorstands anläßlich des 13. Parteitags am 3. und 4. Februar 1996 in Dortmund Heinz Stehr; zu seinen Stellvertretern wurden Rolf Priemer und Bruni Steiniger gewählt. Dem Parteivorstand gehören weitere 16 weibliche und 18 männliche Funktionäre an, unter ihnen Justine Wazansky-Krack aus Nürnberg und Leo Mayer aus München.

Parteifinanzen

Die DKP hat weiterhin Schwierigkeiten mit der Finanzierung der Parteiarbeit. Das DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit" (UZ) erscheint aber trotz erheblicher Finanzierungsprobleme weiterhin wöchentlich.

2.3.4 **Teilnahme an Wahlen**

Kommunalwahlen in Hessen

Bei den hessischen Kommunalwahlen am 2. März trat die DKP mit eigenen Listen in Mörfelden-Walldorf, Neuberg und Reinheim an. Erstmals seit 1989 stellte die DKP Listen in Darmstadt und Gießen auf. Daneben kandidierten DKP-Mitglieder vereinzelt auf Bündnislisten. Die DKP verlor fast überall an Stimmen; sie erhielt landesweit nur noch 1.648 Stimmen (= 0,1 %). Sie erzielte jedoch in Neuberg 5,3 %, in Reinheim 6,1 % und in ihrer traditionellen Hochburg Mörfelden-Walldorf 10,2 % der Stimmen.

2.3.4 **Umfeld der DKP**

50. Jahrestag der Gründung der VVN-BdA

Am 15. März beging die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) in Frankfurt am Main mit einem Festakt den Jahrestag ihrer Gründung vor 50 Jahren. Zu der Veranstaltung unter dem Motto „Antifaschismus - Tradition und Zukunftsentwurf" erschienen rund 400 Personen, darunter 80 Angehörige der VVN-Gründergeneration. Der Ehrenpräsident des ostdeutschen Partnerverbands, des Interessenverbands ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstandskampf, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener e.V. (IVVdN),



Kurt Julius Goldstein, sprach zum Thema „Gemeinsame Wurzeln - Perspektiven für den Antifaschismus". Er rief zur Schaffung einer einheitlichen antifaschistischen Organisation in ganz Deutschland auf. Der Historiker Dr. Ulrich Schneider (früher DKP), einer von acht Bundessprechern der VVN-BdA, erklärte einem Bericht des DKP-Zentralorgans „Unsere Zeit" (UZ) vom 21. März zufolge, 50 Jahre VVN bedeuteten 50 Jahre Kampf gegen alte und neue Nazis, für demokratische Rechte, für Frieden und Entspannungspolitik. Das DKP-Zentralorgan UZ vom 4. April dokumentiert einen während des Festaktes verabschiedeten „Appell an die Jugend". In dem Papier heißt es:

> *„Das Bedeutsamste und Kostbarste aus deutscher Geschichte ist und bleibt der antifaschistische Widerstand. (...) Nach der Befreiung war es für uns, die Überlebenden, unvorstellbar, daß fast nichts von unseren Visionen und Hoffnungen in Erfüllung gehen würde. Unfaßbar für uns, wie reibungslos sich der Übergang vom Nazireich in die Bundesrepublik vollzog."*

Beabsichtigte Vereinigung

Der vom Bundesausschuß der VVN-BdA herausgegebenen Zeitschrift „antifa-rundschau" Nummer 32 vom Oktober zufolge befinden sich der IVVdN und der ebenfalls ostdeutsche Bund der Antifaschisten (BDA) auf dem Wege zum Zusammenschluß. Einerseits sollen damit die Kräfte gebündelt werden, andererseits gehe es nicht zuletzt auch darum, den IVVdN, dessen Mitglieder ein hohes Alter aufweisen, mit jungen Kräften zu verbinden. Dies sei „gewissermaßen eine Öffnung des IVVdN für die nachfolgenden Generationen; ein Schritt, den die VVN in der alten Bundesrepublik bereits 1971 vollzogen hat". Im Mai 1998 solle es deshalb eine gemeinsame Delegiertenkonferenz von IVVdN und BDA geben. In dem von Peter-Christian Walther - einem weiteren Bundessprecher der VVN-BdA - verfaßten Bericht heißt es weiter:

> *„Gemeinsam sind uns die antifaschistischen Absichten und Ziele. Deshalb verstehen große Mehrheiten in allen drei Organisationen den jetzt beabsichtigten Zusammenschluß von IVVdN und BDA als ersten Schritt, dem zu gegebener Zeit als zweiter Schritt der Zusammenschluß von VVN-BdA mit dem vereinigten IVVdN-BDA folgen sollte."*

Die VVN-BdA setzt sich seit Mitte des Jahres in einer bundesweiten Aktion gegen die Erwähnung der Organisation in den Verfassungsschutzberichten zur Wehr. Peter-Christian Walther aus dem Bundessprecherkreis der VVN-BdA führte dazu in einem in der Zeitschrift „antifa-rundschau" Nummer 31 vom Juli abgedruckten Beitrag „Gegen ‚amtliche' Diffamierung - Wir stehen auf dem Boden der Verfassung - Wer Antifaschisten verleumdet, arbeitet dem Neofaschismus in die Hände" aus:

Gegen Erwähnung im Verfassungsschutzbericht


Erfahrungen mit der Wehrmachts-Ausstellung

Seite 4

antifa-rundschau

Herausgegeben vom Bundesausschuß der VVN/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Nr. 31

Juli-September 1997

> *„Wir sind nicht gewillt, es länger hinzunehmen, daß entschiedenes und konsequentes Auftreten gegen Neofaschismus als etwas Verfassungsfeindliches hingestellt und diffamiert wird. Antifaschismus ist ein konstitutives Element dieser Republik. Es darf nicht länger zugelassen werden, Antifaschismus von beamteten Verfassungsschützern, politischen Scharfmachern oder Nachschreiberlingen als etwas Verfassungsfeindliches diffamieren und kriminalisieren zu lassen. Jede antifaschistische Tätigkeit ist eine aktive Verteidigung und Sicherung der Demokratie und der Freiheits- und Menschenrechte. Deshalb sind wir Antifaschisten die wirklichen Verteidiger und Schützer der Verfassung. Wer dagegen Antifaschismus zu diffamieren und gar zu kriminalisieren versucht, arbeitet dem Neofaschismus in die Hände."*

Kommunistische Sicht des Antifaschismus

Dieser Forderung steht entgegen, daß die VVN-BdA auch nach Auffassung des Bundesministeriums des Innern die zahlenmäßig stärkste Organisation im Spektrum des linksextremistischen Antifaschismus ist. In der VVN-BdA wirken unterschiedliche linke Kräfte zusammen, wobei jedoch nach wie vor aktive und ehemalige Mitglieder der DKP politisch tonangebend sind. Auch in der VVN-BdA Bayern ist auf Landes- wie auch auf Kreisebene der Einfluß von Linksextremisten, insbesondere aus der DKP, aus der PDS und aus der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), maßgeblich. In ihrem öffentlichen Auftreten wirkt sich diese Dominanz dahingehend aus, daß die VVN-BdA eine Vielzahl von linksextremistisch beeinflußten Aktionen unterstützt.

2.4 **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)**

Die MLPD wurde 1982 in Bochum als „politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in der BRD und Westberlin" gegründet. Sie fordert in ihrem Programm den revolutionären „Sturz der Herrschaft der Monopolkapitalisten" und die „Einführung der sozialistischen Gesell-

Diktatur des Proletariats

schaftsordnung" unter einer „Diktatur des Proletariats". Die Partei bekennt sich zu den Lehren von Marx, Lenin und Mao Tse-tung. In ihrem Zentralorgan „Rote Fahne" führt sie in ihren ständigen „Informationen für neue Leserinnen und Leser" unter anderem aus: „Die MLPD wendet den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen schöpferisch auf die heutige Situation an."

Die Partei hat vor allem im west- und südwestdeutschen Raum Mitglieder. Sie sind in Betriebszellen, Ortsgruppen und Bezirken organisiert, die einer „zentralen Leitung" mit Sitz in Essen unterstehen. Die MLPD zählt bundesweit rund 2.500 Mitglieder, davon etwa 140 in Bayern. Nebenorganisation der Partei ist der Jugendverband REBELL. Von der MLPD beeinflußt ist der Frauenverband Courage. Als Vorfeldorganisationen bestehen seit Februar 1996 die in Kassel gegründete Solidarität International (SI) sowie der am 21. September 1996 in Gelsenkirchen gegründete Verein Deutsch-Philippinische Freunde. Mit diesen Vorfeldorganisationen sollen gleichgesinnte befreundete Gruppen in anderen Ländern bis hin zum bewaffneten Kampf unterstützt werden.

Isolierung

Die MLPD ist aufgrund ihrer sektiererischen Haltung im gesamten linksextremistischen Lager weiterhin isoliert. Von anderen linksextremistischen Parteien grenzt sie sich durch scharfe kritische Äußerungen ab.

Strukturveränderung

Tätigkeitsschwerpunkte der MLPD waren 1997 die interne Änderung der Organisationsstruktur sowie die „Selbstveränderung" der Partei. Die Partei löste den gesamten Organisations- und Kaderbereich als selbständige Einheit auf. Daneben verjüngte und veränderte sie den Funktionärskader in seiner Zusammensetzung. Erst nach Abschluß dieser Reorganisierung will die Partei im Februar 1998 entscheiden, auf welche Weise sie sich an der Bundestagswahl beteiligen wird.

Anfang November 1997 führte die MLPD als erste größere Aktion bundesweit eine Sammelaktion zugunsten der im Kongo erscheinenden Zeitung „Nyota ya Afrika", durch. Diese Publikation wird von der Partei „Congres des Progressites pour la Liberation" (CPL) herausgegeben; sie war maßgeblich am Sturz des Mobutu-Regimes beteiligt.

2.5 **Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)**

Zusammenschluß von Basisgruppen

Mehrere örtlich tätige maoistisch orientierte Arbeiterbasisgruppen schlossen sich 1973 zum AB zusammen. Dieser beruft sich in seinen programmatischen Aussagen auf den Marxismus-Leninismus und die Ideen Stalins sowie Mao Tse-tungs. Sein Ziel ist die Beseitigung der

„herrschenden Ausbeuterklasse" und die „Errichtung einer Diktatur des Proletariats", um den Kommunismus in einer „klassenlosen Gesellschaft" zu verwirklichen. Der AB bekennt offen, daß dies nur mit Gewalt zu erreichen sei, da die „herrschende Klasse" nicht freiwillig auf ihre Macht verzichte.

Der AB ist vorwiegend in Bayern tätig. Es bestehen Gruppen in Augsburg, München, Nürnberg und Regensburg. „Freundeskreise" in München, Nürnberg und Regensburg sollen den AB finanziell unterstützen. In weiteren Städten des Bundesgebiets verfügt der AB über Ortsgruppen bzw. Stützpunkte. Die Gesamtmitgliederzahl blieb konstant bei etwa 200, davon rund 100 in Bayern.


KAZ KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG EXTRA
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!
DIE BRANDSTIFTER SITZEN IN BONN - STOPPEN WIR DEN NAZITERROR!
Tatort Baustelle
Wie Opfer zu Tätern gemacht werden
Beilage: Thesen zu Rassismus und Kapital

Der AB ist in zwei Flügel gespalten. Der größere, die Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (Gruppe KAZ) steht der DKP, der kleinere Flügel der PDS nahe. Der Großteil der Mitglieder der Gruppe KAZ hat sich 1997 in Form einer Doppelmitgliedschaft der DKP angeschlossen. Zu einem kollektiven Übertritt zur DKP und Auflösung des KAZ-Flügels konnten sich die Mitglieder jedoch nicht durchringen. Beide Flügel sehen sich in der Tradition des AB, zeigten aber nur geringe Aktivitäten.

2.6 **Marxistische Gruppe (MG)**

Die Marxistische Gruppe, 1969/1970 aus der Gruppierung „Rote Zellen" hervorgegangen, hatte am 21. Mai 1991 ihre „Auflösung" erklärt. Sie blieb jedoch mit etwa 10.000 fest an die Gruppe gebundenen Mitgliedern und stabilen organisatorischen Strukturen eine der größten linksextremistischen Organisationen in Deutschland. Über die MG wurde zuletzt im Verfassungsschutzbericht Bayern für 1992 berichtet. Seither trat die MG nicht mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten in Erscheinung. Diese Zurückhaltung hat sie inzwischen zumindest zum Teil aufgegeben.

Stabile Strukturen

Bereits Anfang 1992 veröffentlichten führende MG-Funktionäre die „Politische Vierteljahreszeitschrift ‚GEGENSTANDPUNKT'". Die Auflage beträgt seither etwa 7.000 Exemplare. Später begannen in München

Regelmäßige Veranstaltungen

und Nürnberg die regelmäßigen, in der Tradition früherer „teach-ins" stehende „Jour-fixe" bzw. „GEGENSTANDPUNKT"-Diskussionsveranstaltungen, ohne jedoch die frühere Gruppenbezeichnung MG zu verwenden. Diese Veranstaltungen werden jeweils von rund 250 Personen besucht. Behandelt wurden unter anderem die Themen: Euro, Goldreserven, Weltwirtschaft und Börse.



In vergangenen Jahr trat die MG erstmals wieder mit Flugblattverteilungen öffentlich in Erscheinung. Damit warb sie unter anderem für eine erstmals seit Jahren wieder in der Universität München durchgeführte Diskussionsveranstaltung. Ziel dieser Werbemaßnahmen ist neben der Werbung von Veranstaltungsteilnehmern auch die Gewinnung neuer Anhänger. Derzeit hat die MG in Bayern etwa 4.200 Angehörige, von denen etwa 700 aktiv tätig sind.

Gewinnung neuer Anhänger

3. Münchner Bündnis gegen Rassismus

Linksextremistischer Einfluß

An dem linksextremistisch beeinflußten Münchner Bündnis gegen Rassismus beteiligen sich neben demokratischen Gruppierungen die linksextremistisch beeinflußte VVN-BdA, marxistisch-leninistische Organisationen wie DKP, AB, Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) und die trotzkistische Sozialistische Arbeitergruppe (SAG). Die Leitung bei Treffen und Veranstaltungen oblag jeweils Aktivisten der linksextremistischen Gruppierungen. Diese zeichneten auch für Flugblätter des Bündnisses presserechtlich verantwortlich. Das Bündnis fungierte als Träger für eine Vielzahl von Aktivitäten, zu denen kleinere Gruppen alleine nicht in der Lage waren.

Veranstaltung gegen JN

So war das Münchner Bündnis gegen Rassismus Hauptinitiator der Aktionen gegen eine geplante Demonstration der NPD/JN am 8. November in München. Trotz des Verbots des Aufzugs der NPD/JN und der Gegendemonstration mobilisierte ein „Aktionsbündnis gegen den Nazi-Aufmarsch am 8. November 97". Dieses Aktionsbündnis und sein Unterstützerkreis bestanden aus bis zu 60 Gruppierungen und rund 20 Einzelpersonen. Organisatoren waren unter anderem das Münchner Bündnis gegen Rassismus, die Autonomen, die VVN-BdA, die DKP und die PDS. Obwohl der Bayerische Verwaltungsgerichtshof das von der Landeshauptstadt München ausgesprochene Verbot für beide Versammlungen in zweiter Instanz bestätigt hatte, versammelten sich am 8. November in München ca. 100 Personen zu einer verbotenen Ersatzveranstaltung. Die Polizei unterband die weiteren

Aktivitäten und leitete gegen den Leiter dieser Versammlung, einen Aktivisten des Münchner Bündnisses gegen Rassismus, ein Strafverfahren wegen Leitens einer verbotenen Versammlung ein.

4. Autonome

4.1 Überblick

Unverminderte Gewaltbereitschaft

Die Gewaltbereitschaft der Autonomen hielt auch 1997 unvermindert an und hat einen wesentlichen Anteil an der Bedrohung der Inneren Sicherheit in Deutschland durch Extremisten. Autonomen sind über 80% der linksextremistisch motivierten Gewalttaten zuzurechnen.

Die ersten autonomen Gruppen entstanden Ende der 70er Jahre. Ihr Tätigkeitsfeld beschränkte sich seinerzeit im wesentlichen auf den Bereich der Antikernkraftbewegung. Inzwischen sind autonome Gruppen in allen Themenbereichen linksextremistischer Agitation tätig, vor allem in der Antifa-Bewegung. Mit der Ausweitung der Aktivitäten konnten sie ihren Einfluß ausbauen und stetig neue Anhänger für ihre diffusen Vorstellungen gewinnen. Sie stellen eine der bedeutendsten Strömungen des Linksextremismus in Deutschland dar.

Mobilisierung über Agitationsthemen

Durch geschickte Agitation versuchen Autonome, auch demokratische Protestbewegungen für ihren Kampf gegen den Staat zu mobilisieren. Auch für bayerische Autonome hat das Thema „Antikernkraft", bundesweit ein Hauptaktionsfeld der Autonomen, mit dem Neubau des Forschungsreaktors für die Technische Universität in Garching und den Castor-Transporten aus den Kernkraftwerken Gundremmingen und Grafenrheinfeld weiterhin Bedeutung. „Antifaschismus", worunter Autonome auch den Angriff auf die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland verstehen, bildet für bayerische Autonome aber nach wie vor das Hauptbetätigungsfeld.

4.2 Ideologische Ausrichtung und Agitationsschwerpunkte

Autonome haben kein einheitliches ideologisches Konzept. Sie folgen unklaren anarchistischen und anarchokommunistischen Vorstellungen. Wesentliches Element ist die unbeschränkte Entfaltung der eigenen Persönlichkeit, um frei von „Lohnarbeit", sozialen Zwängen und Rücksichtnahmen, eben „autonom" zu leben. Im Gegensatz zu anderen linksextremistischen Gruppierungen ist Autonomen ein ausformuliertes Programm oder verbindliches Statut fremd. Die losen,

überwiegend kurzlebigen Gruppen bilden sich meist über Aktionsthemen. Feste Bindungen an die Gruppen werden schon aufgrund der negativen Grundeinstellung gegenüber jeglichen hierarchischen Strukturen abgelehnt. Einig sind sich die Autonomen in der kategorischen Ablehnung von Staat und Gesellschaft. Ihr Ziel ist die Abschaffung des Staats und seiner Institutionen, um an seiner Stelle eine „herrschaftsfreie Gesellschaft" zu errichten, von der indessen niemand weiß, wie sie im einzelnen aussehen soll. Vielen Anhängern genügt auch das Grundgefühl von „Antistaatlichkeit".

Grundgefühl von Antistaatlichkeit

Die Münchner Gruppierung „Zusammen kämpfen" setzte ihre verfassungsfeindliche Agitation fort. Nach dem ausgeprägten antikapitalistischen Grundverständnis dieser Gruppe versteht sie die staatliche und gesellschaftliche Ordnung Deutschlands als „Klassengesellschaft", in der ein „gnadenloser Klassenkampf von oben" gegen die „proletarische Klasse" betrieben werde. Dieser Sichtweise folgend propagiert „Zusammen kämpfen" in einem Grundsatzpapier, abgedruckt in der autonomen Publikation „INTERIM" Nummer 429 vom 7. August, die Beseitigung der bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung in Deutschland. An ihre Stelle treten soll eine klassenlose, kommunistische Gesellschaftsform, aufgebaut nach dem Räteprinzip. Um dieses Ziel zu erreichen, forderte „Zusammen kämpfen" den Aufbau einer breiten revolutionären Bewegung, die einen gemeinsamen antikapitalistischen und antistaatlichen Kampf führen müsse.

Klassenlose Kommunistische Gesellschaft

Agitationsschwerpunkt der Gruppe „Zusammen kämpfen" ist der Bereich „Sozialabbau", da hiervon breite Bevölkerungsschichten betroffen seien. Die Gruppe versucht damit, wie von Linksextremisten bereits in der Vergangenheit häufig praktiziert, auf demokratische und friedliche Protestaktionen einzuwirken und diese für ihre extremistischen Ziele zu nutzen:

Rätesystem

> *„Die spontan auftretenden massenhaften und militanten Streiks der proletarischen Klasse (Arbeiter, Arbeitslose, Studenten, ...) aufgreifen und ausweiten bis hin zum politischen Massenstreik gegen den Sozialraub der Bundesregierung und die Angriffe der Unternehmer! (...) In von uns gewählten Räten in Betrieb, Schule, Stadtteil, ... mit selbstorganisierten Streiks, Straßenrevolten ... zur Enteignung von Konzernen und Banken! Eine internationale Front gegen ein Europa des Kapitals aufbauen!"*
> (Flugblatt zur „1. Mai-Demo 1997" in München).

Hauptthema Antifaschismus

Eine wesentliche Rolle nimmt für Autonome das Thema Antifaschismus ein. Darunter verstehen sie nicht nur den unmittelbaren Kampf

gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, sondern auch den Kampf gegen die Bundesrepublik Deutschland. Diese stehe in direkter Kontinuität zum Dritten Reich und verfolge selbst „faschistische, rassistische und imperialistische" Ziele. Mit ihren Aktionen soll der Staat selbst als „faschistisch" vorgeführt werden. Aktionsthemen hierfür sind unter anderem „Rassismus", „Kapitalismus" und soziale Probleme.



In einem Faltblatt „Demonstration gegen die faschistische DVU am 27.09.1997" der Antifaschistischen Jugenfront Passau (AJF Passau) heißt es unter dem Slogan: „Kampf dem Faschismus! - Kampf dem Kapital - Zusammen kämpfen!" unter anderem:

> *„Der einzig wirksame Weg, den FaschistInnen das Wasser abzudrehen, bleibt für die Linke folglich, selbst wieder brauchbare Alternativen zum kapitalistischen System zu erarbeiten. Wir dürfen den Nazis Themen wie Sozialabbau und ähnliches nicht überlassen ..."*

Ein Schwerpunkt der „Antifa-Aktivitäten" der Autonomen richtet sich - wie im Vorjahr - gegen die rechtsextremistische Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) der NPD.

Instrumentalisierung bürgerlicher Protestbewegungen

Die Autonomen versuchen, ihren verfassungsfeindlichen Zielen durch die Instrumentalisierung bürgerlicher Protestbewegungen näherzukommen. Dies wird deutlich am Beispiel der Antikernkraftbewegung. Nur gleichberechtigte Zusammenarbeit innerhalb der einzelnen Bewegungen des „atomaren Widerstands" führe zu dem Ziel, die derzeitigen politischen Verhältnisse grundlegend zu ändern. Dabei stelle sich die Frage:

> *„Inwiefern ist es möglich, den sich organisierenden Kämpfen eine gesamtpolitische, radikale Ausrichtung zu geben? Eine Richtung, die Bedingung nicht nur für das Ende der Atomtechnologie, sondern der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und der Ausbeutung der Menschen und der Natur sein könnte?"*

Einerseits stellten Bürgerinitiativen - als Teil dieses „atomaren Widerstands" - relativ spontane Zusammenschlüsse dar, allerdings entstanden aus direkter persönlicher Betroffenheit und nicht aus der Analyse politischer Verhältnisse:

> *„So bekämpfen sie die augenfälligsten Symptome des Kapitalismus, jedoch nicht die Bedingungen, die sie erst ermöglichen."*

Andererseits seien auch die Kämpfe der Autonomen gegen die Kernenergie oftmals ohne klare politische Ausrichtung und würden lediglich den militanten Arm einer auf Ausstieg aus der Kernkraft gerichteten Bewegung darstellen.

Kampf gegen den Staat

Tatsächlich komme es darauf an, dieser „unreformierbaren Staatsform in ihrer Gesamtheit" entgegenzutreten und Kämpfe gegen Ausbeutung aus allen verschiedenen Bereichen zusammenzuführen:

> *„Das bedeutet aufzuzeigen, daß soziale, feministische, ökologische und antifaschistische Bewegungen nicht unabhängig voneinander stehen."*

Weitere Themen waren Solidaritätsaktionen zugunsten der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und anderer türkischer Gruppen, Sanierungsmaßnahmen in Großstädten, insbesondere in Berlin, und die Agitation gegen Sparmaßnahmen der Bundesregierung.

Anwendung von Gewalt

Die Bejahung von Gewalt zur Durchsetzung von Zielen ist unumstrittener Bestandteil autonomen Selbstverständnisses. Ihre Gewalttaten versuchen sie, als „Gegengewalt" gegen staatliche Maßnahmen und Regelungen zu rechtfertigen. Auch Gewalt gegen Personen wird von Autonomen entgegen früherer Praxis inzwischen insbesondere bei Aktionen gegen politische Gegner als geeignetes Mittel angesehen und angewendet. Auch die Formierung von „Schwarzen Blöcken" bei Demonstrationen ist in diesem Zusammenhang einzuordnen als Symbol für „militanten Antifaschismus" und eine „Politik, die das Gewaltmonopol des Staats nicht anerkennt".

Gezielte Vorbereitung der Gewalttaten

Gewaltakte der Autonomen, im Szenejargon auch als „klandestine Aktionen" bezeichnet, erfolgen äußerst konspirativ. Sie werden durch Ausspähung der Zielpersonen und Objekte vorbereitet. Hierzu sind in der Szene Anleitungen, z.B. „Tips und Tricks zur Vermeidung von Spuren", im Umlauf. Die polizeilichen Ermittlungen gestalten sich deshalb häufig sehr schwierig.

4.3 **Autonome Strukturen**

4.3.1 **Autonome in Bayern**

Schwerpunkte in Bayern

Örtliche Brennpunkte der Autonomen in Bayern waren auch im Jahr 1997 Nürnberg, München und Passau. Die Passauer Autonomen traten wie im Vorjahr im wesentlichen mit publizistischen und versammlungsrechtlichen Aktivitäten sowie Sachbeschädigungen durch

massive Schmieraktionen in Erscheinung. Die in den Vorjahren festgestellte besonders hohe Gewaltbereitschaft der Passauer Gruppen blieb unverändert und manifestierte sich insbesondere durch die Einbindung in die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO). Die Bedeutung des „Künstlerhauses", vormals Kommunikationszentrum (KOMM) als zentrale Anlauf- und Kontaktstelle der Autonomen in Nürnberg ging zurück. Den Schlußpunkt setzte die Kündigung der Mietverträge durch die Stadt Nürnberg zum Ende des Jahres. Die künftige Nutzung soll unter unmittelbarem Hausrecht der Stadt Nürnberg erfolgen. Damit wird die Bedeutung des KOMM für linksextremistische Agitation nachlassen. Zuletzt verübten Autonome in Nürnberg am 20. Dezember im Zusammenhang mit massiven Ausschreitungen einen Brandanschlag. Den Autonomen in Nürnberg scheint es zu gelingen, ihre ideologische und organisatorische Tätigkeit an anderen Orten fortzusetzen. Agitationsschwerpunkt für die Münchner Autonomen war das Thema Antifaschismus. Den Schwerpunkt bildeten die zum Teil unfriedlichen Versammlungen gegen die Wehrmachtsausstellung am 1. März und gegen die JN am 16. August.

Daneben bestehen autonome Gruppen in den Bereichen Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Coburg, Erlangen, Fürth, Ingolstadt, Regensburg, Rosenheim und Würzburg. Auch aus anderen Städten wurden Aktivitäten bekannt, die als Indiz für das Vorhandensein autonomer Strukturen gewertet werden müssen.

500 Autonome in Bayern

Insgesamt gehören autonomen Strukturen in Bayern rund 500 Personen an. Obwohl die Anhängerzahl sich nicht erhöht hat, ist die Motivation der Autonomen gestiegen. Dies zeigt sich unter anderem an der durchwegs zunehmenden Beteiligung Autonomer an Großveranstaltungen, einer gesteigerten Aggressivität der Versammlungsteilnehmer und nicht zuletzt an den deutlich gestiegenen Zahlen der in Bayern verübten Gewalttaten. Das öffentliche Erscheinungsbild Autonomer hat sich verändert. Viele versuchen, vom Image des in schwarzer Kluft herumlaufenden, vermummten und mit einer Zwille bewaffneten „Revolutionärs" wegzukommen. Durch ein unauffälligeres Erscheinungsbild will man bündnisfähiger werden.

Die oft kurzlebigen, meist aus konkretem Anlaß gegründeten Gruppierungen tragen Namen wie Rote Antifa Nürnberg, Zusammen kämpfen, Antifaschistische Jugendfront und Antifaschistische Aktion.

Die frühere grundsätzliche Ablehnung von Organisationsformen und verbindlichen Strukturen haben die Autonomen teilweise aufgegeben.

4.3.2 **Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO)**

Die AA/BO ist einer der wenigen erfolgreichen Versuche, im autonomen Bereich dauerhafte Organisationsstrukturen zu schaffen. Sie hat wesentliche Bedeutung für die gewaltbereite autonome antifaschistische Szene und ist eine Art Dach für gewaltorientierte Gruppierungen zur Verankerung und Verbreiterung des Widerstands. Der AA/BO gehören Gruppierungen aus etwa zehn Städten im gesamten Bundesgebiet an. Eine zentrale Rolle in dieser Organisation nimmt die militante Autonome Antifa (M), Göttingen, ein. Daneben haben in der AA/BO auch die Antifaschistische Aktion Passau (AA Passau) und die Antifaschistische Aktion Berlin (AA Berlin) erhebliche Bedeutung erlangt. In Bayern ist außerdem die Rote Antifa Nürnberg (RAN) aktiv. Die linksextremistische Zielsetzung der AA/BO zeigt sich unter anderem an der von ihr propagierten These, daß sich der Antifaschismuskampf gegen die Grundpfeiler der bürgerlichen Herrschaft richten müsse. Die Parole lautet „Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System".

Wichtige Rolle der AA Passau

Durch die Zugehörigkeit der AA Passau und RAN zur militanten AA/BO sind die bayerischen Schwerpunktszenen in den permanenten, bundesweiten Informationsaustausch autonomer und anderer linksextremistischer Gruppierungen eingebunden. Die Entwicklung der bundesweiten Vernetzung zeigt, daß der frühere krisenhafte Zustand der Autonomen-Bewegung bis hin zum teilweisen Zerfall einzelner Gruppierungen und Organisationsansätze einer inhaltlichen Neustrukturierung gewichen ist. Die derzeitigen AA/BO-Mitglieder, voran die AA Passau und die AA Berlin (zum Teil ehemalige Angehörige der AA Passau), sind fest entschlossen, die Ansätze zur Schaffung eines bundesweiten legalen Dachs für das Zusammenwirken legaler Gruppen weiter zu verfolgen.

Einbindung in den bundesweiten Informationsaustausch

Die engen personellen Verbindungen zwischen Passau und Nürnberg und die im vergangenen Jahr auf Betreiben Passauer Autonomer gegründete Antifaschistische Aktion München (AA München) deuten darauf hin, daß Autonome ihre Kräfte bündeln und innerhalb der Linksextremisten Einfluß nehmen wollen (anlaßbezogene Bündnispolitik). Dabei könnte die Zusammenarbeit zwischen den bayerischen autonomen Gruppierungen zu einem bayerischen Bündnis führen.

Bündnisbestrebungen in Bayern

Bundesweiter Einfluß bayerischer Autonomer

Im Rahmen der Vernetzung von Gruppen spielen vor allem Passauer Aktivisten bundesweit eine wichtige Rolle. In Berlin, Hamburg und Göttingen wirkten bayerische Autonome stabilisierend auf die „politische Arbeit" der dortigen Gruppierungen. So nahm die Polizei am 17. November in Göttingen vier Autonome wegen Verdachts der Sachbeschädigung vorläufig fest. Bei drei von ihnen handelt es sich um ehemals führende Aktivisten der Autonomen in Passau, die ihren Wohnsitz im Laufe des Jahres 1996 nach Göttingen verlegt hatten. Sie werden verdächtigt, mit Steinen das Schaufenster eines Fotogeschäfts in Göttingen eingeworfen und an die Eingangstür die Parole „Deutsche Täter sind keine Ausstellungsstücke" gesprüht zu haben. Im Geschäft war das Foto eines Mannes in Wehrmachtsuniform ausgestellt.

Werbung neuer Anhänger

Unter dem Titel „Was Sie schon immer über die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation wissen wollten" wirbt die AA/BO mit einem farbig gestalteten Faltblatt in der linksextremistischen Szene. Darin heißt es:

> *„Mit der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation wollen wir den Faschisten organisiert entgegentreten. Wir gehen offensiv gegen die Drahtzieher und Ideologen des Nazi-Terrors vor. Faschistische TäterInnen haben Namen und Adressen!"*

Die AA/BO empfiehlt sich als Sammlungsbewegung, die die Zersplitterung der „Linken" überwindet. Sie propagiert Widerstand gegen bürgerliche Kräfte und das „bestehende Herrschaftssystem". Der Widerstand soll auch all denen gelten, die Nazis gesellschaftliche Akzeptanz verleihen. Dazu zählt die AA/BO bürgerliche Politiker, Gewerkschaftsfunktionäre und Medien, die sich für eine Begrenzung der Migration einsetzen.

Propagierung von Gewalt

> *„Eine antifaschistische, freie Gesellschaft kann nur entstehen, wenn das System mit all seinen Übeln gekippt wird. Denn für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn es nicht niedergerissen wird."*

4.3.3 Bemühen um Jugendliche und Heranwachsende

Umfassende „Anti"-Haltung

Autonome treten in der Öffentlichkeit vor allem durch eine antistaatliche Haltung, Ablehnung gesellschaftlicher Normen und Werte sowie Abgrenzung zu anderen Protestpotentialen in Erscheinung. Sie bejahen den Einsatz eigener Militanz zur Durchsetzung ihrer sogenannten politischen Forderungen und Ziele. Diese oft umfassende „Anti"-Haltung

steigert die Attraktivität gerade bei jungen Menschen, vor allem wenn diese mit Problemen im Elternhaus oder in der Schule bzw. Ausbildung konfrontiert werden. Dieses gemeinsam empfundene, alle Bereiche umfassende Lebensgefühl geht über - möglicherweise unterschiedliche - politische Vorstellungen hinaus und schafft verbindende Linien. Angehörige bzw. Aktivisten der Autonomen unterscheiden sich soziologisch zunächst kaum von anderen Jugendlichen oder jungen Erwachsenen. Sie sind Schüler, Studenten oder Auszubildende, die vielfach aber ihre Lehre oder ihr Studium nicht abschließen. Es kommt ihnen in ihrer Lebensplanung in erster Linie nicht auf eine Ausbildung und Arbeit zur (gesellschaftlich aufgezwungenen) Konsumbedarfsdeckung an, sondern vielmehr auf eine bestimmte Lebensweise.

Eine Untersuchung von insgesamt 373 Autonomen - insgesamt werden den Autonomen in Bayern über 500 Personen zugerechnet -, die den Regionen München, Nürnberg/Fürth/Erlangen und Passau angehören, ergab folgende Altersstruktur:

Altersstruktur

46 sind 16 bis 20 Jahre alt, davon 43% weiblich,

93 sind 21 bis 25 Jahre alt, davon 36% weiblich,

234 sind über 26 Jahre alt, davon 31% weiblich.

Die Jugendlichen machen demnach etwa 12 % der Autonomen aus. Die Gruppe der 21- bis 25jährigen stellt die aktivsten Autonomen. Die sogenannten „Alt-Autonomen" mit über 26 Jahren treten als zahlenmäßig stärkste Gruppe eher „beratend", „beeinflussend" und „helfend" in Aktion.

Soziologische Merkmale

Besonders kennzeichnend für die meisten der autonomen Szene zuzurechnenden Personen ist:

- Sie stammen häufig aus der Mittelschicht.
- Sie haben im Schnitt eine höhere (Vor-)bildungsqualifikation als der Bevölkerungsdurchschnitt.
- Sie lehnen „desozialisierende Lohnarbeit" ab, statt dessen finanzieren sie ihre materiellen Bedürfnisse sowie ihre „szene-notwendige" Freiheit durch „Anzapfen" staatlicher Gelder oder Unterhaltszahlungen der Eltern; gelegentlich auch durch Kleinkriminalität.
- Sie verzichten auf einen „bürgerlichen Status" mit dem dazugehörenden Lebens- und Konsumstandard und behalten sich die

erreichte freie Zeit für selbstbestimmte Lebens- und Erlebnisqualität in oppositionellen Freiräumen vor.

Ernüchtert über die Diskrepanz des eigenen Anspruchs und der vorgegebenen Wirklichkeit, bedingt durch letztlich permanenten Frust über ergebnislose Diskussion und autonome Selbstisolation, „steigen" viele Personen erfahrungsgemäß spätestens nach fünf bis sieben Jahren „aus". Die vielen Aussteiger werden gerade noch durch die oft sehr jungen Neulinge kompensiert. Von dieser Entwicklung ausgenommen sind die „Alt-Autonomen". Ihnen gelingt es jedoch kaum, eine gruppenmäßig ausgerichtete Theorie und Praxis autonomer Politik über die genannten Zeiträume hinaus zu garantieren. Da es sich bei der Autonomen-Bewegung um eine Art „Jugendrevolte" handelt, gibt es eine über den genannten Zeitraum hinausgehende Kontinuität der autonomen Praxis ebensowenig wie eine auf Kontinuität aufbauende Perspektive autonomer Politik. Bedingt durch wechselnde personelle Zusammenhänge und damit persönliche Erfahrungen orientieren sich Aktionen an den jeweiligen politisch aktuellen Themen.

Hohe Fluktuation

Die der Szene eigene Mitgliederfluktuation ist von Angehörigen erkannt und wird als Hemmnis für eine kontinuierliche politische Fortentwicklung - wie es die AA/BO anstrebt - der Autonomen-Bewegung angesehen. In der Vergangenheit hat es wiederholt regional begrenzte Versuche - z.B. in München, Nürnberg oder Passau - gegeben, eine Änderung mit dem Ziel einer „politischen Qualitätsverbesserung" herbeizuführen.

Schaffung von Strukturen

Die Autonomen werden weiterhin bemüht sein, eine notwendige „gemeinsame Front von Lohnabhängigen, Arbeitslosen, Azubis, (...) sowie SchülerInnen und StudentInnen" aufzubauen und mit anderen politischen Protestpotentialen der linken Szene Aktionsbündnisse einzugehen.

Die gesellschaftspolitischen Veränderungen in Deutschland mit einer relativ hohen Arbeitslosenzahl unter den Jugendlichen und die Einschnitte sozialer Zuwendungen im schulischen und universitären Bereich (BAföG-Änderungen) nutzen „erfahrene" Autonome für ihre politische Zielsetzung und „Werbemaßnahmen" vor weiterführenden Schulen, insbesondere Gymnasien. Linksextremistische Ideen werden dabei verschleiert und z.B. unter dem Deckmantel „Antifaschismus", „Antifa-Jugendinformation" oder unter dem Slogan „Meine Freundin ist bei der Antifa!" verbreitet. Die AA München wirbt etwa bei

Verschleierung der Ziele

Jugendlichen als eine Gruppierung von jungen aufgeschlossenen Leuten aus verschiedener politischer und sozialer Herkunft, die gemeinsam einen organisierten Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Sexismus auf den Straßen, in den Parlamenten und in den Chefetagen der Konzerne führen wollen. So bewegen sich im Umfeld der autonomen Schwerpunktzentren ferner etwa je 30 Personen im Alter von 14 bis 16 Jahren. Dieser Personenkreis ist derzeit noch unorganisiert, beteiligt sich jedoch an Aktionen und Demonstrationen der Linksextremisten.

Werbung bei Jugendlichen und Schülern

In einer 16 Seiten umfassenden Flugschrift mit dem Titel „get up, stand up ... Antifa heißt Angriff!" warb die AA/BO im Dezember in Berlin unter Schülern und Jugendlichen um neue Anhänger. Darin werden die Autonomen als „hartgesottene Rebellen" dargestellt, die unverzagt gegen Faschisten kämpfen; offensive Aktion gegen „rechten Konsens" sei notwendig:

> *„Wenn wir wirklich etwas verändern wollen, dann müssen wir selbst aktiv werden und uns organisieren. Wer sich auf pseudodemokratische Staatsdiener verläßt, wird bald selbst verlassen".*

Verharmlosung der RAF-Morde

Die Schrift verklärt auch Morde der RAF. So sei Jürgen Ponto bei einem Entführungsversuch ums Leben gekommen. Die Ermordung Dr. Hanns-Martin Schleyers durch die RAF wird mit den Worten kommentiert: „Die deutsche Regierung opfert den alten Kameraden". Die Broschüre endet mit der Parole: „Frei sein, high sein, Terror muß dabei sein!"

Auch in verschiedenen bayerischen Städten wie München und Passau versucht die AA/BO, vor allem an weiterführenden Schulen Nachwuchs zu gewinnen. Neue Anhänger weisen in der Regel einen höheren Bildungsstand auf.

Einer anderen Strategie im Bereich Jugend bedient sich mit Erfolg die nicht zu der autonomen Szene zählende trotzkistische Sozialistische Arbeitergruppe (SAG). Sie versucht, ihre Bedeutung durch Mitarbeit bei demokratischen Parteien zu vergrößern (Entrismus). Die SAG hatte bereits zur Jahreswende 1993/94 begonnen, ein sogenanntes „Linksruck-Netzwerk" zu gründen, das innerhalb von Juso-Gliederungen der SPD arbeitet. Von einer Zentrale in Hamburg werden die Aktivitäten einzelner Ortsgruppen koordiniert. Über die Zeitschrift „Linksruck", die nach eigenen Angaben inzwischen eine Auflage von 5.000 Exemplaren erreicht hat, werden die Anhänger informiert und

Aktivitäten koordiniert. In der Ausgabe Nummer 36 vom Februar wird über eine erfolgreiche Werbeaktion für neue Mitglieder berichtet, deren Ziel, fünf neue Mitglieder je Ortsgruppe zu gewinnen, vorzeitig erreicht worden sei. Innerhalb von zwei Monaten seien 104 Neueintritte zu verzeichnen gewesen. In der Zeitung werden 36 Kontaktanschriften genannt. Lenin wird als konsequenter Kämpfer für wirkliche Freiheit und echte Demokratie gepriesen. In München ist die SAG in vier Juso-Kreisverbänden tätig, ohne diese jedoch zu beherrschen.

Unterwanderung demokratischer Organisationen

4.3.4 **Informationelle Vernetzung**

Durch die Zugehörigkeit der AA Passau und RAN zur militanten AA/BO sind die bayerischen Schwerpunktszenen in den permanenten, bundesweiten Informationsaustausch autonomer und anderer linksextremistischer Gruppierungen eingebunden. Für den regionalen, überregionalen und internationalen Informationsaustausch nutzen Autonome Szenepublikationen, Info-Läden, Szenelokale sowie verdeckte informelle Strukturen wie interne Telefonketten, aber auch Mailboxverbundsysteme. Eine in der Szene verbreitete Übersicht führt mehr als 80 solcher Anlaufstellen im Bundesgebiet auf. In Bayern bestehen Info-Läden unter anderem in Aschaffenburg, Augsburg, Fürth, München, Nürnberg, Passau und Regensburg. Für die landes- und bundesweite sowie die internationale Kommunikation werden moderne Kommunikationsmittel wie Telefax und Mailbox-Systeme in erheblichem Umfang verwendet, so das von Wiesbaden aus aufgebaute Mailbox-System „Spinnennetz", das aber an Bedeutung zugunsten anderer moderner Kommunikationswege verlor. Erhebliche Bedeutung hat inzwischen auch die Nutzung des internationalen Informationssystems Internet erlangt. Darin werden, zum Teil über ausländische Anbieter, ebenso wie von Rechtsextremisten und ausländischen Gruppen Nachrichten und Publikationen mit teilweise strafbarem Inhalt verbreitet.

Info-Läden

Mailboxen und Internet

4.3.5 **Internationale Verbindungen**

In der Zeit vom 3. bis 5. Oktober fand in London auf Einladung der Antifaschist-Action (AFA) die 1. Internationale Konferenz militanter antifaschistischer Gruppen statt. An dieser Konferenz nahmen über 20 Gruppen aus England, Irland, Deutschland, Skandinavien, Kanada und USA teil. Diskutiert wurde unter anderem über eine vorbereitete

Konferenz in London

vierseitige Grundsatzerklärung, die letztendlich aber nur von wenigen Gruppen unterzeichnet wurde. Das Ziel der Veranstaltung war, die Zusammenarbeit militanter antifaschistischer Gruppen voranzubringen. Vereinbart wurde ferner eine internationale Computervernetzung. Dieses Treffen war auch Thema eines Artikels in der Zeitung „EinSatz! - Zeitung für autonome Politik"(Nummer 25 vom November) der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen. Sowohl Diktion als auch Diskussion bei diesem Treffen stellten den militanten antifaschistischen Kampf in den Vordergrund. Auch aus Bayern nahmen mehrere Personen teil.

Internationale Computervernetzung

Die Festnahme eines Autonomen aus München am 2. November in Kösching, Landkreis Ingolstadt, löste überraschend eine nahezu internationale Solidaritätswelle aus. Anlaß war eine Veranstaltung eines der rechtsextremistischen Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) nahestehenden Vereins, an der etwa 700 Personen aus verschiedenen europäischen Staaten teilnahmen. Dagegen organisierten regionale antifaschistische Gruppen/Parteien, unter anderem die PDS und die autonome Antifaschistische Aktion Ingolstadt, eine Protestveranstaltung mit etwa 150 Teilnehmern. Im Vorfeld dieser Aktion nahm die Polizei mehrere Personen vorläufig fest. Darunter befand sich auch ein Autonomer aus München, der im Verdacht steht, einen Polizeibeamten durch einen Steinwurf verletzt zu haben. In einer öffentlich zugänglichen Mailbox rief daraufhin die „internationale antifaschistische und anarchistische/anarchosyndikalistische Bewegung" in deutscher und englischer Sprache zur Solidarität und zu Protestschreiben an den bayerischen Innenminister in München und die Staatsanwaltschaft in Ingolstadt auf.

Internationale Solidarität

4.4 **Autonome Publikationen**

Eine weitere Informationsmöglichkeit bieten den Autonomen die Szenepublikationen. Diese werden meist konspirativ hergestellt und verbreitet; ihre Autoren sind weitgehend unbekannt. Neben der Berichterstattung über autonome und terroristische Aktivitäten schüren die Publikationen vor allem den Haß gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie enthalten ferner unverhohlene Aufforderungen und Anleitungen zu Gewalttaten unter anderem gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten und deren Einrichtungen sowie - vor allem im Zusammenhang mit den Castor-Transporten - gegen Einrichtungen der

Anleitungen für Gewalttaten

Deutschen Bahn AG. Von den bundesweiten Szeneblättern hat nach wie vor die regelmäßig erscheinende, aus Berlin stammende Publikation „INTERIM" zentrale Bedeutung. Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen die Herausgeber, Hersteller und Verteiler dieser Publikation, unter anderem wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten und Belohnung und Billigung von Straftaten, konnten am 12. Juni rund 1.000 frisch gedruckte Exemplare der Ausgabe Nummer 424 der „INTERIM" vom selben Tag beschlagnahmt werden. Die Durchsuchungsaktion richtete sich gegen zwei Druckbetriebe und insgesamt 13 Personen, bei denen zahlreiche Unterlagen und mehrere Personalcomputer sichergestellt wurden. Eine Zerschlagung der Publikation ist mit dieser Durchsuchung aber nicht gelungen. Schon die nächste Ausgabe Nummer 425 erschien zeitgerecht, wenn auch mit weitgehend bekannten Texten. In einem kurzen Begleittext der Redaktion hieß es, der Briefkasten, in den für die Veröffentlichung angebotene Beiträge eingeworfen werden können, sei „gähnend leer" gewesen. Gleichzeitig bekräftigte sie:

Bundesweite Publikationen



„Wir machen weiter - keine Frage - alle Donnerstage!!!
Jetzt erst recht!!!"

Bei der Kontrolle eines offensichtlich überladenen PKW in der Nacht zum 23. März in Münster wurden 680 Exemplare der Druckschrift „radikal - Dokumentation kriminalisierter Texte" vom Frühjahr 1997 sichergestellt. Die beiden Fahrzeuginsassen wurden vorläufig festgenommen. Die 84seitige Broschüre enthält im wesentlichen bekannte Texte aus früheren Ausgaben der Untergrundschrift „radikal". In einem Vorwort erläutern die Herausgeber, daß sie sich - angesichts der Exekutivmaßnahmen gegen mutmaßliche „radikal"-Redakteure vom 13. Juni 1995 - gegen diese „Form staatlicher Zensur per Polizeiknüppel" wehren wollten.

Themenschwerpunkte in den autonomen Publikationen waren 1997 „Antifaschismus", „Organisierung im autonomen Spektrum", der „kurdische Befreiungskampf", „Rassismus", Flüchtlingspolitik und die Castor-Transporte. Daneben waren wie in den Vorjahren eine Vielzahl von Selbstbezichtigungsschreiben zu Anschlägen sowie Handlungsanleitungen zu Straftaten abgedruckt.

Schwerpunktthemen

In Bayern publizieren die Autonomen ihre politischen Artikel unter anderem in regelmäßig erscheinenden Schriften, wie „barricada" aus

Bayerische Publikationen

Nürnberg, „Antifa Jugendinfo" aus Passau und ähnlichen regionalen, überwiegend unregelmäßig herausgegebenen Blättern. Die bayerischen Publikationen konnten bisher keine überregionale Bedeutung gewinnen. Oft werden darin auch nur Artikel aus bundesweiten Szenepublikationen wie „INTERIM" übernommen und durch Hinweise auf aktuelle Themen und Termine der örtlichen oder regionalen Szene ergänzt.



Neue Publikationen aus München

Im Juli erschien die erste Ausgabe einer Broschüre „red & hot". Herausgeber ist die im Juli gegründete Antifaschistische Jugendfront München-Laim (AJF München-Laim), die „politisch" der AA München sehr nahe steht. Die Kontaktadresse beider Gruppierungen ist der autonome Info-Laden in München. Den Schwerpunkt der Publikation bilden „antifaschistische" Themen. Als Reaktion auf zunehmenden Rechtsextremismus rief die AJF München-Laim zur Organisierung „antifaschistischen Widerstandes" auf. Daneben mobilisierte die Publikation auch zur Teilnahme an mehreren „Antifa"-Veranstaltungen der AA München, die im Rahmen einer bundesweiten Aktionskampagne gegen NPD und JN stattfanden. An dieser Kampagne war die AA/BO mit den ihr angeschlossenen Gruppierungen beteiligt. Die Kampagne stand unter dem Aufruf „Kampf den Jungen Nationaldemokraten! Kein Fußbreit den Faschisten - tretet in antifaschistische Aktion!" und lief von Mai 1996 bis September 1997.



Anfang Januar 1998 wurde die erste Ausgabe einer weiteren neuen linksextremistischen Publikation „Pro.K Zeitung des revolutionären Aufbau München" bekannt. Verfasser und Herausgeber ist ein bisher unbekannter „Revolutionärer Aufbau München". Die Publikation soll sechsmal pro Jahr erscheinen und weist hinsichtlich ihres Erscheinungsbildes große Ähnlichkeit mit der als Sprachrohr der AA/BO fungierenden Publikation „EinSatz" auf. Die erste Ausgabe ist geprägt von einer starken antikapitalistischen und antistaatlichen Sicht-

weise und weist kommunistische Ideologieelemente auf. Nach einer Selbstdarstellung ist die Publikation „ein Instrument, aktiv in stattfindende Diskussionen, Teilbereichs- und Klassenkämpfe zu intervenieren und darin revolutionäre Prozesse in Gang zu setzen". Sie sei nur „ein Teil eines umfassenden revolutionären Prozesses". Die Publikation wolle

Kommunistische Ideologie

> *„... als ein revolutionäres/kommunistisches Aufbauprojekt auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Enteignung der Unternehmer hinarbeiten."*

Mit dieser neuen Zeitung soll ein möglichst breites Spektrum angesprochen werden - Aufbau einer „proletarischen Klasse" aus Arbeitern, Arbeitslosen, Schülern, Studenten und anderen angeblich Unzufriedenen - , um die „proletarische Klasse" für einen gemeinsamen revolutionären Kampf zu vereinen.

> *„Die Einheit der proletarischen Klasse ist die unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche soziale Revolution!"*

Auch Gewalt wird zur Erreichung der Ziele ausdrücklich befürwortet:

Propagierung von Gewalt

> *„Die Dokumentation unterschiedlicher Ebenen der politischen Aktion, sowohl öffentliche und legale, wie auch militante und illegale Arbeit, soll aufzeigen, daß nur eine Kombination von vielen Aktionsformen eine revolutionäre proletarische Bewegung zum Ziel führen wird."*

4.5 Aktivitäten autonomer Gruppen in Bayern

4.5.1 Autonome München

Die autonomen Gruppen in München befassen sich schwerpunktmäßig mit den Themen „Antifaschismus" und „Sozialabbau". Der Neubau des Forschungsreaktors für die Technische Universität München in Garching (FRM II) spielte für die Autonomen in diesem Jahr nur eine untergeordnete Rolle. Neben den aktiven Gruppen „Zusammen kämpfen" (Zk) und AA München ist eine weitere Gruppe, die AJF München-Laim, in Erscheinung getreten.

Protest gegen NPD und JN

Die Ausstellung „Vernichtungskrieg - die Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" in der Zeit vom 25. Februar bis 6. April im Münchner Rathaus rief heftige Reaktionen auch in rechtsextremistischen Kreisen hervor. Die NPD/JN nahm die Welle des Protests zum Anlaß, „nationalen Widerstand" zu demonstrieren und meldete für den 1. März

einen bundesweiten Aufzug mit Schlußkundgebung auf dem Münchener Marienplatz an. Das Thema lautete „Unsere Großväter waren keine Verbrecher - wir sind stolz auf sie". Dagegen organisierten linksextremistische Gruppierungen und Organisationen am selben Tag zwei Gegendemonstrationen. Die autonome AA München demonstrierte unter dem Motto „Tretet in antifaschistische Aktion! Täter sind keine Opfer!" Daneben protestierte ein Bündnis unter Beteiligung von DKP, VVN-BdA, PDS, AB, Revolutionärer Sozialistischer Bund (RSB), MLPD, Münchner Bündnis gegen Rassismus und demokratischer Organisationen unter anderem mit dem Slogan „Die Verbrechen der Wehrmacht können nicht geleugnet werden! Kein Nazimarsch in München!"



Nur durch ein großes Polizeiaufgebot konnten gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen 4.300 NPD/JN-Demonstranten und 4.200 Teilnehmern der Gegenkundgebungen, darunter etwa 2.000 Linksextremisten, verhindert werden. Zu kleineren tätlichen Auseinandersetzungen kam es im Verlauf der Demonstration aber immer wieder. Im Verlauf der Veranstaltung wurden 76 Personen, 43 Rechts- und 33 Linksextremisten, vorläufig festgenommen. Fünf Polizeibeamte erlitten Verletzungen.

Massiver Polizeieinsatz

Anti-Heß-Demonstration

Die AA München veranstaltete am 16. August als Protest gegen die rechtsextremistischen Aktionen zum 10. Todestag von Rudolf Heß einen Aufzug in München. Die Demonstration mit Auftakt- und Schlußkundgebung war zugleich Bestandteil einer Kampagne der AA München gegen die JN. An dem angemeldeten Aufzug beteiligten sich etwa 300 Personen des linksextremistischen und autonomen Spektrums. Während der Abschlußkundgebung vor dem Sitz des NPD-Landesverbands wurden vereinzelt Gegenstände gegen das Anwesen und die eingesetzten Polizeibeamten geworfen. Ein Beamter wurde verletzt. Gegen Ende der Versammlung verbrannten Autonome eine Fahne der JN. Danach bewarfen Skinheads abziehende Demonstrationsteilnehmer mit Flaschen. Die Polizei nahm insgesamt zehn Personen wegen Verdachts des Landfriedensbruchs und der Körperverletzung vorläufig fest.

Seit dem 4. Juni sind an einer Realschule in München verstärkt Aktionen von Personen der autonomen-antifaschistischen Szene feststellbar. Im Zentrum des Konflikts stehen Auseinandersetzungen un-

ter Schülern. So sollen seit dem Schuljahresbeginn 1995/96 Schüler mit rechtsextremistischen Aufklebern und Schmierereien für ihre Gesinnung geworben haben. Die AA München nutzte diese Aktivitäten, um ihrerseits in Flugblättern zum Widerstand gegen die „Naziaktivitäten" aufzurufen. In einem als Pressemitteilung bezeichneten Schreiben wird berichtet, zwei als vermeintliche Rechtsextremisten bekannte Schüler hätten am eigenen Leib zu spüren bekommen, daß die von ihnen betriebene Hetze und Gewalt nicht ohne Folgen für ihre Gesundheit bliebe. Ein Jugendlicher, der ein Mädchen angeblich als „Ausländerschlampe" beschimpft habe, sei von Autonomen verprügelt worden. Am 29. Juli bezichtigte sich eine Gruppe „Antifaschistische Initiative" unter dem Titel „Kampf dem rassistischen Normalzustand", an der Schule Schmierschriften wie „Kein Fußbreit den Faschisten" und „Für ein nazifreies Schuljahr 97/98" angebracht zu haben.

Auseinandersetzungen an einer Schule in München

4.5.2 **Autonome Nürnberg**

An der diesjährigen, vom linksextremistischen „Antifaschistischen Aktionsbündnis" durchgeführten, 1. Mai-Demonstration unter dem Motto „Revolutionärer 1. Mai" in Nürnberg beteiligten sich etwa 500 Personen, darunter einzelne vermummte Autonome. An der Spitze des Zuges trugen die Teilnehmer ein Transparent mit der Aufschrift:

Demonstration zum 1. Mai

> *„Widerstand heißt Angriff auf die herrschende Ordnung, es lebe die soziale Revolution."*

Daneben führten sie mehrere kleinere Transparente mit, auf denen eine Weiterführung des Kommunikationszentrums der Stadt Nürnberg (KOMM) gefordert wurde. Die Transparente trugen die Aufschrift „KOMM bleibt KOMM". Nach Beendigung des Aufzugs warfen einige Teilnehmer aus der Menge heraus Gegenstände auf Einsatzkräfte der Polizei und Fahrzeuge. Dabei wurden zwei PKW beschädigt und die Dienstkleidung mehrerer eingesetzter Beamter beschmutzt.

In der Zeit vom 23. Juli bis 17. August fanden im Zusammenhang mit dem 10. Todestag von Rudolf Heß in Nürnberg „Antifaschistische Aktionswochen" statt. Die Veranstalter - das linksextremistische Aktionsbündnis - forderten mit Info-Ständen, Plakat- und Flugblattaktionen dazu auf, „den antifaschistischen Widerstand zu organisieren und Neonazis entgegenzutreten". An einer für den 17. August in

Aktionswochen aus Anlaß des Heß-Todestags



Nürnberg angemeldeten Demonstration beteiligten sich etwa 1.100 Personen, darunter etwa 250 Autonome, Anhänger des antiimperialistischen Widerstands und der PDS. Im Verlauf des Aufzugs nahm die Polizei über zehn Personen des linken Spektrums wegen Mitführens von Waffen und Vermummungsgegenständen vorläufig fest. Bei einem am Vorabend im KOMM durchgeführten „Antifa-Fest" wurden Polizeibeamte angegriffen. Eine Gruppe von etwa zehn Vermummten schoß mit pyrotechnischer Signalmunition und Stahlkugeln. Ferner schleuderten Unbekannte aus dem KOMM heraus leere Bierflaschen und Steine in Richtung der Beamten und deren Einsatzfahrzeuge.

Krawalle

Eine von mehreren linksextremistischen Gruppen in der Zeit vom 19. bis 21. Dezember im KOMM geplante dreitägige „Benefizkonzertreihe" endete mit schweren Ausschreitungen. Die Konzerte unter dem Motto „Unser Rhythmus gegen das System, Rock gegen Rechts und für die Freiheit der politischen Gefangenen international" sollten auch als Abschlußfeste gelten, nachdem die Stadt Nürnberg die Mietverträge zum 31. Dezember 1997 gekündigt hatte. Eingeladen hatte das dem antiimperialistischen Widerstand (früheres RAF-Umfeld) zuzurechnende „Infobüro für die Solidarität mit den politischen Gefangenen international", unterstützt von mehreren linksextremistischen, insbesondere autonomen Gruppen aus der Region. Ziel der Konzerte war es - einem Einladungsflugblatt zufolge -, auch gegen die bevorstehende Schließung des KOMM zu protestieren. So bekräftigten die Verfasser:

> *„Aber ob mit oder ohne KOMM: Die HERRschenden werden revolutionäre Politik nicht verhindern. (...) Weder die außerparlamentarische Opposition in den 60-er Jahren, noch die Entstehung bewaffneter und militanter Organisationen in den 70-er Jahren wie die RAF, Bewegung 2. Juni, die Revolutionären Zellen und später die Rote Zora sind vom Himmel gefallen. Notwendig war ein harter und zäher Wiederaufbau und die Organisierung revolutionärer Kämpfe. (...) In diesem Sinne müssen wir auch die heutige desolate Situation sehen und begreifen. Die Herrschenden in dieser Stadt wollen schon lange, daß wir von der Bildfläche verschwinden. Aber den Gefallen tun wir ihnen nicht!!!!"*

Während das Konzert am 19. Dezember störungsfrei verlief, nutzten Autonome die Veranstaltung am 20. Dezember als Ausgangspunkt für massive Straftaten. Gegen 23 Uhr brach im Erdgeschoß eines städtischen Gebäudes in unmittelbarer Nähe des KOMM ein durch zwei Molotowcocktails verursachter Brand aus. Er konnte rasch gelöscht werden. Im weiteren Verlauf demolierten die Störer mehrere Fahrzeuge, errichteten vor dem KOMM eine Barrikade, bewarfen Polizeibeamte mit Gegenständen und beschossen sie aus Schreckschußwaffen mit pyrotechnischer Munition. Verletzt wurde niemand, der Sachschaden betrug allerdings 80.000 DM. Die Polizei nahm insgesamt 37 Personen wegen Verdachts der Brandstiftung, versuchter gefährlicher Körperverletzung und des Landfriedensbruchs vorläufig fest. Neun Personen verblieben in Gewahrsam. Von insgesamt 455 Beteiligten wurden die Personalien aufgenommen. Aufgrund dieser Vorfälle untersagte die Stadt Nürnberg das letzte Konzert.

Brandanschlag

Das KOMM war in der Vergangenheit immer wieder Zentrum und Ausgangspunkt von Aktionen der regionalen, aber auch bundesweiten linksextremistischen und autonomen Szene. Linksextremisten hatten in der Vergangenheit zahlreiche Veranstaltungen, auch von bundesweiter Bedeutung, im KOMM durchgeführt. Das künftige Nutzungskonzept sieht ein „Polykulturlabor" unter Einschluß von Bereichen der bildenden Kunst, der neuen Medien sowie die Errichtung eines kommunalen Kinos vor. Darüber hinaus soll das Objekt der Mehrheit der bisherigen nicht-extremistischen Nutzer weiterhin zur Verfügung stehen. Die Bedeutung des KOMM für linksextremistische Agitation wird jedoch nachlassen, da die Stadt Nürnberg wieder selbst das Hausrecht ausüben will.

Neues Nutzungskonzept

4.5.3 **Autonome Passau**

Die Autonomen in Passau arbeiten seit Jahren über die AA Passau in der militanten AA/BO mit. Sie stellen innerhalb dieser Organisation eine der bedeutenden Gruppierungen dar. Über personelle Verflechtungen haben sie auch bedeutenden Einfluß auf autonome Gruppierungen in Nürnberg, Berlin und Göttingen.

Bundesweite Verbindungen

Im ersten Halbjahr 1997 verübten unbekannte Täter aus der autonomen Antifa-Szene in Passau massive politisch motivierte Sachbeschädigungen. Sie brachten überwiegend an öffentlichen Gebäuden verschiedene Aufkleber und Sprühschriften an. Der Gesamtschaden beträgt etwa 40.000 DM. Die angebrachten Parolen befaßten sich

Hoher Sachschaden bei Schmieraktionen

unter anderem mit „Antifaschismus", der Problematik des § 218 StGB und der Forderung nach Einrichtung eines autonomen Jugendzentrums. Die Parolen lauteten unter anderem:

„Dem staatlichen Terror entgegentreten!
Polizeistaat verhindern!
Kontakt: Antifaschistische Aktion Passau"

„1933 Blockwart/1996 Sicherheitswacht/Überwachungsstaat hat deutsche Tradition/Nicht mit uns!
Kontakt: Antifaschistische Aktion Passau"

„Die Vernichtung der Wurzeln des Faschismus ist unser Ziel!
Autonome Antifa (M) Göttingen".

Bereits in der ersten Januarhälfte brachten Unbekannte in Passau und Eggenfelden zahlreiche Aufkleber und Sprühschriften an. Auch dabei war erheblicher Sachschaden entstanden. In der Zeit vom 25. bis 28. April besprühten Unbekannte erneut zahlreiche Außenwände überwiegend von öffentlichen Gebäuden im Stadtgebiet Passau mit politischen Parolen.

Angehörige des örtlichen autonomen/antifaschistischen Spektrums beteiligten sich am 26. April in Passau an einer Demonstration „Gegen den § 218 und den bayerischen Sonderweg". Dabei zeigten die Teilnehmer unter anderem Transparente mit Aufschriften wie:

„Feuer und Flamme dem Patriarchat"

„Kampf dem Sexismus, Rassismus und Kapitalismus".

Protest gegen DVU-Veranstaltung

Am 27. September beteiligten sich in Passau etwa 400 Personen der autonomen antifaschistischen Szene an einer Protestdemonstration der AA Passau gegen die jährliche Veranstaltung der rechtsextremistischen DVU. Das größte Kontingent mit etwa 100 Personen war aus München angereist. Während des Aufzugs skandierten die Teilnehmer Sprechchöre wie:

„Feuer und Flamme für diesen Staat"

„Deutsche Polizisten schützen die Faschisten"

„Tod dem Faschismus! Tod dem Kapital! Verteilt das Kapital international!"

Die Polizei nahm insgesamt 39 Demonstrationsteilnehmer unter anderem wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz und anderer Straftaten vorläufig fest. Die Demonstration selbst verlief störungsfrei.

4.6 **Autonome Bündnisse**

Die Autonomen aus Bayern waren bemüht, anlaßbezogen Bündnisse mit linksextremistischen Gruppierungen und Parteien einzugehen. Vereinzelt waren auch gemeinsame Veranstaltungen mit demokratischen Gruppierungen festzustellen. Anlaß für diese oft einmaligen Bündnisse waren in der Regel Aktionen gegen Aktivitäten rechtsextremistischer Gruppierungen. Die Beteiligung an den Bündnissen unter dem Vorwand, friedlich gemeinsam demonstrieren zu wollen, dient dabei häufig aber nur als Plattform für Gewalttaten. Absprachen zu friedlichem Verhalten werden ignoriert, sobald dies Autonomen zweckmäßig erscheint.

Plattform für Gewalttaten

Am 12. Januar folgten etwa 4.500 Personen, darunter ca. 400 Autonome, Aufrufen linksextremistischer Gruppierungen zur Teilnahme an der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration in Berlin. Mitglieder der AA/BO - wie die RAN und die AA Passau - hatten dazu unter dem Motto „Gegen den deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus" bundesweit mobilisiert. Das breite Spektrum der Teilnehmer reichte von der revolutionär-marxistischen türkischen TKP/ML (vgl. auch Nummer 3.1.1 des 3. Abschnitts) über die Kommunistische Plattform der PDS bis zur AA/BO.

Die Autonomen solidarisierten sich mit einem breiten Aschaffenburger Bündnis gegen Rechts, das von zahlreichen bayerischen und außerbayerischen Gruppierungen unterstützt wurde. Anlaß war ein geplanter aber verbotener „Münstermann-Marsch" der NPD am 22. Februar in Aschaffenburg. Die Mobilisierung der linksextremistischen Szene durch Plakate, Flugblätter und Terminhinweise in einschlägigen Publikationen und im „COMLINK" (vgl. auch Nummer 6 dieses Abschnitts) erfolgte unter anderem auch durch Informationsveranstaltungen in verschiedenen Städten Deutschlands. An der Kundgebung beteiligten sich über 1.500 Personen, darunter über 1.000 aus dem gesamten Bundesgebiet angereiste Linksextremisten. Allein das Gerücht, am Bahnhof der Stadt seien Rechtsextremisten eingetroffen, genügte, um die bis dahin friedlich verlaufene Demonstration zu sprengen. 500 Autonome versuchten, zum Bahnhof zu gelangen, um dort die Konfrontation mit den „Nazis" einzugehen. Auf dem Weg dorthin beschädigen die Autonomen fünf Fahrzeuge und zwei Schaufenster. Der Haupttäter und 13 weitere Tatverdächtige konnten aus der Menge heraus festgenommen werden.

Protest gegen NPD-Versammlung

Sachbeschädigungen

Am 19. Juli erschienen etwa 250 Gegendemonstranten zu einer öffentlichen Versammlung der rechtsextremistischen NPD/JN auf dem Marktplatz in Herzogenaurach, Landkreis Erlangen-Höchstadt. Etwa 150 Personen konnten dem linksextremistischen Spektrum zugeordnet werden. Unter ihnen befanden sich zahlreiche Autonome, die rote Fahnen und Plakate des linksextremistisch beeinflußten Antifaschistischen Bündnisses Nürnberg mit den Aufschriften „Antifa heißt Angriff" mitführten. Nach der Kundgebung versuchten Autonome, Kundgebungsteilnehmer der NPD-Versammlung zu verfolgen und mit Steinen zu bewerfen.

Am 15. November demonstrierte ein breites Bündnis, darunter Vertreter etablierter Parteien, linksextremistischer Gruppierungen und autonomer Zusammenschlüsse, im Rahmen einer „Aktionswoche gegen Rechte Gewalt in Herzogenaurach und Umland", gegen das vermehrte Auftreten von Anhängern der rechtsextremistischen NPD und deren Jugendorganisation JN in Herzogenaurach, Landkreis Erlangen-Höchstadt. An der von Vertretern des „Runden Tisches Herzogenaurach" angemeldeten Versammlung nahmen zu Beginn etwa 500 Personen, an der Schlußkundgebung etwa 1.000 Personen teil, darunter 60 bis 80 Personen der linksextremistischen Szene des Ballungsraums Nürnberg (Bündnis gegen Rechts Erlangen). Autonome erregten Ärgernis bei den Veranstaltern, als sie Flugblätter verteilten, in denen einer örtlichen demokratischen Partei eine Mitschuld an den Vorkommnissen in Herzogenaurach zugeschrieben wird. Bei der Formation des Zuges wollten sich Linksextremisten mit Plakaten, die an Dachlatten befestigt waren, an die Spitze des Zuges setzen. Da die Plakate jedoch Aussagen zum Inhalt hatten, wie

„CSU-Verbot jetzt - gegen den braunen Konsens von CSU und Nazis - Beckstein, Ollert, Kanther, Deckert - Rassismus hat viele Gesichter",

drohten ihnen die Veranstalter mit dem Ausschluß. Der Aufforderung, derartige Schriften zu entfernen, kamen die Linksextremisten schließlich nach. Danach störten Personen des linksextremistischen Lagers die Abschlußkundgebung kurzfristig durch Pfeifen und Zwischenrufe.

4.7 **Entwicklungstendenzen**

Gefahr für die Innere Sicherheit

Die Gewaltbereitschaft der Autonomen stellt auch in Zukunft eine ernste Gefahr für die Innere Sicherheit dar. Die weitere Entwicklung des Gewaltpotentials der Autonomen hängt von den Reizthemen ab, die ihnen für ihren Aktionismus geeignet erscheinen. Der Schwer-

punkt autonomer Aktivitäten und Gewalttaten - unter bundesweiten Gesichtspunkten - liegt zeitweise im Bereich des Protests gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie, und hier insbesondere beim vielfach gewalttätigen Protest gegen den Transport abgebrannter Brennelemente in sogenannten Castor-Behältern. Bereits früher wurden Vorbehalte gegen kerntechnische Anlagen zu breitgefächerten Aktionen und Bündnissen genutzt. Das Mobilisierungsthema Antifaschismus hat erheblich an Bedeutung gewonnen.

Stabilisierung neuer Gruppen

Die im Vorjahr gegründeten Ortsgruppen der linksextremistischen Haft- und Rechtshilfeorganisation Rote Hilfe e.V. - in Bayern unter anderem in München, Passau und Nürnberg/Fürth/Erlangen - sowie die Gruppen mit der Bezeichnung „Antifaschistische Aktion"(AA) und deren Jugendorganisationen Antifaschistische Jugendfront (AJF) in München, Nürnberg und Ingolstadt/Pfaffenhofen haben sich stabilisiert. Sie arbeiten bereits teilweise regelmäßig in den bundesweiten Treffen mit.

5. Linksextremistischer Einfluß auf die Antikernkraftbewegung

Die Proteste der Antikernkraftbewegung geben Linksextremisten aller Richtungen, vor allem aber den Autonomen, Anlaß für Gewalttaten - 1997 waren rund 25 % aller linksextremistischen Gewalttaten diesem Bereich zuzurechnen - und für Bemühungen zur Gewinnung neuer Mitstreiter für ihre verfassungsfeindlichen Ziele. Eigentliches Ziel der Linksextremisten ist es, durch Schüren des Anti-Kernkraft-Protests und Zusammenarbeit mit anderen Gruppen die demokratische Ordnung zu bekämpfen. Den Linksextremisten gelingt es durch geschickte Agitation, die Antikernkraftbewegung weiterhin für ihren verfassungsfeindlichen Kampf gegen den „Atom"-Staat zu instrumentalisieren.

Kampf gegen die Demokratie

Auch künftig muß im Zusammenhang mit Castor-Transporten nach Gorleben und La Hague mit weiteren Aktionen gerechnet werden. Anlaß zu erhöhter Wachsamkeit ist auch die anhaltende bundesweite Thematisierung des Neubaus eines Forschungsreaktors für die Technische Universität München in Garching (FRM II).

5.1 Entwicklung im Bundesgebiet

Kernkraftgegner konzentrierten ihre Bemühungen im Rahmen der Anti-Castor-Kampagne im März auf den Widerstand gegen einen

Castor-Transport nach Gorleben. Im Zusammenhang mit dem größten Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sahen Kernkraftgegner diesen Transport als richtungsweisenden Prüfstein in der Auseinandersetzung zwischen dem Staat und einer wiedererwachten Antikernkraftbewegung. Bereits im Vorfeld der Transporte riefen dabei Linksextremisten auch zu Gewalttaten auf. So veröffentlichte die Zweimonatsschrift „Wort und Tat - Antifa-Jugend-Info-Weser/Ems" in ihrer Ausgabe März/April Beiträge, in denen zu gewaltsamen Angriffen gegen „Atomkonzerne" und „Faschisten" ermuntert wurde. Castor stehe stellvertretend für den Kampf gegen die Atomindustrie. Er zeige,

> *„daß die herrschenden Verhältnisse nicht unerschütterlich sind. Die staatlichen Versuche, einen Keil zwischen sog. gewaltfreie und sog. militante zu treiben, wurden in der Praxis weitgehend zurückgeschlagen. Gorleben hat sich zum Kristallisationspunkt der Anti-AKW-Bewegung entwickelt, wo durchaus einzelne Siege über die Atomkonzerne zu erringen sind. Um allerdings die gesamte Atomindustrie zu bezwingen, muß die herrschende kapitalistische Ordnung in ihrer Gesamtheit überwunden werden."*

PDS-Beteiligung

Auch die PDS rief schon im Vorfeld des geplanten Castor-Transports nach Gorleben bundesweit zum Widerstand auf.

Schwere Straftaten

Bereits vor den Transporten kam es zu einer Reihe von Protestaktionen mit linksextremistischer Beteiligung und zu einer Vielzahl von zum Teil schweren Straftaten insbesondere gegen die Deutsche Bahn AG. Im Schutz und in Begleitung von etwa 13.000 Polizisten und gegen den heftigen Widerstand von mehreren tausend Demonstranten erreichte am 5. März der Castor-Transport das Zwischenlager in Gorleben. Bei den Ausschreitungen wurden etwa 200 Demonstranten festgenommen. Zwei vermeintliche Sprengsätze stellten sich als Attrappen heraus. Bereits vor der Abfahrt der Kolonne hatte es bei Quickborn gewalttätige Aktionen gegeben. Ein Polizeifahrzeug wurde von Demonstranten mit einem Molotowcocktail in Brand gesetzt. Etwa 500 Gewalttäter hatten die Beamten mit Steinen und anderen Wurfgeschossen angegriffen und etliche Beamte verletzt.

Insgesamt waren bei diesem Transport sechs Castor-Behälter nach Gorleben gebracht worden, darunter ein Behälter mit abgebrannten Brennelementen aus dem bayerischen Kernkraftwerk Gundremmingen. Die Proteste gegen den Transport in Bayern verliefen weitgehend friedlich.

Erstmals beteiligten sich Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) an Zusammenrottungen und Aufmärschen der gewalttätigen Autonomen Antifa (M) aus Göttingen. Die militanten Linksextremisten versuchten, sich auch mit friedlichen Demonstranten zu verbünden. Nahziel war es, die Kosten für den Transport hochzutreiben. Als Endziel wurde die völlige Zerschlagung sämtlicher „Strukturen von Macht, Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung" gefordert.

Zerschlagung staatlicher Strukturen

Mittlerweile setzen sich die Kernkraftgegner wieder verstärkt mit dem allgemeinen Ausstieg aus der Kernenergie auseinander und beschränken sich dabei nicht nur auf die Castor-Transporte. Diese bleiben jedoch weiterhin das bestimmende Aktionsfeld der Anti-Kernkraft-Kampagne. Der Protest gilt der Gesamtheit des Kernenergieprogramms, wobei die Transporte abgebrannter Brennelemente als dessen empfindlichster Teil angesehen werden. Als wichtigstes überregionales Forum dient den Kernkraftgegnern eine jährlich zweimal stattfindende Konferenz („Frühjahrskonferenz" im Mai in Münster und „Herbstkonferenz" im Oktober in Göttingen). Daran nehmen regelmäßig auch Linksextremisten teil. Die Ergebnisse werden zum Teil in Szene-Publikationen abgedruckt. Themen der diesjährigen Konferenzen waren unter anderem „Konzerne und deren Verflechtungen in der Atomindustrie", „Neue Technologien", „Alternative Energien", „Uranabbau" oder auch „Ziele und Wege des Widerstands". Insgesamt wurde deutlich, daß sich der Kampf sowohl gegen die Nutzung der Kernenergie als auch gegen die herrschende gesellschaftliche Struktur, die diese Energieform weiter fördert, richten soll. Ziel der Herbstkonferenz war es unter anderem, „über gemeinsame Strategien zu diskutieren, Perspektiven zu finden, über Interessengegensätze zu streiten und Wege des gemeinsamen Handelns zu finden". Die Vielfalt des Widerstands reicht vom Beten am Bauzaun von Atomanlagen bis zur offensiven Behinderung von Atommülltransporten. In zahlreichen Arbeitsgruppen wurden Aktionsformen des „Anti-Atomkampfes" besprochen. Eine Arbeitsgruppe widmete sich dem FRM II in Garching.

Erweiterung des Anti-Kernkraft-Protests

Regelmäßige Konferenzen

5.2 **Entwicklung in Bayern**

In Bayern traten Kernkraftgegner zum Teil unter maßgeblicher Beteiligung von Linksextremisten bei unterschiedlichen Aktivitäten in Erscheinung. So organisierten überwiegend Autonome unter der

Gruppenbezeichnung „Arbeitsgemeinschaft ‚Forschungsreaktor München II Nie !'" - mit Kontaktadresse unter anderem im Info-Laden der autonomen Szene in München - ein Aktionscamp. Mehrere das Camp in Oberschleißheim, Landkreis München, begleitende Informationsveranstaltungen und eine Demonstration in München am 29. Juni waren von PDS-Aktivisten angemeldet und teilweise geleitet worden. Aufrufe zu diesem Camp und zu der Demonstration in München am 29. Juni waren auch über das Internet verbreitet worden. Die Veranstaltungen und das Camp verliefen bei sehr geringer Beteiligung störungsfrei. Das Camp war Ausfluß der Frühjahrskonferenz der Antikernkraftbewegung, die vom 23. bis 25. Mai in Münster stattfand.

Aktionscamp bei München

Die Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft ‚Forschungsreaktor München II Nie!'" bezeichneten sich in einer unmittelbar vor dem Aktionscamp verbreiteten Broschüre als „Menschen aus linken/anarchistischen Zusammenhängen". Widerstand gegen „Atomanlagen" sei für sie „Teil des Kampfes für eine herrschaftsfreie Gesellschaft". In der Broschüre heißt es:

> *„Eine besondere Stärke des Anti-Atom-Widerstands war und ist seine Vielfalt. ... das Zusammenspiel von lokalen BürgerInneninitiativen, ‚militanten PazifistInnen' und Autonomen Gruppen, all das gibt eine brisante Mischung, die der Atommafia schwer zu schaffen macht. Der Widerstand gegen Atomanlagen war für viele Menschen ein entscheidender Ansatz, den Staat und seine Gesetze nicht mehr als Handlungsspielraum zu akzeptieren ... (...) Eine wichtige Aufgabe für die Anti-Atomkraft-Bewegung ist es auch, nicht im reinen Teilbereichskampf stecken zu bleiben, sondern die Verantwortlichen zu bekämpfen, die dahinterstehen ... (...) Vom Widerstand gegen den Atomstaat zur sozialen Revolution!"*

Personen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit der autonomen Szene zuzurechnen sind, verübten 1997 in Bayern mehrere themenbezogene Sachbeschädigungen. So warfen in der Nacht zum 3. Februar unbekannte Täter am Verwaltungsgebäude des Energieversorgungsunternehmens der Stadt Coburg insgesamt vier Fensterscheiben ein und Farbbeutel mit gelber Farbe an die Wand. In einem Selbstbezichtigungsschreiben kritisierten die Verfasser die Kernenergiepolitik Deutschlands und auch den Neubau des FRM II. In den frühen Morgenstunden des 27. Oktober verübten bislang unbekannte Täter einen Anschlag auf die Bahnstrecke Aschaffenburg-Darmstadt. Eine auf die Oberleitung geworfene Hakenkralle riß einem Reisezug einen

Sachbeschädigungen

Anschlag auf die Bahn

Strombügel ab. In einem kopierten Selbstbezichtigungsschreiben, welches mit „Tod der Atomkraft" überschrieben war, griffen die Verfasser unter anderem neue Castor-Transporte an.

Für bayerische Autonome ist die Auseinandersetzung mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie - wie bisher - nur ein Aufhänger für ihre anarchistischen Ziele. Die bayerische PDS bemüht sich inzwischen, dieses Feld zu besetzen. Es ist aber unwahrscheinlich, daß die PDS auf den bayerischen „Anti-Atom-Kampf" wesentlichen Einfluß nehmen kann.

5.3 **Ausblick**

Die Antikernkraftbewegung nutzt mit Unterstützung von Linksextremisten den Schwung, den sie durch die „Gorleben-Kampagne" gewonnen hat. Sie wird sich dabei nicht nur auf Castor-Transporte in die Zwischenlager Gorleben und Ahaus konzentrieren. Neue Schwerpunkte im Anti-Kernkraft-Widerstand sollen mit den geplanten Aktionen gegen das Kernkraftwerk Krümmel, die Transporte zu den Wiederaufbereitungsanlagen La Hague und Sellafield sowie gegen die Energieversorgungsunternehmen und Betreiberfirmen gesetzt werden.

Neue Schwerpunkte

Mit sogenannten Bahnaktionstagen verfolgen die Atomkraftgegner das Ziel, die Deutsche Bahn AG als ein am „Atomgeschäft" beteiligtes Unternehmen zum Ausstieg aus den Transporten radioaktiven Materials zu zwingen. Die gegen Einrichtungen der Bahn propagierten vielfältigen Aktionen sollen diesen Prozeß offensichtlich beschleunigen. Demzufolge muß mit einer deutlichen Verschärfung der bisherigen Vorgehensweise gerechnet werden, wobei die Linksextremisten eine entscheidende Rolle spielen werden. Auch die zunehmende Akzeptanz des gleichberechtigten Nebeneinander von friedlichem und militantem Widerstand durch Bürgerinitiativen trägt zur Verschärfung bei.

Angriffe gegen Bahnanlagen

Zur Gewaltfrage äußerte sich ein Anhänger einer im Antikernkraftbereich aktiven Gruppe in Ahaus in einem Interview der Tageszeitung „taz" vom 17. April. Das Interview erfolgte im Zusammenhang mit den geplanten Protesten gegen das Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Ahaus vom 30. April bis 3. Mai. Darin heißt es:

> *„Wir lehnen Gewalt ab - bei gewaltfreiem Widerstand hat es der Staat außerdem schwerer, uns zu kriminalisieren. Eine andere Frage ist aber, wie*

wir Gewalt definieren. Gewalt gegen Personen kann auf keinen Fall Sache der Anti-Atom-Bewegung sein. Aber Sabotage und Sachbeschädigung aus politischer Überzeugung kann eine legitime Sache sein."

Auf die Frage, wie „Gewaltfreie und Gewaltbereite unter einen Hut" zu bringen seien, antwortete der Interviewpartner:

Tolerierung von Gewalt

„Wir haben diesmal im Mai, ein besonderes Konzept in Ahaus: Auf den Streckenabschnitten haben Spektren mit ihren eigenen Widerstandsformen Platz."

Im Rahmen der Anti-Castor-Kampagne mobilisieren neben nichtextremistischen Bürgerinitiativen auch militante Linksextremisten und sogenannte gewaltfreie Anarchisten zu vielfältigen Widerstandsaktionen. Diese sehen in ihrer Beteiligung an der Anti-Castor-Kampagne nach wie vor einen geeigneten Ansatzpunkt zur Umsetzung ihrer eigenen politischen Ziele. Zwar wurde Gewalt gegen Personen bisher auch von militanten Linksextremisten überwiegend abgelehnt, gelegentlich aber mit der Einschränkung, daß keine Gewalt gegen „Unbeteiligte" ausgeübt werde.

Instrumentalisierung demokratischer Gruppen

Daß es Linksextremisten in der Antikernkraftbewegung nicht nur um die sofortige Abschaltung aller „Atomanlagen" geht, sondern um eine Überwindung der Herrschaftsverhältnisse, zeigt die Forderung der Münchner „Arbeitsgemeinschaft ‚Forschungsreaktor München II Nie!'", wonach das Bauprojekt - als in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang stehend - bekämpft werden müsse:

Kampf gegen den Staat

„Entsorgen wir den Atomstaat und das Herrschende System."

Dagegen stoßen bei bayerischen autonomen Gruppierungen die Proteste gegen das Zwischenlager Gorleben auf wenig Resonanz. Das Interesse an dieser Thematik hat sich auch durch eine Verlagerung der Aktivitäten nach Ahaus nicht gesteigert. Bestimmendes Thema der Autonomen in Bayern ist nach wie vor „Antifaschismus".

6. Nutzung moderner Kommunikationsmittel durch Linksextremisten

Für ihre Agitation nutzen Linksextremisten seit mehreren Jahren die Vorteile der modernen Kommunikationsmöglichkeiten. Bevorzugt werden Mailboxen, das Mailbox-System „Spinnennetz" und das internationale Informationssystem Internet.

Mailbox-verbundsysteme

Von den Mailboxverbundsystemen sind für Linksextremisten nach wie vor das im Januar 1991 von Autonomen gegründete „Spinnennetz" und das COMLINK-Netz (CL-Netz) von Bedeutung. Das als Informationsdienst gegründete „Spinnennetz" verbreitete zunächst auf dem manuellen Postweg Nachrichten aus dem autonomen Spektrum in Info-Läden. In kürzester Zeit entwickelte sich dieser Dienst zu einer internationalen Datenvernetzung politischer Gruppen und Organisationen. Sehr rasch kam es zur Ausdehnung des Netzes über Bonn, Berlin und Göttingen bis nach Amsterdam und Kopenhagen.

Die Betreiber sehen sich weniger als High-Tech-Freaks, sondern betrachten die Kommunikation über Computer als ein geeignetes Mittel, das sich für ihre politischen Zwecke nutzen läßt. Dies zeigt sich insbesondere darin, daß die regelmäßig stattfindenden „Antifa-Treffen" frühzeitig im Netz angekündigt und organisiert werden.

Beschränkter Zugang

Im Vergleich zu anderen Mailbox-Netzen ist der Zugang zum „Spinnennetz" nicht ohne weiteres für jedermann möglich, die Verbundstruktur ist konspirativ aufgebaut. Im Informationsangebot wird weniger auf die Weitergabe von Nachrichten als auf die Ankündigung von Veranstaltungen und Aktionen Wert gelegt. Bundesweit dürften derzeit etwa 100 Einzelpersonen bzw. Gruppen das Spinnennetz nutzen.

Das CL-Netz, das auch im Internet vertreten ist, entstand 1993 mit der Mailbox „Link-M" in München. Ziel war es von Anfang an, gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen eine moderne Kommunikationstechnik zur Verfügung zu stellen.

Schwerpunktthemen

Die Informationsschwerpunkte im CL-Netz liegen auf den Agitationsthemen Umwelt, Frieden und Menschenrechte. Die Beiträge reichen von Veranstaltungshinweisen über Kommentare zum aktuellen politischen Tagesgeschehen bis hin zu Informationen über Castor-Transporte. Darüber hinaus wird auch über Aktivitäten in der rechtsextremistischen Szene berichtet, insbesondere über die „Anti-Antifa-Bewegung". Das CL-Netz bietet derzeit über 200 Bretter zu verschiedenen Themenbereichen an.

Im CL-Netz sind momentan mehr als 200 Mailboxen zusammengefaßt, unter anderem:

- Mailbox Link-M in München,

- Mailbox FINESTRA in Hamburg,

- Mailbox CL-IM in Hamburg,
- Mailbox LIZARD in Nürnberg,
- Mailbox LINK-SAD in Schwandorf,
- Mailbox AMAZONAS in Sauerlach,
- Mailbox Info-Ist in Istanbul/Türkei.

Verwaltet und betreut wird dieses Mailbox-Netz durch den Verein Kommunikation und Neue Medien e.V. in München.

Internet

Für die landes- und bundesweite sowie die internationale Kommunikation werden diese Mailboxverbundsysteme zunehmend durch das Internet ergänzt. Darin werden, zum Teil über ausländische Anbieter, sogenannte Provider, ebenso wie von Rechtsextremisten und ausländischen Gruppen Nachrichten und Publikationen, mit teilweise strafbarem Inhalt, verbreitet.

Eigene Angebote im Internet

Nahezu alle Spektren des Linksextremismus nutzen das Internet für ihre Belange. Die DKP, die SDAJ und die PDS sind mit eigenen Angeboten vertreten. Die PDS nutzt die Kommunikationsmöglichkeiten im Internet seit Anfang des Jahres 1996. Verschiedene Gliederungen der Partei, wie der Bundesvorstand, die Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag, mehrere PDS-Basisorganisationen und die Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS, sowie Einzelpersonen der PDS sind neben einer sogenannten Startseite der PDS bereits mit eigenen „homepages" vertreten. Daneben bedienen sich auch eine Vielzahl sowohl größerer als auch kleinerer autonomer und anarchistischer Gruppen der Möglichkeiten des Internets, wie beispielsweise die Autonome Antifa (M) in Göttingen als Kopf der AA/BO oder das Autonome Kulturzentrum Würzburg (AKW). Die Beiträge reichen jeweils von Selbstdarstellungen, über ein Angebot spezifischer Publikationen, z.B. der anarchistischen „graswurzelrevolution", bis hin zu Veranstaltungsaufrufen. Eine weitere Publikation, die im Internet abrufbar ist, sind die „Antifaschistischen Nachrichten". Die einzelnen Ausgaben, deren Abonnement ebenfalls „online" möglich ist, werden seit 1996 angeboten. Herausgeber sind u.a. Personen aus der Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA).

7. Übersicht über erwähnenswerte linksextremistische und linksextremistisch beeinflußte Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 1997 Bayern	Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
1. Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten			
1.1 Kernorganisationen:			
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) *13 Bezirksorganisationen, aufgeteilt* in Kreis- und Grundorganisationen 26.09.1968, Essen	600	6.200	Unsere Zeit (UZ) *wöchentlich, 10.100* Marxistische Blätter zweimonatlich, 3.000
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) - neuer Name beschlossen auf SED-Parteitag am 16./17.12.1989 -, Berlin		104.000	Neues Deutschland (ND) - PDS-nahe Zeitung - werktäglich, 70.000 DISPUT monatlich, 10.000 PDS-Pressedienst wöchentlich, 2.200 UTOPIE-kreativ-Diskussion sozialistischer Alternativen monatlich, 800 Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS monatlich, 1.500
PDS Landesverband Bayern mit 8 Kreisverbänden und 22 Basisorganisationen 11.09.1990, München	450		TITEL (Informationsforum der PDS Bayern) unregelmäßig, 500
Verein für Arbeiterbildung Nordbayern 28.03.1993, Fürth	50		Nordbayerischer Landbote unregelmäßig, 100
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 1973, München	100	200	Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) vierteljährlich
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 10 Parteibezirke, über 100 Ortsgruppen und Stützpunkte 17./18.06.1982, Essen	140	2.500	Rote Fahne wöchentlich, 5.000 lernen u. kämpfen (luk) monatlich, 1.000

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 1997 Bayern	Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) 7 Landesarbeitsgemeinschaften 20./21.09.1980, Köln	25	200	Politische Berichte vierzehntägig, 1.000
Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) 24./25.06.1995, Köln	25	150	Sozialistische Zeitung (SoZ) vierzehntägig, 2.000
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) Frankfurt am Main	30	600	Sozialismus von unten vierteljährlich Linksruck monatlich
Kommunistischer Bund (KB) Hamburg (aufgelöst am 20.04.1991) Nachfolgegruppen: Gruppe K Gruppe Mehrheit KB-Gruppe Nürnberg	20	100	analyse und kritik (ak) monatlich
Marxistische Gruppe (MG) München 1969/70 AK Rote Zellen, München („aufgelöst" zum 01.06.1991)	700 (Aktive)	10.000	GEGENSTANDPUNKT Herausgeber: ehemalige Funktionäre der MG vierteljährlich, 7.000
1.2 Nebenorganisationen:			
Nebenorganisation der DKP: Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) Landesverbände, Kreisverbände und Ortsgruppen 04./05.05.1968, Essen	50	200	position zweimonatlich, 600
Nebenorganisation der MLPD: Jugendverband REBELL	20		Rebell - Beilage zur Roten Fahne -
1.3 Beeinflußte Organisationen:			
DKP-beeinflußt: Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Landesvereinigungen mit Kreis- und Ortsvereinigungen 15.-17.03.1947, Frankfurt am Main	650	7.000	antifa-rundschau vierteljährlich, 9.000

Organisation (einschließlich Gründungsdatum und Sitz)	Mitglieder Ende 1997 Bayern	Deutschland	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise u. Auflage)
MLPD-beeinflußt:			
Frauenverband Courage	20	600	Courage vierteljährlich
AB-beeinflußt:			
Antifaschistisches Komitee - Stoppt die schwarzbraune Sammlungsbewegung (AKS) in München und Regensburg	90		
BWK-beeinflußt:			
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT) 06.10.1979, Köln	40	200	Mitteilungen vierteljährlich
Trotzkistisch beeinflußt:			
Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) Vorfeldorganisation der trotzkistischen „Sozialistischen Alternative VORAN" (SAV) 1992, Köln	50	350	
2. Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten			
Autonome	etwa 500	über 6.000	zum Teil unregelmäßig erscheinende Szeneblätter wie: radikal, INTERIM; auf lokaler Ebene u.a: barricada
davon:			
Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) Juli 1992	40		unregelmäßig erscheinende Publikationen, für die die AA/BO als Herausgeber verantwortlich zeichnet
3. Von mehreren Strömungen des Linksextremismus beeinflußt			
Münchner Bündnis gegen Rassismus München	30		
Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg	20		
Münchner Kurdistan-Solidaritätskomitee München	20		

3. Abschnitt

Extremistische und sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

1. **Allgemeines**

Einstufung als extremistisch

Ausländergruppen werden als extremistisch eingestuft, wenn sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Dazu zählen insbesondere die Organisationen islamischer Extremisten, die als Endziel einen islamischen Staat, wie z.B. im Iran, auch in Deutschland durchsetzen und damit wesentliche Verfassungsgrundsätze beseitigen wollen. Extremistische Ziele verfolgen auch Gruppierungen, die eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse im Heimatland erstreben und dadurch auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Aufwärtstrend

Die Mitgliederzahl der extremistischen Ausländervereinigungen erhöhte sich in Bayern von 9.700 im Jahre 1996 auf 10.050*. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatten dabei linksextremistische und extrem nationalistische türkische Gruppen. Wie im Vorjahr stellten die Organisationen extremistischer Türken (einschließlich kurdischer Volkszugehöriger) mehr als 90 % aller ausländischen Extremisten in Bayern. Extremistische Ausländergruppen versuchen verstärkt, in Bayern lebende ausländische Jugendliche für ihre Ziele zu interessieren. Dies führt zu einer erheblichen Gefährdung junger türkischer Staatsangehöriger.

Gefährdungspotential

Eine erhebliche Bedrohung der Inneren Sicherheit geht nach wie vor von linksextremistischen kurdischen und türkischen Gruppen aus. Von besonderem Gewicht sind dabei die Aktivitäten der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), die nach wie vor eine der militantesten Organisationen ausländischer Extremisten ist. Wie bisher kann sie in den westeuropäischen Ländern eine hohe Zahl kurdischer Volkszugehöriger als Sympathisanten mobilisieren. Das gegen die PKK in Deutschland verfügte vereinsrechtliche Betätigungsverbot hat sich bewährt.

* Mit eingerechnet sind dabei auch rund 2.000 Anhänger der seit 26. November 1993 in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Es erlaubt ein versammlungs- und strafrechtliches Vorgehen, das zur weiteren Aufklärung und Unterbindung unzulässiger PKK-Aktivitäten beiträgt. Die konsequente Durchsetzung des PKK-Verbots hat die öffentlichen Aktivitäten der PKK stark eingeschränkt. Die Organisation arbeitet aber weiterhin konspirativ im Untergrund. Im Gegensatz zu den Vorjahren unterblieben - von Einzelfällen abgesehen - gewalttätige Ausschreitungen von PKK-Anhängern, die sich weitgehend an den von ihrem Generalvorsitzenden Öcalan diktierten Kurs des Gewaltverzichts in Deutschland hielten. Dies veranlaßte den Generalbundesanwalt, den strafrechtlichen Vorwurf, eine in Deutschland aktive „terroristische Vereinigung" zu sein, gegen die PKK-Führungskader fallenzulassen. Die Bundesregierung hat aber keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die PKK weiterhin als eine internationale terroristische Vereinigung betrachtet und das Vereinsverbot bestehen bleibt. Der beträchtliche Einfluß der PKK-Kader auf hier lebende Kurden und die intakte Organisation ermöglichen es der PKK, auch in Deutschland jederzeit zur Gewalt zurückzukehren, wenn ihr dies opportun erscheint. Außerdem tritt die PKK mit kriminellen Handlungen wie Spendengelderpressungen in Erscheinung.

Interne Auseinandersetzungen blockierten die Aktionsfähigkeit der revolutionär-marxistischen türkischen Gruppen. Die auf deutschem Boden erneut eskalierenden Flügelkämpfe zwischen Anhängern der konspirativ tätigen Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) verweisen auf deren unveränderte Militanz und kriminelle Energie.

Die alljährlichen Spendenkampagnen ausländischer Linksextremisten erreichten nicht die vorgegebenen Ziele, obwohl die Sammler ihre Methoden verfeinert haben, um ein Einschreiten der Sicherheitsbehörden zu erschweren. So unterbleibt auf den Quittungsblöcken ein Hinweis auf die jeweilige Organisation. Quittungen und Spendengelder werden getrennt verwahrt; die Herkunft der bei mutmaßlichen Spendensammlern aufgefunden Beträge läßt sich damit kaum mehr rekonstruieren. Gelegentlich werden Spenden auch mit Gewalt eingetrieben. Aus Furcht vor Repressionen verzichten die Geschädigten vielfach auf Anzeigen.

Türkische Nationalisten verzeichneten weiterhin einen leichten Aufwärtstrend und Werbeerfolge insbesondere bei Jugendlichen. Dagegen ließ der Rücktritt des islamisch-fundamentalistisch orientierten türkischen Ministerpräsidenten Prof. Necmettin Erbakan seine Anhänger im Bundesgebiet zunehmend resignieren und die Mitgliederentwicklung stagnieren. Gleichwohl sind die Gruppierungen isla-

misch-extremistischer Türken die weitaus größten und mitgliederstärksten Organisationen extremistischer Ausländer in Bayern und in Deutschland. Sie bedürfen aufgrund der weltweiten Entwicklung des islamischen Fundamentalismus und der teilweise massiven Polarisierung zwischen hier lebenden muslimischen Bevölkerungsgruppen einer sorgfältigen Beobachtung.

Arabische und iranische Extremisten stellen derzeit kein akutes Sicherheitsrisiko dar. Gleiches gilt für Angehörige albanischer, bosnischer, kroatischer und serbischer Volksgruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Mitgliederstärke extremistischer Ausländerorganisationen in Bayern

(in Klammern die Vergleichszahlen des Vorjahres)

	Linksextremisten	Extreme Nationalisten	Islamische Extremisten	**Gesamtzahl Mitglieder**
Kurden	2.250 (2.000)	- -	- -	2.250 (2000)
Türken	550 (450)	1.500 (1.400)	5.150 (5.250)	7.200 (7.100)
Sonstige*	210 (240)	70 (90)	320 (270)	600 (600)
Gesamtzahl	3.010 (2.690)	1.570 (1.490)	5.470 (5.520)	10.050 (9.700)

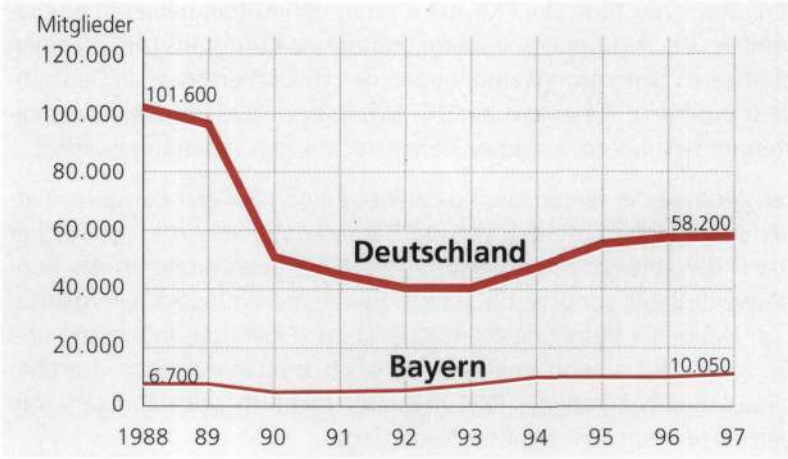
* Albaner, Araber, Inder, Iraner, Srilanker u.a.

2. Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

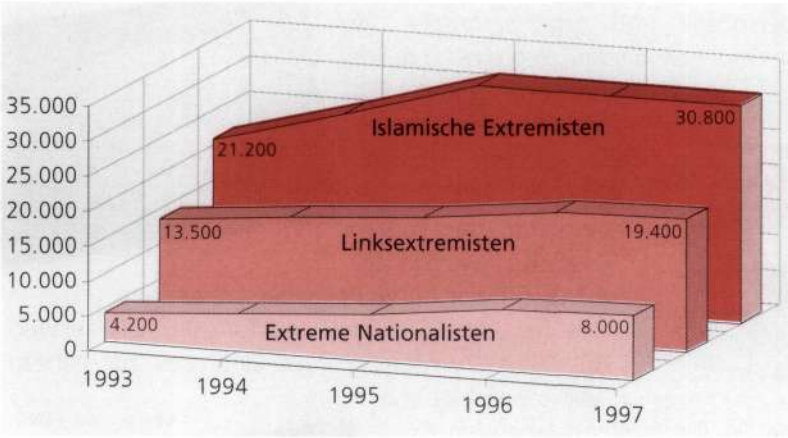
2.1 Ideologie und Organisation

Marxistisch-leninistische Kaderorganisation

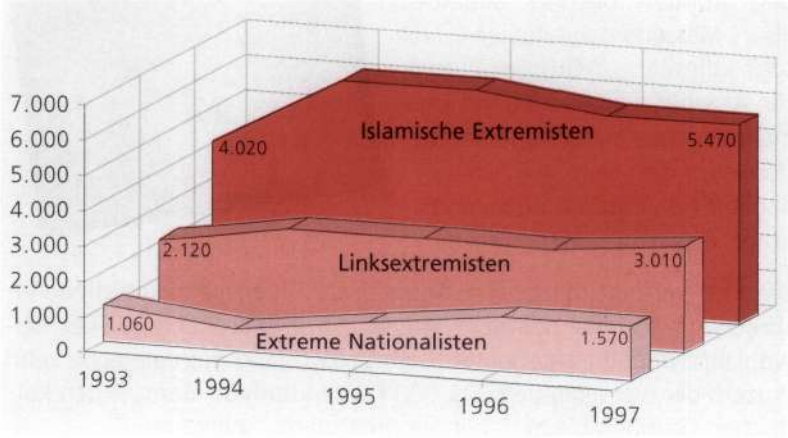
Die in der Türkei verbotene PKK ist eine straff organisierte Kaderorganisation, die unbeeindruckt von den politischen Veränderungen in den ehemals kommunistischen Ostblockstaaten an ihrer marxistisch-leninistischen Ideologie festhält. In ihrem Programm fordert sie einen „unabhängigen und demokratischen" Kurdenstaat unter Führung der PKK. Zeitweise propagierte sie eine Föderation im Südosten der Türkei. Ihr „Generalvorsitzender" Abdullah Öcalan würde angeblich auch ein bundesstaatliches Modell nach Schweizer Vorbild akzeptie-



Entwicklung der Mitgliederzahlen extremistischer Ausländerorganisationen



Ausländische Extremisten in Deutschland



Ausländische Extremisten in Bayern

ren. Seit 1984 führt die PKK mit ihrer in den Kurdengebieten operierenden Guerillatruppe Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) einen erbitterten Untergrundkampf gegen den türkischen Staat. In Deutschland unterliegt sie einem am 26. November 1993 vom Bundesministerium des Innern verfügten vereinsrechtlichen Betätigungsverbot.

Tarnorganisationen der PKK

Die Zentrale der hierarchisch gegliederten und äußerst konspirativ arbeitenden PKK befindet sich in Damaskus/Syrien. Als „politischer Arm" der Vereinigung unterstützt die 1985 gegründete, in das bundesweite Betätigungsverbot einbezogene internationale Teilorganisation Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) die Interessen und Ziele der PKK sowohl materiell als auch propagandistisch. Darüber hinaus bedient sich die PKK mehrerer rechtlich selbständiger, vom Verbot nur zum Teil erfaßter Nebenorganisationen, wobei sie bestrebt ist, deren personelle und organisatorische Verflechtungen mit der „illegalen", d.h. konspirativ arbeitenden, Führungsebene zu tarnen. Mit solchen „legalen" Verbänden versucht sie, sowohl in der Türkei als auch im westlichen Ausland ihren Rückhalt in der kurdischen Bevölkerung zu festigen und für ihre Ziele zu werben. Zur Erweiterung ihres Einflusses auf nahezu alle Lebensbereiche der in Deutschland lebenden Kurden gründete die PKK außerdem als „Massenorganisationen" die sogenannten „Y-Gruppen" u.a. für Arbeiter, Frauen, Jugend und Intellektuelle, außerdem örtliche Vereine, die sich z.B. hinter angeblich kulturellen oder sportlichen Zwecken tarnen.

Fahne der ARGK



Symbol der PKK



Emblem der ERNK



Alleinvertretungsanspruch

Die PKK verfolgt mit großer Aggressivität ihren vermeintlichen Anspruch auf alleinige politische Vertretung des kurdischen Volkes, obwohl ihr Sympathisantenpotential in Deutschland allenfalls etwa zehn Prozent der hier lebenden 500.000 Kurden umfaßt. Gemäßigten kurdischen Gruppen bleibt neben der PKK wenig Spielraum.

Finanzierung

Die PKK finanziert sich u.a. aus Mitgliedsbeiträgen und dem Verkauf von Publikationen. Eine wesentliche Einnahmequelle sind die Spenden der in Westeuropa lebenden Sympathisanten. Seit Jahren belegen zahlreiche Informationen, daß die von der PKK beauftragten Spendensammler unverändert psychischen Druck auf zahlungsunwillige Kurden ausüben und ihre Forderungen mitunter auch gewaltsam durchsetzen. Die diesjährige Spendenkampagne von Anfang Oktober 1996 bis Mitte Februar 1997 sollte wie im Vorjahr rund 30 Millionen DM erbringen. Dieses Ziel wurde weit verfehlt. Auch in Bayern blieb das Spendenergebnis deutlich hinter den Erwartungen zurück: Von den geplanten 2,5 Millionen DM wurden nur etwa 35 %, also 875.000 DM, gesammelt. Ferner gibt es Hinweise, daß die PKK zumindest indirekt vom Rauschgifthandel profitiert, indem sie im Rahmen ihrer Spendensammlungen auch Gelder bei kurdischen Drogendealern abschöpft.

Emblem der FEYKA-Kurdistan



Das gegen die PKK und ERNK verfügte Betätigungsverbot ist bestandskräftig. Die Klagen der Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan), der Berxwedan Verlags GmbH und der PKK-Nachrichtenagentur KURD-HA wurden schon im Vorjahr zurückgezogen bzw. als unbegründet abgewiesen. Auch die Klage des Kölner Kurdistan-Komitees e.V. blieb in der Hauptsache erfolglos, da das Bundesverwaltungsgericht das Verbot mit Urteil vom 9. Dezember bestätigte.

Trotz Verbots weiterhin aktiv

Seit dem Verbot ist die Tätigkeit in und für die PKK in Deutschland strafbar. Dies konnte die PKK aber nicht hindern, weiter aus dem Untergrund heraus zu operieren. Ihre „illegalen" Strukturen werden durch die Festnahme führender Kader nur kurzfristig blockiert. Nach wie vor sammelt die PKK Spenden und benutzt Deutschland als Rekrutierungsraum für Kämpfer. Die Zerschlagung „legaler" Strukturen erschwert es ihr aber, bei den hier lebenden Kurden und auch in der deutschen Öffentlichkeit für ihre Ziele zu werben und Aktivisten zu gewinnen. Die Anhänger und Sympathisanten der PKK sind deshalb bestrebt, durch Gründung von Einrichtungen, die nach außen keinen Bezug zur PKK erkennen lassen, neue organisatorische Strukturen aufzubauen.

Neue organisatorische Strukturen

So setzte die Anfang 1994 in Düsseldorf gewerberechtlich angemeldete Kurdisch-Deutsche Presseagentur (KURD-A) bis Mitte 1996 die Tätigkeit der verbotenen KURD-HA fort. Mutmaßliche Nachfolgerin ist die Nachrichtenagentur DEM in Köln. Das Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ) in Köln führt seit Mai 1995 die Aktivitäten des im März 1995 vom Bundesministerium des Innern verbotenen Kurdistan Informationsbüros in Deutschland (KIB) fort. Das KIB hatte im Dezember 1993 nach dem Verbot des Kölner Kurdistan-Komitees e.V. dessen Tätigkeit übernommen. Die am 27. März 1994 gegründete Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM) mit Sitz in Bochum nimmt mittlerweile die Funktion der verbotenen FEYKA-Kurdistan wahr. Außerdem verfolgt die PKK die Taktik, ursprünglich unpolitische Aktivitäten wie Kultur- und Sportveranstaltungen für ihre Zwecke zu nutzen und dort für ihre Ziele zu werben.

Organisation

In Deutschland ist die PKK in zehn „Regionen" gegliedert, die neuerdings in drei „Sektoren" zusammengefaßt sind. Die Region Bayern unterteilt sich in die „Gebiete" München, Nürnberg und Ulm. Die Führer der nachgeordneten Teilgebiete und Ortsgruppen sind zu striktem Gehorsam gegenüber dem nächsthöheren Gremium verpflichtet. In Deutschland zählt die PKK wie im Vorjahr weit über 9.000 Anhänger, davon etwa 2.000 in Bayern mit Schwerpunkten in den Räumen Ingolstadt, München und Nürnberg. Wie bisher kann sie darüber hinaus in Deutschland und im benachbarten westlichen Ausland Zehntausende von Anhängern und Sympathisanten mobilisieren.

2.2 **Unterstützer und Strategie**

Die PKK wird nach wie vor von deutschen linksextremistischen Gruppierungen unterstützt, die insbesondere die Aufhebung des PKK-Verbots fordern. Bundesweit setzen sich neben der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) rund 30 „Kurdistan-Solidaritätsgruppen" für die Interessen der PKK ein, davon vier in Bayern. Das Spektrum der Linksextremisten, die in diesen Gruppierungen mitarbeiten, reicht von der PDS über die DKP bis hin zur Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP). Die Unterstützer treten durch Demonstrationen, mit Info-Tischen oder Podiumsdiskusssionen für Ziele und Politik der PKK ein. Die Aufhebung des PKK-Verbots ist ihr vorrangiges Ziel. Auch Teile des demokratischen linken Spektrums sympathisieren mit der PKK.

„Kurdistan-Solidaritätsgruppen"

Das rund zwanzig Mitglieder umfassende „Münchner Kurdistan-Solidaritätskomitee" wurde 1994 auf Initiative des „Münchner Bündnis-

ses gegen Rassismus" gegründet. Die führende Person des Komitees ist ein DKP-Funktionär, der auch Mitherausgeber des „Kurdistan-Rundbriefs" ist. Diese Publikation verbreitet Nachrichten aus Kurdistan. In ihren Kommentaren vertritt sie Positionen der PKK.

Der „Kurdistan-Solidarität Nürnberg/Erlangen" gehören rund zehn Personen an. Die Gruppe war Mitherausgeberin des in Hannover verlegten Informationsblattes „Biji - Informationen aus Kurdistan und der BRD", das Anfang 1998 sein Erscheinen einstellte.

In Landshut ist die „Flüchtlingshilfe Kurdistan" ansässig. Die fünf Mitglieder der Gruppe informieren über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei/Kurdistan.

Der „Kurdistan Solidarität Allgäu-Oberschwaben" gehören rund zehn Personen an. Ihre umfangreichen Aktivitäten reichen vom gesamten schwäbischen Raum bis hin nach Baden-Württemberg.

„Kurdisches Exilparlament"

Mit Hilfe eines von ihr initiierten „Kurdischen Exilparlaments" versucht die PKK, politische Anerkennung und internationale Unterstützung zu erreichen. Diesem Gremium, das sich nach längeren Vorbereitungen am 12. April 1995 in Den Haag/Niederlande konstituierte, gehören 65 „Abgeordnete" an. Es hat keinen festen Sitz und tritt jeweils aus aktuellem Anlaß kurzfristig zusammen. Bei diesem „Exilparlament" handelt es sich weder um ein echtes, aus freien Wahlen hervorgegangenes Parlament, noch kann es für sich in Anspruch nehmen, im Namen aller Kurden zu sprechen. Vielmehr stellt es ein von der PKK maßgeblich gesteuertes Propagandainstrument dar. Die überwiegende Mehrheit der 65 Mitglieder des „Exilparlaments" gehört der PKK, der ERNK, den sogenannten „Y-Gruppen" (Massenorganisationen der PKK) sowie der PKK-nahen „Demokratie-Partei" (DEP) an. Auch aus dem Programm des „Kurdischen Exilparlaments" ist klar erkennbar, daß die PKK die dominierende Rolle spielt. Die Betonung liegt eindeutig auf der Unterstützung und Förderung des nur von der PKK geführten „nationalen Befreiungskampfs", also der Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele.

Rekrutierung Jugendlicher

Mit Hilfe ihrer Jugendorganisation „Union der Jugendlichen aus Kurdistan" (YCK) versucht die PKK gezielt, Nachwuchs für ihren „Befreiungskampf" in der Türkei bzw. für Unterstützungsaktionen in Deutschland zu rekrutieren. Dabei bedient sie sich zahlreicher der YEK-KOM angegliederter Vereine oder Sportclubs, um zunächst das Interesse junger Kurden an ihrer Kultur bzw. das Bewußtsein ihrer Identität zu wecken. Die anschließende Indoktrination, die den

Betroffenen die Politik und Ideologie der PKK vermitteln soll, reicht bis hin zu praktischen Schulungen für militante Aktivisten der YCK, den sogenannten „Sahinler" (Falken). Unterstützt wird dieses Vorgehen durch Berichte und Bilder des YCK-Organs „Sterka Ciwan" (Stern der Jugend), das über behauptete Greueltaten der türkischen Streitkräfte informiert und gleichzeitig den Alltag kurdischer Guerillakämpfer verklärt und heroisiert. Auffallend ist, daß die Zielpersonen zum Teil noch im Kindesalter sind. Das in der Türkei weiterhin ungelöste Kurdenproblem führt dazu, daß viele in Deutschland lebende, an sich eher unpolitische kurdische Jugendliche bereit sind, sich in themenbezogene Aktionen einbinden zu lassen. Mangels zugkräftiger Alternativen steigen dabei die Erfolgsaussichten der PKK insbesondere im Fall einer in der Heimat erlebten politischen Verfolgung.

Ein Beschluß der YCK-Konferenz von Ende März, den PKK-Guerillaeinheiten neue Kräfte zuzuführen, läßt eine Fortsetzung der neuerdings verstärkten Bemühungen der PKK erwarten, kurdische Jugendliche für den Kampf in den kurdischen Gebieten zu gewinnen. Die PKK schult diese Jugendlichen ideologisch in Mitteleuropa. Anschließend werden sie zur weiteren Ausbildung in den Nahen Osten verbracht oder zum Kampfeinsatz in die Kurdenregion eingeschleust.



Die PKK versucht, trotz des in Deutschland bestehenden Betätigungsverbots ihre Ziele konsequent unter Einsatz aller ihr geeignet erscheinenden Mittel durchzusetzen. Sie legt nach wie vor Wert darauf, zu bestimmten Anlässen - wie etwa dem kurdischen Neujahrsfest „Newroz" (21. März) - Handlungsfähigkeit und Präsenz zu zeigen. Im Rahmen ihrer in Deutschland und Europa verfolgten Doppelstrategie will sie einerseits als vorgeblich moderate legale Gesprächspartnerin für die Lösung des Kurdenproblems akzeptiert werden. Zum anderen versucht sie, durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten ihre ungebrochene Schlagkraft zu demonstrieren. Ihr Ziel ist es, den von ihr geführten bewaffneten „Befreiungskampf" in der Türkei zu unterstützen. Von dem seit dem Vorjahr propagierten Gewaltverzicht in Deutschland erhofft sich Öcalan politische Anerkennung und die Aufhebung des PKK-Verbots. Sein derzeit „friedlicher" Kurs ist indes rein taktisch motiviert. Öcalan hat offensichtlich eingesehen, daß sich die gewalt-

Doppelstrategie

tätigen Ausschreitungen seiner Anhänger auf die Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber den Kurden negativ auswirkten. Zudem mußte er aufgrund der Maßnahmen der Sicherheitsbehörden eine Gefährdung des dringend benötigten „Ruheraums Deutschland" befürchten, wo sich die PKK im Rahmen jährlicher Spendenkampagnen die finanzielle Basis für die politische Arbeit der ERNK und den „militärischen" Kampf der ARGK schafft. Öcalans Gewaltverzicht bezieht sich zudem nur auf Anschläge gegen türkische und deutsche Einrichtungen in Deutschland, nicht aber auf sonstige Straftaten. So geht die PKK weiterhin intern mit gewaltsamen Disziplinierungsmaßnahmen gegen unbotmäßige Mitglieder vor. Gegen den Willen von Eltern, die oft selbst der PKK nahestehen, rekrutiert und verschleppt sie kurdische Jugendliche, um diese ideologisch für einen späteren Kampfeinsatz zu schulen. Nach wie vor verstoßen ihre Anhänger in Deutschland durch provokantes Verwenden von PKK-Symbolen insbesondere bei öffentlichen Versammlungen gegen das Betätigungsverbot. Drohungen und erneute Warnungen vor Türkeireisen anläßlich einer türkischen Militäroffensive gegen Stellungen der PKK im Nordirak im Mai belegen die unveränderte Militanz der PKK ungeachtet der von Öcalan derzeit bevorzugten „diplomatischen" Initiativen.

2.3 **Aktivitäten**

Newroz-Feiern

Zum Abschluß der traditionellen Newroz-Feiern versammelten sich am 26. April in Düsseldorf rund 45.000 Kurden aus dem gesamten Bundesgebiet zu einer Veranstaltung unter dem Motto „Zeit für Frieden in Kurdistan". Auf dem Weg zur Kundgebung, die aus wechselnden kulturellen Darbietungen und politischen Redebeiträgen bestand, zeigten die Teilnehmer Fahnen und Symbole der PKK sowie Bilder des Generalvorsitzenden Öcalan, während der Veranstaltung nur noch vereinzelt. Die Redner forderten ein Ende des Blutvergießens in Kurdistan, die Einstellung aller wirtschaftlichen und militärischen Hilfen Deutschlands an die Türkei und die Aufhebung des Betätigungsverbots der PKK in Deutschland.

Protestaktionen

Aus Anlaß einer Mitte Mai begonnenen Offensive türkischer Streitkräfte gegen PKK-Stellungen im Nordirak kam es zu bundesweiten Protestaktionen. So demonstrierten am 17. Mai in Stuttgart rund 2.000 Personen in der Nähe des türkischen Generalkonsulats. Einige Teilnehmer skandierten PKK-Parolen. Annähernd 200 kurdische

Demonstranten besetzten am 22. Mai die Eingangshalle eines Gebäudes der Vereinten Nationen (UN) in Genf.

Beachtliches Sympathisantenpotential beim jährlichen Festival

Am diesjährigen „Kurdischen Kultur- und Friedensfestival" am 6. September in Köln beteiligten sich rund 70.000 PKK-Anhänger aus dem gesamten Bundesgebiet und dem westeuropäischen Ausland. Anmelder der Veranstaltung war ein Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Zahlreiche Kundgebungsteilnehmer zeigten Fahnen der PKK und Transparente mit PKK-Emblemen. Als Redner traten u.a. der Vorsitzende des Kurdischen Exilparlaments Yasar Kaya sowie Mitglieder palästinensischer Organisationen und Repräsentanten des südafrikanischen „African National Congress" (ANC) auf. Eine über Lautsprecher ins Stadion eingespielte Ansprache des PKK-Generalvorsitzenden fand begeisterte Zustimmung. Öcalan kritisierte die angebliche Doppelmoral der europäischen Politik und forderte seine Anhänger auf, sich mit friedlichen Mitteln gegen den Krieg in Kurdistan zu engagieren. Zwar war die Veranstaltung in geringerem Umfang als im Vorjahr von verbotenen PKK-Symbolen geprägt. Einer geschickten Regie gelang es jedoch, die PKK optisch immer wieder unübersehbar in Erscheinung treten zu lassen. Plakate, Parolen und Redebeiträge hatten einen vorwiegend auf die PKK und die Person Öcalans ausgerichteten Bezug. Insgesamt bot der in ein Kulturprogramm eingebettete Ablauf der Veranstaltung für andere als PKK- Organisationen keinen Raum. Der PKK ist es damit ein weiteres Mal gelungen, in der Öffentlichkeit aufzutreten.

„Europäischer Friedenszug"

Ein von der PKK in Zusammenarbeit mit deutschen Linksextremisten als Werbemaßnahme geplanter „Europäischer Friedenszug Musa Anter" brachte nicht den erhofften propagandistischen Erfolg. Der Zug sollte ursprünglich am 26. August in Brüssel abfahren und zum Weltfriedenstag am 1. September in Diyarbakir/Türkei eintreffen. Das Unternehmen scheiterte, da die Türkei die Einfahrt auf ihr Hoheitsgebiet untersagte. Außerdem hatte der Bundesgrenzschutz die Anweisung erhalten, im Zug befindliche Ausländer bei der Einreise nach Deutschland zurückzuweisen.

Buskampagne gegen das PKK-Verbot

Die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM) organisierte im November unter dem Motto „Dialog statt Verbot - Das ‚PKK-Verbot' muß aufgehoben werden" eine Busfahrt durch das gesamte Bundesgebiet. Zahlreiche Kurdistan-Solidaritätsgruppen unterstützten die Aktion. Im Rahmen dieser Tour fanden in verschiedenen Städten Kundgebungen statt, die selbst in PKK-Kreisen kaum Resonanz fanden. In Bayern wurden Begleitveranstaltungen in

München, Landshut und Nürnberg verboten. In München luden daraufhin Vertreter der Stadtratsfraktion der Grünen die Teilnehmer der Busfahrt am 17. November in das Rathaus ein. Bei der Auflösung der verbotenen Veranstaltung in Landshut wurden zehn Personen u.a. wegen versuchter Gefangenenbefreiung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte vorläufig festgenommen.



2.4 Exekutivmaßnahmen und Strafverfahren

Eine für den 8. März von der „Initiative 8. März" in Frankfurt am Main angemeldete Kundgebung zum Weltfrauentag wurde von der Versammlungsbehörde verboten. Es lagen Hinweise vor, daß sich Anhängerinnen der „Union der freien Frauen aus Kurdistan" (YAJK) an dem Aufzug beteiligen und die Veranstaltung zur Werbung für die PKK mißbrauchen wollten. Am 9. März 1996 war es in Bonn bei einer ähnlichen Demonstration zu schweren Auseinandersetzungen zwischen PKK-Anhängern und Sicherheitskräften gekommen.

Bei einer Durchsuchungsaktion am 15. April beschlagnahmte die Polizei in zwei Gebäuden der Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Würzburg eine Fahne sowie zahlreiche Plakate und Schriften der PKK. Darüber hinaus wurden mehrere Schlagwerkzeuge sichergestellt.

Aus Anlaß einer Mitte Mai begonnenen Offensive türkischer Streitkräfte gegen PKK-Stellungen im Nordirak fanden bundesweite Protestaktionen statt. Wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz wurden Ermittlungsverfahren gegen vier Personen eingeleitet, die bei Kundgebungen am 17. bzw. 24. Mai in München Fahnen der PKK und ERNK gezeigt hatten.

Am 19. Juni wurde bei einer Verkehrskontrolle auf der Bundesautobahn A 3 im Landkreis Aschaffenburg ein mutmaßlicher Kurier der PKK festgenommen. Die Polizei fand in seinem Fahrzeug 18 Kartons mit PKK-Publikationen, die zur Verbreitung in den PKK-Gebieten München, Nürnberg und Ulm bestimmt waren.

Die Landeshauptstadt München verbot eine für den 6. Juli in den Räumlichkeiten des „Vereins für interkulturelle Zusammenarbeit e.V." (VIZ) in München geplante Gedenkveranstaltung kurdischer Aleviten für die „Märtyrer von Sivas". Anlaß der vorgesehenen Versammlung war ein Brandanschlag islamischer Extremisten auf ein Hotel in Sivas/Türkei am 2. Juli 1993, den die PKK dem türkischen Staat anlastete. Bei der Durchsuchung des Vereinslokals stellte die Polizei Propagandamaterial der PKK sicher.

Innerhalb der PKK wurde bayernweit für eine am 16. August in Erding angemeldete „Kurdische Kulturveranstaltung" geworben. Mieter des Lokals war ein ehemaliges Mitglied des verbotenen Kurdischen Elternvereins e.V. in München. Das Landratsamt Erding verbot die Veranstaltung wegen des erkennbaren PKK-Bezugs. Eine für denselben Tag in Augsburg geplante Ersatzveranstaltung wurde per Allgemeinverfügung ebenfalls verboten.

Am 31. August nahmen die Polizei in München vier Kurden fest, die insgesamt 57 Plakate der verbotenen Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) geklebt hatten.

Der Generalbundesanwalt leitete Mitte November ein Ermittlungsverfahren nach § 129 StGB zur Aufklärung der Strukturen einer kriminellen Vereinigung innerhalb der PKK ein, da die Führungskader der PKK bis zur Gebietsleiterebene hinab zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben notwendigerweise Straftaten in nicht unerheblichem Umfang begehen müssen. Dazu gehören Spendengelderpressungen, Bestrafungsaktionen zur Aufrechterhaltung der Parteidisziplin, Gebrauch von gefälschten Papieren und die Entziehung von Jugendlichen gegen den Willen ihrer Eltern zur Kaderausbildung.

Mit Urteil vom 28. November bestätigte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof das am 21. November 1995 vom Bayerischen Staatsministerium des Innern verfügte Verbot des Kurdischen Elternvereins e.V. in München, da ein wesentlicher Teil der Vereinstätigkeit auf die Fortführung der verbotenen PKK gerichtet war.

In Bayern führte das konsequente Vorgehen der Sicherheitsorgane zu einer erheblichen Verunsicherung der PKK-Anhängerschaft. Durch die Verbote örtlicher PKK-Vereine wurde der Organisation die Möglichkeit genommen, problemlos Funktionärstreffen durchzuführen und auf die hier lebende kurdische Bevölkerung einzuwirken. Insgesamt zeigte der starke Verfolgungsdruck durch die Strafverfolgungsbehörden deutlich präventive Wirkung und ließ die Bereitschaft kur-

discher Volkszugehöriger, sich öffentlich für die PKK zu engagieren, erkennbar sinken. Die Beeinträchtigung der Basisarbeit durch Exekutivmaßnahmen wirkte sich u.a. auf die Spendeneinnahmen aus.

3. Türkische Gruppen

3.1 Linksextremisten

3.1.1 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Revolutionär-marxistische Ideologie

Die in Deutschland seit 1974 aktive TKP/ML vertritt die Ideologie des Marxismus-Leninismus, ergänzt um die Ideen Mao Tse-tungs. Sie betont den bewaffneten Kampf als Grundform ihres Handelns und ist davon überzeugt, daß der einzige Weg zur „Befreiung" des türkischen Volks über den bewaffneten Volkskrieg mit anschließender Bildung einer „Volksregierung" führe. Ihr militärischer Zweig ist die Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO).

Spaltung in zwei Flügel

Die TKP/ML ist in die Gruppen „Partizan" und „Ostanatolisches Gebietskomitee" (DABK) gespalten. Die Anhänger beider Flügel waren bis zur Spaltung in den revolutionär-marxistischen Dachverbänden „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V." (ATIF) und „Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa" (ATIK) organisiert, die sich als „demokratische" Massenorgansiationen präsentierten und ihre Verbindungen zur TKP/ML weitgehend tarnten. Um sich vom „Partizan"-Flügel abzugrenzen, haben sich beide Basisorganisationen des DABK im Sommer 1997 in „Föderation der demokratischen Rechte in Deutschland" (ADHF) bzw. „Konföderation der demokratischen Rechte in Europa" (ADHK) umbenannt. Bundesweit zählt die TKP/ML wie im Vorjahr insgesamt rund 2.000 Mitglieder, davon 190 (1996: 140) in Bayern. Der „Partizan"-Flügel ist seit Sommer 1997 mit einer eigenen „homepage" im Internet vertreten.

Reduzierte Aktivitäten

Der anhaltende Machtkampf zwischen beiden Flügeln sowie personelle und finanzielle Schwächen beeinträchtigten die öffentlichen Aktivitäten. Eine in der Türkei bis in hohe Funktionärskreise des DABK reichende interne „Säuberungsaktion" mit dem Ziel, Kollaborateure mit den türkischen Sicherheitsorganen ausfindig zu machen und zu bestrafen, führte bei der Basis zu einer zusätzlichen Verunsicherung. Wie die Besucherzahlen der diesjährigen Gedenkveranstaltungen

zeigten, verfügt die TKP/ML aber nach wie vor über ein erhebliches Sympathisantenpotential.

Das DABK führte am 3. Mai in Köln die alljährliche Gedenkfeier zu Ehren des TKP/ML-Gründers Ibrahim Kaypakkaya durch. Die Teilnehmerzahl war mit rund 7.000 Personen fast doppelt so hoch wie im Vorjahr. Zu einer Gedenkveranstaltung des konkurrierenden „Partizan"-Flügels am 19. April in Gießen waren nur 1.500 Besucher erschienen.

Am 11. Januar fand in Nürnberg eine Folkloreveranstaltung der TKP/ML statt, an der rund 400 Personen aus dem gesamten süddeutschen Raum teilnahmen. Über der Bühne war ein ca. 4 x 1 m großes Transparent mit Aufschrift TKP/ML angebracht. Im Zugangsbereich des Saales wurde Publikationsmaterial der Organisation angeboten.

Die ATIK führte am 21./22. Februar in Memmingen eine Unterschriftenaktion gegen die seit 15. Januar geltende erweiterte Visumspflicht für Kinder aus der Türkei, Marokko, Tunesien und dem ehemaligen Jugoslawien durch. In Flugblättern behauptete sie, die Politik der Bundesregierung fördere Rassismus und Ausländerfeindlichkeit mit dem Ziel, eine Mauer zwischen deutschen und ausländischen Werktätigen zu errichten.

Im Vergleich zu früheren Spendenaktionen zeichnet sich eine rückläufige Entwicklung der Einnahmen ab. Rund 60 % der in Europa gesammelten Gelder stammen aus dem Bundesgebiet, was die Bedeutung Deutschlands für die Finanzierung der TKP/ML unterstreicht. Während der diesjährigen Spendenkampagne der TKP/ML, deren Ziel auf rund zwei Millionen DM geschätzt wird, sind keine Fälle von Androhung oder Anwendung von Gewalt bekanntgeworden.

3.1.2 **Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)**

Zu den militantesten türkischen Extremistengruppen zählt die sowohl in Deutschland als auch in der Türkei verbotene revolutionär-marxistische Devrimci Sol. Sie versteht sich als eine an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus ausgerichtete Volksbewegung, die mit Hilfe einer bewaffneten Revolution auf die Zerschlagung des türkischen Staats zielt. Seit ihrer Gründung im Jahre 1978 verübte die terroristische Gruppe in der Türkei zahlreiche Schußwaffen- und Sprengstoffanschläge. 1993 spaltete sie sich in zwei Lager. Die Anhänger des Devrimci-Sol-Leiters Dursun Karatas nennen sich inzwischen „Revolu-

Spaltung in zwei Flügel

tionäre Volksbefreiungspartei/-front" (DHKP-C). Die Oppositionsgruppe führt die Bezeichnung „Türkische Volksbefreiungspartei/-front" (THKP-C Devrimci Sol). Ihr Gründer Bedri Yagan wurde im März 1993 in der Türkei bei einem Polizeieinsatz getötet. Die von Haß geprägten Flügelkämpfe auf deutschem Boden sind durch eine erhöhte Gewaltbereitschaft gekennzeichnet. Auffallend ist die niedrige Hemmschwelle bei der Verwendung von Schußwaffen, wobei auch die Tötung von Personen in Kauf genommen wird (vgl. auch Nummer 1.4 des 5. Abschnitts).



Bundesweit zählt die Gruppierung rund 1.300 (1996: 1.200) Anhänger, darunter 190 (1996: 170) in Bayern. Ortsgruppen des Karatas-Flügels mit insgesamt rund 150 (1996: 130) Mitgliedern bestehen in Aschaffenburg, München und Nürnberg; der Yagan-Flügel ist in Bayern nur durch Einzelmitglieder vertreten. Das Ende 1996 von der DHKP-C und der PKK unterzeichnete „gemeinsame Protokoll", das den ersten Schritt zum geplanten Aufbau einer „revolutionären Front" in der Türkei darstellen sollte, wurde bisher noch nicht erfolgreich in die Praxis umgesetzt.

Steigende Mitgliederzahlen

Die europaweite Spendenkampagne der DHKP-C läuft jeweils zum Jahreswechsel an. Die teilweise unter Androhung von Gewalt gesammelten Spenden stellen - wie bei der PKK und anderen linksextremistischen türkischen Organisationen - die Haupteinnahmequelle der Gruppierung dar und dienen der Unterstützung ihrer in der Türkei aktiven Guerillakämpfer.

Finanzierung

Die DHKP-C hat inzwischen ihre öffentlichen Treffen ins Ausland verlagert, um Verbote durch deutsche Behörden zu vermeiden. So führte sie am 5. April in Hengelo/Niederlande zum 3. Jahrestag ihres Bestehens und zum Gedenken an „revolutionäre Märtyrer" eine Veranstaltung mit überwiegend kulturellem Charakter durch. Daran beteiligten sich rund 4.500 Personen, darunter auch eine Delegation aus Deutschland. Ein Redner würdigte die Erfolge der DHKP-C und das im Dezember 1996 mit der PKK geschlossene Bündnis.

Verlagerung öffentlicher Veranstaltungen ins Ausland

Eine ursprünglich für den 8. November in Iserlohn geplante Veranstaltung fand nach einem Verbot am 9. November in Genk/Belgien statt.

Tarnveranstaltung in Bayern

Am 14. Juni fand in Aschaffenburg eine als Konzert der türkischen „Grup Yorum" („Gruppe Kommentar") getarnte Versammlung der DHKP-C statt. Unter den rund 1.500 Teilnehmern befanden sich auch Sympathisanten aus Belgien, Tschechien und den Niederlanden. In dem mit DHKP-C-Fahnen geschmückten Veranstaltungsraum wurde umfangreiches Propagandamaterial zum Kauf angeboten. Ferner wurden politische Reden gehalten und Filme, Videoaufzeichnungen und Dias gezeigt. Das Rahmenprogramm bestand aus Musik- und Folkloredarbietungen. Gegen die Veranstalter wurde ein Ermittlungsverfahren wegen eines Vergehens nach § 20 Vereinsgesetz eingeleitet.

Exekutivmaßnahmen

Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen Verdachts der Fortführung der verbotenen Devrimci Sol durchsuchte die Polizei am 16. Januar in Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen Wohnungen und andere Objekte von mutmaßlichen Anhängern der DHKP-C. Dabei wurden schriftliche Unterlagen und mehrere Computer sichergestellt. In einem türkischen Vereinsheim in Ulm, in dem größere Mengen Propagandamaterial lagerten, wurden drei seit längerem in Deutschland lebende Anhänger der DHKP-C sowie eine illegal aus der Türkei eingereiste Person angetroffen.

Am 9. April wurde die mutmaßliche Europazentrale der DHKP-C im „Informationszentrum für freie Völker e.V." in Köln durchsucht. Dabei konnte umfangreiches Beweismaterial u.a. über den Vertrieb des DHKP-C-Sprachrohrs „Kurtulus" sichergestellt werden.

Strafverfahren

Das Landgericht München I verurteilte am 5. Mai einen Aktivisten des Yagan-Flügels wegen Unterstützung des organisatorischen Zusammenhalts der Devrimci Sol zu einer Geldstrafe von 4.500 DM. Der Angeklagte hatte am 7. Juli 1996 in München Flugblätter der verbotenen Gruppierung verbreitet. In seiner Wohnung konnte weiteres umfangreiches Propagandamaterial beschlagnahmt werden.

3.1.3 Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)

Die in der Türkei terroristisch operierende MLKP entstand 1994 aus dem Zusammenschluß zweier türkischer linksextremistischer Organisationen. Wie die TKP/ML und die Devrimci Sol erstrebt sie die Zerschlagung des türkischen Staatsgefüges und die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung in der Türkei. Die MLKP zählt

bundesweit rund 700 Mitglieder, davon etwa 50 in Bayern. Klare organisatorische Strukturen sind in Bayern noch nicht erkennbar.

Am 7. Juni fand in Neu-Ulm eine unter falschem Namen angemeldete Tarnveranstaltung der MLKP mit rund 300 Besuchern statt.

3.2 **Extreme Nationalisten**

Die 1978 gegründete Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) mit Sitz in Frankfurt am Main hatte am 5. Oktober 1996 auf ihrem 19. Bundeskongreß in Essen ihre Umbenennung in „Deutsche Türk-Föderation" (Almanya Türk Federasyon -ATF-) beschlossen. Bislang wurde die neue Bezeichnung weder ins Vereinsregister eingetragen noch in öffentlichen Verlautbarungen benutzt. Die Organisation tritt vielmehr weiterhin unter dem Namen ADÜTDF auf. Daneben verwendet sie auch die Bezeichnung „Türk Federasyon".



Weiterverwendung der bisherigen Bezeichnung

Die ADÜTDF bzw. ATF ist eng mit der türkischen „Partei der Nationalen Bewegung" (MHP) verbunden. Ihre Ideologie vereint Elemente des extremen Nationalismus mit islamistischen Positionen, also der Hinwendung zum Islam als staatskonstituierendem Element. Die ADÜTDF tritt für die Wiederherstellung der Türkei in der Größe des Osmanischen Reichs ein und propagiert den Vorrang und die Überlegenheit der türkischen Nation und Rasse. Teilweise sind auch antiwestliche Tendenzen erkennbar. So fordert die ADÜTDF von der türkischen Jugend in Deutschland Distanz zu westlich-„dekadenten" Einflüssen und die Betonung ihrer türkischen Identität.

Nationalistische Ideologie mit islamistischen Positionen

Die ADÜTDF ist in eingetragenen Vereinen und teilweise losen Zusammenschlüssen organisiert. Sie zählt bundesweit knapp 7.000 Mitglieder. In Bayern verfügt sie über 28 (1996: 24) örtliche Untergliederungen mit insgesamt rund 1.500 (1996: 1.400) Mitgliedern. Seit Januar 1997 gibt die ADÜTDF die Zeitung „Türk Federasyon Bülteni", die zuvor nur sporadisch zu bestimmten Ereignissen erschienen war, monatlich heraus. Im Internet bietet sie inzwischen eine eigene „homepage" in deutscher und türkischer Sprache an.

Aufwärtstrend in Bayern

Die geschulten Führungskräfte der ADÜTDF bemühen sich insbesondere um die zweite und dritte Generation junger Türken in Deutschland. Die Synthese aus übersteigertem Nationalgefühl und Religion

Jugendarbeit

als weiterem „Orientierungspunkt" macht die ADÜTDF gerade für türkische Jugendliche besonders attraktiv, zumal die Organisation ihre jugendlichen Mitglieder nicht strikt auf islamistische Positionen verpflichtet. Seit dieser ideologischen Reform ist ein beachtlicher Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Große Teile der Einnahmen fließen in die Jugendarbeit. Zur Mitgliederwerbung ist die ADÜTDF auch in zahlreichen Sport- und Elternvereinen tätig, die keine politischen Ziele haben. Dabei gibt die ADÜTDF jungen Landsleuten das Gefühl, als Türken anerkannt zu werden. Sie bietet Kampfsportausbildung sowie Betätigungsmöglichkeiten bei Folkloredarbietungen und Theateraufführungen. So werden Jugendliche über zumeist unpolitische Angebote an den Verband herangeführt und frühzeitig als Vereinsfunktionäre in die politische Arbeit integriert. Bei der ADÜTDF finden sie darüber hinaus ein Forum gegen die von der PKK im In- und Ausland praktizierte Militanz. Ferner gibt der Nationalismus vielen türkischen Jugendlichen ein „Wir-Gefühl" gegenüber der komplex organisierten deutschen Gesellschaft. Die Forderung nach einer Abkehr von der „westlichen Dekadenz" hat dabei nachhaltige Auswirkungen auf die Integrationsbereitschaft in Deutschland. Die bisherige Scheu türkischer Jugendlicher, ihre nationalistische Gesinnung öffentlich zu zeigen, schwindet.

Die ADÜTDF-Führung hat ihre Mitglieder wiederholt angewiesen, die Rechtsordnung des Gastlandes zu achten und sich von Anhängern der PKK und anderen türkischen Linksextremisten nicht provozieren zu lassen. Mit ihrer chauvinistisch-nationalistischen Ideologie gerät die ADÜTDF aber vermehrt ins Blickfeld militanter politischer Gegner.

Der Jahreskongreß der ADÜTDF wurde nicht zuletzt aufgrund der turbulenten Entwicklungen in der MHP, deren langjähriger Vorsitzender Alparslan Türkes am 4. April verstorben ist, auf das Jahr 1998 vertagt.

3.3 Islamische Extremisten

3.3.1 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs * (IGMG)

Islamisch-extremistische Ideologie

Die IGMG, die bis 1995 die Bezeichnung „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V." (AMGT) führte, ist ein Sammelbecken von Anhängern der islamisch-fundamentalistischen Wohlfahrtspartei (RP). Die Anfang 1998 in der Türkei verbotene RP war seit den türkischen Parlamentswahlen im Dezember 1995 stärkste Partei im Parlament

* Milli Görüs bedeutet: Nationale Sicht

und stellte von Juli 1996 bis Juni 1997 mit ihrem Vorsitzenden Prof. Necmettin Erbakan den türkischen Ministerpräsidenten.

Die IGMG vertritt das Gedankengut der RP unter den türkischen Muslimen in Deutschland. Ihr Nahziel ist die Einführung des Koran als Grundlage des Staatsaufbaus und als Verhaltenskodex staatlichen Zusammenlebens. Mittelfristig erstrebt sie die Abschaffung der laizistischen Staatsordnung in der Türkei, die durch ein islamisches System nach dem Beispiel des Iran ersetzt werden soll. Fernziel der IGMG ist die weltweite Islamisierung im Sinn eines doktrinären Islam-Verständnisses. Zahlreiche Verlautbarungen zeigen einen Haß auf Andersgläubige, insbesondere Juden, der den Grundsätzen von Menschenwürde, Toleranz zwischen den Religionen und dem Gedanken der Völkerverständigung zuwiderläuft.

Bisher sind - zumindest in Bayern - keine politisch motivierten Gewalttaten von Anhängern der IGMG bzw. AMGT bekanntgeworden. Äußerungen in den vergangenen Jahren lassen jedoch darauf schließen, daß die IGMG Gewaltanwendung als Mittel zur Auseinandersetzung gegenüber Andersdenkenden entgegen den Beteuerungen in ihrer Satzung nicht ächtet. Als überzeugte Vertreterin islamisch-extremistischer Positionen lehnt die IGMG jegliche Integration in die deutsche Gesellschaft ab. Auch eine friedliche Koexistenz von Christen und Muslims ist ihren Vorstellungen zufolge nur partiell denkbar, vor allem aber nicht ernsthaft beabsichtigt.

Latente Militanz

Nach wie vor ist die IGMG bemüht, bestimmende islamische Kraft in Deutschland zu werden. Als bedeutendste islamische Gruppierung will sie sodann die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts erreichen. Sie erhofft sich davon umfangreiche staatliche Unterstützung und finanzielle Vorteile. Ihr Kampf um Anerkennung als Religionsgemeinschaft soll sie ferner in die Lage versetzen, bereits im Kindesalter Einfluß auf Landsleute zu nehmen, um sie langfristig für ihre Ziele zu gewinnen. In letzter Zeit gibt sie ihrer Bildungsarbeit für Jugendliche, aber auch für Studenten und Frauen einen erhöhten Stellenwert. Dabei ist sie bestrebt, die „muslimische Identität" unter den in nichtmuslimischen Staaten lebenden Türken zu stärken. Diesem Vorhaben dienen offenbar auch angeblich unpolitische „Koran-Unterweisungen" in Moscheen bzw. Sommerlagern. Auch diese Aktivitäten senken die Integrationsbereitschaft türkischer Jugendlicher.

Bemühungen um Jugendliche

Die Entwicklung der IGMG stagniert mittlerweile. Ein Grund hierfür ist der Mangel an jugendlichem Nachwuchs, der u.a. auf den stren-

Stagnierende Entwicklung

gen religiösen Anforderungen, aber auch auf unzureichenden oder fehlenden Angeboten für Jugendliche sowie der Konkurrenz attraktiverer Organisationen beruht. Zudem ist die Mitgliedschaft der IGMG überaltert und die Finanzlage angespannt. Auch das Engagement der Mitglieder hat nachgelassen; demotivierend wirkte insbesondere der Rücktritt Erbakans als Ministerpräsident Ende Juni. Mit bundesweit rund 26.500 Mitgliedern ist die IGMG gleichwohl noch immer die stärkste und finanzkräftigste Organisation extremistischer Ausländer. Eine „Europäische Moscheenbau- und Unterstützungsgemeinschaft" (EMUG) verwaltet den umfassenden Immobilienbesitz im Wert von rund 60 bis 80 Millionen DM. Den 70 IGMG-Untergliederungen in Bayern gehören wie im Vorjahr rund 5.000 Mitglieder an.

Finanzierung

Die Mitgliedschaft bei der IGMG ist mit einer erheblichen finanziellen Belastung verbunden. Die IGMG-Zentrale in Köln erhebt von jedem Mitglied einen Monatsbeitrag von 20 DM. Daneben ziehen die örtlichen Untergliederungen Beiträge ein, deren Höhe von der finanziellen Belastbarkeit der Mitglieder abhängt. Der Finanzierung der IGMG dienen auch die in Mitgliedsvereinen betriebenen Lebensmittelläden, die Einnahmen aus den in den Ferien angebotenen Korankursen und die Gewinne aus den von der IGMG organisierten Pilgerfahrten nach Mekka. Darüber hinaus vermittelt die IGMG den Kauf von Aktien türkischer Unternehmen, um von Kursgewinnen ihrer Mitglieder profitieren zu können. Neben den regelmäßigen Spendenaktionen (u.a. zum Ramadan) werden aus aktuellem Anlaß (z.B. Hilfe für notleidende Muslime in Bosnien) zusätzliche Sammlungen durchgeführt, die je nach der Größe des Vereins Erträge zwischen 5.000 und 20.000 DM erbringen. Die Verwendung der Gelder ist kaum kontrollierbar.

Jahreskongreß

An der 3. Generalversammlung der IGMG am 14. Juni im Dortmunder Westfalenstadion nahmen über 35.000 Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland teil. Aus der Türkei waren zwei ranghohe RP-Politiker anwesend. Der IGMG-Vorsitzende Ali Yüksel betonte in seiner Rede, daß die IGMG keine Terrororganisation sei. Er forderte die Abschaffung der seit 15. Januar geltenden erweiterten Visumspflicht für minderjährige Ausländer, das Recht der Stimmabgabe im Ausland bei Wahlen in der Türkei sowie den verstärkten Kampf gegen Rassismus. Weitere Redner, darunter der ehemalige IGMG-Vorsitzende Osman Yumakogullari, befaßten sich mit der Situation in der Türkei und betonten ihre Überzeugung, daß der Islam schließlich siegen werde.

Am 26. Oktober veranstaltete die IGMG in Zirndorf, Landkreis Fürth, ein „Jugendfest" mit rund 800 Teilnehmern. Als Ehrengast war der RP-Bürgermeister von Beyoglu anwesend. Der für die Jugend zuständige Funktionär der IGMG-Zentrale kritisierte in seiner Rede die Haltung der Türkei gegenüber den Koranschulen und die deutschen Staatsschutzbehörden wegen der Erwähnung der IGMG in den Verfassungsschutzberichten.

Exekutivmaßnahme

Am 16. September wurde die IGMG-Gebietszentrale Südbayern in München durchsucht. Anlaß dieser Maßnahme war der Verdacht, daß die IGMG in ihren Räumen illegale Ausländer unterbringt und ihnen falsche Ausweise verschafft. Die Polizei nahm 25 Personen vorläufig fest. Einige führten gefälschte Pässe oder Führerscheine mit. Gegen elf Betroffene wurden Strafverfahren wegen Urkundenfälschung bzw. Verstoßes gegen das Ausländergesetz eingeleitet. Die Ermittlungen ergaben eine Beteiligung des IGMG-Vorstands an diesen Straftaten. Offenbar scheut sich die IGMG nicht vor Verstößen gegen die deutsche Rechtsordnung.

3.3.2 Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)

Weltherrschaft des Islam

Der 1984 in Köln gegründete ICCB strebt kompromißlos die Weltherrschaft des Islam auf der Grundlage des Korans und der Scharia (islamisches Rechtssystem) an. Als ersten Schritt dorthin zielt er auf den Sturz des türkischen Staatsgefüges. Dieses soll mittels einer Revolution durch einen islamischen Gottesstaat ersetzt werden, dem als geistliches und weltliches Oberhaupt der Kalif vorsteht.

Interne Differenzen

Der Verband wechselte seit seiner Gründung mehrfach seine Bezeichnung (z.B. „Föderativer Islamstaat Anatolien" -A.F.I.D-; „Islamische Stiftung"). Seit 1995/1996 tritt er nach außen fast ausschließlich als „Hilafet Devleti" (Kalifatsstaat) auf. Interne Konflikte hatten die Organisation schon vor dem Tod ihres langjährigen Leiters Cemaleddin Kaplan im Mai 1995 destabilisiert und zur Abspaltung zahlreicher Ortsvereine geführt. Danach verschärften sich die internen Auseinandersetzungen um Kaplans Nachfolge. Sein Sohn Metin Kaplan übernahm die Leitung des Verbands und ließ sich - wie zuvor sein Vater - zum „Kalifen" ausrufen. Sein Führungsstil begegnete indes zunehmender Kritik. Eine beträchtliche Zahl von Mitgliedern wechselte zur IGMG. Auch das Potential der Sympathisanten hat sich in letzter Zeit erheblich verringert.



Die Mitgliederzahl des Verbands ist nach Schätzung bundesweit auf etwa 1.300 (1996: 1.500) zurückgegangen. In Bayern gehören der Organisation fünf örtliche Untergliederungen mit insgesamt 150 (1996: 250) Mitgliedern an. Die Abspaltungsbewegung hat damit auch die bayerischen Verbandsmitglieder voll erfaßt.

Aggressive Polemik

In seiner Publikation „Ümmet i Muhammed" (Die Gemeinde Mohammeds) polemisiert die Gruppierung gegen das westliche System, die Demokratie, die Parteien, den Parlamentarismus und die Integration von Muslimen in die westliche Gesellschaft. Besonders ausgeprägt ist ihr Antisemitismus:

> *„Wenn wir Juden sagen, dann werden alle Muslime von einem Schauer erfaßt und sie müssen sich erst einmal schütteln. Diese Gesellschaft von nicht einmal einigen Millionen Menschen läßt eine Milliarde Muslime Blut spucken. Die jüdische Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die Propheten ermordete, sich gegenüber den Gottesgaben undankbar zeigte und Hinterhältigkeit und Gewalttätigkeit zu ihren Parolen machte."*
> (Ümmet i Muhammed vom 22. Mai)

Zugleich postuliert sie für den Islam einen absoluten, unabdingbaren Alleinvertretungsanspruch, der gleichzeitig jede politische Zusammenarbeit mit anderen islamistischen Organisationen weithin ausschließt. Dissidenten werden offen zur Umkehr aufgefordert und im Falle der Weigerung massiv bedroht. Seit 1995/1996 wurden im Umfeld des Verbands mehrere Gewalttaten gegen abtrünnige Funktionäre bekannt.

Gewaltbereitschaft

Hinsichtlich des Einsatzes von Gewalt nach außen unterscheidet der Verband zwischen einer ersten Phase der friedlichen Verkündigung des Islam und einer zweiten Phase der Gewalt, die beginnen werde, sobald die Zeit dazu reif sei. In seiner Zeitschrift „Ümmet i Muhammed" vom 19. Juni betonte der Verband die Bedeutung des Jihad (Heiliger Krieg). Auf einer der letzten Großveranstaltungen des Jahres 1997 skandierten rund 2.000 fanatisierte Anhänger am 11. Mai in Köln Parolen wie „Wir sind bereit zum Sterben, um den Kemalismus und seine Staatsform zu zerschlagen". Trotz seiner fehlenden Verankerung in türkisch-muslimischen Kreisen forderte der Verband andere muslimische Organisationen auf, sich zu ergeben:

> *„Ich schwöre Euch, wenn Ihr nicht kommt, bringen wir Euch mit der Schwertspitze hierher."*
> (Ümmet i Muhammed vom 3. Juli).

Ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren u.a. gegen einen Imam (Vorbeter) aus Augsburg wegen Aufforderung zur Ermordung eines Abtrünnigen in Berlin macht die besondere Gewaltbereitschaft der Organisation deutlich.

Ihren alleinigen Herrschaftsanspruch auf die Türkei dokumentierte die Organisation in mehreren Publikationen, darunter die Bücher „Islamische Verfassung" und „Die Rückgabe des Rechts an den Anspruchsteller". Darin forderte sie die Rückgabe der kemalistischen Türkei und proklamierte einen „Kalifatsstaat", der eine „theokratisch-diktatorische Staatsidee" verwirklichen solle.

Mit persönlich zu leistenden „Treueschwüren" wurden Funktionäre und zum Teil auch Mitglieder an den Leiter des Verbands Metin Kaplan gebunden und zu bedingungslosem Gehorsam bis in den Tod verpflichtet. Völlig entmündigt wurden die „Angehörigen des Kalifatsstaats" durch eine im Verbandsorgan „Ümmet i Muhammed" vom 26. Juni veröffentlichte Weisung Kaplans, nach dessen Ansicht die „Kemalisten" (gemeint sind die Repräsentanten des laizistischen Systems der Türkei) die Muslime gegeneinander aufhetzten und dazu ihren türkischen Geheimdienst MIT nach Deutschland und Europa schickten:

Totalitäre Tendenzen

> *„Diesbezüglich müßt ihr sehr wachsam sein ... Es gibt kein Handeln ohne Genehmigung mehr. Individuelle Handlungen werden auf keinen Fall genehmigt und nicht akzeptiert."*

Eine seit 15. Januar bestandskräftige Ordnungsverfügung der Stadt Köln untersagt Metin Kaplan das Recht auf politische Betätigung. Insbesondere ist es ihm verboten, zum Sturz der türkischen Rechtsordnung aufzurufen, einen solchen Umsturz zu unterstützen oder zu befürworten und die demokratische Staatsform zu diffamieren.

Mit seiner totalen Abgrenzungsstrategie steht der Verband in islamischen Kreisen inzwischen völlig isoliert da. Seine Unberechenbarkeit und der zunehmende Realitätsverlust bedeuten im Zusammenspiel mit der nicht mehr ausschließlich verbalen Befürwortung von Gewalt, aggressiver Polemik und der totalitären Vereinnahmung von Funktionären und Mitgliedern ein nicht zu unterschätzendes Gefährdungspotential für die Innere Sicherheit.

4. Algerische Gruppen

Zielsetzung

Die im März 1989 in Algerien gegründete „Islamische Heilsfront" (FIS) verfolgt das Ziel, die algerische Regierung zu beseitigen und ein

islamistisches System zu errichten. Nach einem sich abzeichnenden Wahlsieg der FIS zur Jahreswende 1991/1992 wurde sie verboten. Dies war der Anfang schwerster Terrorakte ihres militärischen Zweigs, der „Islamischen Heilsarmee" (AIS).

Als weitere Terrorgruppe entstand 1991 die mit der FIS/AIS rivalisierende „Bewaffnete Islamische Gruppe" (GIA).

Anhänger im Bundesgebiet

Im Bundesgebiet lebt nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von etwa 200 Sympathisanten und Aktivisten der FIS und der GIA. Eine offene, vereinsähnliche Struktur der beiden Organisationen gibt es bislang nicht. Die Aktivisten sind jedoch in eine über die Grenzen Deutschlands hinausgehende informelle Struktur eingebunden. Insbesondere zu Frankreich, Luxemburg und Großbritannien halten sie enge Verbindungen. Bei FIS-Veranstaltungen im Bundesgebiet wird zwar immer wieder zur Unterstützung des Kampfes der FIS bzw. der AIS in Algerien aufgerufen, jedoch distanzieren sich die Redner zugleich von den terroristischen Aktionen der GIA gegen die algerische Zivilbevölkerung.

Der maßgebliche FIS-Funktionär und Leiter der „Exekutivinstanz der FIS im Ausland", Rabah Kebir, lebt in Deutschland. Seine zunächst intensive Propaganda gegen die algerische Regierung hatte ein Verbot der politischen Betätigung zur Folge. Inzwischen hat Kebir sein Verhalten erheblich gemäßigt und gegenüber dem Regime mehrfach seine Dialogbereitschaft zum Ausdruck gebracht. Jedoch mehren sich die Hinweise, daß dadurch seine Funktion als Leiter der „Exekutivinstanz" und der damit verbundene Alleinvertretungsanspruch der FIS im Ausland in Frage gestellt wird.

Gewalttätige Aktionen der FIS/GIA waren bisher in Bayern nicht festzustellen.

5. Iranische Gruppen

Die Anhänger der Volksmodjahedin haben sich im Bundesgebiet in der zum Teil konspirativ strukturierten und agierenden Iranischen Moslemischen Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (IMSV) zusammengeschlossen. Die Volksmodjahedin waren maßgeblich an der Revolution gegen den Schah im Iran beteiligt, gerieten aber nach dem Umsturz zunehmend in Opposition zur neuen Regierung, die sie seit Juni 1981 durch bewaffneten Widerstand

zu stürzen versuchen. Die ursprüngliche Einstufung der Volksmodjahedin als „islamische Fundamentalisten mit marxistischer Prägung" verlor seitdem immer mehr an Substanz. Aufgrund von intellektuellen Gegensätzen zwischen dem schiitischen Islam und dem Marxismus entstanden innerhalb der Volksmodjahedin ein marxistischer und ein muslimischer Flügel; letzterer behielt die Kontrolle über die Organisation.

Islamisch-extremistische Ausrichtung

Unter Federführung der Volksmodjahedin wurde im Juli 1981 der „Nationale Widerstandsrat Iran" (NWRI) als Zusammenschluß iranischer Oppositioneller gegründet. Er versteht sich als einzige demokratische Alternative zur iranischen Regierung. Die IMSV und ihre Nebenorganisationen sind in ihn eingebunden. Der Sitz des NWRI ist in Paris.

Nationaler Widerstandsrat Iran

Im August 1993 konstituierte sich der NWRI zum „Exilparlament" und wählte die Generalsekretärin der Volksmodjahedin Maryam Radjavi zur künftigen „Präsidentin" des Iran. Die Bezeichnung „Volksmodjahedin" findet seitdem kaum noch Verwendung. Mit dieser Strategie wollen sich die Volksmodjahedin anderen Oppositionsgruppen öffnen und sie unter ihrer Führung einigen. Der Machtanspruch der Volksmodjahedin, die fehlende innerparteiliche Demokratie und ihr Personenkult stoßen indes bei einem erheblichen Teil der iranischen Opposition auf Ablehnung.

„Exilparlament"

Die Volksmodjahedin halten sich vielfach nicht an Gesetze und behördliche Auflagen. Ihre hauptsächlich in Asylbewerberheimen angeworbenen Aktivisten sammeln seit Jahren oft unter Verstoß gegen ihre Aufenthaltsbeschränkung und ohne Sammlungserlaubnis im Namen von eigens gegründeten Tarnvereinen. Der Schwerpunkt der Sammlungstätigkeit liegt in der Vorweihnachtszeit. Neuerdings beantragen NWRI-Anhänger Sammlungserlaubnisse mit der Behauptung, das Geld werde an das Deutsche Rote Kreuz (DRK) überwiesen. Mittlerweile konnte eine neue Vorgehensweise beobachtet werden. Die Sammler sind häufig bei angemeldeten Info-Ständen anzutreffen oder im Rahmen von nicht genehmigten Sammlungen unterwegs. In mitgeführten Unterlagen liegen Spendenlisten aus, in denen sich Passanten mit der Wohnanschrift eintragen können. Die eingetragenen Spender werden nach kurzer Zeit zu Hause aufgesucht, um sie über ein „besonderes Projekt" zu informieren. Dabei handelt es sich um angebliche Patenschaften für Kinder, mit deren Hilfe die schulische Ausbildung und die gesundheitliche Versorgung der Kinder gewährleistet werde.

Illegale Aktivitäten

Tarnorganisationen der Volksmodjahedin

Um bei der Beantragung erforderlicher Erlaubnisse nicht selbst in Erscheinung treten zu müssen, bedient sich der NWRI mehrerer „Tarnvereine", deren Bezeichnung keinen Bezug zu den Volksmodjahedin aufweist. In der Vergangenheit waren dies z.B. die Gruppierungen „Flüchtlingshilfe Iran e.V.", „Frauen für Demokratie im Iran", „Iranischer Kulturverein", „Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V." (VIDA), „Iranische Flüchtlingskinderhilfe e.V.", „Verein der Künstler und Schriftsteller des iranischen Widerstandes e.V." „Gesellschaft iranischer Flüchtlinge e.V." und „Verein zur Eingliederung iranischer Flüchtlinge e.V." (VEIF). Der NWRI bestreitet eine Verbindung dieser Organisationen zu den Volksmodjahedin. Die angeblich für humanitäre Zwecke bestimmten Spendengelder dienen in Wirklichkeit der Unterhaltung der weltweiten Strukturen der Volksmodjahedin sowie vermutlich auch der Beschaffung von Waffen für ihre im Irak stationierte „Nationale Befreiungsarmee" (NLA). Zur Verschleierung der Sammlungsaktivitäten wird bei den Behörden manchmal um Erlaubnis zum Verkauf von Publikationen nachgesucht.

Öffentlichkeitsarbeit

Der von den Volksmodjahedin dominierte NWRI betreibt mit großem Aufwand Propaganda und fortwährende Kontaktpflege, um sich trotz fehlenden Rückhalts in der iranischen Bevölkerung im westlichen Ausland als einzige handlungsfähige Alternative zum „Mullah-Regime" zu präsentieren. Mit der Anlehnung an gesellschaftspolitisch bedeutsame Themen und unter Einbeziehung organisationsfremder Personen versucht er, sein eigentliches Ziel, nämlich die gewaltsame Machtübernahme im Iran, zu verschleiern und die Anerkennung und Unterstützung einer breiten Öffentlichkeit zu erlangen. Als Erfolg seiner Öffentlichkeitsarbeit konnte er die Anwesenheit und Mitwirkung deutscher Parlamentarier bei einigen Kundgebungen verbuchen.

Zentrales Thema seiner politischen Auseinandersetzung mit der iranischen Regierung war der von Anfang an aufmerksam verfolgte Prozeß wegen der Ermordung von vier iranisch-kurdischen Oppositionellen am 17. September 1992 im Berliner Lokal „Mykonos". Dazu veranstaltete der NWRI am 10. April vor dem Kammergericht Berlin unter dem Motto „Gegen iranischen Staatsterrorismus" eine Kundgebung mit rund 2.000 Teilnehmern, darunter auch Demonstranten aus Bayern. Anlaß war das am selben Tag verkündete, von NWRI-Anhängern mit Beifall aufgenommene Urteil im „Mykonos-Prozeß". Damit versuchte der NWRI, das Ergebnis der Gerichtsverhandlung als Resultat seiner fortwährenden Oppositionsarbeit darzustellen.

Am 20. Juni führte der NWRI eine Großveranstaltung in Oberhausen/Nordrhein-Westfalen durch. Unter den rund 5.000 Teilnehmern befanden sich zahlreiche Anhänger der Volksmodjahedin aus Bayern. Offizielles Motto der Veranstaltung war der „Tag der Solidarität für Demokratie und Menschenrechte im Iran". Der NWRI hatte europaweit mit Plakatierungsaktionen für die Veranstaltung geworben. Aus dem Irak wurden auf eine Videogroßleinwand Ansprachen von Maryam Radjavi und ihres Ehemanns Masoud übertragen, der die NLA der Volksmodjahedin befehligt. Beide forderten den Sturz der iranischen Regierung und kritisierten scharf die „liberale Haltung" der westlichen Regierungen gegenüber dem „Teheraner Mullah-Regime".

Anfang 1997 wurde in Bayern das Informationstelefon des NWRI stillgelegt. Die Übermittlung aktueller Nachrichten erfolgt künftig ausschließlich über das Internet.

6. Volksbewegung von Kosovo (LPK)

Bei der LPK handelt es sich um eine extremistische Ausländerorganisation von Kosovo-Albanern. In ihrer Heimat kämpft diese revolutionäre marxistisch-sozialrevolutionäre Partei illegal gegen die serbische Besetzung und fordert die Eigenständigkeit des Kosovo unter albanischer Führung.

Unterstützung einer terroristischen Untergrundorganisation

Aufgrund steigender Mitgliederzahlen haben sich in Bayern zahlreiche LPK-Volksräte gebildet. Jedes Mitglied ist zu monatlichen Spenden angehalten. Die gesammelten Gelder fließen größtenteils einer terroristischen Untergrundorganisation im Kosovo, der Befreiungsarmee Kosovo (UCK), zu. Die UCK verübte im Kosovo zahlreiche terroristische Anschläge gegen serbische Einrichtungen, bei denen mehrere Personen ums Leben kamen. Dazu erklärte die UCK:

„Befreiungsarmee Kosovos/Pressemitteilung
Bekanntmachung Nr. 38

Nach dem Beschluß des Hauptstabes der UCK (Befreiungsarmee Kosovos) wurde in der Operativ-Zone Nr. 1, genauer in der Unterzone „Llapit", am 05.11.1997 gegen die politischen Strukturen der serbischen Okkupatoren ein bewaffneter Überfall vorgenommen. Das Hauptziel des bewaffneten Überfalls war das Verwaltungsgebäude der Gemeinde Podujevo. Der Überfall wurde gegen 20.00 Uhr beendet. Bei diesem Vorfall gab es auf seiten der Okkupatoren Verluste und materielle Schäden. Wir haben nur

das eine klare Wort an die serbischen Okkupatoren: Die Situation Kosovos läßt sich nicht mit Gewalt, Terror und Gerichten über das Volk lösen. Es gibt nur eine Lösung: Die Truppen der Polizei und Armeen müssen aus Kosovo vertrieben werden und der Wille des Volkes zur Selbstbestimmung muß respektiert werden; dies muß auch die internationale Gemeinschaft anerkennen.
Unser Kampf wird noch stärker durch neue Maßnahmen; die UCK übernimmt Aktionen in den ganzen okkupierten Territorien. Wir rufen die internationalen Zentren und Gemeinschaften auf, etwas für die Lösung der albanischen Situation zu tun. Wir wollen in Freiheit und in unserem eigenen Land leben. Das ist auch im Sinn einer Stabilität im Balkan.
An alle Albaner, wo immer ihr auch seid, wir rufen euch auf, die UCK mit allen Mitteln zu unterstützen; besonders die Albaner, welche Emigranten sind, werden gebeten, materiell den Fonds für die Befreiung Kosovos zu helfen.

Prishtina, den 07.11.1997
Hauptstab der Befreiungsarmee Kosovos"

7. Nutzung des Internets durch extremistische Ausländerorganisationen

Das Internet, insbesondere das world wide web (www), wird im Gegensatz zu Mailboxen auch von extremistischen Ausländerorganisationen genutzt. Der Schwerpunkt liegt in der Propaganda und Information. So ist eine Vielzahl von Publikationen im Internet erhältlich, u.a. der „Kurdistan-Rundbrief"und die FIS-Publikation „Al-Ribat".

7.1 Linksextremisten

Die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM), ein Dachverband PKK-naher Vereine, verbreitete im Internet einen Beitrag mit dem Titel „Urlaub in der Türkei ist Ihr gutes Recht, zu überleben ist das Recht des kurdischen Volkes!". Darin forderte sie Urlauber dazu auf, das Reiseziel Türkei zu meiden. Jede Mark, die der Urlauber in der Türkei ausgebe, bedeute eine Gewehrkugel im Kampf gegen die Kurden. Außerdem sei das Leben von Touristen in der Türkei bedroht.

Der Partizan-Flügel der TKP/ML bietet seit Sommer 1997 in einer eigenen „homepage" die Schrift „Partizan" an.

Die Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front (DHKP-C) ist im Internet seit etwa einem Jahr mit einer eigenen „homepage" vertreten, die auf einem Server in den Niederlanden abgelegt ist. Das Angebot enthält u.a. programmatische Erklärungen sowie Berichte über Aktionen in der Türkei in türkischer, englischer und deutscher Sprache.

7.2 **Extreme Nationalisten**

Die bisher in ihrer Öffentlichkeitsarbeit eher zurückhaltende Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) präsentiert sich in ihrer „homepage" als konservative Organisation, die Kommunismus, Faschismus und totalitäre Systeme strikt ablehne. Zusätzlich werden Nachrichten aus den Mitgliedsvereinen der ADÜTDF und dem Umfeld der türkischen „Partei der Nationalen Bewegung" (MHP) angeboten.

7.3 **Islamische Extremisten**

Die schiitisch-extremistische Hizb Allah (Partei Gottes) veröffentlichte eine Liste, in der sie die durch ihre Terroranschläge verursachten Verluste der israelischen Seite der Zahl der eigenen „Märtyrer" gegenüberstellt. Darin heißt es, seit Anfang 1997 hätten der „israelische Feind" und seine palästinensischen „Kollaborateure" 17 Todesopfer und 70 Verwundete zu beklagen. Die eigenen Verluste beliefen sich auf 18 Tote.

Eine deutliche zunehmende Nutzung des Internet ist bei der algerischen Islamischen Heilsfront (FIS) zu verzeichnen. Sie bietet im world wide web (www) zu Propagandazwecken u.a. Bilder von verletzten und verstümmelten „FIS-Kämpfern" an.

Auch der Nationale Widerstandsrat Iran (NWRI) präsentiert sich seit Anfang 1996 im Internet, wodurch mittelfristig andere organisationseigene Propagandamedien ersetzt werden sollen. Ein erklärtes Ziel des NWRI ist es, alle Stützpunkte mit einem eigenen Internet-Anschluß auszustatten.

8. Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
1. Arabische und algerische Gruppen	
Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) marxistisch-leninistisch	Al Hourriah (Die Freiheit) - wöchentlich -
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) marxistisch-leninistisch	Al Hadaf (Das Ziel) - wöchentlich - Democratic Palestine - zweimonatlich -
Volksfront für die Befreiung Palästinas -Generalkommando- (PFLP-GC) marxistisch-leninistisch	Ila-Al-Amam (Vorwärts) - wöchentlich -
Hizb Allah (Partei Gottes) schiitisch-extremistisch	Al-Ahd (Die Verpflichtung) - wöchentlich -
Islamische Heilsfront (FIS) sunnitisch-extremistisch	El-Mounquid (Der Retter) - monatlich - Al Sabeel (Der Weg) Al Ribat (Die Vereinigung) - unregelmäßig -
Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) sunnitisch-extremistisch	El-Ansar
Djama'a Islamiya sunnitisch-extremistisch	
2. Iranische Gruppen	
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	
Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (IMSV) islamisch-extremistisch Sitz: Köln	Freiheit für Iran - monatlich - Schire Khorschid (Löwe und Sonne) - unregelmäßig - Iran Zamin (Iranische Erde) - wöchentlich -
Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) islamisch-extremistisch	Qods (Jerusalem) - unregelmäßig -

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
3. Kurdische Gruppen	
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) marxistisch-leninistisch (in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)	Serxwebun (Unabhängigkeit) - monatlich - Kurdistan-Report - unregelmäßig -
Teilorganisationen der PKK:	
Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK)	
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) (in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)	
Nebenorganisationen der PKK: Kurdistan-Komitee e.V., Köln (in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)	
Kurdistan Informationsbüro in Deutschland (KIB) (am 02.03.1995 verboten)	
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan) (in Deutschland seit 26.11.1993 verboten)	
Kurdistan Informations-Zentrum (KIZ)	
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM)	
Haus der kurdischen Künstler e.V. (bisher: HUNERKOM)	
Union der freien Frauen aus Kurdistan (YAJK)	Jina Serbilind (Die stolze Frau) - monatlich -
Union der Journalisten Kurdistans (YRK)	
Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK)	
Union zur Pflege der kurdischen Kultur und Kunst (YRWK)	Welate Me (Unsere Heimat)
Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK) (bisher: Vereinigung der patriotisch-revolutionären Jugend Kurdistans)	Sterka Ciwan (Stern der Jugend) - monatlich -
Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK)	Ronahi (Licht) - dreimonatlich -

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB)	Zülfikar - monatlich -
Islamische Bewegung Kurdistans (KIH)	Baweri (Glaube)
Kurdischer Roter Halbmond (HSK)	Roja Kurdistane (Sonne Kurdistans)
KOMKAR - Verband der Vereine aus Kurdistan e.V. marxistisch-leninistisch	Denge KOMKAR (Stimme KOMKAR) - unregelmäßig - Informationsbulletin Kurdistan - zweimonatlich - KOMKAR-Info - zweimonatlich -
4. Türkische Gruppen	
4.1 Linksextremisten	
Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	Isci-Köylü Kurtulusu (Arbeiter-Bauern-Befreiung) - monatlich -
Partizan-Flügel	Partizan (Der Partisan) - monatlich - Özgür Gelecek (Freie Zukunft) - vierzehntägig -
DABK-Flügel (Ostanatolisches Gebietskomitee)	Öncü Partizan (Der Avantgarde-Partisan) - monatlich -
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) Frontorganisation der TKP/ML	
Basisorganisationen der TKP/ML: Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) Sitz: Duisburg -Partizan-Flügel-	
Föderation der demokratischen Rechte in Deutschland (ADHF) -DABK-Flügel-	
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) -Partizan-Flügel-	Mücadele (Kampf) - monatlich -
Konföderation der demokratischen Rechte in Europa (ADHK) -DABK-Flügel-	

Organisation, ideologische Ausrichtung	Publikationen (einschließlich Erscheinungsweise)
Devrimci Sol Spaltergruppen:	
Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front (DHKP-C) - Karatas-Flügel -	Halk Icin Kurtulus - wöchentlich -
	Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)
Türkische Volksbefreiungspartei/-front (THKP-C Devrimci Sol) - Yagan-Flügel -	Devrimci Cözüm (Revolutionäre Lösung) - vierzehntägig -
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP)	Atilim (Der Angriff) - wöchentlich -
	Partinin Sesi (Stimme der Partei)
Bolschewistische Partei Nordkurdistan/Türkei (BP-KK/T) (Abspaltung von der TKP/ML)	Bolsevik Partizan (Bolschewistischer Partisan) - unregelmäßig -
4.2 Extreme Nationalisten	
Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) (bisher: Deutsche Türk-Föderation -ATF-) Sitz: Frankfurt am Main	Türk Federasyon Bülteni - monatlich -
4.3 Islamische Extremisten	
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) Sitz: Köln	Publizistisches Sprachrohr: Milli Gazete (Nationale Zeitung) - täglich -
	Milli Görüs & Perspektive - monatlich -
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB) auch: Hilafet Devleti (Kalifatsstaat) Sitz: Köln	Ümmet i Muhammed (Die Gemeinde Mohammeds) - fünfzehntägig -
5. Albanische Gruppen	
Volksbewegung von Kosovo (LPK) linksextremistisch	Zeri i Kosoves - monatlich -
Befreiungsarmee Kosovo (UCK)	

4. Abschnitt

Scientology-Organisation (SO)

1. Zur Geschichte der SO

Persönlichkeits-manipulation als neue Therapie

Im Jahre 1950 veröffentlichte der amerikanische Buchautor L. Ron Hubbard (1911 - 1986) in den USA das Buch „Dianetik - Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit". Darin stellte er seine Lehre und ein technizistisches Verfahren („Technologie") zur Persönlichkeitsveränderung vor. In den folgenden Jahren kam es zur Gründung sogenannter „Dianetik-Zentren" und schließlich zum Aufbau der SO.

Hubbard erklärte sein von ihm entwickeltes Verfahren der Psychomanipulation zur „Religion". Zu den Motiven sagte er 1954:

Etiketten-schwindel

> *„Es scheint, daß wir jetzt alles hinbekommen werden. Und gute Neuigkeiten. Alle Auditoren werden Geistliche sein, und Geistliche haben an vielen Orten besondere Privilegien, einschließlich Steuer- und Wohnungsvergünstigungen. Natürlich ist alles eine Religion, was den menschlichen Geist behandelt. Und auch Parlamente greifen Religionen nicht an."*

Hubbards Taktik der Umfirmierung seiner Organisation zu einer „Religionsgemeinschaft" wurde jedoch meist durchschaut. Seit Jahrzehnten liegt Scientology im Konflikt mit den Rechtsordnungen demokratischer Staaten, wie Verbote und Gerichtsverfahren in vielen Ländern zeigen.

Ermittlungen gegen die SO und Hubbard

Im Jahre 1972 begannen Behörden in den USA umfangreiche Untersuchungen gegen Scientology und Hubbard einzuleiten. Die amerikanische Steuerbehörde (Internal Revenue Service, IRS) ermittelte gegen SO. Auch Interpol war mit der SO und ihrer obersten Autorität, Hubbard, befaßt.

Hubbard antwortete im Jahr 1973 mit der „Operation Snow White" („Operation Schneewittchen") und gründete einen Geheimdienst, das „Guardian Office", Vorläufer des späteren OSA (Office of Special Affairs). Ziel der Operation war es, ungünstige Berichte über die SO bei Regierungsbehörden - vor allem in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland - zu beseitigen. Die SO behauptet zwar heute, illegale Aktionen im Rahmen dieses Programms seien

ohne Billigung von Hubbard durchgeführt worden. Es handelt sich hierbei jedoch um eine offensichtliche Schutzbehauptung. Dies wurde zuletzt von einem maßgeblichen Mitarbeiter an diesem Programm bestätigt.

Angriff auf Interpol

Im November 1973 erteilte die damals ranghöchste Scientologin im sogenannten Guardian Office, Jane Kemper, im Rahmen der Operation Schneewittchen den Auftrag, alle Interpol-Dokumente in den Besitz der Organisation zu bringen, die sich mit Scientology und L. Ron Hubbard beschäftigen. Im Oktober 1974 gab Jane Kemper, zu dieser Zeit in der Position des „Guardian World-Wide" (weltweiter Sicherheitsbeauftragter), die Anweisung, die Büros des IRS und die Steuerabteilung des Justizministeriums der Vereinigten Staaten „zu infiltrieren, um alle Akten über Scientology und ihren Gründer L. Ron Hubbard in ihren Besitz zu bringen sowie alle persönlichen Aufzeichnungen von Amtsanwälten, die die Regierung in Sachen Scientology vertreten".

Krimineller Spionageangriff auf US-Ministerien

Im November 1974 installierten Scientology-Agenten im Konferenzraum der Finanzbehörde eine elektronische Abhörvorrichtung. Danach wurden Treffen von Finanzbeamten abgehört, bei denen über Steuerangelegenheiten der SO verhandelt wurde. Ebenfalls im November war es den Scientologen gelungen, einen Agenten in die Finanzbehörde als Maschinenschreibkraft einzuschleusen. Bereits 14 Tage später meldete dieser Vollzug. Er hatte Akten beiseite geschafft. Dies war der Anfang eines Massendiebstahls von Behördenakten durch Scientology-Agenten, der sich über das ganze Jahr 1975 erstreckte.

Angespornt durch die „Erfolge" bei der Unterwanderung der Finanzbehörde, wurde erneut Anlauf genommen, um in den Besitz der Interpol-Akten über Scientology und Hubbard zu kommen. Das Interpol-Büro befand sich zu dieser Zeit im Schatzministerium der USA. Offenbar war die Auswertung der gestohlenen Dokumente so brisant, daß im Auftrag von „Guardian" Jane Kemper im Dezember 1975 ein Frühwarnsystem installiert wurde, „welches dazu bestimmt war, die persönliche Sicherheit des Gründers der Scientology, L. Ron Hubbard, zu gewährleisten". Der Auftrag verlangte eine Unterwanderung von Regierungsstellen, welche die Befugnis hatten, Hubbard unter Strafandrohung vorzuladen oder Gerichtsverfahren gegen ihn einzuleiten.

Im Februar 1976 war es den Scientologen gelungen, eine Angestellte als Sekretärin in das Justizministerium der USA einzuschleusen. Mitte

Unterwanderung von US-Regierungsstellen

März 1976 brachen die Guardian-Office-Scientologen in den Raum der Finanzbehörde ein, in dem die Materialien zur Fertigung von Ausweisen lagen. Zwei Scientology-Agenten stellten sich selbst offizielle Beglaubigungsschreiben der Finanzbehörde aus. Immer neue Akten wanderten in den nachfolgenden Monaten in die Hände der SO.

Der unablässige Schwund von Akten machte schließlich die Behörden aufmerksam. Am 11. Juni 1976 wurden zwei der Top-Agenten auf frischer Tat ertappt.

Am 8. Juli 1977 führten daraufhin 134 FBI-„Detectives" in den Scientology-Büros in San Francisco und Los Angeles Hausdurchsuchungen durch. Dabei stellten sie umfangreiches Beweismaterial sicher, darunter die gestohlenen Akten aus den US-Behörden.

Verurteilungen wegen Verschwörung gegen die US-Regierung

Am 26. Oktober 1979 wurden neun hohe Funktionäre der „Scientology-Kirche" von einem amerikanischen Bundesgericht wegen Diebstahls und Verschwörung gegen die Regierung verurteilt. Hauptangeklagte war die Ehefrau Hubbards, Mary Sue Hubbard. Das Beweismaterial zur Überführung Hubbards reichte damals nicht aus.

In der Folge kam es zu einem internen Machtkampf. Die geplante Machtübernahme einiger junger Scientologen nahm nunmehr konkrete Züge an. Hubbard war gesundheitlich schwer angeschlagen und mußte sich vor den Behörden verstecken.

Hubbards Ende

Am 24. Januar 1986 wurde L. Ron Hubbard von der neuen Führungsspitze der Scientology für tot erklärt. Die näheren Umstände von Hubbards Ableben sind ungeklärt.

Auch nach dem Tode Hubbards dauerte der Machtkampf um die künftige Führung der SO an. An dessen Ende setzte sich David Miscavige durch. Er führt heute die SO.

Steuerbefreiung in den USA

1993 setzte es Scientology durch, von der obersten amerikanischen Steuerbehörde IRS als gemeinnützig anerkannt zu werden. Nach einem Bericht der „The New York Times" setzte die SO dabei schmutzige Methoden der Einschüchterung und Erpressung ein. Mitarbeiter der IRS wurden bis in die Privatsphäre hinein ausspioniert und zum Teil wegen erfundener Behauptungen mit rund 200 Prozessen überzogen. Die Anleitung für dieses Vorgehen ist in einem Richtlinienbrief Hubbards vom 15. August 1960 über die Einrichtung eines „Departments of Governement Affairs" enthalten, der Methoden beschreibt, nach denen Regierungen den Zielen der SO gefügig gemacht werden.

2. Scientology - eine verfassungsfeindliche Bestrebung

Die Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern befaßte sich mehrfach mit der Frage der Beobachtung der SO durch die Verfassungsschutzbehörden. Sie stellte am 5./6. Juni 1997 fest, daß tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen der SO bestehen und deshalb der Beobachtungsauftrag eröffnet sei. Die Verfassungsschutzbehörden werden der Innenministerkonferenz nach einem Jahr einen ersten Bericht erstatten.

Anhaltspunkte für Verfassungsfeindlichkeit

Tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen ergeben sich im wesentlichen aus Aussteigerberichten sowie aus Schriften und Aktivitäten der SO.

Die Aussteigerberichte und die Analyse einer Vielzahl von Primärmaterialien der SO zeigen tatsächliche Anhaltspunkte dafür, daß bei der Organisation politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen vorliegen. Dies folgt aus dem generellen Absolutheitsanspruch der scientologischen Ideologie. Dieser bezieht sich nicht nur darauf, im Besitz der einzigen Wahrheit zu sein, sondern erfaßt den Menschen in all seinen persönlichen sowie zwischenmenschlichen und gesellschaftlich-politischen Lebensbereichen. Bereits vom Grundgedanken von Scientology ergeben sich politische Dimensionen allein bereits daraus, daß mit scientologischen „Techniken" nicht nur der einzelne, sondern die gesamten gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse im Sinn einer „Therapie", die sich auf rigide Psycho- und Sozialtechniken stützt, verändert werden soll. In diesem Sinn wird eine verfassungsfeindliche Wertordnung nicht nur propagiert, sondern soll als verbindlicher Ordnungsfaktor für Staat und Gesellschaft etabliert werden.

Zwangstherapie für Staat und Gesellschaft

2.1 Aussteigerberichte

Eine Reihe von Aussteigern aus Deutschland, aus europäischen Ländern und den USA erklärte u.a.,

- die SO verfolge absolut totalitäre Ziele, sie agiere gegen die Regierung,
- sie arbeite auf eine diktatorische Weltregierung im Sinn von Orwell hin,
- sie trachte nach Umsturz,
- sie strebe nach Einfluß auf Politik und Wirtschaft, sie wolle die Staatsmacht.

Gefahr einer „Orwell-Diktatur"

Die SO kritisiert diese Aussteiger heftig. Gleichwohl erscheinen die Aussteigerberichte glaubhaft. Zum einen handelt es sich um sehr hochrangige Aussteiger, überwiegend aus dem Top-Management der SO, die gute Zugangsmöglichkeiten zu vertraulichen Unterlagen hatten. Zum anderen decken sich ihre Aussagen in den entscheidenden Punkten, ohne den Eindruck zu erwecken, voneinander übernommen worden sein. Zudem wurden sie - zumindest teilweise - in eidesstattlicher Form im Rahmen von Gerichtsverfahren abgegeben.

2.2 SO-Schriften und Aktivitäten

Die Erfahrungen und Erkenntnisse der Aussteiger werden durch Schriften und Aktivitäten der SO bis in die Gegenwart bestätigt. Die SO verfolgt nachstehend aufgeführte Ziele:

2.2.1 Die Errichtung einer scientologischen Gesellschaft

Politische Ziele

Bereits in seinem grundlegenden Buch „Dianetik" hat Hubbard auf die politische Relevanz und die Reichweite seiner Lehre hingewiesen. In einer von der SO verbreiteten Originalkassette mit Vorträgen L. Ron Hubbards zum Thema „Creating a new Civilization" heißt es:

> *„ ... unsere Zentrale Organisation wird dann einen Polit-Offizier haben und wenn ihr dann die Umgebung gesäubert habt, ist der einzige Zweck eures Zentrums, ein politisches Zentrum zu sein und dann seid ihr die Regierung und keiner kann das bestreiten."*

SO-Gesellschaft mittels Hubbard-Technologie

Es soll eine ausschließlich nach scientologischen Richtlinien funktionierende Welt geschaffen werden. Diese neue „wahre Demokratie" soll an die Stelle der bisherigen Demokratien treten:

> *„Scientology gibt uns eine erste Chance zur Schaffung einer wahren Demokratie. Somit können wir aufgrund vorliegender Beweise davon ausgehen, daß die erste wahre Demokratie entsteht, wenn wir jedes Individuum von den bösartigen reaktiven Impulsen befreit haben."*
> (HCO PL - Richtlinienbrief der SO - vom 13. Februar 1965, erneut veröffentlicht 7. Oktober 1985)

Alle gesellschaftlichen Probleme sollen dadurch gelöst werden, daß zunächst 10 bis 15 % der politischen Meinungsführer, dann 80 bis 98 % der Bevölkerung „geklärt" werden und die Gesellschaft schließlich nur noch aus den sogenannten Nichtaberrierten, den Clears, besteht.

David Miscavige, Chairman of the Board, Religious Technology Center (RTC), der heutige Führer von Scientology, forderte in einer Publi-

kation der „International Association of Scientologists" (IAS) mit dem Titel „Impact", Ausgabe 72 aus dem Jahre 1997, Seite 10:

> *„Schließlich reicht es nicht aus, diese Welt nur von dem zu befreien, was falsch ist; man muß auch das Richtige in sie einführen. Das bedeutet: LRH-Technologie"* (= L.Ron Hubbard-Technologie).

Miscavige orientiert sich damit offenbar an dem grundlegenden HCO PL vom 7. Februar 1965, wieder herausgegeben am 27. August 1980 mit dem Titel „Die Funktionsfähigkeit der Scientology erhalten", wo es unter der Teilüberschrift „Die korrekte Technologie anwenden" in Punkt 7 heißt: „Ausmerzen der inkorrekten Technologie".

Kampf gegen Psychiatrie und Psychologie

Inkorrekte „Technologien" in diesem Sinn sind für Hubbard nicht nur die Schul-Psychiatrie, die Psychoanalyse, die Schul-Psychologie und Meditationsverfahren. Hubbard unterwirft seinem technologischen Kontroll- und Steuerungskonzept die Organisation von Gruppen und Institutionen und will seine neue „Verwaltungstechnologie" weltweit als die einzige korrekte Organisationsform durchsetzen. Entsprechend sind auch sämtliche demokratischen Institutionen seinem technischen Kontroll- und Steuerungssystem zu unterwerfen.

Die SO-Schrift „Neue Zivilisation-Reference Pack", erschienen im Jahr 1990, wurde unlängst bekannt. Ziel der SO ist danach „eine neue Zivilisation". Um dies zu erreichen, sollen Scientologen u.a. „eine Verschwörung kreieren, durch die sich der Machtfaktor immer weiter und weiter ausdehnt".

Darüber hinaus enthält die Publikation ein Kapitel mit der Überschrift „Realization Department 18 C - Department of Success". Darin werden Organisationseinheiten der SO aufgezählt, die u.a. Namen tragen wie „Sektion zum Programmieren der Öffentlichkeit" und „Politische Aktivitäten in Charge".

Verdrängung der Demokratie durch SO-Normen

Die zitierten Texte belegen, daß die SO die bestehende demokratische und rechtsstaatliche Ordnung durch die Etablierung einer Gesellschaft mit scientologisch bestimmten Normen ersetzen will. Die bestehenden demokratischen Gesellschaftsformen werden pauschal als banale politische Philosophie verächtlich gemacht.

2.2.2 **Die Lenkung der Regierung durch Scientology**

Bereits am 20. März 1964 stellte Hubbard in einem Vortrag das Projekt „International City" vor. Hubbard hatte darin u.a. erklärt,

Scientology sei nicht an Geld interessiert, sondern nur am Planeten. Zur Übernahme des Planeten habe er das Projekt „International City" entworfen, was nichts anderes bedeute, als die Erde zu regieren. Das habe zwar auch schon Hitler versucht, dieser sei aber gescheitert. Hubbard forderte in seinem Vortrag letztlich, alle derzeit existierenden Hauptstädte der verschiedenen Staaten zugunsten Scientology zu entmachten, die Welt quasi von seiner Hauptstadt - International City - aus zu regieren:

Projekt Weltregierung

> *„Wir hatten in letzter Zeit einige Probleme mit Regierungen. Meiner Meinung nach waren sie unverschämt. Sie waren respektlos. Und ich habe mir das gründlich angesehen und bin zu dem Entschluß gekommen, daß wir das nicht hinnehmen sollten."*

Die in Saint Hill/England von Hubbard gehaltene Rede wurde von der SO im Jahr 1991 als Bestandteil des „Saint Hill Special Briefing Course" (Herausgeber New Era Publications, Kopenhagen) erneut an die Mitglieder weltweit versandt.

Die Thesen von Hubbard sind für jeden Scientologen nach wie vor verbindlich, auch für die jetzige Führung, wie sie selbst betont. Eine Werbebroschüre aus dem Jahr 1997 nennt als Zweck der „International Association of Scientologists" (IAS), daß die „Ziele der Scientology, wie L. Ron Hubbard sie aufgestellt hat, erreicht werden".

Der Präsident des „World Institute of Scientology Enterprises" (WISE) - Don Drader - schrieb kürzlich in einer Publikation von WISE mit dem Titel „United States Directory 1997", man müsse die „Verwaltungstechnologie von Hubbard in jedem Geschäft, in jeder Organisation und in jeder Regierung weltweit zur Anwendung bringen". In der Publikation „Impact", Ausgabe 74 aus dem Jahr 1997, wird unter der Überschrift „Die Zeiten müssen sich ändern" ein Aufsatz von L. Ron Hubbard aus dem Jahr 1966 zitiert. Es heißt darin:

„Verwaltungstechnologie" als Hebel für Machtergreifung

> *„Wir dürfen es nicht zulassen, daß uns irgendwelche Repressalien seitens der Regierungen, Kampagnen von unfähigen ‚Heilern', die selbst bereits versagt haben, oder irgendwelche angedrohten Verhöhnungen oder Bestrafungen im Wege stehen."*

Gewinnung deutscher Politiker

Bei einer Veranstaltung in der „Advanced Organization" in Saint Hill in England am 30. August sagte Don Drader, man müsse speziell deutsche Politiker, die eine Pro-Scientology-Haltung einnehmen, „noch eindringlicher dazu auffordern, als Multiplikator für SO aufzutreten". Namen nannte er nicht.

Die aufgeführten Hinweise bestätigen die Absicht der SO, lenkenden Einfluß auf Regierungen auszuüben. Ziel ist nicht nur die Gesellschaft, es sind ausdrücklich die Staaten, ihre Rechtssysteme und Regierungen. Bei der Bewertung, ob dies noch Lobbyismus in einem verfassungsrechtlich akzeptablen Rahmen sein kann, ist zu berücksichtigen, mit welchem Ziel die SO ihren Einfluß ausübt. Hubbard hat dies so formuliert: „Damit sie wir werden", d.h. daß die SO an die Regierung - und zwar nicht über eine Teilnahme an Wahlen - gelangen will. Da die SO also Regierungsmacht ohne eine Teilnahme an Wahlen anstrebt, versucht sie, den Verfassungsgrundsatz der Legitimierung der Staatsgewalt durch das Volk, den Demokratiegrundsatz, abzuschaffen.

2.2.3 **Die Einführung eines scientologischen Rechtssystems**

Von besonderer Aussagekraft ist folgende Textstelle:

> *„Wenn wir über einen erstklassigen Gesetzeskodex und ein Rechtssystem verfügen, die den Menschen echte Gerechtigkeit bringen, werden wir die Gesellschaft schnell überschwemmen und jeder wird gewinnen. Wo wir versagen, unsere eigene Administration, Technologie und unser eigenes Rechtssystem auf die Gesellschaft um uns herum anzuwenden (geschweige denn auf Scientology), werden wir versagen."*
> (HCO PL vom 27. März 1965, korrigiert und wieder herausgegeben am 15. Oktober 1985)

Entrechtung von Abweichlern

Die SO differenziert zwischen Clears („Geklärten", d.h. perfekt auf das System SO abgerichteten Scientologen) und Aberrierten (Abweichlern):

> *„Vielleicht werden in ferner Zukunft nur dem Nichtaberrierten die Bürgerrechte verliehen. Vielleicht ist das Ziel irgendwann in der Zukunft erreicht, wenn nur der Nichtaberrierte die Staatsbürgerschaft erlangen und davon profitieren kann. Dies sind erstrebenswerte Ziele ..."*
> (Hubbard, Dianetik, Seite 487)

Die dargestellten Zitate zum Verhältnis der „Clears" zu den „Aberrierten" zeigen, daß nach den Vorstellungen der SO künftig nur noch „Nichtaberrierte" das Recht auf Staatsbürgerschaft, Heirat und Fortpflanzung haben sollen. Die SO bezeichnet dies als „erstrebenswertes Ziel"; ein solches Ziel, das „Nichtaberrierte" nur wegen ihrer Zugehörigkeit zur SO bevorzugt, läuft aber wesentlichen Grundsätzen unserer Verfassung zuwider, insbesondere dem Gleichheitsgrundsatz

des Art. 3 des Grundgesetzes. Das Recht muß alle Menschen schützen. In den Schriften der SO heißt es hingegen:

Rechte nur für „ehrliche" Menschen

> *„Die ganze Aufgabe des Rechts liegt darin, den ehrlichen Menschen zu schützen. (...) ... , daß ehrliche Menschen Rechte haben und daß unredliche Menschen eben durch die Unredlichkeit ihre Rechte eingebüßt haben."*
> (HCO PL vom 2. Oktober 1961/7. März 1967)



Wer als ehrlich anzusehen ist, wird von Scientology danach bestimmt, wie nützlich man für das System ist.

Daß sich die SO von dieser Auffassung nicht abgewandt hat, ergibt sich aus einem Aufsatz von Hubbard, der in der Publikation „Freiheit", herausgegeben 1997, Seite 57, erneut veröffentlicht ist. Es heißt dort u.a.:

> *„Ehrliche Menschen haben auch Rechte ... Freiheit ist für ehrliche Menschen ... Unehrliche Menschen zu beschützen, bedeutet, sie in ihre eigene Hölle zu verdammen."*

Dies deutet auf eine von der SO angestrebte Rechtlosigkeit bestimmter Bevölkerungsgruppen hin.

Die Errichtung eines scientologischen Rechtssystems wäre demnach nicht nur auf die Beseitigung des in Art. 3 Grundgesetzes konkretisierten Gleichheitsgrundsatzes, sondern auf die Abschaffung der universalen Geltung der Menschenrechte gerichtet.

Aufhebung der Menschenrechte

2.2.4 **Abwehr von Kritik an Lehre und Praxis**

Auf ihren Absolutheits- und Machtanspruch weist folgende Textpassage hin:

Totale Disziplinierung der Anhänger

> *„Da Scientology jetzt totale Freiheit bringt, muß sie auch die Macht und die Autorität haben, totale Disziplin zu fordern."*
> (HCO PL vom 5. Januar 1968)

Im Umgang mit Kritikern ist daher kein Platz für Dialog und sachliche Auseinandersetzung. Vielmehr muß der Kritiker verfolgt und bedroht werden:

> *„Übersehen Sie aber nicht, wie unpraktisch es ist, seinen Freunden nicht genug Macht zu geben, wenn man sie zu vergeben hat. Man kann*

einen Teil dieser Macht jederzeit an einen anderen weitergeben, falls der erste Inhaber unter seiner Unfähigkeit zusammenbricht. Und sollte einer dieser Leute versuchen, die an ihn delegierte Macht zu benutzen, um einen umzubringen, so kann man ihn stets abschießen wie einen Hasen auf einer Hasenjagd - vorausgesetzt daß man die anderen Freunde hat. Wenn man ein Leben in der Führungsposition oder in der Nähe einer Führungsposition führen will, so muß man es als das wirkliche Leben behandeln. Das Leben blutet. Es leidet. Es hungert. Und solange nicht ein goldenes Zeitalter kommt, muß es das Recht haben, seine Feinde abzuschießen."
(Einführung in die Ethik der Scientology, Seite 265).

Um die Macht zu behalten, so der Gedanke von Hubbard in seinem Werk „Einführung in die Ethik der Scientology" (Seite 240), einem Grundlagenwerk der SO, müsse man kaltblütig, skrupellos, hemmungslos, gegebenenfalls auch heimtückisch, hinterlistig und mit Gewalt gegen die eigenen Feinde vorgehen, ansonsten würde man die Macht verlieren.

Ein zusätzliches Beispiel, wie der SO zufolge mit Kritikern umzugehen ist, gibt die inzwischen angeblich aufgehobene Fair-Game (= Freiwild)-Regel:

Kritikerbekämpfung mit allen Mitteln

„Feind SP (= Unterdrückerische Person) *Order: Man darf ihr Eigentum abnehmen, sie in jeder Weise verletzen, ohne daß man bestraft wird. Man darf ihr Streiche spielen, sie verklagen, sie belügen oder vernichten."*
(HCO PL vom 18. Oktober 1967)

Aussteiger bestätigen, daß diese Regel von der SO nach wie vor angewendet wird.

Auch in Griechenland versuchte die SO, Kritiker nach der Freiwild-Regel auszuschalten. Die im Rahmen eines gegen die SO durchgeführten Ermittlungsverfahrens sichergestellten Unterlagen, die bei der Durchsuchung des KEPHE-Zentrums der SO in Athen aufgefunden wurden, belegen, daß die griechische Sektion der SO aus Dänemark und zum Teil direkt aus den USA Handlungsanweisungen erhielt. Diese betrafen den Umgang mit griechischen Kritikern der SO, wie dem mittlerweile verstorbenen Pater Alevizopoulos, Sektenbeauftragter der griechisch-orthodoxen Kirche. Gegen diesen wurden „Ermittlungen" durchgeführt, um seine angeblichen Verbindungen zu deutschen Nazis zu dokumentieren. Weiterhin wurden Fernsehsendungen inszeniert, um ihn bloßzustellen, und polizeiliche Maßnahmen gegen

Kritikerverfolgung in Griechenland

ihn veranlaßt. Aus einem Bericht der griechischen SO-Niederlassung ergibt sich ferner, daß eine Intervention der CIA beim griechischen Staatsschutz veranlaßt werden sollte, damit dort SO-kritische Mitarbeiter entlassen würden.

In einer sichergestellten Handlungsanweisung an die griechische Sektion der SO nach der Durchsuchung des KEPHE-Zentrums wird gefordert:

- Kontakte zur griechischen Regierung herzustellen, um weitere „Angriffe" vorherzusehen und „handhaben" zu können,
- die griechische Strafverfolgungsbehörde zur Einstellung des Verfahrens gegen die SO zu bewegen oder diese zu „handhaben".

Der unverhüllte Absolutheitsanspruch der SO drängt damit auf Gleichschaltung und Unterdrückung. Meinungsfreiheit wird nur insoweit gewährt, als die „Leute dem Weg der SO folgen". Die aufgeführten Zitate sind als weitere Anhaltspunkte zu werten, daß eine scientologische Gesellschaft auch keine Möglichkeit gewähren wird, eine parlamentarische Opposition einzurichten und auszuüben. Auch die Meinungsfreiheit nach Art. 5 des Grundgesetzes wäre in einer scientologischen Gesellschaft gefährdet.

Unterdrückung der Meinungsfreiheit

3. Die Organisations- und Kommandostruktur der SO

3.1 Die Struktur der SO

Die SO ist wie ein Wirtschaftskonzern organisiert und wird auf der Basis von Befehl und absolutem Gehorsam nach strategischen Prinzipien geführt.

Die SO - ein autoritär geführter Wirtschaftskonzern

Das Religious Technology Center (RTC) hat die oberste Befehlsgewalt in der SO. Unterhalb des RTC ist das Internationale Management der SO angesiedelt. Dieses stellt nach dem RTC die höchste Führungsebene der SO dar und ist dafür verantwortlich, für jeden Sektor der SO Strategien und taktische Pläne zu entwickeln. Hier wird auch die Führung der verschiedenen Sektoren koordiniert. Das Internationale Management besteht demzufolge aus mehreren Gruppen, von denen jede eine ganz bestimmte Verantwortung trägt. Die oberste Stufe dieser Führungsebene ist das Watchdog Committee (WDC). Hierbei handelt es sich um eine „Inspektions- und Überwachungsorganisation", welche die eigentlichen Management-Gruppen inspiziert und für deren Funktionieren sorgen soll.

Verschiedene Arten von Organisationen der SO sind in unterschiedlichen Sektoren zusammengefaßt. Jeder dieser Sektoren hat wiederum Management-Organisationen anzuleiten. Die Inspektions- und Überwachungsaktionen des WDC richten sich an die verschiedenen Sektoren. Dies sind u.a.:

- der Scientology-Sektor (Klasse IV Org),
- der Sea Org-Sektor,
- der Flag Service-Sektor,
- der Flag Ship Service Org-Sektor,
- der Celebrity Centres-Sektor,
- der Scientology Missions International-Sektor,
- der World Institute of Scientology Enterprises (WISE)-Sektor
- der Association für besseres Leben und Erziehung (ABLE)-Sektor,
- der Golden Era Productions-Sektor und
- das Büro für Spezielle Angelegenheiten (OSA).

Selbständiges Kontrollsystem in der SO

Der Zweck des WDC ist es, kompetente und funktionierende Management-Gruppen zu bilden, welche die verschiedenen Sektoren der SO führen. Jedes Mitglied des WDC ist für einen bestimmten Sektor der SO verantwortlich. Um das Funktionieren der Management-Gruppen zu gewährleisten, bedient sich das WDC eines parallelen Zweiges - der Commodore's Messenger Org (CMO) - zur Überwachung und Durchsetzung der Zielvorgaben; ferner hat das CMO dem WDC die von dort benötigten Informationen zu liefern.

Teil des Internationalen Managements ist auch das International Network of Computer Organized Management (INCOMM). INCOMM bedient und unterhält die Zentrale Computerbank.

Eine Schlüsselfunktion nimmt auch das Internationale Finanzbüro (IFO) ein, das sich direkt unter dem WDC befindet und vom Internationalen Finanzdirektor geleitet wird.

Direkt unterhalb des WDC befindet sich auch der Exekutive Direktor International (ED Int). Seine Aufgabe besteht darin, sämtliche Management-Aktivitäten der SO bis hinunter auf die Stufe der einzelnen Orgs

zu koordinieren. Der ED Int verfügt über „persönliche Adjutanten". Sie führen die Bezeichnung „Executive Strata" und stellen den Spezialistenstab des ED Int.

Unter der Ebene des Internationalen Managements befindet sich das Flag Führungs-Büro (FCB) mit Sitz in Los Angeles. Als der zentrale Ort des taktischen Managements für jede einzelne Org und Gruppe in sämtlichen Sektoren der SO sorgt es dafür, daß die Pläne und Programme des Internationalen Managements in jeder einzelnen Organisation und Gruppe ausgeführt werden. Das FCB ist deshalb ebenfalls - wie das WDC - in verschiedene Sektoren gegliedert.

Das Flag Bureaux (FB) ist derjenige Teil des FCB, der die einzelnen Orgs über die „Flag-Operationen-Verbindungsbüros" (FOLOs) führt, die wiederum ein Teil der „Kontinentalen Verbindungsbüros" sind. Es hat die Möglichkeit, speziell ausgebildete Sea Org-Mitglieder direkt in Organisationen zu entsenden, um Problemfälle vor Ort zu lösen.

Der WISE-Sektor (World Institute of Scientology Enterprises: WISE Int und WISE Cont) ist eine Management-Organisation, die dafür Sorge trägt, daß die administrative Technologie des L. Ron Hubbard in der Geschäftswelt verbreitet wird. Um dies zu erreichen, hat WISE Int eine Mitgliedschaftsorganisation, die Einzelpersonen und Unternehmen die Lizenzen erteilt, Hubbards administrative Technologie zu benutzen.

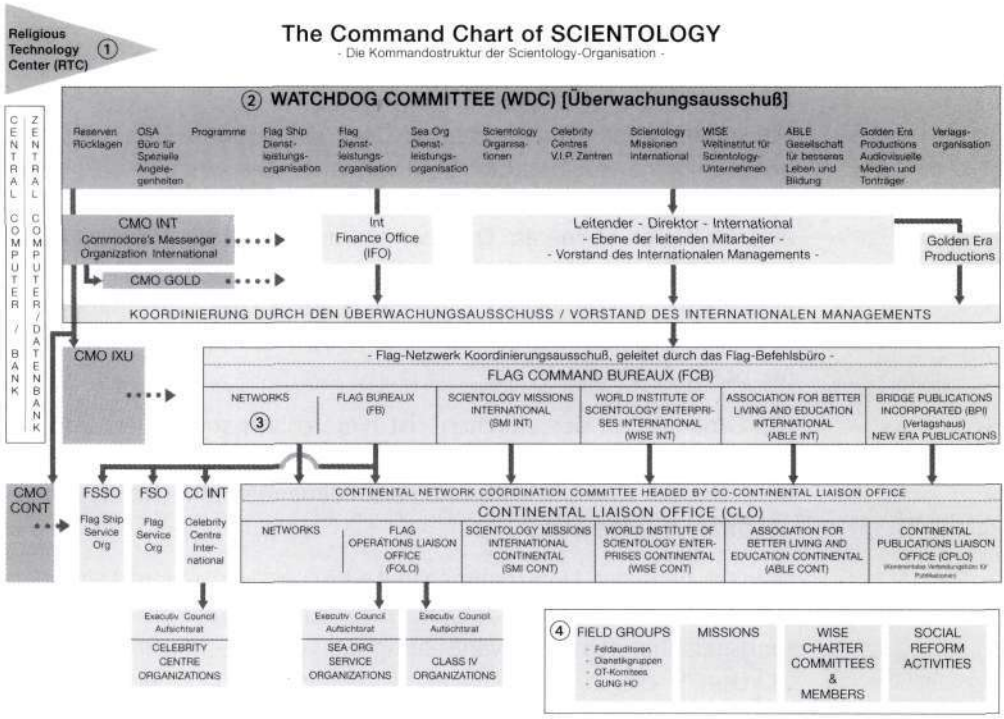
Der ABLE-Sektor (Association for better Living and Education: ABLE Int und ABLE Cont) soll aus Sicht von SO soziale Fragen behandeln. In diesem Bereich sind u.a. die Gruppen NARCONON (= Drogenrehabilitation) und CRIMINON (= Strafgefangenenrehabilitation) angesiedelt.

3.2 **Organisationen der SO in Deutschland**

In den aus vorstehender Aufgliederung zu erkennenden Bereichen

- Scientology-Sektor,
- WISE-Sektor und
- ABLE-Sektor

bestehen in der Bundesrepublik Deutschland Niederlassungen. Diese Organisationen erreichen in der SO-Hierarchie aber keine hohen Ränge. Die Befehlszentren für deutsche Scientologen liegen in Dänemark, England, die obersten Instanzen in den USA.



Hinweise zum besseren Verständnis des Organigramms:

① Das RTC ist als selbständige Kontrollstelle konzipiert und ist nicht in das sogenannte Internationale Management eingegliedert. Dennoch handelt es sich beim RTC um die Befehlszentrale der SO.

② Das WDC leitet über die „Führungskanäle" das Management.

➡ Ein Führungskanal stellt die Verbindung dar, über die die internationalen Scientology-Organisationen Autorität ausüben. Es ist ein Befehlsweg, durch den Programme, Empfehlungen und Managementbefehle zu den Stellen fließen, die mit der Durchführung beauftragt sind.

Auf den „Beobachtungs- und Durchsetzungslinien" überwacht als verlängerter Arm des WDC die CMO mit ihren, den verschiedenen Managementebenen zugeordneten Einheiten CMO INT, CMO GOLD, CMO IXU und CMO CONT die Erfüllung der vom WDC dem Management gegebenen Befehle.

• • • ▶ Eine Beobachtungs- und Durchsetzungslinie stellt die Verbindung dar, die von den CMO-Einheiten benutzt wird, um die Befolgung von Befehlen des Überwachungsausschusses (WDC) durchzusetzen und zu kontrollieren.

③ Netzwerk der LRH-Kommunikatoren: (LRH=L. Ron Hubbard)
- * Oberstes HCO Netzwerk (HCO=Hubbard Kommunikationsbüro)
- * Bewahrer der Technologie und Richtlinienkenntnis Netzwerk
- * Oberstes Netzwerk der Qualifikationsabteilungen und der Internationalen Ausbildungsorganisation

Finanznetzwerk:
- * Finanz Durchsetzungsbeauftragter Netzwerk
- * Flag Finanzbeauftragter Netzwerk (FBO=Flag Banking Officer)
  Unter-Netzwerke: Stellvertreter FBO-Netzwerk für M.O.R.E.
- * Netzwerk der Hauseigentümer

Büro für Spezielle Angelegenheiten Netzwerk (OSA)

④ Es handelt sich um selbständige Scientology-Gruppen, die nicht in den Konzern eingegliedert sind. Verbindungen zum Konzern bestehen über Kommissions- und Franchising-Verträge.

Anmerkung: Das Organigramm wurde erstellt nach Renate Hartwig „Scientology. Das Komplott und die Kumpane", 1995, sowie nach Originalvorlagen der SO.

3.2.1 Scientology-Sektor

3.2.1.1 „Scientology Kirchen"

Unternehmensgliederung

Die sogenannten „Scientology Kirchen" stehen in der SO-Hierarchie höher als die sogenannten „Missionen". Die erste Stufe bietet Dianetik, Auditing und Ausbildung auf einer grundlegenden und einer mittleren Ebene an. Darüber hinaus werden noch Spezialistenkurse angeboten. Nur „Kirchen" dürfen „Geistliche" der Scientology ausbilden und „ordinieren". In jeder Stadt ist die „Scientology-Kirche" als Verbreitungsstelle der Technologie das Zentrum unternehmerischer Aktivität.

Basisorganisationen

Die Organisation der „Kirchen" ist hierarchisch strukturiert und für alle „Kirchen" gleich. Sie entspricht jedoch nicht immer den Vorgaben, sondern wird z.B. aufgrund Personalmangels manchmal nur eingeschränkt umgesetzt.

Geleitet wird der Unternehmensteil „Kirche" von einem Leitenden Direktor und zwei ihm unterstellten Führungssekretären. Dieses Leitungspersonal ist nicht zwangsläufig die vereinsrechtliche Spitze der „Kirchen", die in Deutschland als Vereine eingetragen sind. Die Untergliederung in sieben Abteilungen richtet sich nach deren Hauptaufgaben, der Expansion von Scientology und der Aus- bzw. Weiterbildung. Geprägt ist diese Organisation von einer starken Aufteilung von Aufgaben. So sind die sieben Abteilungen gegliedert in weitere 18 Unterabteilungen. Deutlich ist auch die häufig nur unzureichende Abgrenzung von Verantwortlichkeiten und Kompetenzen.

Mißbrauch religiöser Bezeichnungen

Die religiöse Bezeichnung für Organisationen („Kirche", „Mission") und Funktionäre („Geistliche") dient, wie Aussteiger berichten, zur Täuschung der Öffentlichkeit.

„Kirchen" der Scientology sind in der Bundesrepublik in folgenden Städten eingerichtet:

- 12159 Berlin, Sponholzstraße 51-52,
- 20099 Hamburg, Steindamm 63,
- 30163 Hannover, Hubertusstraße 2,
- 40215 Düsseldorf, Friedrichstraße 28,
- 60329 Frankfurt am Main, Kaiserstraße 49,
- 70184 Stuttgart, Hohenheimer Straße 9 und
- 80802 München, Beichstraße 12.

3.2.1.2 „Missionen" der „Scientology Kirche"

Nach Darstellung von Scientology ist eine Mission eine „religiöse, gemeinnützige Körperschaft". Die Bezeichnungen „religiös" und „gemeinnützig" dienen zur Tarnung der gewerblichen Aktivitäten der SO (vgl. Beschluß des Bundesarbeitsgerichts vom 22. März 1995, NJW 1996, Seiten 143 ff.). Eine Mission ist berechtigt, grundlegende Dianetik- und Scientologydienste anzubieten. „Missionen" der Scientology, die in der Hierarchie unter den „Kirchen" angesiedelt sind, bestehen in folgenden Städten:

Filialen

- 81241 München, Bäckerstraße 31 und
- 90402 Nürnberg, Färberstraße 5

sowie in Bremen, Dresden, Esslingen, Göppingen, Heilbronn, Karlsruhe, Mannheim, Münster, Reutlingen, Ulm und Wiesbaden.

3.2.1.3 Celebrity Centres der „Scientology Kirche"

Nach Angaben der SO gibt es derzeit 13 Celebrity Centres weltweit. Celebrity Centres der „Scientology-Kirche" bieten Dienste für Künstler und Persönlichkeiten aus Bereichen der darstellenden und bildenden Künste, des Sports und der Geschäftswelt an. Ihr Angebot umfaßt die gleichen Dienste wie die der „Kirchen" und „Missionen".

Organisationen für Künstler

In der Bundesrepublik sind in folgenden Städten Celebrity Centres eingerichtet:

- Celebrity Centre Düsseldorf, Luisenstraße 23, 40215 Düsseldorf und
- Celebrity Centre München, Landshuter Allee 42, 80637 München.

Zweck der Gründung dieser Organisationen war es, zur Tarnung der eigentlichen Ziele Prominente als Propagandisten für die SO zu gewinnen.

3.2.2 WISE-Sektor

Im Jahr 1979 wurde das World Institute of Scientology Enterprises (WISE) ins Leben gerufen. Es stellt nach Darstellung der SO die Organisation einer „Glaubensgemeinschaft" dar, bestehend aus Geschäfts- und Fachleuten vieler Branchen, aus allen Bereichen der Wirtschaft. Die Bezeichnung „Glaubensgemeinschaft" dient ebenfalls wieder dem Zweck der Tarnung.

Unternehmerverband

In der Bundesrepublik Deutschland bestehen sogenannte WISE-Charter-Committees in nachfolgenden Städten: Düsseldorf, Frankfurt am Main, Hamburg, und Stuttgart. Diese Committees sind selbstverwaltende Einheiten, die ihre eigenen Gebiete betreuen.

Vorliegenden Erkenntnissen zufolge sollen derzeit in der Bundesrepublik Deutschland 63 Firmen, davon elf in Bayern, dem WISE angehören. Sie sind schwerpunktmäßig in beratungsintensiven Sparten aktiv.

3.2.3 **ABLE-Sektor**

Die „Association for better Living and Education" (ABLE) koordiniert die Bemühungen von Scientology, „Probleme der modernen Gesellschaft, wie Drogenmißbrauch, Kriminalität und Fehlschläge in der Ausbildung, mittels der Technologie des L. Ron Hubbard zu lösen".

Bildungsorganisationen

Mit Hilfe dieser Organisationen, die in ihren Bezeichnungen keinen Hinweis auf die SO enthalten, versucht die SO, den sozialen Bereich der Gesellschaft zu durchdringen.

In der Bundesrepublik Deutschland bestehen derzeit acht Institutionen, die dem ABLE-Sektor angehören. Dazu gehören die Initiativen für Nachhilfe bei Schülern „Zentrum für individuelles und effektives Lernen" (ZIEL) in München und „Applied Scholastic" in Starnberg sowie „NARCONON" in der Drogenrehabilitation. Diese Vereinigungen haben das Ziel, für die SO zu werben.

3.3 **Die Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte (KVPM)**

Nach vorliegenden Unterlagen wurde die KVPM in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1972 von Mitgliedern der SO gegründet. Die KVPM ist Mitglied der „Citizens Commission on Human Rights" (CCHR), einer Unterorganisation der SO.

Kampforganisation gegen Psychiatrie

Die KVPM wendet sich zwar lautstark gegen angebliche Mißbräuche in der Psychiatrie, verschweigt jedoch die planmäßigen Mißhandlungen von Scientologen durch die SO in der Rehabilitation Project Force (RPF), einer Einrichtung zur angeblichen Rehabilitation (Straflager).

Laut vorliegenden Erkenntnissen befindet sich die Bundesleitung der KVPM in München.

Weitere Büros unterhält die KVPM in Berlin, Düsseldorf, Hamburg und Stuttgart.

3.4 Office of Special Affairs (OSA) in Deutschland

Der Leiter des Internationalen Büros für Spezielle Angelegenheiten, Mike Rinder, veröffentlichte in der Zeitschrift „Scientology Today", Ausgabe Frühjahr/Sommer 1997, einen Artikel über OSA, in dem er Bewerbern verspricht, daß diese zu Spezialisten in der Bewältigung von Presse-, Rechts- und Öffentlichkeits-Angelegenheiten ausgebildet werden würden. Aus Vereinsregisterunterlagen der „Scientology Kirche Deutschland e.V." geht hervor, daß ein Presse- und Rechtsamt in München existiert. Aussagen des ehemaligen Vizepräsidenten der Hamburger Org, Franz Riedl, und des „Kirchenvorstands" der Stuttgarter Org, Jürgen Schwarz, bestätigen auch für Deutschland die Existenz dieser Organisation, die nach Berichten von Aussteigern wie ein Geheimdienst operiert und auch für die Kritikerbekämpfung zuständig ist. Auch in der 1983 von der Staatsanwaltschaft München beschlagnahmten Schrift „Hat write up" werden Methoden beschrieben, die das Bestehen einer derartigen Organisation voraussetzen.

Geheimdienst

4. Mitgliederstand der SO

Die SO behauptet seit Jahren, daß sie über 30.000 Mitglieder in Deutschland verfüge. Diese Zahl erscheint willkürlich und überhöht. Die Verfassungsschutzbehörden schätzen den Mitgliederstand bundesweit auf unter 10.000 Personen.

Täuschung über Mitgliederzahl

In Bayern verfügt die SO über etwa 3.000 Mitglieder in den Organisationen „Scientology Kirche Bayern e.V." in München, dem „Celebrity Centre München", den „Missionen" Nürnberg und München sowie in weiteren SO-Gliederungen oder SO-Tarnorganisationen.

5. Mitgliederwerbung der SO

In ihrem Anspruch auf weltweite Expansion hat die „Missionierung", d.h. Mitgliederwerbung, einen besonders hohen Stellenwert in der

SO. Jeder Scientologe ist verpflichtet, für die SO ständig neue Mitglieder zu werben. Dies geschieht auf vielfältige Weise.

Pseudowissenschaftlicher Test

Durch sogenannte Body Routers werden Passanten vor den „Kirchen", „Dianetik-Zentren" und ähnlichen Einrichtungen der SO zum sogenannten kostenlosen Persönlichkeitstest („OCA-Test") eingeladen. Nach der Auswertung dieses pseudowissenschaftlichen Tests werden den Interessenten angebliche Mängel in der Persönlichkeitsstruktur aufgelistet, die durch SO-Kurse behoben werden könnten. Kauft der Interessent SO-Bücher oder SO-Kurse, wird er Ziel weiterer intensiver, oft unseriöser Werbemaßnahmen. Von Werbern werden Eintrittskarten (Flyers) für kostenlose Filmvorführungen über SO bzw. Hubbard in der Org verteilt. Ist ein Angesprochener erstmals in der Organisation, läuft die Einflußnahme wie beim „Body routing" ab. Staffs (haupt- oder nebenberufliche Mitarbeiter der SO) verteilen Werbeschriften der SO an Passanten oder in Briefkästen. In letzter Zeit werden umfangreiche Werbeschriften von der SO unverlangt an Personen versandt. Zum größten Teil kommen diese Zuschriften aus den USA.

Scientologen versuchen, auf Verwandte, Freunde, Bekannte oder Arbeitskollegen Einfluß zu nehmen und diese zu Informationsveranstaltungen in die Niederlassungen einzuladen.

Aufwendige Werbekampagnen

Über kommerzielle Werbeunternehmen läßt die SO im Rahmen einer sogenannten „Disseminations-Kampagne" in deutschen Großstädten Werbetafeln anmieten und plakatiert im großen Stil unter dem Slogan „Selbst Denken, Scientology, lesen Sie Scientology: Die Grundlagen des Denkens". Bisher wurden Plakatierungen in 13 Großstädten bekannt.

6. Veranstaltungen in Bayern

Unter den wechselnden Themen „Für eine Welt ohne Drogen - Sag ja zum Leben - Sag nein zu Drogen", „Die Gedankenpolizei - Gefährliches Gedankengut" und „Respektieren Sie die religiöse Überzeugung anderer" wurden in Bayern im Berichtszeitraum 29 öffentliche Veranstaltungen in München, Passau und Nürnberg bekannt, die von der SO bzw. ihr zugehörigen Organisationen durchgeführt wurden. Die Veranstaltungen bestanden zumeist darin, daß einzelne Scientologen auf Straßen und Plätzen Schrifttafeln zeigten. Die Resonanz in der Öffentlichkeit war meist dürftig.

7. Reaktionen der SO auf die Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden

Strategie der Abschottung nach außen

Scientology operiert weitgehend abgeschottet. So ist es den Anhängern verboten, Informationen über interne Vorgänge an die Presse oder die Polizei weiterzugeben.

Seit dem Beschluß der Innenminister von Bund und Ländern anläßlich ihrer Konferenz am 5./6. Juni in Bonn zur Beobachtung der SO durch den Verfassungsschutz versucht die SO verstärkt, eine Aufklärung der Organisation zu verhindern.

Es gibt Anzeichen dafür, daß die Organisation technische und persönliche Sicherheitsmaßnahmen in ihren Objekten eingeführt hat. Bekannt wurde, daß in einigen von der SO benutzten Gebäuden eine ständige Überwachung des Personenverkehrs mit Videoüberwachung stattfindet, zudem wurden Nachtwachen in den Gebäuden angeordnet.

Mitglieder oder Interessenten werden besonderen Sicherheitsüberprüfungen, den sogenannten Security-Checks, mit dem E-Meter (eine Art Lügendetektor) ausgesetzt. Des weiteren wurden Instruktionen für den Fall einer Ansprache durch den Verfassungsschutz erlassen; auf angebliche Mitarbeitsangebote soll eingegangen werden und dann soll unverzüglich die Organisation (OSA) unterrichtet werden. Weiterhin wurden Regeln für die Sicherheit des Telefon- und Postverkehrs erlassen.

8. Propaganda-Aktivitäten von Scientology

Diffamierung der Bundesrepublik Deutschland

Die SO setzte ihre schon früher begonnene Kampagne fort, die Bundesrepublik Deutschland vor der Weltöffentlichkeit anzugreifen. Sie vergleicht die Bundesrepublik Deutschland mit dem Dritten Reich. Sie stellt das Handeln der demokratisch legitimierten Staatsorgane auf eine Stufe mit dem totalitären Handeln des NS-Staats. Dadurch soll die Vertrauenswürdigkeit der Bundesrepublik und ihrer Repräsentanten geschmälert werden.

Bei ihrer Kampagne bedient sich die SO Methoden zur Diskreditierung ihrer Gegner, die auf Hubbard zurückgehen. Gezielt wird dabei nach sogenannten „Verbrechen" von Kritikern gesucht, nach der verwundbarsten Stelle. Dies gilt für Einzelpersonen, aber auch für Staaten. Die SO sieht das Verbrechen Deutschlands in seiner national-

Inszenierung einer Opferrolle

sozialistischen Vergangenheit. So erklärt sich die Behauptung der SO, ihre Diskriminierung als „religiöse Minderheit" ähnle der damaligen Judenverfolgung. Die SO versucht damit, die Bundesrepublik Deutschland moralisch zu erpressen und zu einer Änderung ihrer Haltung gegenüber der SO zu zwingen.

8.1 **Demonstration der SO in Frankfurt am Main am 21. Juli**

Die SO organisierte am 21. Juli in Frankfurt am Main eine Demonstration mit anschließender Kundgebung und musikalischen Darbietungen auf dem Platz vor der Alten Oper. Anmelder der Veranstaltung war die Organisation Freedom for Religions in Germany. Unterstützt wurde dieses Vorhaben durch den Aufruf von MUT (Mitbürger unterstützen Toleranz - Initiative zur Wahrung der Menschenrechte in Deutschland). Bei beiden Einrichtungen handelt es sich um Tarnorganisationen der SO. Sie haben die Aufgabe, durch Veranstaltungen - wie dieser - der SO den Deckmantel einer Religionsgemeinschaft zu geben.

Tarnorganisationen als Veranstalter

An der Veranstaltung nahmen 1.500 Personen teil. Es waren Delegationen u.a. aus Spanien, den Niederlanden, Südafrika und Australien anwesend. Als Gäste traten die US-amerikanischen Musiker Isaac Hayes und Chick Corea auf. Auf mitgeführten Spruchbändern waren Parolen wie z.B. „Freedom for Religions" zu lesen. Organisationsfremde Personen wurden von Scientology-Angehörigen gefilmt oder fotografiert.

8.2 **Beschwerdeschreiben der SO an Justiz und Legislative**

Versuch der Irreführung von Regierungsstellen

Der Präsident der „Scientology Church International", Heber Jentzsch, kritisiert in zwei inhaltlich gleichen Schreiben vom 15. Juli an das Bundesministerium der Justiz und das Ministerium für Justiz und Angelegenheiten der Europäischen Union Mecklenburg-Vorpommern insbesondere die Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden. Durch Zitate aus Schriften Hubbards, die angeblich dessen Eintreten für die heutige Demokratie zeigen, versucht Jentzsch, die Rechtmäßigkeit der nachrichtendienstlichen Beobachtung in Frage zu stellen.

Mit Schreiben vom 19. September an die Mitglieder des Deutschen Bundestags und des Bundesrats wandte sich die SO gegen die Maßnahmen von Bund und Ländern gegen Scientology und erhob den

Vorwurf, deutsche Politiker wollten nur „Hysterie und religiöse Diskriminierung schüren".

Mit Schreiben der „Scientology Kirche Düsseldorf" vom 10. Dezember wurden die Abgeordneten des Deutschen Bundestags u.a. gebeten, „sich im Rahmen ihrer Arbeit" für ein Ende der angeblichen Diskriminierung der SO in Deutschland einzusetzen.

8.3 **Demonstration der SO in Berlin am 27. Oktober**

An der Versammlung am 27. Oktober in Berlin nahmen etwa 3.000 Personen teil. Aufgrund der mitgeführten Fahnen, Transparente, der Ankündigungen der Veranstaltungsleitung u.ä. dürfte es sich überwiegend um Teilnehmer aus dem Ausland gehandelt haben. Die Teilnehmer trugen u.a. Transparente mit Aufschriften wie „Zündet die Inquisition den Scheiterhaufen wieder an?" oder „Reichen sechs Millionen Deportierte nicht aus, um den Faschismus auszutreiben?". Etwa 20 Kritiker von Scientology, die sich am Rande der Kundgebung versammelten, wurden von Scientologen als „Kriminelle" bezeichnet.

Verfehlung des Demonstrationsziels

Die Demonstration war für die SO ein Mißerfolg. Weder konnte sie deutsche Mitglieder/Anhänger in großer Zahl mobilisieren, noch gelang es ihr, ein für die eigenen Belange positives Medienecho oder entsprechende Resonanz bei der Berliner Bevölkerung zu erreichen.

Die tatsächliche Teilnehmerzahl war mit ca. 3.000 Scientologen weitaus geringer als erwartet. Die mehrheitliche Teilnahme ausländischer Scientologen ergibt eine deutsche Beteiligung von höchstens 1.000 bis 1.500 Personen.

Vor der Durchführung hatte die SO bei ihren Mitgliedern und in der Öffentlichkeit die Erwartung geweckt, eine größere Zahl prominenter amerikanischer Scientologen - wie etwa der Schauspieler John Travolta - sowie Vertreter anderer Religionsgemeinschaften nähmen an den einzelnen Veranstaltungen teil. Diese Erwartung der SO wurde enttäuscht.

9. **Vertrauliches Telefon**

Staatliche Anlaufstelle für Bürger

Am 1. Juli richtete das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz ein „Vertrauliches Telefon" (Nummer 0 89 / 31 20 12 96) ein. Opfer, Aussteiger und Angehörige von Scientology-Mitgliedern können über das „Vertrauliche Telefon" Hinweise über die SO geben. Seit der

Einrichtung gingen bis zum Jahresende etwa 400 Anrufe über das „Vertrauliche Telefon" ein. Etwa zwei Drittel der Anrufer waren Betroffene, die Hinweise auf Personen oder Firmen gaben, die aufgrund ihrer Handlungsweise mit Scientology in Verbindung gebracht wurden. Die Anrufer äußerten sich positiv über die Möglichkeit, mit dem Verfassungsschutz über ihre persönlichen Erfahrungen im Zusammenhang mit Scientology sprechen zu können.

Aufgrund der Anrufe wurden Ermittlungen eingeleitet, wobei sich eine Vielzahl der Hinweise als sachdienlich erwies.

5. Abschnitt

Terror* und sonstige politisch motivierte Gewalt

1. Entwicklung im Bundesgebiet **

Anstieg der Gewalttaten

Die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten in Deutschland ist im Jahr 1997 gegenüber dem Vorjahr von 1.689 auf 1.938 angestiegen. Die Bedrohung der Inneren Sicherheit in Deutschland durch politisch motivierte Gewalttäter hat damit wieder zugenommen. Am stärksten war der Anstieg der rechtsextremistischen Gewalttaten.

Anstieg rechtsextremistischer Gewalttaten

Rechtsextremistisch motivierte Gewalt forderte auch 1997 ein Todesopfer. Daneben zeigen weitere schwere Straftaten im Bundesgebiet eine erschreckend hohe kriminelle Energie rechtsextremistisch motivierter Täter. Rechtsterroristische Strukturen konnten jedoch nach wie vor nicht festgestellt werden.

RAF nicht mehr aktionswillig

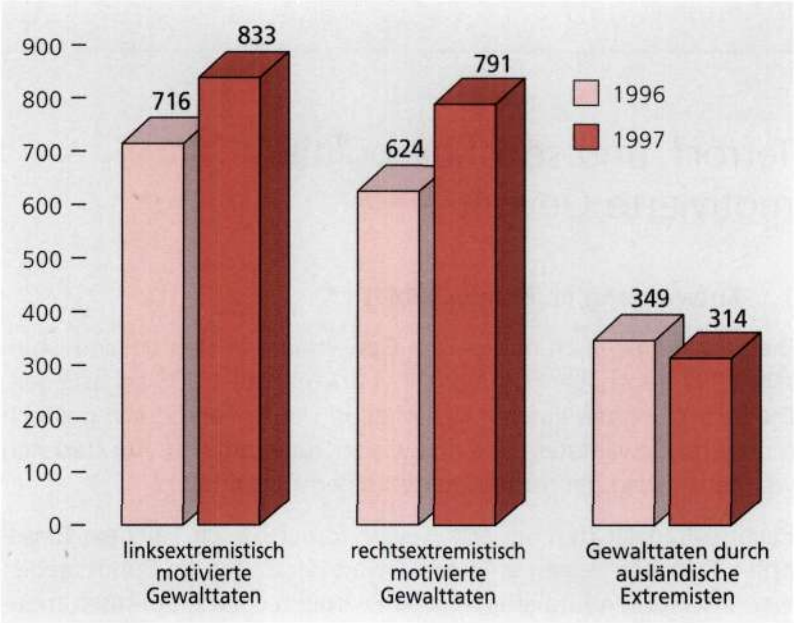
Die RAF ist als aktionswillige terroristische Vereinigung nicht mehr existent. Der sogenannte antiimperialistische Widerstand orientiert sich neu und sucht vor allem im Ausland nach Bündnispartnern. Terroristische Aktionen wurden auch von der Antiimperialistischen Zelle (AIZ) nicht durchgeführt.

---

* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben oder Eigentum Dritter, insbesondere durch Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 StGB genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

** Abweichungen von den im Verfassungsschutzbericht Bayern 1996 genannten Zahlen beruhen im wesentlichen auf einem aktualisierten Erkenntnisstand und der abweichenden Zählweise des Bundes, der wir uns aus Gründen der Vergleichbarkeit anschließen mußten. Vergleiche zu den Jahren vor 1996 sind daher nicht möglich. Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung werden vom Bund in der Statistik seit 1. Januar 1997 nicht mehr als Gewalttaten erfaßt. Mehrere Straftaten aus Anlaß eines Ereignisses werden als ein Fall gezählt.

Entwicklung politisch motivierter Gewalttaten in Deutschland



Anstieg linksextremistischer Gewalt

Die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten ist ebenfalls angestiegen. Im Brennpunkt der Anschläge standen auch 1997 insbesondere die Deutsche Bahn AG und sonstige Einrichtungen im Zusammenhang mit den Castor-Transporten. Auf diesen Bereich entfallen rund 25 % aller linksextremistischen Gewalttaten.

Gewalt zwischen Links- und Rechtsextremisten

Die Gewaltbereitschaft von Links- und Rechtsextremisten im Kampf gegeneinander ist ungebrochen. Beide Seiten spähen sich gegenseitig aus, veröffentlichen „Steckbriefe" und rufen zu Gewalttaten gegen ihre Gegner auf. Bedingt durch die verstärkten Aktivitäten von Linksextremisten, insbesondere von gewaltbereiten Autonomen, gegen Rechtsextremisten haben auch die Gewalttaten von Rechtsextremisten gegen politische Gegner überdurchschnittlich zugenommen. Es besteht die ernste Gefahr, daß sich die Gewaltpotentiale gegenseitig hochschaukeln.

Rückgang der Gewalttaten ausländischer Extremisten

Die Zahl der Gewalttaten ausländischer Extremisten hat leicht abgenommen. Extremistische Ausländergruppen zeigen aber nach wie vor eine erhebliche Gewaltbereitschaft. Vor allem bei Richtungskämpfen verfeindeter Gruppen waren mehrere Todesopfer zu verzeichnen. Die verbotene PKK erklärt zwar nach außen Gewaltverzicht, treibt aber

nach wie vor „Spenden" ein, verschleppt Jugendliche zur Schulung für ihren terroristischen Kampf in der Türkei und geht ebenso wie die Devrimci Sol gewaltsam gegen Abweichler vor.

1.1 **Rechtsextremistische Gewalt**

Anstieg

Die Verfassungsschutzbehörden registrierten bundesweit 791 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation gegenüber 624 Gewalttaten des Vorjahrs.

Erhebliche Gefahr für die Innere Sicherheit

Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten stellen eine erhebliche Gefahr für die Innere Sicherheit in Deutschland dar. Die Gewaltbereitschaft und die kriminelle Energie der Rechtsextremisten ist zum Teil extrem hoch. Dies zeigen unter anderem ein vollendetes bzw. mehrere versuchte Tötungsdelikte außerhalb Bayerns.

Die Zunahme rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten ist in den verschiedenen Bereichen unterschiedlich stark ausgeprägt. Während antisemitisch motivierte Gewalttaten mit jeweils elf Gewalttaten auf gleichem Niveau blieben, stiegen fremdenfeindliche Gewalttaten auf 463 (1996: 372).

Bei den sonstigen rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten war eine Zunahme von 162 auf 203 Gewalttaten festzustellen. Besonders stark sind die Gewalttaten gegen politische Gegner angestiegen, von 79 auf 114 Delikte. Der Anstieg in diesem Bereich ist auch als Reaktion auf die verstärkten Angriffe von Linksextremisten, insbesondere gegen Veranstaltungen der JN, zu sehen.

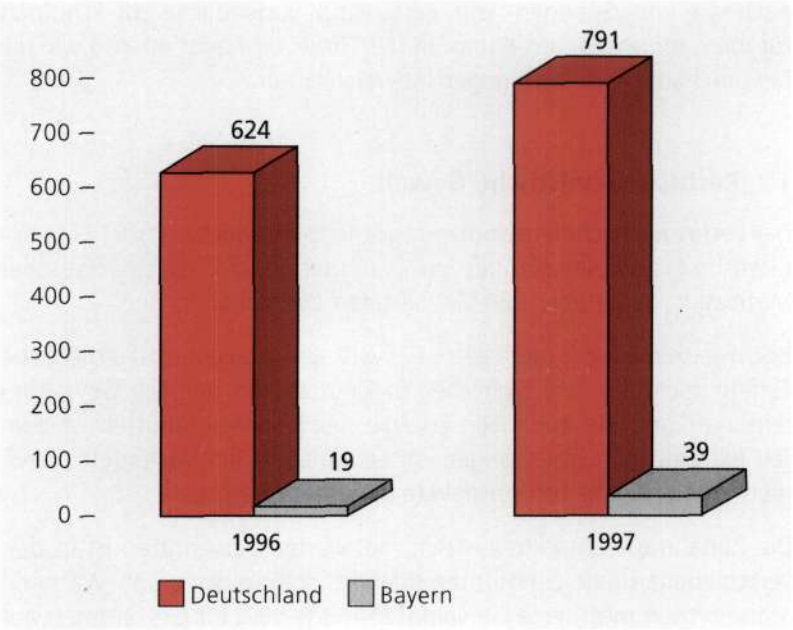
Tötungsdelikte

Insgesamt zeigen eine vollendete Tötung, 13 versuchte Tötungsdelikte und eine hohe Anzahl weiterer schwerer Gewaltakte in Deutschland die erhebliche kriminelle Energie der Täter. Auch bei 38 (1996: 33) vollendeten bzw. versuchten Brandanschlägen sowie 61 Landfriedensbrüchen (1996: 71) und 677 Körperverletzungsdelikten (1996: 507) wurde eine Vielzahl von Personen zum Teil schwer verletzt.

Auszugsweise für die in Deutschland verübten schweren Straftaten und die Gerichtsverfahren wegen Gewaltdelikten stehen folgende Fälle:

Am 31. Januar überfielen in Fredersdorf/Brandenburg zwei 30 bzw. 36 Jahre alte Deutsche einen Vietnamesen. Das Opfer wurde dabei so schwer mißhandelt, daß es an den Verletzungen am 30. April ver-

Entwicklung rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten



starb. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt an der Oder hat gegen die beiden nach der Tat Festgenommenen am 14. Mai Anklage wegen Mordes bzw. gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge erhoben.

Hohe Haftstrafen

Das Landgericht Potsdam verurteilte am 23. April einen 22jährigen Hauptangeklagten wegen versuchten Mordes zu 15 Jahren Freiheitsstrafe und einen 20jährigen Mitangeklagten zu acht Jahren Jugendstrafe. Die Verurteilten hatten am 30. September 1996 in Trebbin/Brandenburg drei italienische Bauarbeiter angegriffen und eines der Opfer mit einem Baseballschläger lebensgefährlich verletzt. Der Geschädigte lag mehrere Monate im Koma und ist seitdem querschnittsgelähmt. Das Gericht bewertete den Angriff als fremdenfeindlich motivierte Straftat.

Das Landgericht Leipzig verurteilte am 7. November einen 21jährigen Deutschen wegen Mordes zu neun Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe. Einen 19jährigen Mittäter verurteilte das Gericht wegen Beihilfe zum Totschlag zu vier Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe. Die beiden hatten am 23. Oktober 1996 in Leipzig/Sachsen einen syrischen Asylbewerber niedergestochen, als er zwei Frauen zu

Hilfe kommen wollte, die von den Tätern mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft worden waren.

Das Landgericht Lübeck verurteilte am 1. Dezember den Neonazi Kay Diesner wegen Mordes und zweifachen Mordversuchs zu lebenslanger Freiheitsstrafe. Der Verurteilte hatte am 19. Februar in Berlin-Marzahn mit einem Schrotgewehr einen Mordanschlag auf einen Buchhändler verübt. Der Buchhändler erlitt schwere Schußverletzungen. Diesner, ein ehemaliger Aktivist der Nationalen Alternative (NA), bezeichnet sich als Mitglied des Weißen Arischen Widerstands (WAW). Eine derartige Organisation gibt es in Deutschland nicht, jedoch wird diese Bezeichnung gelegentlich von Rechtsextremisten in Anlehnung an eine entsprechende Gruppierung in den USA verwendet. Einen weiteren allerdings nicht rechtsextremistisch motivierten Mord hatte Diesner am 23. Februar verübt. Auf seiner Flucht erschoß er bei einer Polizeikontrolle bei Roseburg/Schleswig-Holstein einen Polizeibeamten.

Keine rechtsterroristischen Vereinigungen in Deutschland

Im Zusammenhang mit rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten führt der Generalbundesanwalt seit 1992 mehrere Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Existenz rechtsterroristischer Vereinigungen. Dabei konnten rechtsterroristische Strukturen in Form einer „Braunen Armee Fraktion" in Deutschland bisher nicht festgestellt werden. Konkrete Erkenntnisse über Planungen von Terroranschlägen liegen nicht vor. Durch rechtzeitige Exekutivmaßnahmen konnten neonazistische Gruppen, die Waffen und Sprengstoff zur Durchführung von Gewalttaten vorrätig hielten, im Ansatz zerschlagen werden. Rechtsextremistisch motivierte Gewalt geht überwiegend von Personen aus, die nicht in politischen Gruppen oder Parteien organisiert sind. Eine Strategiedebatte zur gewaltsamen Systemüberwindung findet im rechtsextremistischen Lager derzeit nicht statt. Gewaltaktionen von „Einzelkämpfern" können jedoch nie ausgeschlossen werden.

Keine überregionale Steuerung der Gewalttaten

Die polizeilichen Ermittlungen erbrachten bisher keine Erkenntnisse über eine überregionale Steuerung der Gewalttaten durch rechtsextremistische Organisationen. Überwiegend wurden die Gewalttaten nicht von Einzeltätern, sondern von mehreren gemeinschaftlich handelnden Personen verübt. Dabei entstand der Tatentschluß vielfach spontan aus gruppendynamischen Prozessen, gefördert durch Alkohol oder Musik mit rechtsextremistischem Inhalt. Die Mehrzahl der ermittelten Tatverdächtigen ist jünger als 21 Jahre.

Nur ein Drittel der in Bayern ermittelten Tatverdächtigen war bisher einschlägig bekannt. Etwa ein weiteres Drittel war bisher allgemeinpolizeilich und nicht mit extremistischen Straftaten in Erscheinung getreten.

1.2 **Linksextremistische Gewalt**

Anstieg

Bundesweit wurden 833 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender linksextremistischer Motivation gegenüber 716 Gewalttaten des Vorjahrs festgestellt. Den Schwerpunkt bildeten dabei erneut Angriffe gegen Einrichtungen und Firmen im Zusammenhang mit dem Transport abgebrannter Brennelemente aus Kernkraftwerken in Castor-Behältern. Insgesamt entfallen mit 213 Taten 25 % der gesamten linksextremistisch motivierten Gewalttaten auf diesen Bereich. Für Linksextremisten stellt damit der Protest gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie ein herausragendes Aktionsfeld für unfriedliche Aktionsformen und Gewalttaten dar. Weitere Schwerpunkte bilden Gewaltakte gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten und gegen „Umstrukturierungsmaßnahmen" in Großstädten, insbesondere in Berlin. Die Zahl der Gewalttaten gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten stieg von 99 auf 139. Auch Solidarität mit ausländischen extremistischen Gruppierungen und Aktionen gegen Abschiebungen waren Anlaß für Gewalttaten.

Angriffsschwerpunkt

Keine Anschläge von RAF und AIZ

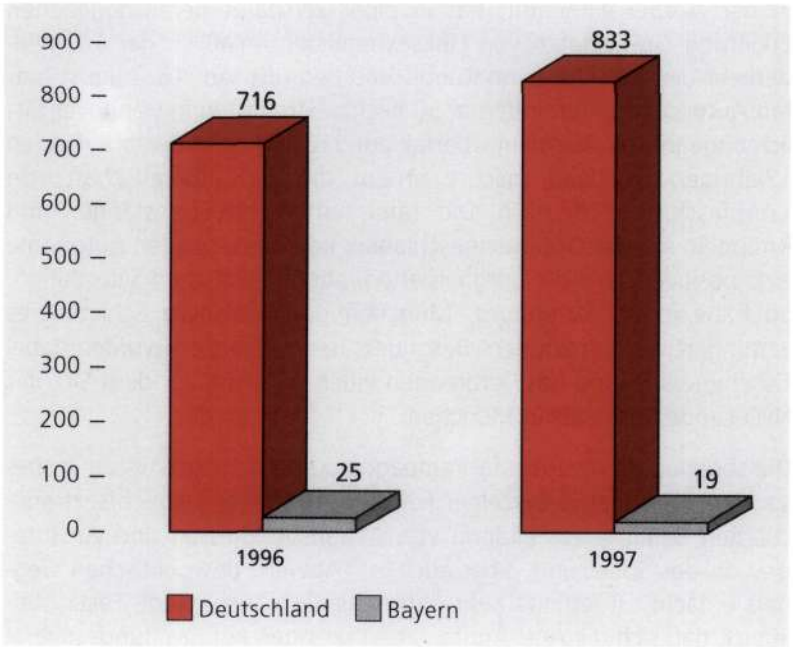
Terroristische Aktionen der RAF oder AIZ waren nicht zu verzeichnen. Die linksextremistischen Gewalttaten wurden zu über 80% von Gruppen und Einzeltätern aus dem gewaltbereiten autonomen und anarchistischen Spektrum begangen. Ziel dieser und anderer in Deutschland gewalttätig agierender linksextremistischer Gruppen ist nach wie vor die gewaltsame Zerschlagung der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung, in der sie ein „Instrument zur Durchsetzung weltweiter kapitalistischer imperialistischer Ausbeuterinteressen" sehen.

Hohe kriminelle Energie

Die hohe kriminelle Energie der Täter zeigt sich unter anderem in den Anschlägen im Zusammenhang mit den Castor-Transporten. Im Rahmen der von Kernkraftgegnern gesteuerten Kampagne gegen die Castor-Transporte verübten militante Kernkraftgegner, insbesondere militante Linksextremisten, in zunehmendem Maße schwere Gewalttaten und Anschläge vor allem gegen Einrichtungen der Deutschen

Bahn AG und Hochspannungsleitungen. Den Höhepunkt erreichten die Gewalttaten unmittelbar vor und während des Castor-Transports vom 3. bis 5. März nach Gorleben/Niedersachsen. Insbesondere Autonome in Norddeutschland versuchten, die Polizei schon im Vorfeld zu binden. Bei einem „Schienenaktionstag" wurden Bahngleise beschädigt. Mit Hakenkrallen wurden Anschläge auf Bahnstrecken verübt. In der heißen Phase der Auseinandersetzung wurden 659 Straftaten begangen. Dabei wurden 77 eingesetzte Polizeibeamte verletzt. Der Sachschaden geht in die Millionenhöhe. Polizeibeamte wurden mit Zwillen und Leuchtspurmunition beschossen. Insgesamt waren bei diesem Transport sechs Castor-Behälter nach Gorleben gebracht worden, darunter ein Behälter mit abgebrannten Brennelementen aus dem bayerischen Kernkraftwerk Gundremmingen. In Bayern verliefen die Proteste gegen den Transport weitgehend störungsfrei.

Insgesamt war neben mehreren Brand- und Sprengstoffanschlägen eine Vielzahl gefährlicher Eingriffe in den Bahnverkehr zu verzeichnen. Gewalttäter unterhöhlten Bahngleise, errichteten Barrikaden auf den Gleisen und legten Bombenattrappen auf den Bahnstrecken ab.



Entwicklung linksextremistisch motivierter Gewalttaten

Zahlreiche Schienen wurden an- bzw. durchgesägt und Signalkabel durchtrennt. Auch Strommasten wurden umgesägt.

1.3 **Gewalt zwischen Links- und Rechtsextremisten**

Bundesweit war eine Reihe zum Teil schwerer Gewalttaten gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten zu verzeichnen. Die Angriffe der Linksextremisten richteten sich dabei vor allem gegen Veranstaltungen, aber auch gegen einzelne Personen. Für Gegendemonstranten bei Veranstaltungen von Rechtsextremisten spielt es keine Rolle, ob es tatsächlich zu Aktionen kommt, wie z.B. am 1. März in München, oder ob die rechtsextremistischen Demonstrationen abgesagt oder verboten werden, wie am 22. Februar in Aschaffenburg. Für die Autonomen, deren stärkere Zusammenarbeit die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) erreichen will, ist Antifaschismus nur ein Mittel zum Zweck. Das eigentliche Ziel ist die Zerstörung des „imperialistischen Systems". Das Thema „Antifaschismus" wird auch in Zukunft eines der wichtigsten Aktionsfelder autonomer Politik und damit auch autonomer Militanz bleiben, sei es bei Demonstrationen oder auch bei kleineren Aktionen im örtlichen Bereich. Die Autonome Antifa (M) Göttingen, die eine Führungsrolle in der AA/BO einnimmt, hat in einer verspätet herausgegebenen Erklärung Gewalttaten von Linksextremisten anläßlich der 10. Wiederkehr des Todestags von Rudolf Heß begrüßt. Am 16. August hatten Autonome unter anderem 50 Rechtsextremisten in Hannover tätlich angegriffen. Auch ein Überfall am 31. August in Berlin auf einen 17jährigen Skinhead machte erneut die Gewaltbereitschaft von „Antifaschisten" deutlich. Die Täter hatten mit Eisenstangen und Knüppeln auf das Opfer eingeschlagen. Im Internet zogen Autonome eine positive Bilanz der „organisierten, antifaschistischen Selbsthilfe". So habe in Aschaffenburg, München und Nürnberg Schlimmeres verhindert werden können. Besonders hervorgehoben wurden dabei Flaschenwürfe und das Verbrennen einer JN-Fahne vor dem Sitz des NPD-Landesverbands in München.

Antifa-Ziel: Zerstörung des „Systems"

Schwere Gewalttaten

Die sogenannte Anti-Antifa-Kampagne der Rechtsextremisten, insbesondere als Initiative einzelner Führungspersonen des rechtsextremistischen Bereichs zur Bildung von Aktionsbündnissen und zur Integration des Spektrums, aber auch zur Abwehr des politischen Gegners erdacht, ist regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Festzustellen ist, daß sich die Anti-Antifa-Arbeit bezogen auf das Bundesgebiet

mit dem Sammeln, Abklären und Verbreiten von Daten über politische Gegner nicht mehr nur gegen „Linke", sondern zunehmend auch gegen Vertreter staatlicher Institutionen richtet, die mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus beauftragt sind. So wurden bereits in Listen mit Personen, die angegriffen werden sollen, Richter, Staatsanwälte, Polizeibeamte und Medienvertreter festgestellt.

Erweiterung des Anti-Antifa-Zielspektrums

1.4 Gewalttaten ausländischer Extremisten und Strafverfahren

Die Bedrohung der Inneren Sicherheit durch gewalttätige ausländische Extremisten ist leicht gesunken. Insgesamt waren in Deutschland 314 Gewalttaten ausländischer Extremisten gegenüber 349 im Vorjahr zu verzeichnen. Der größte Teil dieser Gewalttaten - Erpressungen und Körperverletzungen - stand im Zusammenhang mit „Spendenkampagnen" türkischer und kurdischer Gruppen. Mit besonderer Brutalität und extremer krimineller Energie werden Richtungsstreitigkeiten ausgetragen. Bei elf vollendeten bzw. versuchten Tötungsdelikten waren mehrere Todesopfer zu beklagen.

Leichter Rückgang

Die verbotene kurdische PKK vermied zumindest nach außen offene Gewalthandlungen. Anschläge waren ihr nicht zuzuordnen. Gleichwohl gibt es nach wie vor Erkenntnisse, daß die PKK Abweichler verfolgt, mit Drohungen und Gewalt „Spenden" eintreibt und Kinder bzw. Jugendliche gegen den Willen ihrer Sorgeberechtigten in Ausbildungslager bringt. Dort werden sie unter anderem für den terroristischen Kampf der PKK in der Türkei unterwiesen.

Gewalt bei Spendenkampagnen

Die juristische Aufarbeitung der Gewaltaktionen der PKK aus den vergangenen Jahren dauert an. Einige Strafverfahren endeten mit zum Teil hohen Haftstrafen. Daneben konnten weitere hohe Funktionäre festgenommen werden, gegen die unter anderem Haftbefehle wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgelegen hatten.

Hohe Haftstrafen

Am 5. März verurteilte das Oberlandesgericht Hamburg die ehemalige Regionsverantwortliche für die PKK-Region Nord-West, die ehemalige Gebietsverantwortliche für das PKK-Gebiet Bremen und den Raumverantwortlichen für den PKK-Raum Bremen wegen versuchten Totschlags zu Freiheitsstrafen zwischen dreieinhalb und fünfeinhalb Jahren. Die Verurteilten sind mitverantwortlich für zwei versuchte Tötungsdelikte, die am 7. Oktober 1994 auf zwei PKK-Mitglieder in

Bremen und Hamburg verübt worden waren. Beide Opfer waren dabei lebensgefährlich verletzt worden.

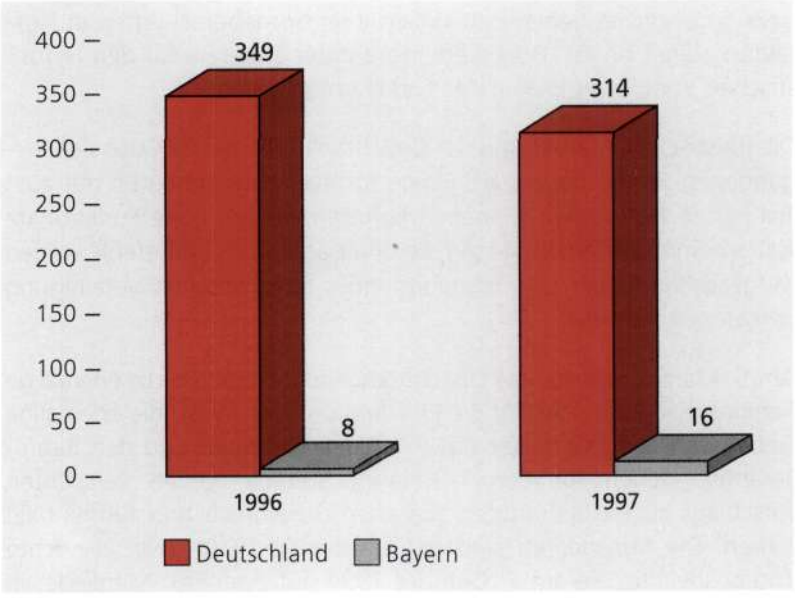
Festnahme

Am 1. April nahm die Polizei in Berlin den ehemaligen Gebietsleiter der PKK für das Gebiet Hannover wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung fest. Er wird beschuldigt, dort jeweils im Juni und November 1993 PKK-Mitgliedern befohlen zu haben, neben anderen Straftaten Brandanschläge gegen türkische Objekte zu verüben.

Am 6. Mai nahm die Polizei in Frankfurt am Main einen 32jährigen Kurden fest. Ihm wird vorgeworfen, eine terroristische Vereinigung unterstützt zu haben und an der versuchten Tötung eines ehemaligen PKK-Funktionärs am 2. Mai 1994 in Krefeld beteiligt gewesen zu sein. Das Opfer war seinerzeit durch mehrere Schüsse lebensgefährlich verletzt worden.

Am 28. Mai verurteilte das Oberlandesgericht Celle den ehemaligen PKK-Regionsleiter Nord und Mitte unter anderem wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren. Der ehemalige Verantwortliche des PKK-Gebiets Hannover erhielt wegen der gleichen Delikte eine Freiheitsstrafe von zweieinhalb Jahren.

Entwicklung der Gewalttaten durch ausländische Extremisten



Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte am 12. August vier PKK-Gebietsleiter, darunter eine Frau, in Abwesenheit wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu Freiheitsstrafen von jeweils zwei Jahren und sechs Monaten. Die Verurteilten waren im April nach zweijähriger Untersuchungshaft unter Auflagen freigelassen worden und sind seit Mitte Mai flüchtig.

Auslieferung

Am 19. August lieferten die britischen Behörden den ehemaligen ERNK-Europasprecher Feysal Dunlayici alias Kani Yilmaz nach Deutschland aus. Dunlayici war am 26. Oktober 1994 in London aufgrund eines Haftbefehls des Generalbundesanwalts wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung festgenommen worden und befand sich seitdem in Auslieferungshaft. Am 24. Oktober erhob der Generalbundesanwalt beim Oberlandesgericht Celle Anklage wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.

Am 2. September verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf zwei PKK-Funktionäre wegen Beteiligung an einer Anschlagsserie der PKK im Jahre 1993 zu Freiheitsstrafen von fünf Jahren und sechs Monaten bzw. fünf Jahren. Das Gericht befand die Verurteilten der Sachbeschädigung und der versuchten schweren Brandstiftung für schuldig. Das Verfahren gegen einen dritten Beschuldigten war abgetrennt worden und wird fortgesetzt.

Am 7. Oktober nahm die Polizei in Ludwigsburg/ Baden Württemberg einen 25jährigen Kurden wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung fest. Der Festgenommene soll die PKK-Region Baden geleitet haben.

Hohe Haftstrafen

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main verurteilte am 13. Oktober drei PKK-Funktionäre wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Beteiligung an Brandanschlägen gegen türkische Einrichtungen im Rhein-Main-Gebiet zu Freiheitsstrafen von elf Jahren, sechs Jahren und sechs Monaten bzw. zwei Jahren und drei Monaten. Den Angeklagten war zur Last gelegt worden, im Jahr 1993 für zahlreiche Anschläge gegen türkische Einrichtungen mitverantwortlich gewesen zu sein. Das Gericht führte hierzu aus, die Angeklagten hätten zwar nicht selbst an den Anschlägen teilgenommen, diese Gewalttaten als Funktionäre der PKK aber organisiert und befohlen.

Am 5. November verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf ein ehemaliges Mitglied der Europäischen Frontzentrale der PKK wegen

Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren. Der Verurteilte hatte von Juni 1993 bis April 1995 die Finanzen der Europäischen Frontzentrale der PKK geleitet.

Das Oberlandesgericht Celle verurteilte am 12. November einen hochrangigen PKK-Funktionär und ehemaliges Mitglied der Europäischen Frontzentrale der PKK wegen mehrfacher schwerer Brandstiftung gegen türkische Einrichtungen zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten. Bei der Festnahme am 16. September 1996 sichergestelltes Bargeld in Höhe von 163.000 DM erklärte das Gericht für verfallen.

Am 10. Dezember verurteilte das Oberlandesgericht Celle den ehemaligen Verantwortlichen für das PKK-Gebiet Hannover wegen Mittäterschaft an Brandstiftungen und anderer Straftaten im November 1993 in Hannover zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten.

Die Gewaltbereitschaft und extreme kriminelle Energie türkischer linksextremistischer Gruppen verdeutlichen folgende Ereignisse:

Am Nachmittag des 25. April betraten etwa fünf Personen ein türkisches Imbißlokal in Hamburg, boten eine Publikation des Karatas-Flügels der verbotenen Devrimci Sol zum Kauf an und versuchten, Spenden zu sammeln. Sie wurden vom Personal und einigen Gäste aus dem Lokal gedrängt. Stunden später erschien eine Gruppe von mehr als zehn Personen in dem Lokal. Mit Baseballschlägern demolierten sie die Inneneinrichtung des Lokals und schlugen zwei Gäste zusammen. Als der Inhaber des Lokals mit einem PKW vorfuhr, schoß eine Person zweimal in das Fahrzeug. Der Fahrer wurde getroffen und verstarb im Krankenhaus. Die Polizei nahm noch in derselben Nacht drei türkische Staatsangehörige fest. Gegen sie erging Haftbefehl.

Die andauernden blutigen Richtungskämpfe innerhalb der verbotenen Devrimci Sol eskalierten ab dem Frühsommer. Bereits am 13. Mai 1996 und am 18. Mai 1996 hatten konkurrierende Anhänger der Devrimci Sol mit Schußwaffen Anschläge verübt. Die Opfer machen in der Regel keine Angabe über die Hintergründe der Taten. Eine neue Serie von Gewalttaten begann am 13. Juni in Frankfurt am Main. Aus einer Gruppe von vier Landsleuten heraus wurden zwei Schüsse aus nächster Nähe auf einen 19jährigen Anhänger des Karatas-Flügels der Devrimci Sol abgegeben. Die Täter und zwei Begleiter des Opfers flüchteten. Das Opfer erlitt zwei Oberschenkeldurchschüsse.

Fünf türkische Staatsangehörige stürmten in Hamburg am 12. Juli in ein türkisches Lokal und bedrohten den Wirt. Anschließend schlugen sie auf zwei türkische Gäste ein und verletzten sie durch Schüsse und Messerstiche.

Am 9. August wurde in Hamburg ein türkischer Staatsangehöriger von vier unbekannten Tätern lebensgefährlich verletzt. Auf das Opfer wurden neun Schüsse abgegeben, als es die Zeitschrift „Kurtulus" des Karatas-Flügels der Devrimci-Sol in den Räumen eines türkischen Kulturvereins anbot.


HALK İÇİN
kurtuluş
HAFTALIK SİYASİ GAZETE
Karadeniz Dağlarında
Parti-Cephe'nin Kurtuluş Bayrağı
Ali Haydar ve Bülentlerle
Daha Yükseklerde Dalgalanıyor

Am 22. August kam es in Frankfurt am Main beim Zusammentreffen zwischen zwei Gruppen des Yagan-Flügels und des Karatas-Flügels sofort zu einem Schußwechsel. Bei dem Schußwechsel, in dessen Verlauf etwa acht bis zehn Schüsse abgegeben wurden, stürzte ein Yagan-Anhänger, wohl aufgrund eines Beinschusses. Auf das am Boden liegende wehrlose Opfer gab ein Schütze aus der Gruppe der Karatas-Anhänger noch mindestens drei bis fünf Schüsse ab. Das Opfer erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Die Karatas-Anhänger flüchteten zunächst mit zwei PKW mit Aschaffenburger Kennzeichen. Sie konnten jedoch kurze Zeit später festgenommen werden. Unter ihnen befand sich der Hauptverdächtige, ein in Frankreich lebender türkischer Staatsangehöriger. Die weiteren Tatbeteiligten stammen aus dem Raum Aschaffenburg, Hessen und Baden-Württemberg.

Festnahmen

Am 5. September wurde in Hamburg ein Aktivist des Yagan-Flügels beim Verlassen der Wohnung durch drei Schüsse in die Beine und Hüfte schwer verletzt. Der Halter des bei der Tat benutzten Fahrzeuges mit französischem Kennzeichen ist als Aktivist des Karatas-Flügels bekannt.

Im Zusammenhang mit den Flügelkämpfen nahm die Polizei am 12. September in Hamburg ein führendes Mitglied der DHKP-C aus Dortmund fest. In dem von ihm benutzten Fahrzeug wurde eine Schußwaffe beschlagnahmt. Auch am 3. Oktober fand die Polizei in Aschaffenburg bei der Festnahme eines Tatverdächtigen der Schießerei vom 22. August in Frankfurt am Main eine Schußwaffe. Aufgrund

Weitere Festnahmen

dieser Waffenfunde muß davon ausgegangen werden, daß sich die verfeindeten Gegner weiter bewaffnen.

Richtungskämpfe in der TKP/ML

Auch in weiteren türkischen linksextremistischen Gruppen ist eine erhebliche Gewaltbereitschaft vorhanden. Die revolutionär-marxistische TKP/ML bleibt weiterhin in zwei konkurrierende Flügel gespalten. Innerhalb des unter der Bezeichnung „Ostanatolisches Gebietskomitee" (DABK) auftretenden Flügels dauerten die im Frühjahr 1996 begonnenen „Säuberungen" an. Unter dem Codewort „Operation Schneeglöckchen" werden Verräter und Kollaborateure gesucht. Die Aktion forderte in der Türkei bereits mehrere Todesopfer, die bis in hohe Funktionärskreise reichten. In Europa sind bislang keine Gewalttaten im Zusammenhang mit den „Säuberungen" bekannt geworden. Es ist aber nicht auszuschließen, daß die Täter auch in Deutschland zuschlagen würden, wenn sich ein „Verräter" hier aufhalten sollte.

Am 24. März verurteilte das Landgericht Duisburg den Türken Remzi Uslu wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Nach Überzeugung des Gerichts war dieser am 27. August 1996 in Duisburg an der Ermordung eines Landsmanns beteiligt gewesen, der im Auftrag der türkischen Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP) als abtrünniges Parteimitglied ausgeschaltet werden sollte. Ein weiterer Tatverdächtiger konnte am 9. Juni im Raum Paris festgenommen werden. Ein dritter Tatverdächtiger wird noch mit internationalem Haftbefehl gesucht.

„Spenden"-Quittung der DHKC


DHKC BAĞIŞ MAKBUZU
Devrimci Halk Kurtuluş Cephesi
VATANIMIZI, ÖZGÜRLÜĞÜMÜZÜ VE GELECEĞİMİZİ DHKP-C İLE KAZANACAĞIZ!
ADI, SOYADI: .....
MİKTARI: .....
TARİH: .....

Zur Deckung ihres erheblichen Finanzbedarfs veranstalten die genannten linksextremistischen türkischen und kurdischen Gruppierungen jährlich „Spendenkampagnen" bei Landsleuten, insbesondere Geschäftsleuten. Die Spendeneintreiber schrecken dabei selbst vor massiven Drohungen und schweren Gewalttaten nicht zurück, um zum Teil fünfstellige Geldbeträge zu erpressen.

Auch islamische Extremisten verübten schwere Straftaten. So ermordeten Unbekannte am 8. Mai in Berlin einen Dissidenten des ICCB, der seit Anfang 1996 eine bedeutende Abspaltergruppe in Berlin geführt hatte. Es wurde bekannt, daß auch der Imam (Vorbeter) der Mevlana-Moschee Augsburg zuvor in einem Freitagsgebet zur Ermordung des Führers der Berliner Abspaltergruppe aufgerufen haben soll. Bereits seit

Juni 1996 war der ehemals hochrangige ICCB-Funktionär in der Zeitung „Ümmet i Muhammed" in letzter Konsequenz mit dem Tod bedroht worden. Nach Hinweisen auf einen Mordaufruf durch den Augsburger Imam der Mevlana-Moschee erwirkte die Augsburger Staatsanwalt bundesweite Durchsuchungsbeschlüsse gegen Objekte und führende Funktionäre des ICCB, die am 9. September vollzogen wurden. Eines der durchsuchten Objekte war die als Zentrale des ICCB für Bayern fungierende Mevlana-Moschee in Augsburg. Dabei wurden neben weiteren, abstrakten Gewaltaufrufen gegen Abtrünnige auch Vereinsunterlagen sichergestellt, die die Gewaltbereitschaft der Organisation bestätigen. Ein Vereinsplakat des ICCB zeigt die Abbildung zweier Maschinenpistolen unter dem Vereinsnamen.

Gewalttaten islamischer Extremisten

Der Konflikt im jugoslawischen Kosovo hat bislang nicht auf Deutschland übergegriffen. Hinweise, am 8. Oktober werde der „Befreiungskampf" auch in Bayern mit Anschlägen auf serbische Einrichtungen beginnen, haben sich nicht bestätigt. Für Deutschland ist eine Verschärfung der Gefährdungslage derzeit nicht zu erwarten.

2. Politisch motivierte Gewalt in Bayern*

Die Gesamtzahl politisch motivierter Gewalttaten ist in Bayern von 52 auf 74 Vorfälle angestiegen. Der Anteil der in Bayern verübten Gewalttaten an der bundesweiten Zahl von 1.938 Fällen ist mit ca. knapp vier Prozent sehr gering. Die Entwicklung ist allerdings auch in Bayern unterschiedlich verlaufen. Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten sind von 19 auf 39 angestiegen; es waren 19 linksextremistisch motivierte Gewalttaten gegenüber 25 im Vorjahr zu verzeichnen. Dabei wurden die am 1. März in München anläßlich der NPD-Versammlung zur Wehrmachtsausstellung begangenen Straftaten des Landfriedensbruchs, der Körperverletzung und des Widerstands in 36 Fällen aus Gründen der bundesweiten Vergleichbarkeit als eine Straftat gezählt. Die Zahl der Gewalttaten ausländischer Extremisten betrug 16 gegenüber acht im Vorjahr.

* Einfache Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung werden vom Bundeskriminalamt in der Statistik seit 1. Januar 1997 nicht mehr als Gewalttaten erfaßt. Entgegen der in den Vorjahren üblichen Praxis enthalten deshalb die Zahlen für Bayern keine Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung. Die Vorjahreszahlen wurden dieser Zählweise angepaßt.

Auch 1997 forderte die politisch motivierte Gewalt in Bayern keine Todesopfer. Die Zahl der Brandanschläge, bei denen das angegriffene Ziel, die Tatausführung oder Selbstbezichtigungen auf politische Motive hindeuten, ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Insgesamt wurden sechs Brandanschläge (1996: 13) verübt oder versucht. Bei den zwei (1996: fünf) Brandanschlägen mit rechtsextremistischem Hintergrund war ein fremdenfeindliches Motiv erkennbar bzw. zu vermuten. Linksextremisten verübten zwei Brandanschläge (1996: drei). Ausländische Extremisten waren für zwei Brandanschläge (1996: fünf) verantwortlich.

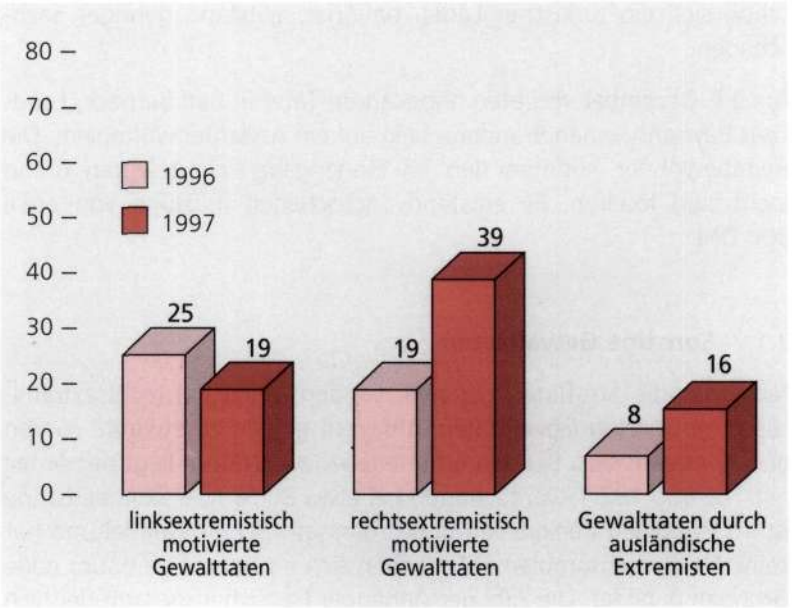
2.1 Rechtsextremistische Gewalt

Massive Straftaten

Die Gesamtzahl der Gewalttaten betrug 39 gegenüber 19 im Vorjahr; das sind rund fünf Prozent der bundesweit registrierten Delikte. Zehn (1996: drei) Gewalttaten richteten sich gegen politische Gegner. 12 (1996: 13) Gewalttaten - daneben waren neun (Vorjahr: drei) Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung zu verzeichnen - hatten eine fremdenfeindliche Motivation. Die zwei Brandanschläge (1996: fünf), elf Angriffe auf Personen (1996: zwölf) und neun Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung (1996: drei) gegenüber Ausländern zeigen, daß im rechtsextremistischen Bereich eine erhebliche und ernst zu nehmende Gewaltbereitschaft besteht. Auch die Zahl der sonstigen fremdenfeindlichen Straftaten ohne Anwendung physischer Gewalt, wie Bedrohungen, Nötigungen und Propagandadelikte, stieg von 179 auf 251 deutlich an. Der seit 1992 anhaltende Rückgang rechtsextremistischer Gewalttaten hat sich nicht fortgesetzt; die jetzigen Zahlen entsprechen etwa denen des Jahres 1995.

Insgesamt ist der Anstieg der Gewalttaten vor allem auf einen überproportionalen Anstieg der Körperverletzungen von zwölf im Jahr 1996 auf insgesamt 29 entsprechende Delikte zurückzuführen. Maßgeblich für diese Entwicklung in Bayern war im wesentlichen eine deutlich gesteigerte Aggressivität von Skinheads. Diesen ist der weitaus größte Teil dieser Delikte zuzuordnen.

Besorgniserregend ist auch der Anstieg der sonstigen rechtsextremistisch motivierten Straftaten (ohne Gewalttaten) auf 1.143 gegenüber 811 im Vorjahr. Dabei handelt es sich insbesondere um das Schmieren von NS-Kennzeichen und die Versendung volksverhetzender Pamphlete.



Entwicklung politisch motivierter Gewalttaten in Bayern

Hoher Anteil von Ersttätern

Von den insgesamt 1.182 rechtsextremistisch motivierten Straftaten (einschließlich Gewalttaten) konnten 595 aufgeklärt werden. Die Polizei ermittelte 813 Tatverdächtige. 631 der Tatverdächtigen (78%) sind erstmals als politisch motivierte Straftäter in Erscheinung getreten. 339 der Tatverdächtigen (42%), darunter 207 Ersttäter (61%), waren der Skinheadszene zuzuordnen.

Für die 132 ermittelten Tatverdächtigen zu den Gewalttaten ergibt sich ein ähnliches Bild. 85 von ihnen (64,4 %) waren Ersttäter. 105 der Tatverdächtigen (79,5 %) waren der Skinheadszene zuzurechnen - mit einem Ersttäteranteil von 58,1 %. 88 und damit zwei Drittel der Tatverdächtigen waren jünger als 21 Jahre.

Typisch für die 1997 festgestellten rechtsextremistischen Gewalttaten sind die folgenden Beispiele:

2.1.1 **Brandanschläge**

Unbekannte Täter warfen am 31. März einen Brandsatz in ein Wohn- und Geschäftshaus in Memmingen. Durch den Brand in dem überwiegend von Ausländern bewohnten Haus, in dessen Erdge-

schoß sich ein türkischer Laden befindet, entstand geringer Sachschaden.

Am 13. Dezember verübten unbekannte Täter in Bad Berneck, Landkreis Bayreuth, einen Brandanschlag auf ein Asylantenwohnheim. Die Heimbewohner konnten den im Eingangsbereich gelegten Brand rechtzeitig löschen. Es entstand Sachschaden in Höhe von etwa 300 DM.

2.1.2 **Sonstige Gewalttaten**

Hoher Anteil von Skinheads

Nicht nur die Straftaten generell, sondern auch die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten in Bayern gingen zu etwa 40 % von den Skinheads aus. Bei den ermittelten Gewalttätern liegt der Anteil mit 105 von 132 Tatverdächtigen bei etwa 80 %. Die Skinheadszene ist im ständigen personellen und organisatorischen Wandel und hat keine Nachwuchsprobleme. So haben sich im Berichtszeitraum neue Gruppen gebildet. Die Zahl der Anhänger hat sich insgesamt deutlich erhöht, obwohl bisher aktive Gruppen die Aktivitäten stark eingeschränkt haben oder ganz verschwunden sind.

Die Gewalttaten der Skinheads richten sich vorwiegend gegen Ausländer. Opfer der Gewaltexzesse können aber auch zufällig anwesende Passanten werden. Vermehrt kam es auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit „politischen Gegnern", z.B. in München und in Garmisch-Partenkirchen. Der NPD und deren Jugendorganisation JN ist es bei der Großdemonstration am 1. März in München erstmals gelungen, das Skinheadpotential in größerer Breite für eine gemeinsame politische Aktion zu mobilisieren.

Skinheads planen Gewalttaten nur selten. In der Regel werden die Gewalttaten spontan begangen, wenn alkoholisierte Skinheads einer ihrem Feindbild entsprechenden Person begegnen. Politische Diskussionen finden in der Szene kaum statt. Die „Anpolitisierung" erfolgt oft durch aggressive Musiktexte. So wurde im Juni eine CD einer Skinheadband „Zillertaler Türkenjäger" bekannt, in deren Texten zum Mord an Farbigen und Juden aufgerufen wurde. Auf dem Cover waren mehrere Personen an einem Galgen abgebildet.

Am 10. Januar prügelten sich in München in einem U-Bahnhof angetrunkene Skinheads mit Punkern. Dabei erlitten zwei Punker Verletzungen. Die Polizei nahm fünf Skinheads und zwei Punker vorläufig fest.

Am 12. Januar griffen drei Skinheads im selben U-Bahnhof einen 17jährigen Türken an, schlugen ihn nieder und beleidigten ihn mit den Worten „Scheiß Türke". Die drei mutmaßlichen Täter im Alter von 17 bis 20 Jahren konnten ermittelt werden.

In der Nacht zum 23. Februar griffen am Bahnhofsplatz in Ansbach mehrere Skinheads einen 17jährigen Jugendlichen an, der ein T-Shirt mit dem Aufdruck „NAZIS" und einem durchgestrichenen Hakenkreuz trug. Das Opfer wurde niedergeschlagen, getreten und von einem Hund gebissen, den die Angreifer auf das Opfer gehetzt hatten. Mehrere Tatverdächtige konnten ermittelt werden.

Am 26. Februar nahm die Polizei in Nürnberg drei Deutsche fest, die einen Vietnamesen angepöbelt, beleidigt und geschlagen hatten.

Angriffe gegen Passanten

Demonstrationsrückkehrer aus der Skinheadszene griffen am Abend des 1. März im Bahnhofsgebäude Murnau eine 20jährige Passantin an, die sie nach ihrem äußeren Erscheinungsbild der Punkerszene zurechneten. Die Angegriffene wurde unter Skandieren der Parolen „Sieg Heil" und „Juda verrecke" zu Boden gestoßen und mit Füßen getreten. Gegen die Täter, die auch Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen trugen, wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Am 12. März griffen vor Beginn eines Fußball-Bundesligaspiels in München Personen aus der Skinheadszene einen Marokkaner und einen anderen Passanten an. Gegen sechs Personen wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung eingeleitet.

In der Nacht zum 16. März bedrohten etwa 15 Skinheads die Besucher eines Jugendclubs in Benediktbeuern, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Sie riefen „Heil Hitler" und mißhandelten einen Beteiligten, den sie zuvor gezwungen hatten, ebenfalls den Hitlergruß zu zeigen.

Steine gegen Asylbewerberheim

Am 22. und 29. März warfen in Emskirchen, Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim, zwei 15- bzw. 16jährige Skinheads Steine durch Fenster einer Aussiedlerunterkunft. Einer der Steine landete in einem Kinderbett, in dem ein fünfjähriges Kind schlief. Das Kind blieb unverletzt. Als Tatmotiv gab einer der Beschuldigten „Frust" und Fremdenfeindlichkeit an.

Am 25. Juli brannten in Miesbach zwei 16jährige Schüler mit einem Miniaturbrenner Hakenkreuze in den Verkaufswagen eines türkischen Hähnchenverkäufers.

Am 2. August verletzte in Nürnberg ein Skinhead einen Studenten durch einen Fußtritt in den Unterleib. Das Opfer hatte sich geweigert, ein Flugblatt entgegenzunehmen.

Ein unbekannter Skinhead überfiel am 6. August in Stein, Landkreis Fürth, einen 15jährigen farbigen Austauschschüler. Der Angreifer schlug den Schüler und raubte ihm die Armbanduhr und den Hausschlüssel.

Am 22. August zerstachen in Lichtenfels unbekannte Täter alle vier Reifen eines PKW und ritzten ein Hakenkreuz in die Motorhaube.

Im August drangen unbekannte Täter in Kirchberg, Landkreis Mühldorf a. Inn, nach Einwerfen mehrerer Fensterscheiben in ein Gebäude ein und sprühten unter anderem mehrere Hakenkreuze und SS-Runen an die Wände.

Schlägerei

Zunächst unbekannte Skinheads schlugen am 27. September in Schwarzenbach a.d. Saale, Landkreis Hof, zwei in einem Buswartehäuschen wartende Jugendliche. Die drei Täter im Alter von 24 bis 27 Jahren konnten ermittelt werden. Einer gab bei seiner Vernehmung an, die Geschädigten als „linke Zecken" erkannt zu haben.

Nach einem Gaststättenbesuch drangen am 9. November in Windsbach, Landkreis Ansbach, zwei angetrunkene Skinheads durch die rückwärtige Eingangstür in eine Unterkunft für Asylbewerber ein. Dort nahmen sie einen Feuerlöscher von der Wand und versprühten das Löschpulver im Flur.

2.2 Linksextremistische Gewalt

In Bayern wurden insgesamt 19 Gewalttaten mit linksextremistischer bzw. zu vermutender linksextremistischer Motivation begangen; 1996 waren es 25. Der Anteil Bayerns an diesen Straftaten in ganz Deutschland beträgt etwas über 2 %. Linksextremisten waren für zwei Brandanschläge verantwortlich (1996: drei).

Schwerpunkt

Der Schwerpunkt lag - anders als im übrigen Bundesgebiet - bei Aktionen gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten und deren Veranstaltungen. Allein der unfriedliche Verlauf der Gegendemonstration gegen die Versammlung der NPD aus Anlaß der Wehrmachtsausstellung am 1. März in München mit 31 Delikten des Landfriedensbruchs, zwei Körperverletzungen und drei Widerstands-

delikten gegen Polizeibeamte zeigt ein weiterbestehendes erhebliches Gefährdungspotential im gewaltorientierten Linksextremismus. Dieses Ereignis wurde in der Statistik nur als ein Fall erfaßt.

Der Neubau eines Forschungsreaktors für die Technische Universität München in Garching (FRM II) war trotz der Thematisierung in Szenepublikationen zwar selbst nicht Ziel von Angriffen, aber Anlaß zu Aktionen gegen andere Objekte. Mit dem Begründungszusammenhang „Castor-Transporte" - im übrigen Bundesgebiet das Schwerpunktthema für linksextremistisch motivierte Gewalt - wurden unter anderem ein Anschlag auf die Bahn und ein Anschlag auf ein Energieversorgungsunternehmen verübt.

2.2.1 **Brandanschläge**

Am 1. Februar wurde auf ein Dienstfahrzeug der Polizei in Augsburg ein Brandanschlag verübt. Am Fahrzeug entstand Sachschaden von etwa 2.000 DM. Am 5. Februar ging bei einem Rundfunksender in München ein kurzes Selbstbezichtigungsschreiben eines „kommando 26. februar bewegung 27. juni" ein. Darin wird der Anschlag parolenhaft begründet. Unter anderem heißt es: „DIE STRATEGISCHEN PROJEKTE DER EXEKUTIVEN GEWALT DES IMPERIALISTISCHEN STAATES IN WESTEUROPA ANGREIFEN!"

Am 20. Dezember verübten unbekannte Täter im Zusammenhang mit einer Veranstaltung im Künstlerhaus, vormals KOMM in Nürnberg, einen Brandanschlag auf ein städtisches Gebäude in unmittelbarer Nähe des Künstlerhauses. Die Täter schleuderten zwei Molotowcocktails in das Erdgeschoß des Gebäudes. Das Feuer konnte rasch gelöscht werden. Es entstand unter Berücksichtigung weiterer Straftaten Sachschaden in Höhe von etwa 80.000 DM.

2.2.2 **Sonstige Straftaten**

Durch massive Sprühaktionen in Eggenfelden, Landkreis Rottal-Inn, wurde Anfang Januar ein Sachschaden von etwa 30.000 DM verursacht. Als Tatverdächtigen konnte die Polizei einen 22jährigen Mann ermitteln, der unter anderem Parolen wie „Tod der Fasch. BRD, es lebe die RAF" an eine Reihe von Gebäuden gesprüht hatte. Der Generalbundesanwalt hat gegen den Beschuldigten ein Ermittlungsverfahren wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung eingeleitet.

Anschlag gegen Energieversorgungsunternehmen

In der Nacht zum 3. Februar zertrümmerten Unbekannte in Coburg beim städtischen Energieversorgungsunternehmen vier Fenster und warfen zwei Farbbeutel an die Gebäudewand. In einem auf einem Fensterbrett hinterlassenen und einem weiteren in der autonomen Szenepublikation „INTERIM" Nummer 408 vom 13. Februar abgedruckten Selbstbezichtigungsschreiben begründeten „autonome Zellen" bzw. „autonome Gruppen" die Tat unter anderem mit dem Widerstand gegen die Kernkraft und dem Neubau des Forschungsreaktors für die Technische Universität München bei Garching, Landkreis München. Darin heißt es:

> *„Wir haben die Schnauze voll!*
> *Voll von der menschenverachtenden Atompolitik der BRD und ihrer Funktionsträger/Innen. Die BRD versucht durch Forschungsreaktoren wie Garching/FRM II zu einer Atommacht zu werden. Ebenso ist die Atomkraft auch in ihrer ‚friedlichen' Nutzung tödlich für Mensch und Umwelt.*
>
> *Die EVU's und damit auch die SÜC sind für diese Politik mitverantwortlich. Wir wollen sie, mit dem was uns möglich ist zur Rechenschaft ziehen.*
>
> *Grüße an alle die, die den Status quo nicht akzeptieren wollen und bereit sind, für eine befreite Welt zu kämpfen! 3.2.97 autonome zellen."*

Am 28. Februar bewarfen unbekannte Täter Fahrzeuge der Deutschen Bahn AG in München mit Farbeiern. In einem Selbstbezichtigungsschreiben, abgedruckt in der Publikation „INTERIM" Nummer 414 vom 3. April, heißt es, daß sich die Aktion gegen die „Atommülltransporte ins Wendland" richtete. Ein Bezug zum Forschungsreaktor in Garching wurde nicht hergestellt; allgemein heißt es:

> *„FÜR EINE STARKE REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG! HINTER DER ATOMKRAFT STECKEN MACHT- UND PROFITINTERESSEN! DIE KLASSENLOSE GESELLSCHAFT ERKÄMPFEN!"*

Hoher Sachschaden

In der Zeit vom 25. bis 28. April besprühten in Passau Unbekannte aus dem örtlichen autonomen Spektrum zahlreiche öffentliche Gebäude mit politischen Parolen. Es entstand Sachschaden in Höhe von etwa 40.000 DM. Die Parolen lauteten unter anderem: „Antifa heißt Angriff", „Tod dem Staatsterror" und „DVU zerschlagen / Kampf dem Faschismus".

Der Coburger Convent (CC), ein Zusammenschluß studentischer Korporationen, der sich jährlich zu Pfingsten in Coburg trifft, war bereits in den Vorjahren regelmäßig für Links-, aber auch für Rechtsextremisten Anlaß für zum Teil unfriedliche Protestaktionen und Sach-

beschädigungen. Während die Veranstaltungen auch aufgrund massiver Polizeipräsenz weitgehend friedlich verliefen, verursachten in diesem Jahr unbekannte Täter im Vorfeld erhebliche Sachschäden durch Schmierereien und die Zerstörung eines Ehrenmals des CC im Coburger Hofgarten am 11. März und 5. Mai. Der Sachschaden betrug über 10.000 DM.

Eine in der zweiten Jahreshälfte bekanntgewordene Arbeitsgemeinschaft „Siemens stoppen, München" bezichtigte sich unter dem Motto „SIEMENS PROFITIERT VOM BAU DES FRM II!" der Sachbeschädigung an mehreren Fahrzeugen der Siemens AG. Eigenen Angaben zufolge beschädigte die Gruppe im Juni des Jahres insgesamt dreimal Kraftfahrzeuge der Siemens AG. Das Selbstbezichtigungsschreiben enthält ferner eine Aufforderung zur Begehung weiterer Straftaten bei Firmen, die an Planung und Bau des Forschungsreaktors München II beteiligt sind:

„Wir fordern euch auf, in nächster Zeit öfters mal bei den Verantwortlichen vorbeizuschauen."

„DIE VERANTWORTLICHEN KONZERNE ANGREIFEN! DIE BAUMASSNAHMEN SABOTIEREN!"

Anschlag auf die Bahn

In den frühen Morgenstunden des 27. Oktober verübten unbekannte Täter bei Stockstadt, Landkreis Aschaffenburg, einen Anschlag auf die Bahnstrecke Aschaffenburg-Darmstadt. Eine auf die Oberleitung geworfene Hakenkralle riß einem Reisezug einen Strombügel ab. In einem mit „Tod der Atomkraft" überschriebenen Selbstbezichtigungsschreiben kündigten die Verfasser an, daß schon im Vorfeld eines weiteren Castor-Transports die Schäden durch ähnliche Anschläge wieder „Millionenhöhe" erreichen würden. Der Generalbundesanwalt hat ein Ermittlungsverfahren nach § 129 a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung) eingeleitet.

Am 26. September wurde auf der Coburger Frankenbrücke eine weiße Plastiktüte sichergestellt, die eine Bombenattrappe enthielt. Beigefügt war ein Selbstbezichtigungsschreiben, das mit „Revolutionäre Angriffs Front" (RAF) unterzeichnet war. Bereits am 6. August war das Kürzel „RAF" mit dem gleichen fünfzackigen Stern an das Ehrenmal des Coburger Convents geschmiert worden. Die Täter dürften aus der örtlichen autonomen Szene stammen. Ein Zusammenhang mit der „Roten Armee Fraktion" (RAF) kann ausgeschlossen werden.

2.3 Gewalt zwischen Links- und Rechtsextremisten

Ein wichtiges Motiv für Gewalttaten insbesondere von Links-, aber auch von Rechtsextremisten in Bayern ist derzeit der Kampf gegen den jeweiligen politischen Gegner. Beide Lager spähen ihre Gegner aus und veröffentlichen die Ergebnisse, zum Teil verbunden mit Aufrufen zu Gewalttaten in „Steckbriefen" und Publikationen. Beide Seiten begehen die Straftaten mit erheblicher krimineller Energie und großer Brutalität. Die autonome Antifaschistische Aktion/Bundesweite Aktion (AA/BO) und insbesondere die bayerische autonome Szene sehen im Kampf gegen Rechtsextremisten einen Ansatzpunkt zur Zusammenarbeit mit bürgerlichen Gruppen.

Gefahr des Aufschaukelns der Gewalt

Der Anstieg der Gewalttaten in diesem Sektor - sowohl links- als auch rechtsextremistischen Ursprungs - birgt die Gefahr des Aufschaukelns der Gewaltpotentiale.

An Gewalttaten sind in diesem Zusammenhang beispielhaft die folgenden Ereignisse zu nennen:

1. März in München

Am 1. März anläßlich der „Wehrmachtsausstellungs-Demonstration" in München konnte nur durch ein großes Polizeiaufgebot eine „offene Feldschlacht" zwischen NPD/JN-Demonstranten und Autonomen vermieden werden. Zu kleineren tätlichen Auseinandersetzungen kam es im Verlauf der Demonstration aber immer wieder. Linksextremisten begingen allein während dieser Veranstaltung 31 Straftaten des Landfriedensbruchs, zwei Körperverletzungen und drei Straftaten des Widerstands gegen Polizeibeamte; linksextremistisch motivierte Ausländer waren verantwortlich für sechs weitere Straftaten des Landfriedensbruchs. Auf der Rückfahrt von der Demonstration in München griffen in Murnau, Landkreis Garmisch-Partenkirchen, Skinheads eine 16jährige vermeintliche Punkerin an und traktierten sie mit Fäusten und Springerstiefeln. Dies hatte am 8. März in Garmisch-Partenkirchen eine Gegenreaktion aus der Punkerszene zur Folge, wobei ca. 50 Punker Rache an Skinheads nehmen wollten. Die Polizei konnte schwere Straftaten unterbinden.

In Moosburg, Landkreis Freising, warfen Unbekannte in der Nacht zum 30. März Farbeier an das Haus des Bundesvorsitzenden der NPD. An der Haustür brachten sie einen „Antifa-Aufkleber" mit der Aufschrift „Vor diesem Feind werde ich mich nicht umdrehen! Gegen Nazis" an. Bei einer weiteren Schmieraktion am 21. Juni verursachten Unbekannte am selben Objekt einen Sachschaden in Höhe von etwa 5.000 DM.

Am 18. April lieferten sich in Lindau (Bodensee) gleichstarke Gruppen von jeweils etwa 15 Skinheads und Punkern eine Schlägerei, in deren Verlauf ein Punker zwei Schüsse aus einer Schreckschußwaffe abgab.

Anschlag gegen NPD-Mitglied

In der Nacht zum 1. Mai legten in Passau unbekannte Täter zahlreiche Krähenfüße vor die Garagenausfahrt eines NPD-Mitglieds. Die Hindernisse wurden rechtzeitig erkannt, so daß es zu keinem Sachschaden kam. Es ist davon auszugehen, daß die Täter der örtlichen autonomen Antifa-Szene angehören. Die Polizei ermittelt wegen eines gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr gemäß § 315 b StGB.

In der Nacht zum 31. Mai kam es in Regen/Niederbayern zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen angeblich rechten und linken Gruppierungen. Dabei wurde mit einer Gaspistole geschossen und es kam zu Sachbeschädigungen. Eine Beteiligte erlitt Verletzungen.

In der Zeit zwischen dem 9. und 10. August warfen unbekannte Täter mehrere Pflastersteine in die Schaufenster eines Elektrogeschäfts in Nürnberg. Außerdem wurde an die Eingangstür die Parole „Nazis raus" gesprüht. In dem Anwesen war vor einiger Zeit ein JN-Schulungszentrum untergebracht.

Unter dem Motto „Kein Fußbreit den Faschisten" griffen Autonome anläßlich von Demonstrationen in München am 16. August und in Nürnberg am 17. August auch zu Gewalt. Während der Abschlußkundgebung warfen Versammlungsteilnehmer am 16. August in München vor dem Sitz des NPD-Landesverbands vereinzelt Gegenstände gegen das Anwesen. Auf die eingesetzten Polizeibeamten warfen sie mit Flaschen. Ein Beamter erlitt Verletzungen. Anschließend verbrannten Autonome eine Fahne der JN. Nach dem Ende der Versammlung bewarfen Skinheads abziehende Demonstrationsteilnehmer ebenfalls mit Flaschen. Die Polizei nahm insgesamt zehn Personen wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs und der Körperverletzung vorläufig fest. Am 17. August mußte die Polizei in Nürnberg über zehn Personen des linken Spektrums wegen Mitführens von Waffen und Vermummungsgegenständen vorläufig festnehmen. Bei einem am Vorabend im KOMM durchgeführten „Antifa-Fest" waren Polizeibeamte angegriffen worden. Eine Gruppe von etwa zehn Vermummten hatte mit pyrotechnischer Signalmunition und Stahlkugeln geschossen. Ferner hatten Unbekannte aus dem KOMM heraus leere Bierflaschen und Steine auf die Beamten und deren Einsatzfahrzeuge geschleudert.

2.4 Gewalttaten durch ausländische Extremisten

Starke Zunahme

Die Zahl der Gewalttaten durch ausländische Extremisten hat in Bayern von acht auf 16 zugenommen. Das sind rund fünf Prozent der bundesweit registrierten Zahl.

Besonders gravierend ist ein versuchtes Tötungsdelikt im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen irakischer Kurden am 8. September in Nürnberg. Bei zwei Brandanschlägen wird ein politisch motivierter Hintergrund ausländischer Extremisten vermutet.

Sechs der Gewalttaten (1996: drei) werden Anhängern der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zugerechnet. Die PKK-Anhängerschaft agiert in Bayern weiterhin zurückhaltend, was zum einen auf den konsequenten Vollzug des PKK-Verbots, zum anderen auf den vom PKK-Generalvorsitzenden Abdullah Öcalan geforderten Gewaltverzicht seiner Anhänger in Deutschland zurückgeführt werden kann. Anhänger des Karatas-Flügels der verbotenen Devrimci Sol werden für eine Gewalttat verantwortlich gemacht. Deren erhebliche Gewaltbereitschaft ist ungebrochen. Dies zeigt sich vor allem an den im Bundesgebiet ausgetragenen blutigen Richtungskämpfen, in die auch ein im Raum Aschaffenburg lebender Türke verwickelt war.

2.4.1 Tötungsdelikte und Brandanschläge

Messerstecherei

Am 26. und 27. September durchsuchten Sicherheitskräfte in Nürnberg die Wohnungen irakischer Staatsangehöriger. Die Betroffenen werden beschuldigt, am 12. September im Nürnberger Hauptbahnhof an einer Messerstecherei zwischen verfeindeten irakischen Kurden beteiligt gewesen zu sein. Dabei war ein Tatbeteiligter erheblich verletzt worden. Bereits am 8. September hatte es in Nürnberg eine Messerstecherei zwischen diesen Gruppen gegeben. Zwei der Beteiligten erlitten dabei schwere Verletzungen durch Stiche in Hals bzw. Bauch. Gegen die drei irakischen Kurden wurde Haftbefehl wegen versuchten Totschlags erlassen.

Am 30. April legte ein unbekannter Täter in Garching an der Alz, Landkreis Altötting, mittels Brandbeschleuniger Feuer im einem türkischen Lebensmittelgeschäft. Die Einrichtung des Geschäfts wurde völlig zerstört, das Haus schwer beschädigt. Es entstand Sachschaden in Höhe von mehreren 100.000 DM.

Unbekannte Täter warfen in der Nacht zum 15. Juli in München eine Brandflasche durch eine Fensterscheibe in die Räumlichkeiten eines makedonischen Kulturvereins. Das Feuer erlosch von selbst, ohne größeren Schaden anzurichten. Hintergrund der Tat dürften Auseinandersetzungen zwischen Makedoniern und Albanern sein.

2.4.2 **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**

Die PKK verzichtet derzeit in Deutschland auf offene Gewaltausübung. Anschläge, die der PKK zuzurechnen sind, wurden nicht bekannt. Dennoch ist die Gewaltbereitschaft der PKK-Anhänger ungebrochen. Gewalttaten richten sich aber derzeit vornehmlich gegen eigene Leute und in Einzelfällen auch gegen „unwillige Spender". Sechs der in Bayern registrierten 16 Gewaltdelikte ausländischer Extremisten, das entspricht einem Anteil von 38 %, sind Anhängern der PKK zuzurechnen. Bei den alljährlichen Spendenkampagnen kommt es nach wie vor zu Spendengelderpressungen. Da sich die Geschädigten vor Repressionen fürchten, verzichten sie häufig auf eine Anzeige. Dies war in der Vergangenheit häufig auch der Grund für den Widerruf von ursprünglichen Aussagen der Betroffenen.

Keine offene Gewaltausübung

2.4.2.1 **Straftaten der PKK**

In der Nacht zum 13. Mai mißhandelten in einem Asylbewerberheim in Regen drei Kurden einen 18jährigen Landsmann, der sich geweigert hatte, an wöchentlichen Versammlungen der PKK teilzunehmen und Geld für die PKK zu spenden. Das Opfer erlitt mehrere Knochenbrüche an der Hand. Im Fall einer Anzeige bei der Polizei wurde es mit dem Tode bedroht. Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens wurde bekannt, daß sowohl in der Einrichtung in Regen als auch in einem Asylbewerberheim in Deggendorf PKK-Komitees Veranstaltungen für die PKK organisierten, Spenden eintrieben und „Gesetze" der PKK durchsetzten. In Regen konnten am 17. Juni bei Durchsuchungen, die sich gegen insgesamt zehn Beschuldigte sowie weitere Personen in deren Umfeld richteten, umfangreiches Beweismaterial sichergestellt und zwei Haftbefehle des Amtsgerichts München gegen zwei PKK-Aktivisten vollzogen werden. Gegen einen weiteren 18jährigen Türken lag ein Haftbefehl zur

Gewalt gegen Asylbewerber

Abschiebung vor. In Deggendorf wurden zwei Kurden wegen Verdachts des Verstoßes gegen das Betätigungsverbot der PKK vorläufig festgenommen.

Erpressung

Unbekannte Täter brachten am 28. Mai in Kahl a. Main, Landkreis Aschaffenburg, an der Eingangstür zu einem Döner-Kiosk ein Erpresserschreiben an. Darin forderten sie die Überweisung von 20.000 DM an eine Bank in Damaskus/Syrien. Auf dem Schreiben waren die Buchstaben „PKK" angebracht.

Am 1. Juni erschien ein Kurde aus Höchstädt a.d. Donau, Landkreis Dillingen a.d. Donau, bei der Polizeiinspektion Dillingen und trug vor, daß seine 16jährige Tochter am 17. Mai anläßlich der Pfingstferien zu einer Schwester nach Freiburg im Breisgau/Baden-Württemberg gereist und von dort aus vermutlich von PKK-Aktivisten in ein Ausbildungslager verbracht worden sei. Die 16jährige wurde daraufhin als vermißt gemeldet. Durch Ermittlungen konnte die Vermißte am 14. Juni in Dortmund/Nordrhein-Westfalen in Gewahrsam genommen und ihren Eltern übergeben werden. Ihre Aussagen lassen den Schluß zu, daß sie sich freiwillig in ein PKK-Ausbildungslager in Straßburg/Frankreich begeben hat und von dort nach zehn Tagen nach Dortmund gefahren wurde. Von dort sollte sie in ein anderes Ausbildungslager verbracht werden. Am 24. Juni meldete der Vater seine Tochter erneut als vermißt. Später gab er an, einen Telefonanruf eines ihm unbekannten Mannes erhalten zu haben, der ihm lediglich mitteilte, daß es seiner Tochter gut gehe.

Verschleppung von Jugendlichen

Auch aus dem übrigen Bundesgebiet liegen mehrere vergleichbare Fälle vor. Die PKK entzieht offenbar gezielt Jugendliche der Obhut ihrer Eltern und bringt sie gegen den Willen der Sorgeberechtigten in Ausbildungslager der PKK. Dort werden sie unter anderem für den terroristischen Kampf der PKK in der Türkei ausgebildet.

Am 17. Dezember konnte die Polizei in Neumarkt i.d. Opf. einen mutmaßlichen Spendengelderpresser der PKK festnehmen. Der beschuldigte 25jährige türkische Staatsangehörige hatte einen Landsmann mehrmals zu unterschiedlichen Zeiten in wechselnder Begleitung aufgesucht und zuerst einen unbestimmten Geldbetrag, zuletzt einen Mindestbetrag in Höhe von 500 DM gefordert. Zum Zeitpunkt seiner Festnahme beabsichtigte der Beschuldigte, den geforderten Geldbetrag beim Geschädigten abzuholen. Der Ermittlungsrichter beim Landgericht Nürnberg-Fürth erließ am 18. Dezember Haftbefehl wegen räuberischer Erpressung.

2.4.2.2 Festnahmen und Strafverfahren

Am 9. April verurteilte die Jugendkammer des Landgerichts München in einem Berufungsverfahren einen 22jährigen PKK-Aktivisten wegen versuchter räuberischer Erpressung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr, ausgesetzt zur Bewährung. Der Verurteilte hatte am 6. Februar 1995 in Unterschleißheim, Landkreis München, einen Landsmann mit Fußtritten und Faustschlägen mißhandelt, der die Zahlung von 3.000 DM für die PKK verweigert hatte.

Am 2. Mai konnte am Grenzübergang Salzburg/Österreich ein 37jähriger PKK-Funktionär festgenommen werden, der nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes der Europäischen Frontzentrale der PKK, dem höchsten Führungsgremium der PKK in Europa, angehört.

Urteil wegen Brandstiftung

Am 30. Juni verurteilte das Landgericht München zwei Kurden wegen gemeinschaftlich begangener versuchter schwerer Brandstiftung in Tateinheit mit einem Verstoß gegen das Waffengesetz zu Freiheitsstrafen von jeweils vier Jahren und sechs Monaten. Die Verurteilten hatten zwei Landleute zu einem Brandanschlag auf ein türkisches Reisebüro in München angeleitet und ihnen hierzu am 28. Februar 1995 in den Räumen des inzwischen verbotenen Kurdischen Elternvereins e.V. in München die Tatmittel ausgehändigt. Die beiden Mittäter waren bereits am 21. Mai 1996 zu Freiheitsstrafen von drei Jahren und neun Monaten bzw. zwei Jahren und neun Monaten verurteilt worden.

2.4.3 Sonstige Gewalttaten und Exekutivmaßnahmen

Festnahmen

Am 5. November konnte die Polizei in München einen Anhänger des Karatas-Flügels der verbotenen Devrimci Sol festnehmen. Ihm wird vorgeworfen, am 17. September 1996 gemeinsam mit einem unbekannten Mittäter eine 30jährige Türkin in einen PKW gezwungen und aus ihrer Handtasche Bargeld geraubt zu haben. Anschließend zwangen die Täter ihr Opfer, Geld aus einem EC-Automaten abzuheben, was aber mißlang. Der Festgenommene befindet sich in Untersuchungshaft. Die Festnahme führte zur Aufdeckung weiterer Folgetaten.

Im Zusammenhang mit der Ermordung des „Gegenkalifen" Halil Ibrahim Sofu am 8. Mai in Berlin durchsuchten Polizeikräfte am 9. September Moscheen und Vereinsobjekte des ICCB in Köln, Düsseldorf,

Berlin und Augsburg. Dabei wurde der örtliche Funktionär und Imam aus Augsburg verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, bei einem Freitagsgebet zur Ermordung Sofus aufgerufen zu haben. Dieser Aufruf bestätigt erneut die Gewaltbereitschaft des ICCB.

3. Die Rote Armee Fraktion (RAF) und ihr ideologisch nahestehende Terrorgruppen

3.1 Terrorgruppe Rote Armee Fraktion (RAF)

3.1.1 Entwicklung der RAF

Die vor mehr als 25 Jahren entstandene RAF verfolgte ursprünglich das Ziel, als Avantgarde des revolutionären Kampfs durch terroristische Aktionen der „Stadtguerilla" im „antiimperialistischen Kampf" und im „strategischen und taktischen Zusammenwirken mit den Befreiungskämpfen der unterdrückten Nationen" eine Solidarisierung der Massen und eine revolutionäre Situation herbeizuführen. Ihren revolutionären Kampf führte sie in einer koordinierten antiimperialistischen Front, die drei Ebenen, nämlich „Guerilla" (Kommandoebene), „Widerstand" (RAF-Umfeld) und „Gefangene" (inhaftierte terroristische Gewalttäter), umfaßte. In drei umfangreichen Erklärungen vom April, Juni und August 1992 räumte die RAF eine Reihe aus ihrer Sicht schwerwiegender Fehleinschätzungen der Vermittelbarkeit ihrer Aktionen und ihrer Strategie ein und kündigte eine vorläufige Einstellung der Mordanschläge an. Gleichzeitig bekräftigte die RAF, daß sie sich unter bestimmten Bedingungen die Wiederaufnahme der Anschläge gegen Personen und solcher Anschläge, die zum „Zurückdrängen des Staats" in bestimmten Bereichen erforderlich seien, vorbehalte. Als einen solchen Anschlag bewertete die RAF-Kommandoebene auch den am 27. März 1993 - als bisher letzte terroristische Aktion der RAF - registrierten Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Darmstadt-Weiterstadt, der einen Sachschaden von 116 Millionen DM verursacht hatte. Noch in der Erklärung vom 6. März 1994 bekräftigte die RAF diesen Vorbehalt und den Anspruch auf eine „vollständige Umwälzung der herrschenden Verhältnisse", dem sie mit dem Aufbau einer „sozialen Gegenmacht von unten" näherkommen wolle. Die RAF als Teil dieser „Gegenmacht" war bereit, ihre Erfahrungen zur Verwirklichung dieses Ziels mit einzubringen. Versuche des linksextremistischen/-terroristischen Spektrums, bundesweite Organisationsstrukturen aufzubauen, sind jedoch zunächst entweder

Vollständige Umwälzung der herrschenden Verhältnisse

gescheitert oder haben nicht die erforderliche Resonanz erfahren (vgl. auch Nummer 3.4 dieses Abschnitts).

Die RAF ist heute als aktionswillige terroristische Organisation nicht mehr existent. In ihrer letzten Erklärung vom 9. Dezember 1996 formulierten die Herausgeber:

„Das RAF -Konzept ist überholt. Das ist objektiv so. Dabei bleibt es also auch. (...) Es kann auch keine modifizierte Neuauflage des Alten geben."

Die Bedeutung der RAF als Integrationsfaktor für das terroristische Umfeld nahm weiter ab. In den Diskussionen und sonstigen Aktivitäten, wie z.B. der Betreuung von inhaftierten terroristischen Gewalttätern, ist die RAF zwar nach wie vor Thema; die Weiterentwicklung der Politik der RAF war dagegen in den Diskussionen kaum von Bedeutung. Die Anhänger des terroristischen Umfelds befassen sich konzeptionell mit anderen Themen. Vor allem der sogenannte antiimperialistische Widerstand betreibt, wie bereits im vergangenen Jahr, auch unter Beteiligung ehemals inhaftierter RAF-Mitglieder die Internationalisierung seiner Bestrebungen und pflegt intensive Kontakte mit anderen Linksextremisten und terroristischen Gruppen. Intensive Kontakte waren unter anderem zur baskischen Terrorgruppe ETA und zur kurdischen PKK feststellbar.

RAF nicht mehr aktionswillig

3.1.2 Aufarbeitung der „RAF-Geschichte" unter dem Motto „20 Jahre Deutscher Herbst"

Unabhängig von weiteren Erklärungen der RAF begann das übrige linksextremistische Spektrum unter dem Motto „20 Jahre Deutscher Herbst", die Geschichte und Ideologie der RAF aufzuarbeiten. So verfaßte die linksextremistische Haft- und Rechtshilfeorganisation Rote Hilfe e.V. eine Sonderpublikation mit dem Titel „20 Jahre Stammheim". In Bayern übernahm im Oktober die autonome Zeitschrift „barricada" dieses Thema. In Anlehnung an die gescheiterte „RAF-Politik" erklärten die Verfasser:

Aufarbeitung der Geschichte

„Ob dieser Kampf, für eine befreite kommunistische Gesellschaft, irgendwann auch wieder eine Stadtguerilla hervorbringen wird, ist eine Frage, die einzig die Zukunft beantworten kann. (...) Auf Gegengewalt, Militanz und direkte Aktion zu verzichten, heißt, sich mit den Verhältnissen abzufinden."

Ehemalige RAF-Mitglieder traten mit Interviews, Autobiographien und in Tagungen an die Öffentlichkeit. Christian Klar, ehemals

führender Kopf der RAF, äußerte sich im Magazin der Süddeutschen Zeitung (Ausgabe Nummer 17 vom 25. April) zur RAF aus heutiger Sicht und zu seiner Haftsituation. Die ehemalige Aktivistin der „Bewegung 2. Juni" und spätere RAF-Angehörige, Inge Viett, veröffentlichte eine Autobiographie („Nie war ich furchtloser", Edition Nautilus, Hamburg, 1997). Autorenlesungen fanden unter anderem in Nürnberg und Würzburg statt. Der Autor Oliver Tolmein gab unter dem Titel „Das war für uns Befreiung" (Konkret Literatur Verlag, Hamburg, 1997) ein Gespräch mit der ehemaligen RAF-Terroristin Irmgard Möller heraus. Ein Interview mit Irmgard Möller war ferner im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" Nummer 17 abgedruckt. Gemeinsam ist allen diesen öffentlichen Äußerungen das Bemühen, Verständnis für das Handeln der RAF zu wecken und die Verbrechen der RAF, vor allem die der Frühphase, zu rechtfertigen.

3.1.3 **Mutmaßliche Mitglieder der RAF stellen sich**

Zwei seit Dezember 1989 gesuchte mutmaßliche RAF-Mitglieder haben sich am 18. Juli freiwillig den Ermittlungsbehörden gestellt. Die Gesuchten meldeten sich in Hassel/Niedersachsen bei der Polizei. Karl Heinz Gerum und Corinna Kammermeier sollen für die RAF Wohnungen beschafft sowie Personen, Firmen und Behörden ausspioniert haben.

3.1.4 **Inhaftierte terroristische Gewalttäter**

Bei den zehn noch Inhaftierten der RAF handelte es sich lange Zeit, außer bei Birgit Hogefeld, um sogenannte „Hardliner", die die Bemühungen der RAF nach „Deeskalation" (Erklärung vom 10. April 1992) ablehnten und weiterhin an den Idealen des „bewaffneten Kampfs" der „Guerilla" festhielten. Inzwischen ist diese Front zerbrochen. Richtungsweisende politisch-konzeptionelle Verlautbarungen der Inhaftierten blieben in letzter Zeit aus; sie beschäftigen sich im wesentlichen mit ihrer eigenen Situation im Strafvollzug.

Sprachrohr der Gefangenen ist das von „Angehörigen und Freunden politischer Gefangenen in der Bundesrepublik Deutschland" herausgegebene „Angehörigen Info". Die monatlich erscheinende Publikation enthält Artikel über die Haftbedingungen der RAF-Gefangenen, aktuelle Prozeßberichte, Buchbesprechungen, Briefe und Erklärungen von Inhaftierten, dazu ausführliche Berichte über die Situation von Gefangenen in anderen Ländern.

3.2 Antiimperialistischer Widerstand (AIW)

Beim AIW handelt es sich um militante Gruppen, die ihren bewaffneten Widerstandskampf gegen die in Deutschland bestehende Gesellschaftsordnung aus verdeckten Strukturen heraus führen wollen. Der AIW orientiert sich an den ersten ideologischen Leitlinien der RAF (Ulrike Meinhof) und will Gewalttaten nach dem Prinzip der Revolutionären Zellen verüben. Das Ziel sind zunächst Sachschäden; es werden aber auch Angriffe auf Menschen (einschließlich der Tötung) nicht ausgeschlossen.

Festhalten an Gewalttaten

Beispielhaft hierfür sind die Anschläge der ehemaligen Antiimperialistischen Zelle (AIZ) anzuführen. Bei deren Anschlägen haben die Sprengsätze erhebliche Sachschäden angerichtet, Menschen wurden aber nicht verletzt. Daß es keine Toten oder Verletzten geben sollte, war allerdings nicht das erklärte Ziel der Gruppe. In mehreren Selbstbezichtigungsschreiben hatte die AIZ mit „potentiell tödlichen Aktionen" gedroht, so beim Anschlag am 17. September 1995 auf das Wohnhaus des Bundestagsabgeordneten Paul Breuer in Siegen und am 23. Dezember 1995 auf ein Düsseldorfer Bürohaus, in dem sich der Sitz des peruanischen Honorarkonsuls befand.

Wenngleich die Anhänger dieses „antiimperialistischen Widerstands" - von wenigen Ausnahmen abgesehen - bisher kaum schwere Gewaltakte verübten, stellt dieser Bereich dennoch eine Gefahr für die Innere Sicherheit dar. Dies zeigen unter anderem intensive Kontakte zu linksextremistischen und auch linksterroristischen ausländischen Gruppen, wie z.B. der kurdischen PKK und der baskischen ETA, und das Festhalten am „bewaffneten Kampf". Auch die Beteiligung von Personen aus dem früheren RAF-Umfeld und ehemals inhaftierter terroristischer Gewalttäter an den Diskussionen zur Entwicklung künftiger Perspektiven, insbesondere zur Internationalisierung des Widerstands, zeigt die Attraktivität dieser Zusammenhänge.

Internationale Verbindungen

3.2.1 Antiimperialistische Zelle (AIZ)

Als militante Gruppierung des sogenannten antiimperialistischen Widerstands trat bereits 1992 eine Gruppierung auf, die sich zunächst als „Antiimperialistische Widerstandszelle Nadja Shehadah" und später als „Antiimperialistische Zelle" (AIZ) bezeichnete. Die AIZ lehnt die „Deeskalations-Politik" der RAF-Kommandoebene scharf ab und hält an der Strategie und Praxis der RAF vor 1992 fest. Die AIZ

geht davon aus, daß die gegenwärtige Realität durch patriarchale, rassistische und kapitalistische Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse gekennzeichnet sei. Während die AIZ im Jahre 1995 noch insgesamt vier Sprengstoffanschläge verübte, wurden in der Folgezeit keine Anschläge mehr verzeichnet. Ursache hierfür dürfte die Festnahme zweier mutmaßlicher AIZ-Mitglieder am 25. Februar 1996 in Witzhave bei Hamburg gewesen sein. Beiden wird vorgeworfen, unter anderem am Anschlag auf das peruanische Honorarkonsulat in Düsseldorf am 23. Dezember 1995 beteiligt gewesen zu sein. Mit dieser Verhaftung gelang den Sicherheitsbehörden offensichtlich ein entscheidender Schlag gegen die AIZ. Der Prozeß gegen die zwei Angeklagten begann am 14. November vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf.

Prozeßbeginn

3.2.2 Internationale Zusammenhänge im antiimperialistischen Widerstand

Die Aktivitäten im antiimperialistischen Widerstand konzentrierten sich überwiegend auf die Weiterentwicklung theoretischer Perspektiven. Wesentlich waren dabei die Bemühungen, Kontakte zu anderen linksextremistischen bzw. terroristischen Gruppen zu knüpfen, um eine internationale Basis für künftige Aktivitäten zu schaffen. Grundlage für diese Bestrebungen bildet die Erklärung der RAF vom 6. März 1994. Diese legte damals neben dem Aufbau einer „Gegenmacht von unten" besonderen Wert auf ihre internationalen Verpflichtungen:

Berufung auf RAF-Ideologie

> *„heute kann die vordringliche aufgabe internationalistischer politik der linken in deutschland nur sein: das kräfteverhältnis hier in dieser gesellschaft zu unseren gunsten zu entwickeln, das verlangen genossinnen aus dem trikont von uns, womit sie recht haben, da fängt der internationalismus an, das ist unsere verantwortung."*

Die RAF sprach sich dafür aus, daß künftig der soziale Sinn „revolutionärer Kämpfe" sichtbar gemacht wird.

Festzustellen sind mittlerweile enge Kontakte zur ETA sowie zur PKK und ihr nahestehenden Organisationen. Diese Kontakte dienen in erster Linie der Absprache und Vorbereitung gemeinsamer Aktionen.

Kontakte zu ETA und PKK

Nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden beteiligen sich derzeit mehrere Personen, vorwiegend aus dem Spektrum des antiimperialistischen Widerstands, an Kampfhandlungen der PKK in der Türkei und im Irak. Der „kurdische Befreiungskampf" soll zudem auch in

Deutschland durch Solidaritätsveranstaltungen der „Linken" ständig präsent sein. Allerdings stellt sich für viele Gruppen und Organisationen, die aktiv in der „Kurdistan-Solidarität" tätig sind, immer mehr die Frage um die Weiterführung effektiver Solidaritätsarbeit. Auslöser dieser Diskussion sind Äußerungen des PKK-Vorsitzenden Öcalan, die teilweise in krassem Widerspruch zum Selbstverständnis linker Politik stehen. Ihm werden unter anderem rassistische, antisemitische Äußerungen und die Billigung von Abschiebungen vorgeworfen. Um einem drohenden Zerfall der Solidaritätsbewegung vorzubeugen, haben etwa Mitte des Jahres „einige KommunistInnen aus Nürnberg" (ekan) eine „Dokumentation zu Problemen der Kurdistan Solidaritätsarbeit" herausgegeben. Sie soll als Grundlage zur Neubestimmung linker Politik zum Thema „Kurdistan" gedacht sein mit dem Ziel, die „Solidarität mit dem kurdischen Volk und Unterstützung seines Kampfs um Freiheit und soziale Befreiung" fortzusetzen.

Als weiteres Beispiel internationaler terroristischer Verknüpfungen ist die Festnahme zweier deutscher Unterstützer der baskischen Untergrundorganisation ETA zu sehen. Beiden wird vorgeworfen, im April diesen Jahres Wohnungen für die ETA in Madrid angemietet zu haben. Die spanische Polizei war anläßlich einer Sprengstoffexplosion in einer solchen Wohnung auf die Deutschen aufmerksam geworden. Ihnen wird die Vorbereitung einer Sprengstoffexplosion und ein Verstoß gegen das spanische Kriegswaffenkontrollgesetz angelastet.

Solidarität für italienische Gesinnungsgenossen

Anläßlich der Festnahme mehrerer „AnarchistInnen" in Italien am 17. September 1996 entstand innerhalb des AIW eine Solidaritätskampagne, deren Schwerpunkt Bayern, speziell München, ist. Als Bezugsquelle für aktuelles Informationsmaterial über die Prozesse in Italien wird in der linksextremistischen Szene das „Solidaritätskomitee Italien" im autonomen Info-Laden in München genannt. Im „Internet" (November 1997) beschrieb das „Solitaritätskomitee Italien" seine Zielsetzung recht eindeutig:

> *„Die beste Solidarität mit den Unterdrückten in anderen Teilen der Welt ist immer noch die, dort wo wir leben - in unserem Falle also innerhalb der Festung Europa - die HERRschende Ordnung aktiv anzugreifen und zu sabotieren, wodurch wir sowohl hier, als auch überall dort, wo die hiesigen HERRschenden ihre Finger im Spiel haben, einen Schritt weiter in Richtung einer revolutionären Zerstörung der globalen kapitalistischen Situation kommen."*

Von besonderer Bedeutung war eine in Zürich vom 15. bis 25. Mai durchgeführte Veranstaltungsreihe zur „bewaffneten und militanten

Veranstaltung in Zürich

Politik" der Linken in Deutschland, Italien und der Schweiz. Ehemalige Mitglieder der RAF, der Roten Brigaden aus Italien und weiterer Terrorgruppen versuchten, die „Geschichte der bewaffneten Kämpfe in Europa" aufzuarbeiten. Die etwa 300 Teilnehmer stammten vor allem aus Deutschland und Italien. Die Veranstaltung fand auch in den Medien breite Beachtung und wurde dort kritisch gewürdigt. Im Vordergrund stand die Zielsetzung, linksextremistische Kräfte europaweit zusammenzuführen und das Bewußtsein zu vermitteln, „daß ohne die Aufarbeitung der in den siebziger Jahren gemachten Erfahrungen eine neu entstehende linksradikale Bewegung wieder ganz von vorne anfangen müßte". Diese Aussage des ehemaligen RAF-Mitglieds Roland Mayer läßt den Schluß zu, daß eine Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfs europaweit in bestimmten Personenzusammenhängen zumindest thematisiert wird. Mayer zog abschließend folgendes Fazit der Veranstaltung:

> *„Als positive Erfahrung bleibt, daß es möglich ist, sich gegen diese scheinbar total formierten Systeme in den hochindustriellen Staaten durchzusetzen und den Herrschenden wie ihren Apparaten Grenzen aufzuzeigen und zu setzen."*

Konkrete Aussagen über neu zu entwickelnde Strukturen oder neue Agitationsmodelle waren auf dieser Veranstaltung weder zu erwarten noch waren sie vom Veranstalter beabsichtigt. Derartige Denkmodelle werden nur intern in kleinstem Rahmen diskutiert.

Weitere Gelegenheiten, diese Themen international zu diskutieren, gab es bei den Gegenveranstaltungen zum Eurogipfel in Amsterdam vom 16. bis 17. Juni und bei einem „internationalen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen Neoliberalismus" vom 25. Juli bis 3. August in Spanien.

Der Terrorüberfall eines MRTA-Kommandos am 17. Dezember 1996 auf die Residenz des japanischen Botschafters in Lima/Peru fand in Teilen der linksextremistischen Szene in Deutschland unverhohlene Zustimmung, nicht zuletzt auch bei der PDS. In zahlreichen Veranstaltungen, Solidaritätserklärungen in linksextremistischen Publikationen und Schmieraktionen zugunsten der Geiselnehmer im gesamten Bundesgebiet, in Bayern unter anderem in Aschaffenburg, München und Würzburg, bekundeten überwiegend Autonome und die PDS ihre Solidarität. Deutsche Linksextremisten unterstützten die Forderungen der Geiselnehmer unter anderem mit der eigenen Forderung nach Freilassung der „politischen Gefangenen in Peru und weltweit".

Auch nach der Beendung der Geiselnahme durch peruanische Sicherheitskräfte am 22. April, bei der alle Geiselnehmer getötet wurden, dauerten die Solidaritätsaktionen und Schmierereien an.

3.2.3 Solidaritätsveranstaltungen zum „Tag der politischen Gefangenen"

Die von Linksextremisten getragene Haft- und Rechtshilfeorganisation Rote Hilfe e.V. initiierte für den 18. März eine bundesweite Veranstaltungsreihe zu einem Aktionstag „Solidarität und Widerstand gegen staatliche Unterdrückung". Thema des Aktionstags war die Situation von „politischen Gefangenen" auf internationaler Ebene wie auch in Deutschland. An den dezentralen Demonstrationen, Kundgebungen und Informationsveranstaltungen beteiligten sich zahlreiche Linksextremisten, insbesondere Angehörige der autonomen/antiimperialistischen Szene. Die Mobilisierung zu den Veranstaltungen erfolgte über Szenepublikationen, aber auch über Computernetze.

Veranstaltungen in Bayern

In Bayern wurden drei derartige Aktionen bekannt. In Nürnberg organisierte die Rote Hilfe e.V., Ortsgruppe Nürnberg, am 15. März eine interne Informationsveranstaltung zum Thema „Solidarität mit den baskischen politischen Gefangenen" mit etwa 40 Teilnehmern. Die Antiimperialistische Gruppe (AIG) Nürnberg hielt am 18. März eine Informationsveranstaltung ab, unter anderem zur rechtlichen Situation der „politischen Gefangenen" nach ihrer Freilassung und ihrem Gesundheitszustand. Erwähnung fanden auch die Gefangenen aus der PKK. Die Einladung eines ehemaligen Gefangenen der RAF als Referenten ist nicht geglückt.

Zum gleichen Thema errichtete die Rote Hilfe e.V. Kempten am 18. März in Memmingen einen Informationsstand. Dabei wurde versucht, der Bevölkerung den Begriff „politische Gefangene" näherzubringen und auf die „Knastsituation" aufmerksam zu machen.

3.3 Revolutionäre Zellen (RZ) und Frauengruppe Rote Zora

Die erstmals im Jahre 1972 in Erscheinung getretenen Revolutionären Zellen (RZ) sind unabhängig voneinander operierende Kleingruppen, die sich als antiimperialistisch und sozialrevolutionär bezeichnen. Ihre Taktik besteht im allgemeinen darin, mit Anschlägen bei möglichst

geringem Einsatz und Risiko möglichst hohen Sachschaden anzurichten, der nach ihrer Auffassung den betroffenen Einrichtungen bzw. Unternehmen mehr schadet als der Ausfall einer Führungsperson. Im Gegensatz zu den Angehörigen der früheren RAF-Kommandoebene agieren die Mitglieder aus streng abgeschotteten Zellen heraus. Sie leben jedoch nicht im Untergrund und sind deshalb auch nicht darauf angewiesen, sich eine konspirative Logistik zu schaffen. Anschläge der Revolutionären Zellen bzw. der aus den RZ abgespaltenen autonomen Frauengruppe Rote Zora waren im Berichtszeitraum im gesamten Bundesgebiet nicht zu verzeichnen.

Keine Anschläge

3.4 **Ausblick**

Nach dem Rückgang der Bedrohung durch RAF, AIZ und der Inaktivität der Revolutionären Zellen/Rote Zora bleibt festzustellen und zu hoffen, daß die klassischen Strukturen und Organisationsformen im Linksterrorismus wohl der Vergangenheit angehören. Hieraus allerdings den Schluß zu ziehen, der Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland sei nun endgültig zerschlagen, wäre voreilig. Vielmehr hat sich in den vergangenen Jahren eine Wandlung im terroristischen Spektrum vollzogen.

Den Gedanken der RAF aufgreifend, eine „Gegenmacht von unten" aufzubauen und die „Internationalisierung" weiter voranzutreiben, bildeten sich autonome/antiimperialistische Personenzusammenschlüsse. Sie betreiben internationale Solidaritätsarbeit und entwickeln nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden Modelle des „Guerillakampfs" neu. Im Rahmen sozialrevolutionärer Themenfelder sollen Anschläge aus der „Legalität" heraus nach dem Zellenprinzip begangen werden. Diese Praxis, nach der die RZ vorgingen, erschwert den Sicherheitsbehörden die Strafverfolgung erheblich. Das Fehlen einer festen Organisationsstruktur beugt nach Ansicht der Szene zudem der möglichen Einschleusung von Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden vor. Europaweite Verbindungen innerhalb dieses Spektrums bieten die Möglichkeit der logistischen und personellen Zusammenarbeit. Die Anschlagsmotive (Energiepolitik, Asyl- und Abschiebepolitik, „Repression" des Staats etc.) sind in den westlich ausgerichteten Industrienationen überall ähnlich. Beispielhaft seien Brand- und Sprengstoffanschläge gegen Fernmelde- und Datennetze, Gebäude und Transportmittel von Wirtschaftsunternehmen, Hakenkrallen- und Wurfankeranschläge auf Bahnstrecken usw. angeführt.

Neuorientierung

Bei diesen Anschlägen entstanden in den letzten Jahren Schäden in Millionenhöhe. Ferner spielt die Vermittelbarkeit der Anschläge gegenüber der Szene, im Gegensatz zum damaligen Avantgardeanspruch der RAF, wieder eine größere Rolle.

Hohe Sachschäden

Für die Sicherheitsbehörden gilt es, Angehörige dieses linksextremistischen, autonomen/antiimperialistischen Spektrums intensiv zu beobachten und Ansätze einer bereits vollzogenen internationalen Zusammenarbeit zu erforschen.

6. Abschnitt

Spionageabwehr

1. Ausgangslage

Spionage trotz Annäherung

Die Annäherung der Staaten des ehemaligen Ostblocks an den Westen ist seit dem dortigen Umbruch weit vorangeschritten. Das macht das Bemühen der östlichen Nachbarn um Mitgliedschaft in Organisationen der westlichen Staatengemeinschaft wie EU und NATO besonders deutlich. Die angestrebte und zum Teil bereits praktizierte Kooperation mit dem Westen auf den Gebieten von Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Polizei und Militär hindert offensichtlich Staaten des ehemaligen Ostblocks nicht, unter diesen günstigen Bedingungen weiterhin Aufklärung gegen Deutschland zu betreiben. Gerade in dieser Situation des intensiven Wissensaustausches ist die Spionageabwehr im Interesse der Sicherheit Deutschlands und speziell Bayerns deshalb eine wichtige Aufgabe des Verfassungsschutzes.

Kein Land ohne Nachrichtendienst

Zwar haben Ungarn und die Tschechische Republik wie neuerdings auch Polen und Rumänien offiziell erklärt, auf Spionage gegen Westeuropa und somit auch gegen Deutschland zu verzichten; doch dürfte, insgesamt gesehen, eher der Realität entsprechen, was der Leiter der russischen zivilen Auslandsaufklärung SWR Wjatscheslaw Trubnikow aus Anlaß der 80. Wiederkehr der Gründung des Geheimdienstes der Sowjetunion Tscheka bekannt hat: „Kein Land mit Selbstrespekt kann ohne Nachrichtendienst existieren, und es besteht keine Notwendigkeit, diesen allgemein anerkannten Grundsatz zu dramatisieren." Folglich sind nach wie vor an amtlichen Vertretungen einiger Staaten in der Bundesrepublik Deutschland Angehörige von Nachrichtendiensten getarnt eingesetzt.

Gerade in Zeiten des sehr offenen Informationsaustausches muß aber Konsens bestehen, daß ein Kernbereich von Wissen im staatlichen Interesse vor der Kenntnis Unbefugter zu schützen ist. Das kann durch personelle und materielle Maßnahmen geschehen. Eine wichtige personelle Schutzmaßnahme ist die Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im staatlichen Interesse Verschlußsachen anvertraut werden sollen und die deshalb besonders zuverlässig sein müssen.

Der Freistaat Bayern hat zu diesem Zweck ein Sicherheitsüberprüfungsgesetz erlassen, das am 1. April in Kraft getreten ist.

Sicherheitsüberprüfungsgesetz

2. Rußlands Spionageaktivitäten

Die bedeutendsten russischen Nachrichtendienste sind

- der Inlandsnachrichtendienst FSB, zuständig insbesondere für die zivile Spionageabwehr, die innere Sicherheit der Streitkräfte und die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität,
- der für Chiffrierung, Fernmelde- und elektronische Aufklärung zuständige Nachrichtendienst FAPSI, der sowohl seine modernst ausgestatteten Fernmeldenetze russischen privaten Wirtschaftsunternehmen als Dienstanbieter zur Verfügung stellt, als auch gesetzlich dazu ermächtigt ist, diese Netze abzuhören,
- der russische Auslandsnachrichtendienst SWR, in dem wesentliche Elemente der Aufklärungsabteilung des ehemaligen KGB wiederzufinden sind und
- der nahezu unverändert gebliebene militärische Aufklärungsdienst GRU.

Nach eigenen Aussagen sieht Rußland seinen Spionageschwerpunkt in der Wirtschaftsspionage. Ziel ist hierbei, Rußland an das wirtschaftliche und technische Niveau des Westens heranzuführen. Damit steht Bayern mit seiner Vielzahl von High-Tech-Unternehmen besonders im Blickfeld russischer Nachrichtendienste.

Wirtschaftsspionage Schwerpunkt der russischen Dienste

Daß russische Nachrichtendienste zur Erfüllung ihres Spionageauftrags auch auf Agenten des ehemaligen MfS (Ministerium für Staatssicherheit in der DDR) zurückgreifen, zeigt ein jüngst bekanntgemachter Fall, in dem der Agent, Angestellter eines Luftfahrtunternehmens in Norddeutschland, seit 1983 für das MfS tätig, mitsamt seinem Führungsoffizier - einem früheren MfS-Angehörigen - nach der Wende vom KGB und ab 1991 vom KGB-Nachfolgedienst SWR geführt wurde.

3. Proliferation und illegaler Technologietransfer durch Krisen- und Schwellenländer

Krisen- und Schwellenländer - Länder an der Schwelle vom Entwicklungs- zum Industrieland - wie Syrien, Iran, Irak, Libyen, Pakistan und

Interesse an Rüstungs- und High-Tech-Gütern

Nordkorea, aber auch die Volksrepublik China, versuchen auf dem Weg des illegalen Technologietransfers bzw. der Proliferation unter Federführung ihrer Auslandsnachrichtendienste und Nutzung bestehender oder neu geknüpfter Geschäftsbeziehungen an ausfuhrgenehmigungspflichtige bzw. mit Embargo belegte Güter aus dem Bereich Militär und High-Tech, insbesondere ABC-Waffen, ihre Komponenten und die Mittel zu ihrer Herstellung, zu gelangen. Besonderes Interesse findet die erforderliche Trägertechnologie. Wiederholt konnte beobachtet werden, daß in diese Beschaffungsaktivitäten sowohl Angehörige diplomatischer Einrichtungen als auch Mitarbeiter offizieller Firmenvertretungen dieser Länder in Deutschland eingebunden sind.

ABC-Waffen und Trägerraketen

In Ankaufbemühungen des Iran für seine Rüstungsgüterindustrie waren mehrere deutsche Firmen involviert, von denen sich auch einige in Bayern befinden. Gesteuert wurden diese Aktivitäten des Iran über eine mittlerweile geschlossene Filiale der iranischen Beschaffungsorganisation DIO (Defence Industries Organizations), die dem iranischen Militär untersteht. Das Hauptinteresse des Iran zielt auf die Bereiche ABC-Waffen und deren Trägertechnologie. Größte Bemühungen unternimmt er beim Ausbau einer eigenständigen Raketenproduktion. Nach eigenen publizierten Aussagen ist der Iran heute in der Lage, „alle benötigten Waffen selbst herzustellen".

Bedrohliches Waffenarsenal

Daß die Spionageabwehrbehörden der westlichen Hemisphäre gerade auf dem Gebiet des illegalen Technologietransfers bzw. der Proliferation schwierige Aufklärungsarbeit leisten müssen, belegt das Beispiel Irak. Trotz aller Abwehrbemühungen der Nachrichtendienste ist es diesem Land gelungen, ein nicht nur die Staaten des Nahen Ostens bedrohendes Waffenarsenal zu entwickeln bzw. zu beschaffen, das auch B- und C-Waffen umfaßt und trotz aller Kontrollen der UNSCOM weiterhin besteht. So deklarierte der Irak z.B. aufgrund der UN-Resolution 687 einen Gesamtvorrat von 355 Tonnen chemischer Kampfstoffe, aufgefunden wurden aber bisher 4.000 Tonnen.

Bekannt ist, daß der Irak an einem Nuklearprogramm arbeitete. Von den mehreren tausend Wissenschaftlern und Technikern, die an diesem Programm beteiligt waren, befinden sich die meisten noch im Irak. Im Falle eines Wiederauflebens des irakischen A-Waffenprogramms stünden sie also kurzfristig zur Verfügung.

Im Bereich der Trägertechnologie ist die UNSCOM weiterhin auf der Suche nach SCUD-Raketen. Derzeit produziert der Irak unter

UNSCOM-Aufsicht Flugkörper von einer Reichweite unter 150 km. Personal zur Raketenentwicklung größerer Reichweite ist vorhanden.

Nordkorea ist in der Lage, komplette Flugkörper anzubieten, beschafft aber auch zum Aufbau der eigenen Rüstungsindustrie aktuelle Technologie in den hochentwickelten Industrieländern. Für entsprechende Geschäftsbeziehungen nach Bayern gibt es Anhaltspunkte.

Kooperation zwischen den Krisenländern

Festgestellt wurde, daß Krisenländer des Nahen Ostens auf dem Gebiet der Waffen- bzw. Nukleartechnologie mit Nordkorea, der Volksrepublik China und Rußland sowie einzelne Krisenländer dieser Region untereinander, so z.B. Syrien mit dem Iran, kooperieren.

Im eigenen Interesse und im Interesse wirksamer Spionageabwehr sollten Unternehmen, die Geschäftskontakte mit Krisenländern beginnen und den Verdacht haben, daß sie in deren Proliferations- bzw. High-Tech-Beschaffungsaktivitäten eingebunden werden, sich sofort an die Verfassungsschutzbehörden wenden. Oft geraten Unternehmen ohne eigenes Verschulden in Schwierigkeiten, weil sie die wahren Hintergründe ihres Geschäftspartners nicht erkennen.

Der Verfassungsschutz ist keine Strafverfolgungsbehörde. Er muß somit nicht jede ihm bekanntgewordene Straftat der zuständigen Behörde mitteilen. Das kommt sowohl dem Mitteiler als auch möglichen Abwehrmaßnahmen zugute.

4. Aufklärung ausländischer, zu ihrer Heimat in Opposition stehender Personen und Gruppen in Deutschland durch Nachrichtendienste totalitärer Staaten

Beobachtung von Emigranten-organisationen

Totalitär geführte Staaten sehen oftmals Gefahren für ihre Existenz von im Ausland aktiven Oppositionsbewegungen ausgehen. Durch Einschaltung ihrer Auslandsnachrichtendienste versuchen solche Länder, die Oppositionsbewegungen zu unterwandern und deren Aktivitäten zu unterlaufen. Auf in der Heimat verbliebene Angehörige wird dabei oft politischer Druck ausgeübt. Repressalien gegen diese Angehörigen bzw. entsprechende Drohungen dienen diesen Nachrichtendiensten immer wieder als Grundlage für die Anwerbung von Informanten aus den Oppositionsbewegungen. Insbesondere die Volksrepublik China und die bereits in Zusammenhang mit Proliferation und illegalem Technologietransfer genannten Länder des Nahen Ostens Iran, Irak, Libyen und Syrien sind hier aktiv.

Daß es nicht nur bei Ausspähungsversuchen bleibt, belegt der am 17. September 1992 in dem Lokal Mykonos in Berlin verübte Mord an vier kurdisch-iranischen Oppositionellen. In der Urteilsverkündung des 1. Strafsenats des Kammergerichts in Berlin vom 10. April wurde festgestellt, daß diese Morde von der politischen Führung des Iran beschlossen worden waren und der damalige Geheimdienstminister Ali Fallahian mit deren Durchführung beauftragt war.

5. Entwicklung auf dem Balkan

Vielzahl von Nachrichtendiensten

In den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien bildeten sich zahlreiche nachrichtendienstlich operierende Sicherheitsorgane, die auch im Ausland tätig sind. Allein auf dem Territorium des Bundesstaats Jugoslawien, in Kroatien und Bosnien-Herzegowina wurden je sechs Nachrichtendienste gezählt.

Ob diese Nachrichtendienste Bestand haben werden, ist derzeit nicht abzusehen. Dies zeigt sich insbesondere am Beispiel des Bundesstaatssicherheitsdienstes Restjugoslawiens SSDB, der im Oktober 1992 von serbischen Sondereinheiten zerschlagen wurde. Sein technisches „Know-How" und Teile seines Personals hatte der serbische Staatssicherheitsdienst SDB.RS übernommen. Heute ist es erklärtes Ziel der jugoslawischen Bundesregierung, den Bundesstaatssicherheitsdienst zu reorganisieren und die Republiksicherheitsdienste Serbiens und Montenegros aufzulösen.

Auch die nachrichtendienstlichen Strukturen in Bosnien-Herzegowina stehen erneut zur Diskussion. So wollen die bosnischen Kroaten auf Republikebene einen Auslandsnachrichtendienst einrichten, dem alle drei Volksgruppen in Bosnien-Herzegowina angehören sollen.

Im westlichen Europa befassen sich die Auslandsnachrichtendienste dieser Staaten in erster Linie mit ihren dort lebenden Landsleuten.

6. Stetige Anpassung der angewandten Spionagemethoden

Nicht nur die Organisationformen fremder Nachrichtendienste und deren Spionageziele unterliegen einer stetigen Modifizierung; auch die Mittel und Methoden der Nachrichtenbeschaffung entwickeln sich im Einklang mit den politischen und technischen Veränderungen fort. War früher die verdeckte Informationsbeschaffung durch

menschliche Quellen unabdingbar, so ist heute in unserer größtenteils offenen Gesellschaft, die eine gesteigerte Offenheit im Umgang mit Wissenschaftlern, Technikern und Geschäftsleuten anderer Länder mit sich bringt, die offene Beschaffung und Gesprächsabschöpfung gängige Methode der Informationsgewinnung. Gelegenheit hierzu bieten Gespräche mit den Produktanbietern auf Messen und das dort aufliegende schriftliche Informations- und Werbematerial ebenso wie Gespräche auf Empfängen aus wirtschaftlichem oder politischem Anlaß. Der weltweite offene Austausch zwischen Wissenschaftlern und Universitäten, die über der Lösung gleichgelagerter Probleme brüten, eröffnet ein weiteres Informationsfeld. So ist über die Universitäten des Iran und die ihnen angegliederten Institute bekannt, daß sie diese Verbindungen nutzen und dadurch eine erhebliche Rolle im Beschaffungsprogramm ihres Landes spielen.

Offene Informationsbeschaffung

Neben der offenen Informationsbeschaffung nimmt heute die technische Nachrichtenbeschaffung immer breiteren Raum ein. Die weltumspannende kommunikative Vernetzung sowie die Vernetzungen von Wirtschaftsunternehmen untereinander oder von externen Unternehmensteilbereichen mit ihren Zentralen bringen einen regen Datenaustausch auf den „Datenhighways", wie z.B. Internet, mit sich. Die Absicherung durch Paßwortverschlüsselung etc. suggeriert dabei die totale Sicherheit im Informationsaustausch und läßt vergessen, daß gerade dieser Datenfluß für fremde Nachrichtendienste gleichwohl unkontrollierte Zugriffsmöglichkeiten auf schützenswerte Daten bieten kann.

Gefahr auf Datenhighways

Am Beispiel des auch für die elektronische Auslandsaufklärung zuständigen russischen Nachrichtendienstes FAPSI, der seinen Personalstand erheblich aufgestockt hat, läßt sich unschwer erkennen, daß fremde Nachrichtendienste die Schwachstellen im Datenaustausch erkannt haben und organisatorisch darauf reagieren.

Im Bereich Proliferation und illegaler Technologietransfer durch Krisenstaaten wird immer wieder festgestellt, daß sich insbesondere der Iran zur Tarnung seiner Beschaffungsbemühungen Firmen eigener Staatsangehöriger in Deutschland mit kleinem Mitarbeiterstamm bedient, wobei die Geschäftsaktivitäten sowohl nicht ausfuhrgenehmigungspflichtige als auch sogenannte „Dual-Use-Güter" insbesondere aus den Branchen Elektronik einschließlich Kommunikationstechnologie, Chemie und Maschinen- und Anlagenbau betreffen. Durch geschickte Splittung der Auftragserteilung an die einzelnen Firmen

Tarnung durch Privatfirmen

gelingt es oftmals, den wahren Verwendungszweck der beschafften Produkte zu verschleiern.

7. Ausblick

Staat, Wissenschaft und Wirtschaft muß immer bewußt sein, daß es im Interesse ihrer Sicherheit bzw. ihres Bestehens im Wettbewerb unerläßlich ist, zumindest Kernbereiche von Wissen und Erfahrung vor ungewolltem Zugang zu schützen. Gefordert sind an erster Stelle eigene Maßnahmen technischer, organisatorischer und personeller Art. Ein wesentliches Instrument des personellen Geheimschutzes ist die Sicherheitsüberprüfung der an sicherheitsempfindlichen Stellen, den Kernbereichen des schützenswerten Wissens, tätigen Personen. Neben diesem Eigenschutz bleibt es aber im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der weiteren Entwicklung von Wissenschaft und Wirtschaft in Konkurrenz zu anderen Staaten unerläßliche Aufgabe des Verfassungsschutzes, nachrichtendienstliche Tätigkeiten fremder Staaten aufzudecken. Erst dieses Zusammenspiel von Eigenschutz und Spionageabwehr durch den Verfassungsschutz gewährleistet den bestmöglichen Schutz.

Eigenschutz und Spionageabwehr

7. Abschnitt

Organisierte Kriminalität

1. Aufgabe des Verfassungsschutzes

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz leistet seit dem 1. August 1994 mit der Beobachtung der Organisierten Kriminalität einen wichtigen Beitrag zu deren Bekämpfung. Das Bayerische Verfassungsschutzgesetz hat dem Landesamt ab diesem Zeitpunkt eine Rolle zugewiesen, die es ihm erlaubt, seine Mittel und Erfahrungen zur Aufklärung der Organisierten Kriminalität in Ergänzung der polizeilichen Arbeit einzusetzen. Seine Aufgabe ist es, durch langfristig angelegte Aufklärung kriminelle Strukturen und die agierenden Personen aufzudecken.

Spezielle Rolle des Verfassungsschutzes

Die Organisationen und Strukturen der OK verfügen über zum Teil weltweite Verbindungen und arbeiten nach dem Prinzip der Abschottung und Konspiration. Die Kriminellen „waschen" auf raffinierte Art und Weise ihre illegalen Profite durch Investitionen im legalen Wirtschaftskreislauf. Weltweit werden ihre Erlöse vor allem aus Drogenhandel, Prostitution, illegalem Waffenhandel, Menschenschmuggel, Erpressung und Eigentumskriminalität auf mehrere hundert Milliarden US-Dollar geschätzt.

Die geographisch zentrale Lage, die günstige Infrastruktur und die wirtschaftliche Bedeutung führen dazu, daß Bayern zunehmend eine besondere Anziehungskraft auf die Organisierte Kriminalität ausübt.

2. Besondere Eignung des Verfassungsschutzes

Bayern hat 1994 mit der Novellierung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes auf die Herausforderung reagiert. Der Verfassungsschutz ist aus folgenden Gründen in der Lage, maßgeblich an der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität mitzuwirken:

- Der Verfassungsschutz hat Möglichkeiten der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung. Er ist keine Strafverfolgungsbehörde und erhält deshalb auch von Personen, die sich selbst

Besondere Möglichkeiten als Nachrichtendienst

strafbar gemacht haben, leichter Informationen. Auf diesen Informationen kann er dann mit eigenen Mitteln aufbauen und sie so verifizieren, daß sie ohne Nachteil für den Informanten an die Strafverfolgungsbehörden abgegeben werden können.

- Der Verfassungsschutz hat aufgrund seiner traditionellen Tätigkeit etwa in der Spionageabwehr große Erfahrungen im Umgang mit konspirativen Methoden von Gegnern, die ihm auch in der OK-Beobachtung zu Gute kommen.
- Bei der Erfüllung anderer Aufgaben, etwa der Beobachtung nachrichtendienstlich gesteuerter Wirtschaftsspionage, fallen oft Informationen an, die für die Ermittlungen des Landesamts für Verfassungsschutz in Fällen der Organisierten Kriminalität von Bedeutung sind.
- Wegen seiner guten Verbindungen zu Nachrichtendiensten anderer Länder - inzwischen selbst zu Nachrichtendiensten des ehemaligen Ostblocks - gelangt das Landesamt für Verfassungsschutz an Informationen, die der Polizei nicht zur Verfügung stünden. In allen wichtigen europäischen Staaten ist die Beobachtung der Organisierten Kriminalität zumindest in Teilbereichen auch Aufgabe der dortigen Inlandsnachrichtendienste. Diese Kommunikation auf gleicher Ebene ist besonders angesichts der internationalen Verflechtung der Organisierten Kriminalität von Bedeutung.

Bewährte Zusammenarbeit mit der Polizei

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnerdiensten und der Polizei hat sich bewährt.

Der Schwerpunkt der Beobachtungstätigkeit des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz liegt dabei nach wie vor in der sogenannten Ost-Mafia. Zunehmend sind jedoch auch asiatische Straftätergruppierungen von Bedeutung. Hierzu einige Beispiele:

Kasachischer Rauschgifthändler

Das Landesamt für Verfassungsschutz erhielt einen Hinweis auf einen Kasachen, der angeblich Sprengstoff aus östlichen Armeebeständen von Kirgisien bzw. Kasachstan nach Deutschland transportiere, um eine armenische Mafia-Organisation in Berlin zu beliefern. Darüber hinaus überbringe er diesen Armeniern auch Rauschgift aus Kirgisien. Wie erste Nachforschungen ergaben, war an den Kurierdiensten des

Kasachen auch ein Kirgise beteiligt; beide wohnten in Bayern und waren erst vor kurzem als deutschstämmige Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion in die Bundesrepublik Deutschland gekommen.

Einem verdeckt ermittelnden Beamten des Landesamts für Verfassungsschutz gelang es, Kontakt zu den Verdächtigen aufzunehmen. Diese Operation einschließlich weiterer nachrichtendienstlicher Maßnahmen erbrachte den Nachweis, daß der Kasache in kriminelle Aktivitäten verwickelt war, insbesondere in den Handel mit Drogen, Waffen und Sprengstoff. Nachdem trotz langwieriger und intensiver Ermittlungsarbeit eine Aufklärung der Hintermänner nicht gelang, wurden die Ermittlungsergebnisse der Polizei übergeben. Diese nahm den Kasachen auf frischer Tat, nämlich bei der Übergabe von Rauschgift an einen verdeckten Ermittler der Polizei, fest. Der Täter wurde inzwischen zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.

Usbekisch-marokkanischer Drogenhändler

Das Landesamt für Verfassungsschutz erhielt eine Information, daß ein in einer bayerischen Kleinstadt wohnender Usbeke mit Drogen handle. Es ging diesem Hinweis nach und stellte fest, daß die Zielperson nicht allein tätig war, sondern mit mindestens zwei weiteren Personen zusammenwirkte. Erkannt wurden ein weiterer Usbeke und ein Marokkaner. Eine weitere Aufklärung der Organisationsstruktur gelang allerdings nicht, so daß die Übergabe des Falles an die Polizei vorbereitet wurde. Ein verdeckt eingesetzter Beamter des Landesamts für Verfassungsschutz, der das Vertrauen des Usbeken genoß, konnte einen verdeckten Ermittler der Polizei an die Gruppe heranführen. Polizei und Staatsanwaltschaft übernahmen die weiteren Ermittlungen.

Rumänische Straftätergruppe

Die Polizei führte in München eine Festnahme- und Durchsuchungsaktion gegen eine rumänische Straftätergruppierung durch. Dabei wurden acht Personen vorläufig festgenommen und mehrere Schußwaffen sowie gestohlener Schmuck bzw. Gold sichergestellt. Den polizeilichen Maßnahmen waren umfangreiche Ermittlungen des Landesamts für Verfassungsschutz vorausgegangen. Ende 1995 hatte das Amt einen Hinweis auf kriminelle Aktivitäten dieser Gruppe erhalten. Ziel des Landesamts für Verfassungsschutz war, die Aus-

gangshinweise auf Straftaten zu verdichten und die Struktur der kriminellen Bande sowie deren Verbindungswege aufzuklären. In der Folgezeit erbrachten verdeckte Maßnahmen Anhaltspunkte für Straftaten in den Bereichen Hehlerei, Waffendelikte, Falschgeld, Prostitution, Rauschgift, Autoschiebereien und Betrugsdelikte. Internationale Verflechtungen nach Spanien, Italien, Ungarn, Rumänien und Frankreich wurden sichtbar. Das Landesamt für Verfassungsschutz bereitete die Informationen systematisch auf und übermittelte die Erkenntnisse absprachegemäß an das Polizeipräsidium München. Nach weiteren Ermittlungen konnte die Polizei die Verdächtigen festnehmen.

Waffenhändler aus dem Kosovogebiet

Ein verdeckt eingesetzter Beamter des Landesamts für Verfassungsschutz erhielt einen vertraulichen Hinweis, daß ein Kosovo-Albaner in der Lage sei, Handfeuerwaffen, Maschinenpistolen, Gewehre und Nitroglyzerinmunition zu beschaffen. Die genannten Kriegswaffen und die Umstände, unter denen die Kontakte erfolgen sollten, deuteten darauf hin, daß hinter dem Waffenhändler eine kriminelle Organisation stand. Der Kosovo-Albaner hielt sich aber in einem anderen Bundesland auf. Der Hinweis konnte deshalb nachrichtendienstlich nicht aufgearbeitet werden, da der Verfassungsschutz in anderen Bundesländern nicht mit der Beobachtung der Organisierten Kriminalität beauftragt ist. Der Hinweis konnte deshalb nur als ungesicherte Information den zuständigen Ermittlungsbehörden übergeben werden.

Vietnamesische Organisierte Kriminalität

Nach der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion im Jahr 1990 kam es in den neuen Bundesländern und in Berlin zu einem regen Handel mit unversteuerten Zigaretten durch vietnamesische Straftätergruppierungen. Konkurrenzstreitigkeiten zwischen den einzelnen Gruppen forderten schließlich 90 Todesopfer innerhalb der vietnamesischen Szene.

Nach dem harten Durchgreifen der Polizei war zu vermuten, daß die Kriminellen ihre Aktivitäten in die alten Bundesländer, u.a. auch nach Bayern, verlagern könnten. Die ersten Ermittlungen bestätigten diesen Verdacht jedoch nicht. Mittlerweile liegen allerdings Erkenntnisse über

vietnamesische Straftäter in Bayern vor, die in Schleusungen, Menschenhandel und Prostitution verwickelt sind. Informationen beschränken sich jedoch nicht immer auf Bayern, oft ergeben sich daraus auch Hinweise auf andere Bundesländer oder das Ausland. Durch die Zusammenarbeit mit einem befreundeten Dienst und eigene Erkenntnisse konnte das Landesamt für Verfassungsschutz auch konkrete Anhaltspunkte an die Polizei weitergeben, die zur Festnahme eines führenden Mitglieds der vietnamesischen Zigarettenmafia beitrugen.

3. Erfolge der bisherigen Arbeit

Erfolgreiche Arbeit

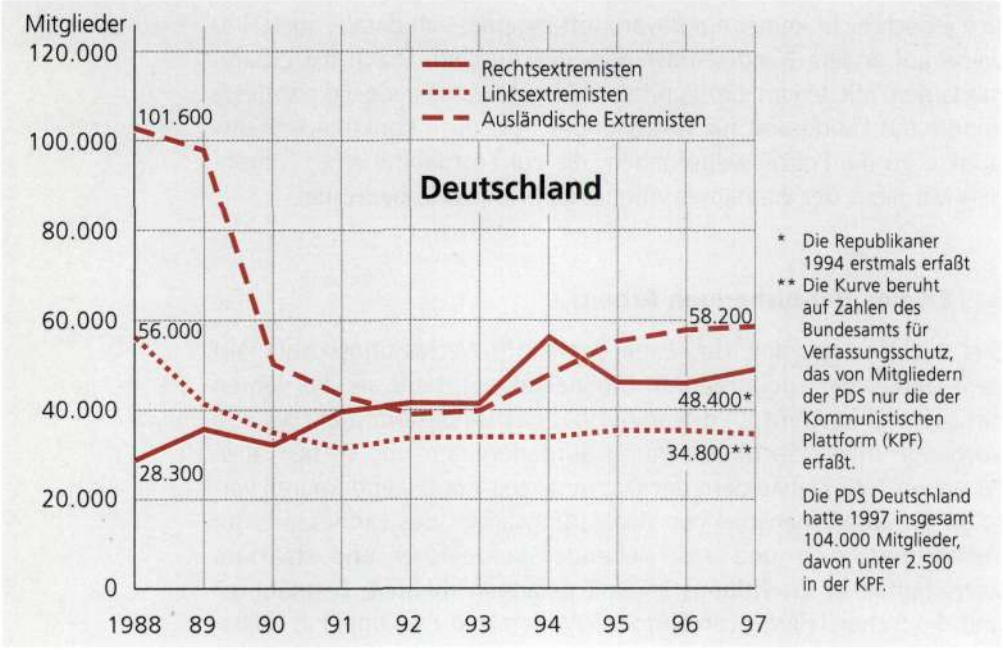
Die Aufklärungsarbeit des Landesamts für Verfassungsschutz auf dem Gebiet der Organisierten Kriminalität seit mehr als drei Jahren hat sich voll bewährt. In dieser Zeit hat das Landesamt mehr als 250 Vorgänge in die Sachbearbeitung aufgenommen und in fast allen typischen Tätigkeitsfeldern der Organisierten Kriminalität Spuren verfolgt. Im Zusammenspiel von Aufklärungsarbeit des Landesamts für Verfassungsschutz und anschließender polizeilicher und staatsanwaltschaftlicher Ermittlungstätigkeit gelangen mehrere Festnahmen und die Sicherstellung von Drogen, Waffen und Falschgeld in Millionenhöhe.

4. Ausblick

Bundesweite Zusammenarbeit erforderlich

Diese Erfolge sollten auch den Bund und die anderen Länder von der Notwendigkeit überzeugen, in Zukunft die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität im Verbund aller Verfassungsschutzbehörden wesentlich zu intensivieren. Ihre bundesweite Beobachtung mit dem dann möglichen umfassenden Informationsaustausch und den erweiterten Ermittlungsmöglichkeiten ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß diese Bedrohung unserer Gesellschaft wirksam bekämpft werden kann.

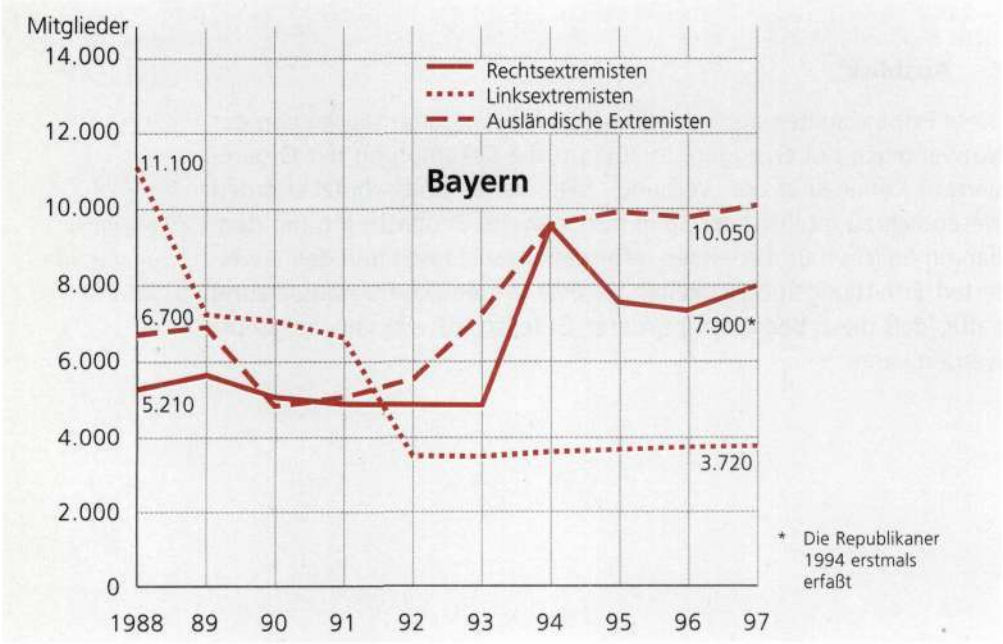
Entwicklung der Mitgliederzahlen extremistischer Organisationen



* Die Republikaner 1994 erstmals erfaßt

** Die Kurve beruht auf Zahlen des Bundesamts für Verfassungsschutz, das von Mitgliedern der PDS nur die der Kommunistischen Plattform (KPF) erfaßt.

Die PDS Deutschland hatte 1997 insgesamt 104.000 Mitglieder, davon unter 2.500 in der KPF.



* Die Republikaner 1994 erstmals erfaßt

Bayerisches Verfassungsschutzgesetz

(BayVSG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 1997

(GVBl S. 70, BayRS 12-1-I)

I. Abschnitt
Organisation und Aufgaben des Verfassungsschutzes

Art. 1
Organisation des Verfassungsschutzes, Verhältnis zur Polizei

(1) [1]Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder besteht in Bayern ein Landesamt für Verfassungsschutz. [2]Es dient auch dem Schutz vor Organisierter Kriminalität.

(2) [1]Freiheitliche demokratische Grundordnung nach Absatz 1 ist eine Ordnung, die unter Ausschluß jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. [2]Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung gehören mindestens: Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

(3) Organisierte Kriminalität ist die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden

- unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
- unter Anwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
- unter Einflußnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

(4) [1]Das Landesamt für Verfassungsschutz ist eine dem Staatsministerium des Innern unmittelbar nachgeordnete Behörde. [2]Das Landesamt und Dienststellen der Polizei dürfen einander nicht angegliedert werden. [3]Dem Landesamt für Verfassungsschutz steht ein Weisungsrecht gegenüber Dienststellen der Polizei oder die Befugnis zu polizeilichen Maßnahmen nicht zu.

Art. 2
Zuständigkeit

(1) [1]Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die gesetzlich festgelegten Aufgaben zu erfüllen. [2]Dazu gehört auch die Zusammenarbeit Bayerns mit dem Bund und den anderen Ländern in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

(2) Verfassungsschutzbehörden der anderen Länder dürfen in Bayern nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Maßgabe dieses Gesetzes tätig werden.

Art. 3
Aufgaben

(1) [1]Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe,

1. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung

verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
4. Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität im Geltungsbereich des Grundgesetzes

zu beobachten; solche Bestrebungen und Tätigkeiten können von Gruppierungen oder Einzelpersonen ausgehen. [2]Das Landesamt hat in Erfüllung dieser Aufgabe Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen über solche Bestrebungen oder Tätigkeiten zu sammeln und auszuwerten. [3]Die notwendige Koordinierung mit den anderen Sicherheitsbehörden und den Strafverfolgungsbehörden wird in Richtlinien des Staatsministe-riums des Innern im Einvernehmen mit dem Staats- ministerium der Justiz geregelt. [4]Über diese Richtlinien wird die Parlamentarische Kontrollkommission gemäß Art. 20 Abs. 1 Satz 1 unterrichtet.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe,

1. nach Maßgabe des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes an der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. an der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder beschäftigt werden sollen,
3. an technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen, die im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftig sind, gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte,

mitzuwirken.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Aufgabe, amtliche Auskünfte zu erteilen

1. im Rahmen der Überprüfung der Verfassungstreue von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben,
2. nach Maßgabe des Art. 14, insbesondere in Einbürgerungs- und Ordensverfahren zur Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland - mit Ausnahme der Verdienstmedaille - und des Bayerischen Verdienstordens, sowie nach Art. 15.

II. Abschnitt
Allgemeine Befugnisse und Datenverarbeitung

Art. 4
Allgemeine Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz die dazu erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten auch ohne Kenntnis der betroffenen Gruppierung oder Person erheben und in Akten und Dateien verarbeiten, diese Informationen nutzen sowie aus Akten und Dateien übermitteln, soweit nicht nachfolgend besondere Bestimmungen gelten.

(2) [1]Die Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz bei der Mitwirkung nach Art. 3 Abs. 2 Nr. 1 sind im Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 27. Dezember 1996 (GVBl S. 509) geregelt; Art. 6 Abs. 1 Satz 4 bleibt unberührt. [2]Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, an einer Überprüfung nach Art. 3 Abs. 2 Nr. 2 nur mitwirken und nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 nur Auskunft erteilen, wenn die betroffene Person der Durchführung der Überprüfung zugestimmt hat; werden der Ehegatte oder die Person, mit der die betroffene Person in eheähnlicher oder gleichgeschlechtlicher Gemeinschaft lebt, in die Überprüfung mit einbezogen, so ist auch deren Zustimmung erforderlich.

(3) [1]Sind für die Erfüllung einer Aufgabe verschiedene Maßnahmen geeignet, so hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die die betroffene Gruppierung oder Person voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. [2]Eine Maßnahme unterbleibt, wenn sie einen Nachteil herbeiführt, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

Art. 5
Erhebung personenbezogener Daten

[1]Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten erheben, soweit das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist. [2]Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 darf das Landesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Daten jedoch nur im Rahmen von Nach-

ermittlungen erheben, soweit das zur Überprüfung von Informationen erforderlich ist, die bei den Verfassungsschutzbehörden bereits vorliegen.

Art. 6
Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

(1) [1]Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz darf das Landesamt für Verfassungsschutz auch nachrichtendienstliche Mittel anwenden. [2]Sie dienen der verdeckten Informationsgewinnung und der Sicherheit des Landesamts für Verfassungsschutz und seiner Mitarbeiter. [3]Nachrichtendienstliche Mittel sind Maßnahmen zur Tarnung, der Einsatz geheimer Mitarbeiter und andere Maßnahmen, die verbergen sollen, daß das Landesamt für Verfassungsschutz Informationen erhebt. [4]Bei Sicherheitsüberprüfungen (Art. 3 Abs. 2 Nrn. 1 und 2) darf das Landesamt für Verfassungsschutz nur das nachrichtendienstliche Mittel der Tarnung von Mitarbeitern anwenden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten nach Art. 5 durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel erheben, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen oder auf diese Weise Erkenntnisse über Nachrichtenzugänge gewonnen werden können oder
2. das zur Abschirmung der Mitarbeiter, Einrichtungen, Gegenstände und Nachrichtenzugänge des Landesamts für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

(3) [1]Personenbezogene Daten dürfen durch Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel nur erhoben werden, wenn die Daten nicht auf eine andere geeignete Weise gewonnen werden können, die die betroffene Person weniger beeinträchtigt. [2]Die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. [3]Sie ist unverzüglich zu beenden, wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich ergibt, daß er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(4) [1]Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Art. 13 des Grundgesetzes in Abwesenheit einer für die Verfassungsschutzbehörde tätigen Person ist unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gemäß Absatz 3 nur zulässig, wenn

1. die materiellen Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach § 1 Abs. 1 und § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz) vom 13. August 1968 (BGBl I S. 949) in der jeweils geltenden Fassung vorliegen oder
2. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht vorliegen, daß jemand Bestrebungen nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 oder 3 durch die Planung oder Begehung von Straftaten nach §§ 129, 130 oder 131 des Strafgesetzbuchs (StGB) verfolgt oder
3. tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, daß jemand Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 durch die Planung oder Begehung von Straftaten nach § 100a der Strafprozeßordnung (StPO), §§ 261, 263 bis 265, 265b, 266, 267 bis 273, 331 bis 334 StGB oder § 92 Abs. 2 des Ausländergesetzes (AuslG) verfolgt

und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. [2]Der verdeckte Einsatz besonderer technischer Mittel darf sich nur gegen den Verdächtigen oder gegen Personen richten, von denen auf Grund von Tatsachen anzunehmen ist, daß sie für den Verdächtigen bestimmte oder von ihm herrührende Mitteilungen entgegennehmen oder weitergeben oder daß der Verdächtige sich in ihrer Wohnung aufhält. [3]Für das Verfahren beim Einsatz der Mittel nach Satz 1 gelten die für Verfassungsschutzbehörden der Länder maßgeblichen Bestimmungen des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz und des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz vom 11. Dezember 1984 (GVBl S. 522) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend. [4]Erkenntnisse und Unterlagen, die durch Maßnahmen nach Satz 1 gewonnen wurden, dürfen zur Verfolgung und Erforschung der dort genannten Bestrebungen oder Tätigkeiten sowie nach Maßgabe des § 7 Abs. 3 des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz verwendet werden.

(5) Die Zulässigkeit von Maßnahmen nach dem Gesetz zu Art. 10 Grundgesetz bleibt unberührt.

Art. 7
Speicherung und Veränderung personenbezogener Daten

(1) [1]Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz personenbezogene Daten in Dateien speichern und verändern, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen oder

2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach Art. 3 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 an Überprüfungen mitwirkt.

[2]In den Fällen des Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 dürfen personenbezogene Daten in Dateien nur gespeichert werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1 vorliegen.

(2) [1]Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nicht in Dateien gespeichert werden. [2]Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 14. und vor Vollendung des 16. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, daß weitere Erkenntnisse im Sinn des Art. 3 Abs. 1 angefallen sind. [3]Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung in Dateien zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, daß weitere Erkenntnisse im Sinn des Art. 3 Abs. 1 angefallen sind über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit. [4]Für Akten, die zu einer minderjährigen Person geführt werden, gelten die vorstehenden Prüfungs- und Löschungsfristen entsprechend.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Dauer der Speicherung in Dateien und in Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, auf das Maß festzulegen, das zur Erfüllung seiner Aufgabe nach diesem Gesetz erforderlich ist.

(4) Werden Bewertungen über Betroffene gespeichert, muß erkennbar sein, wer die Bewertung vorgenommen hat und wo die Informationen gespeichert sind, die der Bewertung zugrunde liegen.

Art. 8
Berichtigung und Löschen von Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, ist dies zu vermerken.

(2) [1]Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung nach Art. 7 unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Erfüllung seiner gesetzlich festgelegten Aufgaben nicht mehr erforderlich ist; Akten, die zu einer bestimmten Person geführt werden, sind unter diesen Voraussetzungen zu vernichten. [2]Ob die Voraussetzungen der Löschung und Vernichtung nach Satz 1 vorliegen, ist bei jeder Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen zu entscheiden. [3]Die Löschung oder Vernichtung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß durch sie schutzwürdige Interessen der betroffenen Person beeinträchtigt würden. [4]In diesem Fall sind die Daten zu sperren; sie dürfen nur noch mit Einwilligung der betroffenen Person übermittelt werden.

(3) [1]Für die Archivierung gelten die Vorschriften des Bayerischen Archivgesetzes. [2]Die Anbietungspflicht bestimmt sich nach Maßgabe der nach Art. 6 Abs. 2 BayArchivG abzuschließenden Vereinbarung.

Art. 9
Errichtungsanordnung

(1) [1]Für den erstmaligen Einsatz einer automatisierten Datei, in der personenbezogene Daten verarbeitet werden, hat das Landesamt für Verfassungsschutz in einer Errichtungsanordnung, die der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern bedarf, festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. Betroffener Personenkreis,
4. Art der zu speichernden Daten,
5. Eingabeberechtigung,
6. Zugangsberechtigung,
7. Regelmäßige Übermittlungen,
8. Überprufungsfristen, Speicherungsdauer,
9. Protokollierung des Abrufs.

[2]Nach der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern ist die Errichtungsanordnung dem Landesbeauftragten für den Datenschutz unverzüglich mitzuteilen. [3]Entsprechendes gilt für wesentliche Änderungen des Verfahrens.

(2) Die Zustimmung des Staatsministeriums des Innern darf nur erteilt werden, wenn die Speicherung personenbezogener Daten auf das erforderliche Maß beschränkt ist.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in angemessenen Abständen die Notwendigkeit der Weiterführung oder Änderung seiner Dateien zu prüfen.

Art. 10
Geltung des Bayerischen Datenschutzgesetzes

Bei der Erfüllung der gesetzlich festgelegten Aufgaben durch das Landesamt für Verfassungsschutz finden die Art. 10 bis 13, 15 bis 23 und 26 bis 28 des Bayerischen Datenschutzgesetzes keine Anwendung.

Art. 11
Auskunftserteilung

(1) [1]Ein Anspruch auf Auskunft über die beim Landesamt für Verfassungsschutz in Dateien oder Akten gespeicherten Informationen besteht nicht. [2]Hat eine Person ein besonderes Interesse an einer Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten, so entscheidet das Landesamt für Verfassungsschutz nach pflichtgemäßem Ermessen über das Auskunftsbegehren.

(2) Soweit eine Person einer Sicherheitsüberprüfung nach Art. 3 Abs. 2 unterzogen wird oder zu einer Person Auskunft nach Art. 3 Abs. 3 Nr. 1 erteilt wird, hat diese Person abweichend von Absatz 1 einen Anspruch auf Auskunft über die Daten des Landesamts für Verfassungsschutz, die es im Rahmen der Erfüllung dieser Aufgaben übermittelt hat.

(3) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. eine Gefährdung der Erfüllung der Aufgaben nach Art. 3 durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstliche Zugänge gefährdet sein können oder die Ausforschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeitsweise des Landesamts für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Information oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, insbesondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden muß.

(4) [1]Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf keiner Begründung. [2]Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, ist der Betroffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Begründung und darauf hinzuweisen, daß er sich hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten an den Landesbeauftragten für den Datenschutz wenden kann. [3]Dem Landesbeauftragten für den Datenschutz ist auf sein Verlangen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsministerium des Innern im Einzelfall feststellt, daß dadurch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährdet würde. [4]Mitteilungen des Landesbeauftragten an den Betroffenen dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landesamts für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

III. Abschnitt
Übermittlungsregelungen

Art. 12
Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen

(1) Die Behörden, Gerichte hinsichtlich ihrer Register, Gebietskörperschaften und andere der staatlichen Aufsicht unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie sonstige öffentliche Stellen des Freistaats Bayern haben von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben bekanntgewordenen Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach Art. 3 Abs. 1 oder entsprechender Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes erforderlich sein kann.

(2) [1]Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die übermittelten Informationen nach ihrem Eingang unverzüglich darauf zu überprüfen, ob sie für die Erfüllung seiner in Absatz 1 genannten Aufgaben erforderlich sind. [2]Ergibt die Prüfung, daß sie nicht erforderlich sind, sind die Unterlagen unverzüglich zu vernichten. [3]Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand erfolgen kann; in diesem Fall dürfen die nicht erforderlichen Informationen nicht verwendet werden.

Art. 13
Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen

(1) [1]Die in Art. 12 Abs. 1 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben

bekanntgewordenen Informationen zu übermitteln, soweit das zur Erfüllung der Aufgaben des Landesamts für Verfassungsschutz nach diesem Gesetz erforderlich ist. [2]Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Ersuchen nach Satz 1 nur stellen, wenn die Information auf andere Weise nur mit übermäßigem Aufwand oder nur durch eine die betroffene Gruppierung oder Person stärker belastende Maßnahme gewonnen werden kann. [3]Das Landesamt für Verfassungsschutz hat Ersuchen zu begründen, es sei denn, daß eine Begründung dem Schutz der betroffenen Gruppierung oder Person zuwiderläuft oder den Zweck der Maßnahme gefährden würde. [4]Es hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) [1]Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtlich geführte Dateien unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 einsehen, soweit das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Dateien den Zweck der Maßnahme gefährden, einen übermäßigen Aufwand erfordern oder das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen unnötig beeinträchtigen würde. [2]Über die Einsichtnahme in amtlich geführte Dateien hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die eingesehene Datei hervorgehen; die Nachweise sind gesondert aufzubewahren, gegen unberechtigten Zugriff zu sichern und am Ende des Kalenderjahres, das dem Jahr ihrer Erstellung folgt, zu vernichten.

(3) [1]Hält eine in Art. 12 Abs. 1 genannte öffentliche Stelle das Ersuchen nach Absatz 1 oder die Einsichtnahme nach Absatz 2 für unzulässig, so teilt sie das dem Landesamt für Verfassungsschutz mit. [2]Besteht dieses auf dem Ersuchen oder der Einsichtnahme, so entscheidet darüber die oberste fachliche Aufsichtsbehörde, die für die ersuchte Stelle zuständig ist.

(4) Art. 12 Abs. 2 gilt entsprechend.

Art. 14
Personenbezogene Datenübermittlung durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) [1]Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen übermitteln, wenn das zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist oder wenn die öffentliche Stelle die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit einschließlich der Strafverfolgung benötigt. [2]Gleiches gilt, wenn der Empfänger die personenbezogenen Daten zur Erfüllung anderer ihm zugewiesener Aufgaben benötigt, sofern er dabei auch zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beizutragen oder Gesichtspunkte der öffentlichen Sicherheit oder auswärtige Belange zu würdigen hat. [3]Der Empfänger darf die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden, es sei denn, daß das Landesamt für Verfassungsschutz einer anderen Verwendung für Zwecke nach den Sätzen 1 und 2 zugestimmt hat. [4]Satz 1 gilt auch für die Übermittlung personenbezogener Daten innerhalb des Landesamts für Verfassungsschutz.

(2) [1]Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte im Rahmen von Art. 3 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte vom 3. August 1959 (BGBl II 1961 S. 1183) personenbezogene Daten übermitteln. [2]Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, daß die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(3) [1]Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes sowie an über- oder zwischenstaatliche öffentliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. [2]Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen der betroffenen Person entgegenstehen. [3]Sie ist aktenkundig zu machen. [4]Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, daß die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden.

(4) [1]Personenbezogene Daten dürfen an andere Empfänger als öffentliche Stellen nicht übermittelt werden, es sei denn, daß dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist und das Staatsministerium des Innern seine Zustimmung erteilt hat; die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl von gleichartigen Fällen vorweg erteilt werden. [2]Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. [3]Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie ihm übermittelt wurden. [4]Das Landesamt für Verfassungsschutz hat den Empfänger darauf hinzuweisen.

(5) [1]Übermittlungspflichten nach bundesrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt. [2]Das Landesamt für Verfassungsschutz kann andere Verfassungsschutzbehörden auch dadurch unterrichten, daß es diesen den Abruf von Daten im automatisierten Verfahren ermöglicht, soweit deren gesetzliche Aufgaben identisch sind.

Art. 15
Unterrichtung der Öffentlichkeit

[1]Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach Art. 3 Abs. 1. [2]Dabei dürfen der Öffentlichkeit personenbezogene Daten bekanntgegeben werden, wenn das Interesse der Öffentlichkeit an der Unterrichtung das schutzwürdige Interesse der betroffenen Person an der Wahrung ihrer Anonymität überwiegt.

Art. 16
Nachberichtspflicht

Erweisen sich personenbezogene Daten nach ihrer Übermittlung durch das Landesamt für Verfassungsschutz als unvollständig oder unrichtig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen, wenn das zur Wahrung schutzwürdiger Interessen der betroffenen Person erforderlich ist.

Art. 17
Übermittlungsverbote

(1) Die Übermittlung von Informationen durch das Landesamt für Verfassungsschutz nach den Art. 4 und 14 hat zu unterbleiben, wenn

1. erkennbar ist, daß unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung das schutzwürdige Interesse der Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegt, oder
2. überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern.

(2) Besondere Rechtsvorschriften, die Informationsübermittlungen zulassen oder verbieten, bleiben unberührt.

IV. Abschnitt
Parlamentarische Kontrolle

Art. 18
Parlamentarische Kontrollkommission

(1) [1]Die Staatsregierung unterliegt hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission. [2]Die Rechte des Landtags und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) [1]Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern. [2]Die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission werden zu Beginn jeder neuen Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte gewählt. [3]In gleicher Weise wird für jedes Mitglied ein Stellvertreter gewählt. [4]Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

(3) [1]Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission; Absatz 4 bleibt unberührt. [2]Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet. [3]Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Stellvertreter.

(4) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch über das Ende der Wahlperiode des Landtags solange aus, bis der nachfolgende Landtag eine neue Parlamentarische Kontrollkommission gewählt hat.

Art. 19
Geheimhaltung

(1) [1]Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. [2]Die Mitglieder und ihre Stellvertreter sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekanntgeworden sind. [3]Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) [1]Die Parlamentarische Kontrollkommission tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. [2]Jedes Mitglied kann die Einberufung der Parlamentarischen Kontrollkommission verlangen. [3]Die Parlamentarische Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter und gibt sich eine Geschäftsordnung.

Art. 20
Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission und Berichtspflicht der Staatsregierung

(1) [1]Die Staatsregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamts für Verfassungsschutz und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. [2]Die Staatsregierung berichtet zu einem konkreten Thema

aus dem Aufgabenbereich des Landesamts für Verfassungsschutz, sofern die Parlamentarische Kontrollkommission dies wünscht.

(2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung der Staatsregierung bestimmt.

(3) [1]Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz bleibt der in Art. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10) genannten Kommission nach den dortigen Bestimmungen vorbehalten [2]Der Parlamentarischen Kontrollkommission ist auf Anforderung, mindestens aber einmal im Jahr, der Bericht nach Art. 3 AGG 10 zu erstatten.

V. Abschnitt
Schlußvorschriften

Art. 21
Erfüllung bundesrechtlicher Aufgaben

Zur Erfüllung von Aufgaben auf Grund eines Gesetzes nach Art. 73 Nr. 10 Buchst. b und c des Grundgesetzes stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz die Befugnisse zu, die es zur Erfüllung der entsprechenden Aufgaben nach diesem Landesgesetz hat.

Art. 22
Einschränkung von Grundrechten

Auf Grund dieses Gesetzes kann das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 des Grundgesetzes und Art. 106 Abs. 3 der Verfassung eingeschränkt werden.

Art. 23
Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz

Das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Art. 10 Grundgesetz (AGG 10) vom 11. Dezember 1984 (GVBl S. 522, BayRS 12-2-I) wird wie folgt geändert:

1. Art. 2 Abs. 3 Satz 6 erhält folgende Fassung:
„[6]Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung der Parlamentarischen Kontrollkommission für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes bedarf."

2. In Art. 3 werden die Worte „den für Sicherheitsfragen zuständigen Ausschuß des Landtags" durch die Worte „die Parlamentarische Kontrollkommission für die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes" ersetzt.

Art. 24
Inkrafttreten

[1]Dieses Gesetz tritt am 1. November 1990 in Kraft.*
[2]Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. Das Gesetz über die Errichtung eines Landesamts für Verfassungsschutz (BayRS 12-1-I),
2. Art. 8 Abs. 2 Nr. 5 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayRS 204-1-I).

---

* Diese Vorschrift betrifft das Inkrafttreten des Gesetzes in der ursprünglichen Fassung vom 24. August 1990 (GVBl S.323). Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der späteren Änderungen ergibt sich aus den jeweiligen Änderungsgesetzen.

Sachwortregister

ABLE 204
Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF) 45
Aktion Oder-Neiße (AKON) 45
Aktionskomitee Rudolf Heß 1997 54
analyse & kritik (ak) 152
Anti-Antifa-Bewegung 50
Antifa-Jugendinfo 134
antifa-rundschau 117
Antifaschistische Aktion München (AA München) 126
Antifaschistische Aktion Passau (AA Passau) 126
Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) 126
Antifaschistische Jugendfront (AJF) 143
Antifaschistische Jugendfront München-Laim 135
Antifaschistische Jugendfront Passau 123
Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg 153
Antifaschistisches Komitee - Stoppt die schwarzbraune Sammlungsbewegung (AKS) 153
Antiimperialistische Gruppe (AIG) Nürnberg 247
Antiimperialistische Widerstandszelle Nadja Shehadah 243
Antiimperialistische Zelle (AIZ) 243
Antiimperialistischer Widerstand (AIW) 243
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 118
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 156
Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus und Antirassismus 93
Arbeitsgemeinschaft Autonome Gruppen in und bei der PDS 93
Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí 105
Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS (AG Junge GenossInnen) 100
Arbeitsgemeinschaft Kommunistisches Forum in und bei der PDS München 94
Asgard BBS 75
Autonome 121
Autonome Antifa (M) 126

barricada 133
Bayern-Stimme 78
Befreiungsarmee Kosovo (UCK) 181
Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ) 77
Berxwedan-Verlags GmbH 159
Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) 178
Bolschewistische Partei Nordkurdistan/Türkei (BP-KK/T) 187
Büro für direkte Einmischung 94
Bund der Antifaschisten (BDA) 116
Bund Frankenland 78
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) 152
Burgpost 51

Castel del Monte Verlag 79
COMLINK-Netz (CL-Netz) 149
Courage 153
CRIMINON 200
Cuba Sí - France 105

Dänische Nationalsozialistische Bewegung (DNSB) 71
Das Freie Forum 79
Deckert-Stimme 33
DEM-Nachrichtenagentur 160
Demokratie-Partei (DEP) 161
Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) 184
Denk mit! 79
Denk mit!-Verlag 79
Der Aktivist 78
Der Republikaner 78
Der Scheinwerfer 79

Deutsch-Philippinische Freunde 118
Deutsche Geschichte 79
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 110
Deutsche Kulturgemeinschaft (DKG) 61
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) 57
Deutsche National-Zeitung (DNZ) 67
Deutsche Reichspartei (DRP) 32
Deutsche Stimme (DS) 33
Deutsche Türk-Föderation (ATF) 171
Deutsche Volksunion (DVU) 40
Deutsche Volksunion e.V. (DVU) 45
Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ) 67
Deutscher Bund (DB) 51
Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur 45
Deutsches Jungvolk 57
Deutsches Kolleg (DK) 61
Deutschland-Bewegung 28
Deutschland Report 66
Devrimci Sol 168
Di-Al Records 54
Dianetik nach L. Ron Hubbard 188
Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung (Artgemeinschaft) 62
Die Freunde im Ausland (DFiA) 66
Die Nationalen e.V. 38
Die Republikaner (REP) 23
DISPUT 151
Djama'a Islamiya 184
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) 67

Ehrenbund Rudel - Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten 45
Einheit und Kampf (EuK) 38
EinSatz 134
Elias BBS 75
Erfurter Erklärung 108
Erfurter Gruppe München 94
Europäische Moscheenbau- und Unterstützungsgemeinschaft (EMUG) 174

Fair-Game (=Freiwild)-Regel 197
Flüchtlingshilfe Iran e.V. 180
Flüchtlingshilfe Kurdistan 161
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) 167
Föderation der demokratischen Rechte in Deutschland (ADHF) 167
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan) 159
Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) 171
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM) 160
Forum der Neuen Europäischen Linken (NELF) 104
Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften 93
Französische Kommunistische Partei 104
Franz Schönhuber Freundeskreis 25
Frauen für Demokratie im Iran 180
Freie Nationalisten 49
Freie Stimme 49
Freie Strukturen 49
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) 55
Freiheitlicher Volks Block (FVB) 50
Freiheitsbewegung Flandern 47
Freundeskreis Ulrich von Hutten 61
Friedenskomitee 2000 59
Front National (FN) 72
Fünf-Punkte-Papier der PDS 86

GEGENSTANDPUNKT 119
„Germania"-Rundbrief 65
Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) 60
Gesellschaft iranischer Flüchtlinge e.V. 180
Gruppe K 152
Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung 119
Gruppe Mehrheit 152

Haus der kurdischen Künstler e.V. 185
Heide-Heim e.V. 62

Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD) 50
Hilafet Devleti (Kalifatsstaat) 175
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) 78
Hitlerjugend (HJ) 57
Hizb Allah 183
Huttenbriefe 61

Info-Läden der Autonomen 131
Informationszentrum für freie Völker e.V. 170
Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.) 45
Institute for Historical Review (IHR) 66
Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstandskampf, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener e.V. (IVVdN) 115
INTERIM 133
Iranische Flüchtlingskinderhilfe e.V. 180
Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (IMSV) 178
Iranischer Kulturverein 180
Islamische Bewegung Kurdistans (KIH) 186
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) 172
Islamische Heeilsarmee (AIS) 178
Islamische Heilsfront (FIS) 177

Janus BBS 75
Journal of Historical Review 66
Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) 153
Junge Nationaldemokraten (JN) 37

Kameradschaft Franken 78
Kameradschaften 22
Katakomben-Akademie 56
KB-Gruppe Nürnberg 152
KOMKAR - Verband der Vereine aus Kurdistan e.V. 186
Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte (KVPM) 204
Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ) 119
Kommunistische Partei Böhmens und Mährens 104
Kommunistische Partei der Russischen Föderation 104
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD/DDR) 97
Kommunistische Partei El Salvadors (PCS) 106
Kommunistische Partei Österreichs 104
Kommunistische Plattform (KPF) 97
Kommunistische Plattform Regionalgruppe Nürnberg/Erlangen/Fürth 94
Kommunistischer Bund (KB) 152
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK) 167
Konföderation der demokratischen Rechte in Europa (ADHK) 167
Kraftwerk BBS 75
Kurdisch-Deutsche Presseagentur (KURD-A) 160
Kurdischer Elternverein e.V., München 166
Kurdischer Roter Halbmond (HSK) 186
Kurdisches Exilparlament 161
Kurdisches Informations-Zentrum (KIZ) 160
Kurdistan Haber Ajansi - News Agency (KURD-HA) 159
Kurdistan Informationsbüro in Deutschland (KIB) 160
Kurdistan-Komitee e.V., Köln 159
Kurdistan Solidarität Allgäu-Oberschwaben 161
Kurdistan-Solidarität Nürnberg/Erlangen 161
Kurdistan-Solidaritätsgruppen 160

lernen und kämpfen (luk) 151
„Leuchter-Bericht" 64
Liberaldemokratische Partei Rußlands (LDPR) 46
Libertäres Forum bei der PDS 94
Linksruck 152

Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) 170
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 117
Marxistische Blätter 151
Marxistische Gruppe (MG) 119

Marxistisches Forum (MF) 102
Mensch und Maß 79
Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS 99
Moonstomp 49
Münchner Bündnis gegen Rassismus 120
Münchner Kurdistan-Solidaritätskomitee 160

Nachrichten der HNG 78
Nachrichten-Informationen-Meinungen (NIM) 56
NARCONON 200
Nation Europa Verlag GmbH 68
Nation & Europa - Deutsche Monatshefte 68
Nation-Europa-Freunde e.V. 69
National Journal 66
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 29
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB) 78
Nationale Befreiungsarmee (NLA) 180
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) 158
Nationale Info-Telefone (NIT) 76
Nationaler Block (NB) 38
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) 179
Nationalistische Front (NF) 32
Neues Deutschland (ND) 151
Nordbayerischer Landbote 151
Nordische Zeitung (NZ) 62
Nordland-Netz 75
Notenschlüssel II 54
NS Kampfruf 70
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) 69
Nürnberger Initiativkreis der Erfurter Erklärung 94

Odal-Verlag 79
Office of Special Affairs (OSA) 205
Operation Snow White 188
Ostanatolisches Gebietskomitee (DABK) 167

Partei der Nationalen Bewegung (MHP) 171
Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) 83
Partizan 167
Patria-Versand GmbH - Spezialversand für nationale Aktivisten 73
PDS-Pressedienst 151
Politische Berichte 152
position 152
Pro.K Zeitung des revolutionären Aufbau München 134
Proletarischer Internationalismus 103

radikal 153
REBELL 152
red & hot 134
Regionale Arbeitsgruppen (RAG) 38
Republikanischer Hochschulverband (RHV) 26
Revisionismus 63
Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru (MRTA) 106
Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front (DHKP-C) 169
Revolutionäre Zellen (RZ) 247
Rote Antifa Nürnberg (RAN) 126
Rote Armee Fraktion (RAF) 240
Rote Fahne 118
Rote Hilfe e.V. 143
Rote Zora 247
„Rudolf-Gutachten" 64

Samisdat Publishers Ltd. 71
Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV) 79
Scientology-Organisation (SO) 188
Skinheads 51
Skinheads Allgäu 38
Solidarität International (SI) 118
Sozialismus von unten 152
Sozialistische Alternative VORAN (SAV) 153
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) 152
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) 152

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 83
Sozialistische Zeitung (SoZ) 152
Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) 61
Spinnennetz 148
Staatsbriefe 79
Ständiger Rat marxistischer Parteien 100
Störtebecker BBS 75

The Command Chart of SCIENTOLOGY 201
The New Order 71
Thule-Netz 75
TITEL - Informationsforum der PDS Bayern 96
Tonträgervertrieb Jens Pühse 54
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) 167
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) 167
Türkische Volksbefreiungspartei/-front (THKP-C Devrimci Sol) 169

Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB) 186
Union der freien Frauen aus Kurdistan (YAJK) 165
Union der Journalisten Kurdistans (YRK) 185
Union der Jugendlichen aus Kudistan (YCK) 161
Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK) 185
Union islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) 184
Union zur Pflege der kurdischen Kultur und Kunst (YRWK) 185
Unsere Zeit (UZ) 151
UTOPIE - kreativ - Diskussion sozialistischer Alternativen 151

Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB) 175
Verband der StudentInnen aus Kurdistan (YXK) 185
Verein der Künstler und Schriftsteller des iranischen Widerstandes e.V. 180
Verein für Arbeiterbildung Nordbayern 151
Verein für interkulturelle Zusammenarbeit e.V. (VIZ) 166
Verein Iranischer Demokratischer Akademiker e.V. (VIDA) 180
Verein zur Eingliederung iranischer Flüchtlinge e.V. (VEIF) 180
Vereinigte Linke 104
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT) 172
Vereinigung der patriotisch-revolutionären Jugend Kurdistans (YCK) 185
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) 115
Vereinigung für Sozialistische Politik (VSP) 152
Verlag Hohe Warte - Franz von Bebenburg KG 79
VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH 79
Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung (VffG) 59
Vlaams Blok (VB) 59
Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) 158
Volksbewegung gegen antideutsche Propaganda (VOGA) 45
Volksbewegung von Kosovo (LPK) 181
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) 184
Volksfront für die Befreiung Palästinas - Generalkommando - (PFLP-GC) 184
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT) 153
Volksmodjahedin 178
Vrij Historisch Onderzoek (V.H.O.) 66

Widerstand 49
Widerstand BBS 75
WISE 203
Wohlfahrtspartei (RP) 172

Zentralorgan 49
zusammen kämpfen 122